Peter Orzechowski

Der direkte Weg in den Dritten Weltkrieg

Wie USA und NATO mit Terror, Migration und Chaos eine neue Welt erschaffen

KOPP

1. Auflage Januar 2016

Copyright © 2016 bei
Kopp Verlag, Bertha-Benz-Straße 10, D-72108 Rottenburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Yifeng Wang
Lektorat: Christian Huth

ISBN: 978-3-86445-269-7

Gerne senden wir Ihnen unser Verlagsverzeichnis
Kopp Verlag
Bertha-Benz-Straße 10
D-72108 Rottenburg
E-Mail: info@kopp-verlag.de
Tel.: (0 74 72) 98 06-0
Fax: (0 74 72) 98 06-11

Unser Buchprogramm finden Sie auch im Internet unter:
www.kopp-verlag.de

Peter Orzechowski

Der direkte Weg in den Dritten Weltkrieg

Wie USA und NATO mit Terror, Migration und Chaos eine neue Welt erschaffen

KOPP VERLAG

Inhalt

Der direkte Weg in den Dritten Weltkrieg u

Die Kriegserklärung an die halbe Welt 14
Die Kriegsschauplätze 14
Der Kampf um die Weltherrschaft 15
Die stetig befeuerte Eskalation 20
Eine neue Sicht der Dinge 22

Erste Gefechte 25

Vorgeschichte: Die einzige Weltmacht 25
Der Niedergang des Konkurrenten 27
Der Militärisch-industrielle Komplex und sein Putsch 28

Billionen für neue Waffen -
15 Jahre Aufrüstung zum Dritten Weltkrieg 31
Die unumschränkte Kriegsvollmacht 33
Überall einsatzbereit 38
Der Drohnenterror im Mittleren Osten 41
Jedes Jahr mehr als eine Billion Dollar fürs Militär 44
Die neue US-Militärdoktrin 48
Die Warnung des deutschen Generals 61

Sanktionen, Crash und Goldreserven -
Amerikas Finanzkrieg mit dem Rest der Welt 63
Die Dollarisierung der Welt 63
Der globale Finanzkrieg 66
Der Angriff auf den Dollar 69
Das Horten von Goldreserven 74
Schulden - ein Weg in den Krieg 77

Nebelkerzen und Fake News -
der Propagandakrieg läuft auf vollen Touren 79
Der Krieg der Rechner 79
Bundeswehr steigt in den globalen Cyberkrieg ein 81
Operation Militärische Täuschung:
die Lügen der Propagandamaschine 83
Desinformation in den Netzwerken 92
Die Lügen durchschaut 95

Griechenkrise und FlUchtlingsströme -
die Schwächung Europas 98
Der Verrat an den Griechen 98
Der Ausverkauf hat begonnen 105
Chaos in Europa - der Einsatz der Migrationswaffe 107
Europa droht der Kollaps - 950 Millionen Migranten
in den nächsten 25 Jahren? 120

Kriegsschauplätze 123

Ukraine: Die Russland-Falle 123
Der Raketenabwehrschild als Provokation 123
Der Weg in den Ukraine-Konflikt 126
Worum es wirklich geht: Gas, Geld und Pipelines 132
Aufmarsch und Aufrüstung an den Grenzen 134
Transnistrien: Ein neues Kriegsziel? 141
Russlands Antwort: Eine neue Militärdoktrin 145
Russland sichert seine Nordflanke 147
Ein plötzlicher amerikanisch-russischer Krieg? 150

Südkaukasus und Zentralasien:
Der Kampf um die Ressourcen 157
Die Kontrolle des Balkans 158
Konfliktzone Georgien, Armenien und Aserbaidschan 163
Die Türkei mischt kräftig mit 171
Der Wettlauf um Militärbasen in Zentralasien 175
Putins Schachzug: Die eurasische Integration 179

Mittlerer Osten: Das Objekt der Begierde 183
Chaos an den Ölquellen 183
Der Krieg um Syrien 185
Das Ende der muslimischen Nationalstaaten 188
IS - ein Produkt der USA 193
Irans unsichere Zukunft 214
Der Krieg um das Nadelöhr 215
Der Ring des Feuers: US-Stützpunkte rings ums Öl 218

Afrika: Das chinesisch-amerikanische Tauziehen 223
400 Milliarden Dollar für Afrika 223
Washingtons Gegenstrategie 227
China baut Militärbasen in Afrika 232
Der US-Drohnenkrieg in Afrika beginnt in Stuttgart 236

Asien: Gefechte im Chinesischen Meer 241
Die nordkoreanische Karte 242
Der Kampf um das Ost- und das Südchinesische Meer 245
Perlenkette und Seidenstraße 248
Die alten Rivalen 250
Der kommende Krieg USA - China 255

Was Sie auf dem Schirm haben sollten 267

Konfliktregion Osteuropa
Grenzkonflikte im Westen Russlands 267
Konfliktregion Sildkaukasus
Provokationen an Russlands Südgrenze 269
Konfliktregion Mittlerer Osten
Die Feldzüge des IS; der Krieg in Syrien; Saudi Arabiens Pläne; Flottenkonzentrationen im östlichen Mittelmeer 270
Konfliktregion Fernost
Begrenzter Krieg in und um Korea; lokale Konflikte in Südostasien; innere Unruhen in China 271

Frieden jetzt!

Die Propaganda durchschauen; sich unabhängig informieren; die Politiker unter Druck setzen; die Kraft des passiven Widerstands 273

Literaturempfehlungen 277

Links zu externen Internetseiten 281

Empfehlenswerte Internetadressen 282

Quellenverweise 283

Der direkte Weg in den Dritten Weltkrieg

Der Dritte Weltkrieg ist bereits ausgebrochen. Auf vielen Schlachtfeldern tobt der Krieg schon in voller Stärke: in der globalen Wirtschaft genauso wie in den mit ihr verwobenen Börsen und Banken. In der Cyberwelt des weltweiten Netzes genauso wie in der Propaganda des Fernsehens und der Zeitungen. Da wird aus allen Rohren geschossen.

Aber noch haben wir den Eindruck, es handle sich dabei um eine eher virtuelle Welt. Um Scheingefechte. Aber das sind sie nicht.

Viel realer sind für uns die Söldnerhaufen und die Terrorkommandos, die Massendemonstrationen und die Flüchtlingsströme. Sie sind die Bilder des neuen Weltkriegs. Vergessen Sie die alten Erinnerungen an breitflächige Panzerschlachten und marschierende Infanteriedivisionen. Der Dritte Weltkrieg ist ein groß angelegter Guerillakrieg. Seine wichtigste Waffe ist der Terror - gesteuerter Terror - und in seinem Schlepptau Migrantenströme und Chaos. In diesem Moment, in dem Sie dieses Buch lesen, breitet sich das gewollt inszenierte Chaos vom Nahen und Mittleren Osten über die Balkanroute nach Mitteleuropa aus. Gleichzeitig hat die Destabilisierung in der Kaukasus-Region im Süden Russlands und in Zentralasien begonnen. In Ostasien erfasst dieser Krieg China und seine Nachbarn.

Dennoch wird es nicht »nur« bei diesem stetig wachsenden Chaos bleiben. Alle Informationen und Fakten deuten daraufhin, dass auch größere militärische Aktionen geplant sind. Ich glaube, wir befinden uns auf direkten Weg in die heiße Phase der großen Konfrontation.

In dem Buch *Der Dritte Weltkrieg - Schlachtfeld Europa* beschrieb ich die Konfliktherde auf der Welt und die dahinter liegenden geopolitischen

Ziele und entwickelte mögliche Kriegsszenarien. Damit war eigentlich alles gesagt. Dachte ich.

Aber dann begannen sich die Ereignisse zu beschleunigen, und mir wurde klar, dass die Auseinandersetzung zwischen USA/NATO und China/Russland in eine neue - heiße - Phase getreten ist. Mir wurde auch klar, dass diese Konfrontation mit Denkmustern und Strategien betrieben wird, die eigentlich längst Geschichte sein müssten: von Hegemonialstreben und Machtdemonstration - statt von Kooperation und Verständigung. Erschüttert war ich, dass meine Kollegen in den Mainstreammedien diese alten Denkweisen massiv propagandistisch unterstützen.

Aber an genau diesem Punkt mache ich meinen Optimismus fest: Ich glaube daran, dass die Mehrheit der Bevölkerung sich von dieser Propaganda nicht länger blenden lässt und die alten Macht- und Kriegsspiele nicht mehr mitmachen wird und will. Am Ende des Buchs werde ich darauf zurückkommen.

Apropos Medien: Natürlich wird es in diesem Buch auch um die mit Nachdruck verbreiteten Lügen gehen. Eine Lüge ist es zum Beispiel zu behaupten, es ginge im Ukraine-Konflikt um die Demokratie in diesem Land oder gar um die viel besungene Freiheit. Tatsache ist, dass durch diesen Konflikt eine massive Aufrüstung der osteuropäischen NATO-Staaten in Angriff genommen wurde und wird, in den baltischen Staaten NATO-Truppen und Waffen stationiert werden, Georgien nahe an die NATO rückt und dadurch Russland auf einmal mit der Gefahr konfrontiert ist, dem Feind direkt an der eigenen Grenze - im Nordwesten durch die baltischen Staaten, in der Mitte durch die Ukraine und im Süden durch Georgien - gegenüberzustehen.

Diese Eskalation ist Teil eines größeren Plans, nämlich die aufstrebenden Konkurrenten Europa, Russland und China zu schwächen. Auch darum wird es in diesem Buch gehen.

Eine weit verbreitete Lüge ist es auch, der sogenannte Islamische Staat (IS) sei ein wild gewordener, zufällig zusammengewürfelter Haufen fanatischer Islamisten, der die Welt noch Jahrzehnte drangsalieren wird. Tatsache ist, dass der IS von den USA und seinen arabischen Verbündeten finanziert und ausgebildet, also bewusst eingesetzt ist,

um die Landkarte des Mittleren Ostens neu festzulegen und das Ende der großen Nationalstaaten der Region einzuläuten. Die Belege dafür werde ich vorlegen. Ein ebenfalls geplanter NebenefFekt des IS: Die brutalen, wilden Kämpfer entfachen einen gewaltigen Flüchtlingsstrom nach Europa. Ich werde im Buch erläutern, wem der Massenexodus nutzt und dass auch er Teil eines großen strategischen Plans ist, an dessen Ende in Europa ein ähnliches Chaos herrschen soll wie im Mittleren Osten.

Während seines Rückflugs von Südkorea nach Rom am 18. August 2014 hat Papst Franziskus vor Journalisten gesagt: »Und heute befinden wir uns in einer Welt im Krieg, überall! Jemand sagte mir: >Wissen Sie, Pater, dass wir im Dritten Weltkrieg sind, aber stückchenweise? < - Haben Sie verstanden? Es ist eine Welt im Krieg, wo diese Grausamkeiten begangen werden.«[1]

Am 14. November 2015 hat der Papst diese Aussage noch einmal wiederholt. Nach den Terroranschlägen von Paris sagte er am Rande der italienischen Bischofskonferenz, die Terrorakte vom 13. November 2015 seien »Teil des Dritten Weltkriegs in Stücken«.

Der Schriftsteller Günter Grass hat sich - ein halbes Jahr vor seinem Tod - Ende Dezember 2014 in einem Interview zur aktuellen Lage der Weltpolitik geäußert: »Die Menschheit ist noch nie so gut informiert gewesen wie heute, sie ist überschüttet mit Nachrichten, doch die eine löscht die andere. Das Unrecht geschieht vor unseren Augen an vielen Orten der Welt, in Afrika, im Nahen Osten, in der Ukraine. Wir wissen das alles. Zu den Hungersnöten, die provoziert werden, obwohl Nahrung für alle da ist, kommt die Wasserknappheit, die Klimaveränderung. Es findet alles gleichzeitig statt. Der Dritte Weltkrieg hat schon begonnen - und es ist ein Verteilungskrieg. Historiker werden im Nachhinein darüber streiten, wann genau er anfing.«[2]

Ich glaube auch, dass der Dritte Weltkrieg bereits begonnen hat. Und ich schlage vor, den 20. September 2001 als Datum zu nehmen. Denn an diesem Tag erklärte der damalige US-Präsident George W. Bush vor dem amerikanischen Kongress Teilen der Welt den Krieg.

Die Kriegserklärung an die halbe Welt

»Am 11. September haben Feinde der Freiheit eine kriegerische Handlung gegen unser Land begangen ... Unser Krieg gegen den Terrorismus beginnt mit der Al-Qaida, aber er wird dort nicht enden ... Unsere Antwort umfasst weit mehr als unmittelbare Vergeltung und einzelne militärische Schläge. Die Amerikaner sollten sich nicht auf eine Schlacht, sondern auf einen lang andauernden Feldzug einstellen, wie wir ihn bislang noch nicht erlebt haben. Dazu können bedeutende militärische Schläge gehören, die im Fernsehen zu sehen sein werden, und verdeckte Operationen, die selbst bei Erfolg geheim bleiben werden. Wir werden die Finanzquellen der Terroristen austrocknen, sie gegeneinander ausspielen, sie von Ort zu Ort jagen, bis es keinen Ort der Zuflucht oder der Ruhe mehr für sie gibt. Und wir werden Staaten verfolgen, die ihnen Hilfe oder Unterschlupf gewähren. Jede Nation in jeder Region muss nun eine Entscheidung treffen. Entweder sind sie auf unserer Seite oder auf der Seite der Terroristen ...«

Ich komme weiter unten noch einmal ausführlicher auf diese Rede zurück.

Die Kriegsschauplätze

In den eineinhalb Jahrzehnten seit dieser Erklärung hat sich der Krieg ständig ausgeweitet und verschärft: Der Mittlere Osten steht von Libyen bis in den Irak in Flammen. Gesteuerte Terrorgruppen wie der IS bereiten den Boden für den Endkampf um den Besitz der derzeit wichtigsten Ressourcen, Öl und Gas. In Jemen versuchen Saudi-Arabien und seine Verbündeten, den Iran in einen größeren Konflikt hineinzuziehen. Die strategischen Militärstützpunkte an den wichtigen Schifffahrtsrouten sind eingerichtet. Im Moment werden Waffen und Material an wichtigen Brennpunkten gelagert.

2500 Kilometer nördlich von Nah-/Mittelost tobt der Konflikt des Westens mit Russland um die Ukraine, um Moldawien und - den Vorbereitungen nach zu urteilen - demnächst um Georgien, um Armenien

und um Aserbaidschan in Formen eines Wirtschafte-, Propaganda- und Guerillakriegs. Dadurch werden die Konfliktherde Ostukraine, Krim, Transnistrien am Brodeln gehalten. Ein paar Hundert Kilometer vor der russischen Grenze, manchmal auch - wie im Baltikum, in der Ukraine und in Georgien - direkt an der Grenze, legt die NATO Lager mit Waffen, Gerät und Munition an.

Im Westen Afrikas - wie in anderen Ölregionen dieser Welt - läuft derweil ein verdeckter Krieg zwischen dem Westen und China um die Sicherung der Ressourcen. Um diese Kampagne zu unterstützen, wird 10000 Kilometer weiter nordöstlich in den Meeren um China eine militärische Auseinandersetzung mit dessen Nachbarn provoziert.

Der Kampf um die Weltherrschaft

Noch glaubt die Öffentlichkeit, es handle sich hier um einen Kampf der islamischen gegen die westliche Kultur, um ein Gezerre der EU beziehungsweise Russlands um die Ukraine und um einen Konflikt Chinas mit seinen Nachbarn um die Vorherrschaft im Südchinesischen Meer.

In Wirklichkeit geht es um die weltweiten Vorräte an Öl und anderen Ressourcen, um die Kontrolle der Handelswege und des Welthandels. Es geht - kurz gesagt - um die Hegemonie in der Welt. Es geht also darum, ob die alte Weltmacht USA ihren Status als einzige Weltmacht (Brzezinski) bewahren kann oder ob sie den Kuchen mit ihrem Konkurrenten EU sowie den aufkommenden Mächten China und Russland teilen muss.

Übrigens eine interessante Parallele zu den Ereignissen und Entwicklungen vor 1914 und vor 1939, als Großbritannien ähnliche Aktionen unternahm - wie Stützpunkte ausbauen und neue Allianzen schmieden -, um auf einen Krieg hinzuarbeiten, in dem sich die beiden damaligen Konkurrenten Deutschland und Russland gegenseitig ausschalten. Der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium und Forschungsminister Andreas von Bülow hat diese Strategie in

seinem Buch *Die deutschen Katastrophen im Großen Spiel der Mächte* eindrücklich aufgezeigt. Zur Illustration seiner Argumentation möchte ich hier zwei Zitate anführen:

»Das unverzeihliche Verbrechen Deutschlands vor dem Zweiten Weltkrieg war der Versuch, seine Wirtschaftskraft aus dem Welthandelssystem herauszulösen und ein eigenes Austauschsystem zu schaffen, bei dem die Weltfinanz nicht mitverdienen konnte«, schreibt Winston Churchill in seinen Memoiren. Und Emrys Hughes überliefert uns in seinem Buch *Winston Churchill, His Career in War and Peace* auf Seite 145 noch ein anderes Zitat Churchills: »Sie müssen sich darüber im Klaren sein, dass dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des deutschen Volks, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt.«

Dass sich an dieser Großmachtpolitik bis heute nichts geändert hat, zeigt eine Äußerung von George Friedman. Der Gründer und Vorsitzende der führenden privaten US-Denkfabrik *Stratfor* (Strategie Forecasting Inc.) sagte am 4. Februar 2015 vor dem *Chicago Council on Global Affairs:* »Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland … Seit einem Jahrhundert ist es für die Vereinigten Staaten das Hauptziel, die einzigartige Kombination zwischen deutschem Kapital, deutscher Technologie und russischen Rohstoffressourcen, russischer Arbeitskraft zu verhindern.«[3] Ich werde Ihnen später noch weitere höchst aufschlussreiche Zitate des US-Regierungsberaters Friedman vorstellen.

Die derzeit stattfindenden regionalen Konflikte und Aufrüstungen sind Teil eines umfassenden Plans, die Weltherrschaft für die nächsten Jahrzehnte zu sichern. Dazu gehören der Umsturz in der Ukraine 2013/2014 genauso wie der Truppenaufmarsch in Osteuropa, der Arabische Frühling genauso wie die Flottenkonzentration am Horn von Afrika im Zusammenhang mit dem Jemen-Krieg; die Unruhen in Thailand und anderen asiatischen Ländern genauso wie die Spannungen um die beiden Koreas und die Gebietsstreitigkeiten im

Chinesischen Meer. Alle diese Konflikte sind nach meiner Meinung bereits Teil des Dritten Weltkriegs.

In einem Interview mit der Zeitung *Junge Welt* am 13. September 2014 erklärte Willy Wimmer - er gehörte 33 Jahre lang dem Bundestag an, war zwischen 1985 und 1992 erst verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU und dann Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, von 1994 bis 2000 war er Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) -, er sei überrascht gewesen, dass auf einer vom US-Außenministerium ausgerichteten Konferenz im Jahr 2000 in Bratislava offen über die Strategie Washingtons gesprochen worden sei.

»Mich hat das überrascht. Bei uns hatte es ja eine Kampagne nach der anderen gegeben um den Krieg gegen Jugoslawien: mit Auschwitz und mit weiß was allem. In Bratislava dagegen wurde eine rein machtpolitische Überlegung vorgetragen. Die Vertreter des US-Außenministeriums sagten, es sei bei dem Krieg darum gegangen, eine Fehlentscheidung General Eisenhowers aus dem Jahr 1944 zu korrigieren. Er hatte es damals unterlassen, US-Bodentruppen auf dem Balkan zu stationieren.

Dies vor Staats- und Regierungschefs, Außen- und Verteidigungsministern so offen darzulegen war eine ungewöhnliche Vorgehensweise. Die Vertreter des US-Außenministeriums machten deutlich, dass sie die Art und Weise, wie wir in Europa mit unseren Nachbarn umgehen, Eigentumsfragen regeln und Strafprozesse organisieren, nach den Maßgaben ihres eigenen Rechtssystems umbauen wollten. Das Vehikel dafür sollten der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag und das Kriegsverbrechertribunal sein.

Sie erklärten außerdem, wie sie sich Europa künftig vorstellen. Sie wollten eine Linie ziehen, die von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und von da aus weiter nach Anatolien geht. Alles, was westlich von dieser Linie liegt, betrachteten sie als Einflussgebiet der USA. Die Russische Föderation sollte aus den europäischen Entwicklungen herausgedrängt werden.

Das heutige Geschehen in der Ukraine ist für mich ein Beleg dafür, dass diese Leute damals nicht in den Mond geguckt haben. 2006, beim

NATO-Gipfel in Riga, haben wir den Versuch gesehen, Georgien und die Ukraine in das Bündnis aufzunehmen. Das ist aus einem wichtigen Grund verhindert worden: Die Westeuropäer haben kein Vergnügen daran gefunden. Denn wenn diese durchgehende Limes-Linie von der Ostsee bis nach Anatolien etabliert würde, dann bräuchten Deutsche, Franzosen, Italiener und Spanier sich keine Gedanken mehr darüber zu machen, wie ungehinderte Beziehungen zur Russischen Föderation aufrechterhalten werden können. Die könnten dann je nach Interessenlage der Vereinigten Staaten von diesen jederzeit unterbrochen werden. Sie könnten dabei auf die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten bauen: vom Baltikum bis zu Rumänien. Die USA unternehmen alles, um dieses Ziel doch noch zu erreichen. So erklärt sich auch ihr Verhalten im Hinblick auf die Ukraine.«

Durch die Etablierung besonderer Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten wollen die USA einen Hebel installieren, mit dem sie die NATO links liegen lassen können. »In diesen Tagen erheben die baltischen Staaten und Polen Forderungen, den von der NATO geplanten Raketenschirm auf Russland auszurichten. Wenn es Washington gelingt, Sonderbeziehungen zu den gefügigen Staaten Ost- und Südosteuropas zu etablieren, dann spielen wir keine Rolle mehr. Wir befinden uns dann hinter dem Limes unter amerikanischer Kontrolle.«

Aber der Krieg geht um viel mehr als um amerikanische Macht über Europa. Er ist viel umfassender. Er geht um die Vorherrschaft über die knapper werdenden globalen Ressourcen und die Kontrolle ihrer Transportwege. Geografisch gesehen geht dieser Krieg um Eurasien, diese riesige Landmasse von Lissabon bis Wladiwostok. »Hier leben 75 Prozent der Weltbevölkerung, hier liegt der größte Teil der natürlichen Weltressourcen einschließlich der Energievorräte, und hier werden etwa 60 Prozent des Weltbruttosozialprodukts erwirtschaftet.« Zbigniew Brzeziriski schrieb diesen Satz, der außenpolitische Berater von US-Präsident Obama.

Die strategischen Absichten der USA werden besonders deutlich im sogenannten *Seidenstraßen-Strategiegesetz (Silk Road Strategy Act* oder auch *New Great Game*)[4], das sieben Tage vor dem Jugoslawienkrieg,

am 7. März 1999, im US-Repräsentantenhaus vorgelegt wurde. Darin wollen die USA einen militärisch abgesicherten breiten Korridor vom Mittelmeer bis nach Zentralasien beherrschen, der die Länder Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan umfasst. Tatsächlich banden die USA diese Länder bis 2002 in die NATO-Institution *Partnership for Peace* ein. Ich werde später ausführlich darauf eingehen.

Der ideologische Ursprung dieser Strategie geht auf das Jahr 1979 zurück, als US-Präsident Jimmy Carter die Doktrin für den Mittleren Osten aufstellte. »Jeder Versuch einer auswärtigen Macht, die Kontrolle über den Persischen Golf zu erlangen, wird als Angriff auf die zentralen Interessen der USA betrachtet und ... mit allen erforderlichen Mitteln, einschließlich militärischen, zurückgeschlagen werden.« Auch das wird in einem späteren Kapitel zu beleuchten sein.

Eurasien und seine Ressourcen drohen der derzeit noch dominierenden Weltmacht USA zu entgleiten. Russland und China, zwei wirtschaftlich stark wachsende und militärisch aufrüstende Konkurrenten, dehnen ihren Einflussbereich kontinuierlich aus. Daher werden an den Rändern dieser gewaltigen eurasischen Landmasse Unruhen, Aufstände und Krisen initiiert, denn wer die Randzonen, also Europa und Asien, dominiert, der beherrscht den gesamten Kontinent - wie ebenfalls Brzeziriski sagte.

Noch sind Russland und China keine gleichwertigen militärischen Konkurrenten der USA. Dazu müssen wir nur die Militärausgaben der beiden Parteien betrachten: Russland und China wendeten laut dem Internationalen Institut für Strategische Studien in London im Jahr 2014 zusammen 215 Milliarden Dollar auf, die USA allein 581 Milliarden Dollar. Das Internetportal *statista* nennt hier sogar 610 Milliarden Dollar - wie man sieht: Zahlen sind immer mit Vorsicht zu betrachten. Aber gleichgültig, welche genannten Ausgaben der Wahrheit am nächsten kommen: Wenn wir noch die Alliierten der USA dazurechnen, sind wir bei über einer Billion Dollar, die der Westen pro Jahr für sein Militär ausgibt, was etwa vier Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht. China gibt nur zwei Prozent des BIP für das Militär aus.

Durch die gewaltige Rüstung der USA sowie durch die Kette von Hunderten von US-Stützpunkten entlang ihrer Grenzen und entlang der wichtigsten Handelsrouten auf den Meeren fühlen sich die beiden aufstrebenden Mächte bedroht. Sie unterstellen Washington, einen Angriff auf die beiden eurasischen Staaten vorzubereiten. Wie dieser Angriff geplant ist, sieht man an den Schachzügen und Truppenbewegungen, die gegenwärtig stattfinden. Auch darüber möchte ich in diesem Buch einige Informationen beisteuern.

Die stetig befeuerte Eskalation

Die entscheidende Frage lautet also, ob dieser Weltkrieg weiterhin in Form von Wirtschafts-, Computer-, Migrations-, Terror- und Stellvertreterkriegen abläuft oder ob es doch zu einem direkten Schlagabtausch zwischen den eigentlichen Kriegsparteien USA/NATO und Russland/China kommt.

Die an Tempo zulegenden Kriegsvorbereitungen, die ich in diesem Buch darstellen möchte, lassen den Schluss zu: »Krieg wird in Europa nicht immer wahrscheinlicher. Er wird konsequent vorbereitet«, wie der bereits zitierte Willy Wimmer am 8. Dezember 2014 in Bezug auf die von der NATO beschlossene »Eingreiftruppe gegen etwaige Bedrohungen aus Russland« sagte. Diesem NATO-Beschluss war übrigens am 24. Juli 2014 eine Aussage des NATO-Oberbefehlshabers in Europa, General Philip Breedlove, vorausgegangen, in der er Stützpunkte in Osteuropa forderte »mit ausreichend Waffen, Munition und anderen Militärgütern ..., damit von dort aus ein schneller Einsatz von Tausenden Soldaten gegen Russland möglich ist«.

Und noch ein Indiz für die Kriegsvorbereitungen: Am 4. Dezember 2014 wurde vom amerikanischen Kongress das Gesetz *H. Res. 758* mit überwältigender Mehrheit durchgewinkt, das den US-Präsidenten auffordert, »eine Überprüfung der Wehrverfassung, Bereitschaft und Kompetenzen der Streitkräfte der USA und der Streitkräfte anderer NATO-Mitgliedsstaaten durchzuführen, um dann entscheiden zu können, ob die Beiträge und das Vorgehen jedes einzelnen Landes ausreichen, um den Verpflichtungen der kollektiven Selbstverteidigung

nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags nachzukommen und Maßnahmen zu ergreifen, um alle Defizite zu beseitigen«.[5]

Mitte August 2015 publizierte der Think Tank *European Leadership Network* (ELN) in London eine Analyse, wonach die jüngsten Manöver der NATO und Russlands mit Blick auf die Fähigkeiten der jeweils anderen Seite lediglich eine Art »Vorspiel« für tatsächliche militärische Auseinandersetzungen seien. Dafür berufen sie sich auf das »Profil der Übungen«, welches »sich verändert« habe. Sie gäben Anlass zur Sorge und trügen auch dazu bei, die Spannungen infolge des Ukraine-Konflikts aufrechtzuerhalten.

»Wir behaupten nicht, dass die Führung einer Seite entschieden hätte, in den Krieg zu ziehen, oder dass ein militärischer Konflikt unausweichlich wäre - aber dass es Tatsache ist, dass sich das Profil der Übungen verändert hat«, schreiben die Sicherheitsexperten. Auch wenn es von Beteiligten anders dargestellt werde, deuteten Art und Ausmaß von Manövern klar daraufhin, dass Russland sich »auf einen Konflikt mit der NATO« und die NATO sich »auf eine mögliche Auseinandersetzung mit Russland« vorbereite.

Alarmierend auch, was der ehemalige Generalstabschef des Südkommandos der NATO und Kommandant der KFOR-Truppen in Kosovo, Generalleutnant Fabio Mini, über die derzeitige Lage sagt: Der gegenwärtig eskalierende Weltkrieg sei im Begriff, sich zu einer nuklearen Konfrontation zuzuspitzen. Mini brachte diese Entwicklung mit der Kontrolle der Finanzmärkte über die Nationalstaaten in Verbindung. Wie die Wochenzeitung *Neue Solidarität*[6] in ihrer Ausgabe vom 12. August 2015 schreibt, warnte Mini, dass heute begrenzte Kriege nicht einmal mehr theoretisch möglich seien und dass alle Konflikte - vom Kalten Krieg der baltischen Staaten gegen Russland über die Ukraine bis hin zu Syrien und Jemen, einschließlich der sogenannten »Kleinkriege« - darauf hinweisen, dass wir nicht erst mit einem neuen totalen Konflikt rechnen müssten, sondern dass wir bereits bis zu unserem Hals darin stecken.

Zum hierzulande kaum beachteten Kriegsschauplatz Asien sagt Mini: »Was sich in Asien mit dem strategischen Pazifik-Schwerpunkt abzeichnet, ist vielleicht das offensichtlichste Anzeichen, dass dort die Perspektive einer Explosion wie im Zweiten Weltkrieg auf diesem

Kriegsschauplatz sehr wahrscheinlich ist. Nicht so sehr, weil Flugzeugträger und Raketen dorthin gebracht werden - was in der Tat soeben stattfindet -, sondern weil es die Vorbereitung für einen Weltkrieg ist, einschließlich der unvermeidbaren nuklearen Konfrontation, die dort vorbereitet wird.«

Eine neue Sicht der Dinge

Kriegserklärung, Aufrüstung, Truppenverlegungen, nukleare Strategiepläne: Als ich mich durch die Nachrichten durcharbeitete, fiel es mir sehr schwer anzuerkennen, dass USA und NATO - unsere Verbündeten - dieses gefährliche Spiel spielen. Ich bin in den 1950er-Jahren in die Grundschule und in den 1960er-Jahren aufs Gymnasium gegangen: Der Westen, insbesondere die USA waren für mich immer die Guten. Als Ronald Reagan US-Präsident war, lebte ich in den Vereinigten Staaten und lernte die Menschen dort kennen und lieben. Da waren sie für mich erst recht die Guten.

Das hat sich alles zunächst schleichend, seit dem 11. September 2001 schlagartig verändert. Heute ist die US-Demokratie von innen ausgehöhlt und wird von einer Oligarchie - das ist Griechisch und heißt: die Herrschaft der Wenigen - aus Banken, Ölkonsortien, Pharmaunternehmen und dem Militärisch-industriellen Komplex, auf den ich gleich im ersten Kapitel zurückkomme, beherrscht.

Vielleicht geht es Ihnen wie mir: Neben all den Fakten über die verdeckte und offene globale Kriegführung der USA gibt es auch eine emotionale Seite. Die Vereinigten Staaten waren das Traumland meiner Jugend, die zeitweilige spätere Heimat, die Paradedemokratie. Der Traum ist geplatzt. Der große Bruder entpuppt sich als Überwachungs- und Polizeistaat, der augenscheinlich versucht, überall Chaos zu erzeugen, um die globale Herrschaft zu sichern. Die Enttäuschung darüber spüre nicht nur ich, sondern offenbar geht es vielen Menschen ebenso, wie ich in zahlreichen Gesprächen erfahren habe.

Meine Bitte an Sie: Lassen Sie dieses rosarote Amerikabild einmal beiseite und bilden Sie sich Ihre eigene Meinung aus den Fakten, die ich Ihnen in diesem Buch nahebringen will. Nach der Lektüre dieses

Buchs werden Sie einige der Nachrichten der letzten Monate neu bewerten und in einen großen Zusammenhang einsortieren können.

Beobachten Sie in den nächsten Monaten einige globale Brennpunkte - auf die ich im Schlusskapitel hinweise - und vergleichen Sie Ihre Beobachtungen mit den Grundthesen dieses Buchs. Dann können Sie ganz gut eigene Prognosen treffen, wann und wo es möglicherweise zu Konfrontationen kommt.

Noch ein Hinweis: Sehen Sie sich die Konfliktzonen und Länder immer wieder auf den Anfangsseiten der jeweiligen Kapitel an, wenn Sie sich über eine Region informieren. Denken Sie an Napoleon, der sagte: »Um die Außenpolitik eines Landes zu verstehen, braucht man nichts weiter als eine Landkarte.«

Erste Gefechte

Vorgeschichte: Die einzige Weltmacht

Es begann alles so vielversprechend: Mit der Auflösung der Sowjetunion am 31. Dezember 1991 verliert Russland als deren völkerrechtlicher Erbe alle anderen Sowjetrepubliken. Das sind von Nord nach Süd die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, Weißrussland, die Ukraine und Moldawien und im Süden die zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Russland tritt damit 22 Prozent des von ihm beherrschten Gebiets und 49 Prozent seiner Einwohner ab. Der große weltpolitische Konkurrent der USA ist zerbrochen.

Zum Vergleich: Deutschland hat am Ende des Ersten Weltkriegs Elsass-Lothringen (an Frankreich), Eupen-Malmedy (an Belgien), Westpreußen, Posen und Teile Schlesiens (an Polen), Nordschleswig (an Dänemark), das Hultschiner Ländchen (an die Tschechoslowakei) und alle seine Überseegebiete verloren. Das sind - ohne diese Kolonien - 13 Prozent des Landes und zehn Prozent der Bevölkerung. Das ostpreußische Gebiet um Königsberg wird vom Reich getrennt und zu einer nicht mehr direkt verbundenen Exklave - ein ähnlicher Vorgang wie 1991, nur dass diesmal die Exklave russisch bleibt.

Zu den Gebietsverlusten der ehemaligen Sowjetunion kommen noch die EU- und NATO-Beitritte der ehemaligen »Bruderstaaten« des früheren Warschauer Pakts - in dieser zeitlichen Reihenfolge:

Tschechische Republik, Ungarn und Polen (1999 NATO, 2004 EU), Slowakei, Slowenien, die drei baltischen Staaten, Bulgarien und Rumänien (2004 NATO und 2007 EU). Im Jahr 2009 greift die NATO noch weiter aus: Durch die *Östliche Partnerschaft* sollen Aserbaidschan, Armenien, Georgien, Moldawien, Weißrussland und die Ukraine näher an die EU gezogen werden.

Das einflussreiche Komitee mit dem Titel *Project for the New American Century* (Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert) - auf das ich gleich noch einmal zurückkomme - jubiliert: Die USA sei »die einzige Supermacht der Welt«. Knapp 20 Jahre später, am 28. Mai 2014, bekräftigt US-Präsident Barack Obama den weltweiten Führungsanspruch Washingtons. »Amerika muss auf der Weltbühne immer führen. Wenn wir es nicht tun, tut es kein anderer«, sagte er in einer außenpolitischen Grundsatzrede in der Militärakademie in West Point (Staat New York).[7]

Auf welche Weise die USA »auf der Weltbühne führt«, zeigt der langjährige Auslandskorrespondent des *Spiegel*, Armin Wertz, in seinem beeindruckend recherchierten Buch *Die Welt-Beherrscher. Militärische und geheimdienstliche Operationen der USA.* Er nennt als Methoden der Weltmacht: diplomatischen Druck ausüben, andere Staaten isolieren, mit protektionistischen Maßnahmen wie hohen Einfuhrzöllen und Gesetzen zum Arbeits- und Umweltschutz deren Exportchancen reduzieren, wirtschaftliche Sanktionen verhängen, Konten einfrieren, Oppositionsparteien finanzieren und Widerstandsgruppen unterstützen. Zu diesem Zweck existieren zahlreiche internationale Organisationen, die von den Vereinigten Staaten kontrolliert und gesteuert werden. Wertz schreibt: »Wenn diese Formen der Einflussnahme in die Angelegenheiten ausländischer Staaten nicht zum gewünschten Erfolg führen, greifen die Vereinigten Staaten oftmals in noch massiverer Weise ein: In zahlreichen Geheimdienstoperationen destabilisieren sie Staaten und Regierungen, um einen Wandel herbeizuführen. Regierungen, die Washingtons Interessen nicht ausreichend berücksichtigen, wurden gestürzt; gelegentlich wurden widerspenstige Politiker kurzerhand ermordet. Und oft genug setzten die Vereinigten Staaten ihre ganze militärische Macht ein, wenn das Ziel anders nicht durchzusetzen war.« Nach diesem

vorweggenommenen Resümee listet Wertz auf knapp 400 Seiten die Hunderte von Interventionen der USA im Laufe ihrer Geschichte (und zählt am Ende des Buchs minutiös die US-Drohnenangriffe von 2004 bis 2011 auf). Zu Recht schreibt der Verlag: »Die erste vollständige Chronik aller US-amerikanischen Operationen in unabhängigen Staaten, der Kriege ohne Kriegserklärung.«

Der Niedergang des Konkurrenten

Nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums holt Russlands erster Präsident Boris Jelzin (12. Juni 1991 bis 31. Dezember 1999) westliche Berater ins Land und lässt Teile der Wirtschaft privatisieren. Welche Gelder hierbei wohin fließen, wird sich vermutlich nie mehr klären lassen.

Fest steht: Als Folge dieser Privatisierung bricht Russlands Industrie zusammen, die Inflation galoppiert, breite Bevölkerungsmassen verarmen, und eine dünne Schicht von einflussreichen Superreichen, auch Oligarchen genannt, entsteht. Bis 1998 rutscht das Land in die Zahlungsunfähigkeit mit der Folge allgemeiner politischer Destabilisierung.

Zudem gewinnen die Regionen an Autonomie, und zentrifugale Strömungen an den Rändern des Landes nehmen zu. Seit Mitte der 1990er-Jahre geraten die Teilrepubliken am südlichen Rand in Unruhe: Unabhängigkeitsbewegungen werden stark, Machtkämpfe brechen aus, das russische Militär greift ein. Besonders blutig geht es in Tschetschenien zu. Ein erster Krieg 1994/1996 gegen Separatisten fordert Zehntausende Tote. Von Frühherbst 1999 bis Anfang 2000 (zweiter Tschetschenienkrieg) bringen russische Truppen den Großteil Tschetscheniens wieder unter ihre Kontrolle.

Die »einzige Weltmacht« USA ist also in den 1990er-Jahren definitiv ihren Hauptkonkurrenten los. Aber die Kreise, vor denen der ehemalige Präsident Dwight D. Eisenhower so eindringlich gewarnt hat, der Militärisch-industrielle Komplex (MIK), haben ein Riesenproblem: Wenn sich Russland weiter dem Westen öffnet oder gar zum Partner wird, dann könnten zwar einige westliche Unternehmen - etwa im

Sektor des Maschinenbaus - gute Geschäfte in Russland machen, aber für den MIK wäre eine solche Entwicklung der GAU schlechthin.

Der Militärisch-industrielle Komplex und sein Putsch

Eisenhower hatte bei seiner Abschiedsrede als US-Präsident am 17. Januar 1961 von dem gefährlichen Einfluss des MIK gewarnt. Seiner Meinung nach hatte die Macht der Rüstungsindustrie durch die Weltkriege und den folgenden Kalten Krieg zu stark zugenommen. Er fürchtete, dass diese Gruppe in Zukunft durch ihre schiere Größe die amerikanische Politik bestimmen könnte. Wörtlich sagte er:

»Wir in den Institutionen der Regierung müssen uns vor unbefugtem Einfluss - beabsichtigt oder unbeabsichtigt - durch den Militärisch-industriellen Komplex schützen. Das Potenzial für die katastrophale Zunahme fehlgeleiteter Kräfte ist vorhanden und wird weiterhin bestehen. Wir dürfen es nie zulassen, dass die Macht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unsere demokratischen Prozesse gefährdet. Wir sollten nichts als gegeben hinnehmen. Nur wachsame und informierte Bürger können das angemessene Vernetzen der gigantischen industriellen und militärischen Verteidigungsmaschinerie mit unseren friedlichen Methoden und Zielen erzwingen, sodass Sicherheit und Freiheit zusammen wachsen und gedeihen können.«[8]

Konkret benannte Eisenhower die »Interessenverbindung aus Berufsoffizieren und Rüstungsindustrie, die ihren Einfluss auf alle Städte, Parlamente und Bundesbehörden im Land erstreckt«. Durch die Einwirkung dieses Komplexes auf Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft könne die politische Führung veranlasst werden, Konflikte eher militärisch als politisch lösen zu wollen, und damit als verlängerter Arm der Lobby der Rüstungsindustrie agieren.

Wikipedia schreibt dazu: »Von einem Militärisch-industriellen Komplex wird gesprochen, wenn es in einer Gesellschaft Phänomene dieser Art gibt:

- ausgeprägte Lobbyarbeit von Vertretern der Militärindustrie,
- zahlreiche persönliche Kontakte zwischen Vertretern des Militärs, der Industrie und der Politik,
- intensiver Personalaustausch zwischen den Führungspositionen von Militär, Wirtschaft und staatlicher Verwaltung, insbesondere wenn Vertreter des Militärs oder der Politik auf wesentlich besser dotierte Posten in dieser Industrie wechseln,
- intensive, durch staatliche Aufträge maßgeblich gestützte Forschung im Bereich neuartiger Waffensysteme,
- gezielte Beeinflussung demokratischer Kontrollgremien und der öffentlichen Meinung durch eine übersteigerte Sicherheitsideologie.«

Eine im Juli 2015 veröffentlichte Studie der Universität Princeton hat untersucht, in wessen Interessen die amerikanischen Politiker wirklich agieren. Das Fazit des Studienautors Martin Gilens, der die Untersuchung gemeinsam mit Benjamin I. Page von der *Northwestern University* durchgeführt hat, ist ernüchternd:

»Das zentrale Ergebnis unserer Forschung ist, dass die Wirtschaftseliten und organisierte Gruppen, die Wirtschaftsinteressen vertreten, einen substanziellen unabhängigen Einfluss auf die Politik der US-Regierung haben. Gruppen, die die Interessen der Masse der Amerikaner vertreten, sowie einzelne, durchschnittliche Bürger, haben dagegen wenig bis gar keinen Einfluss auf die Politik.«[9]

Die Forscher haben zu diesem Zweck Meinungsumfragen analysiert und herausgefunden, dass sich von den Ergebnissen dieser Umfragen so gut wie nichts in einer konkreten politischen Umsetzung wiederfinden lässt. Ganz anders dagegen die Umfragen unter den Eliten: Deren Wünsche schaffen es in einer erstaunlichen Kontinuität, am Ende die konkrete Politik der Regierungen zu beeinflussen.

Die Studie widerlegt handelsübliche Untersuchungen, die immer noch einhellig ergeben, dass die Regierung das tue, was die Mehrheit wünscht. Doch Gilens kommt zu einem anderen Ergebnis:

»In den Vereinigten Staaten regiert die Mehrheit nicht, zumindest nicht in dem Sinn, dass es eine Kausalität zwischen den Wünschen der Bevölkerung und den Gesetzen gibt. Sobald eine Mehrheit anderer Meinung ist als die Wirtschaftseliten oder organisierte Gruppen,

verliert die Mehrheit. Obwohl in den USA das Mehrheitsprinzip in die Verfassung eingebaut ist, stellen wir fest: Selbst wenn ziemlich große Mehrheiten eine bestimmte Politik wollen, bekommen sie sie nicht.«

Dies führe zu einer Aushöhlung der Demokratie. »Unsere Analyse zeigt, dass die Mehrheit der Amerikaner tatsächlich wenig Einfluss auf die Politik ausübt, die von der Regierung betrieben wird. Natürlich genießen die Amerikaner das Wahlrecht, die Freiheit der Rede und die Versammlungsfreiheit. Doch wir glauben: Wenn die Gesetzgebung von mächtigen Wirtschaftsorganisationen und einer kleinen Gruppe von einflussreichen Amerikanern dominiert wird, dann ist die Behauptung Amerikas, eine demokratische Gesellschaft zu sein, ernsthaft gefährdet.«

Zurück zum MIK: Er macht zwar weiter Geschäfte - seit Beginn der 1990er-Jahre wurden und werden weltweit 43 Kriege geführt, so viele wie nie zuvor zur gleichen Zeit, und fast alle diese Kriege finden in Ländern der Dritten Welt statt -, aber die sinkenden Verteidigungsausgaben des Westens lassen die Alarmglocken schrillen für dieses Multibillionendollargeflecht aus Waffenschmieden, Munitionsherstellern und Raketenbauern. Die USA kürzen ihr Militärbudget nach dem Kollaps der Sowjetunion von 318 Milliarden Dollar im Jahr 1990 auf 288 Milliarden im Jahr 1995, wie jeder auf der offiziellen NATO-Webseite nachlesen kann. Die europäischen NATO-Länder sparen ebenfalls und fahren ihre Ausgaben von 186 im Jahr 1990 auf 173 Milliarden Dollar herunter. Die Geschäfte laufen immer schlechter ...

Heute sind diese mageren Jahre vorbei. Die Auftragsbücher sind gefüllt. Die Produktion läuft auf Hochtouren. George W. Bushs Kriegserklärung an die Welt im September 2001 löste einen militärischen Investitionsrausch aus. Der US-Kriegshaushalt sprang auf 446 Milliarden Dollar im Jahr 2002. Ein Jahr später lag er schon bei einer halben Billion. Unter Präsident Obama steigerte er sich kontinuierlich bis auf 739 Milliarden im Jahr 2011 (Angaben: Stockholmer Institut für Friedensforschung, SIPRI). Der Anschlag auf das New Yorker World Trade Center am 11. September 2001 hatte alles verändert.

Billionen für neue Waffen - 15 Jahre Aufrüstung zum Dritten Weltkrieg

»Am 11. September haben Feinde der Freiheit eine kriegerische Handlung gegen unser Land begangen. Die Amerikaner haben Kriege erlebt - aber in den letzten 136 Jahren waren dies Kriege auf fremdem Boden, mit Ausnahme eines Sonntags im Jahre 1941. Amerikaner haben in Kriegen Verluste erlitten - aber nicht im Zentrum einer großen Stadt an einem friedlichen Morgen. Die Amerikaner haben Überraschungsangriffe erlebt - aber nie zuvor Angriffe auf Tausende Zivilisten. Alles das wurde uns an einem einzigen Tag angetan - und die Nacht brach über eine andere Welt herein, eine Welt, in der die Freiheit selbst Angriffen ausgesetzt ist.

Unser Krieg gegen den Terrorismus beginnt mit der Al-Qaida, aber er wird dort nicht enden. Er wird nicht eher zu Ende sein, bis jede weltweit tätige terroristische Gruppe gefunden, am weiteren Vorgehen gehindert und besiegt worden ist.

Die Amerikaner fragen: Wie werden wir diesen Krieg führen und gewinnen? Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen - alle Mittel der Diplomatie, alle nachrichtendienstlichen Mittel, alle polizeilichen Instrumente, alle Möglichkeiten der finanziellen Einflussnahme und alle erforderlichen Waffen des Kriegs, um das Netzwerk des weltweiten Terrors zu zerschlagen und zu besiegen.

Dieser Krieg wird nicht so sein wie der Krieg gegen den Irak vor zehn Jahren, mit seiner gezielten Befreiung eines Gebiets und seinem schnellen Ende. Er wird nicht so aussehen wie der Luftkrieg im Kosovo vor zwei Jahren, wo keine Bodentruppen eingesetzt wurden und nicht ein einziger Amerikaner im Kampf fiel.

Unsere Antwort umfasst weit mehr als unmittelbare Vergeltung und einzelne militärische Schläge. Die Amerikaner sollten sich nicht auf eine Schlacht, sondern auf einen lang andauernden Feldzug einstellen, wie wir ihn bislang noch nicht erlebt haben. Dazu können bedeutende militärische Schläge gehören, die im Fernsehen zu sehen sein werden, und verdeckte Operationen, die selbst bei Erfolg geheim

bleiben werden. Wir werden die Finanzquellen der Terroristen austrocknen, sie gegeneinander ausspielen, sie von Ort zu Ort jagen, bis es keinen Ort der Zuflucht oder der Ruhe mehr für sie gibt. Und wir werden Staaten verfolgen, die ihnen Hilfe oder Unterschlupf gewähren. Jede Nation in jeder Region muss nun eine Entscheidung treffen. Entweder sind sie auf unserer Seite oder auf der Seite der Terroristen. Von diesem Tag an wird jeder Staat, der weiterhin Terroristen unterstützt oder ihnen Unterschlupf gewährt, von den USA als feindliches Regime betrachtet.

Diese Maßnahmen sind sehr wichtig. Aber der einzige Weg, Terrorismus als Bedrohung unserer Lebensweise zu bekämpfen, ist, ihn zu stoppen, zu vernichten und auszumerzen, wo immer er entsteht.

Dies ist nicht nur ein Kampf Amerikas. Und es geht hier nicht nur um die Freiheit Amerikas. Dies ist der Kampf der gesamten Welt. Dies ist der Kampf der gesamten Zivilisation. Es ist der Kampf aller, die an Fortschritt und Pluralismus, Toleranz und Freiheit glauben.

Wir fordern alle Nationen auf, an unserer Seite zu stehen. Wir werden um Hilfe von Polizeikräften, Nachrichtendiensten und Banksystemen auf der ganzen Welt bitten, und wir werden diese Hilfe benötigen. Die Vereinigten Staaten sind dankbar, dass viele Staaten und viele internationale Organisationen bereits reagiert haben - mit Anteilnahme und mit Unterstützung. Länder in Lateinamerika, Asien, Afrika und Europa bis hin zu Ländern der islamischen Welt. Vielleicht spiegelt der NATO-Vertrag am deutlichsten die Haltung der Welt wider: Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle.«[10]

US-Präsident George W. Bush hat diese Kriegserklärung an die Welt vor den Abgeordneten des Kongresses und des Repräsentantenhauses am 20. September 2001 in Washington verkündet. Die NATO hatte - erstaunlich genug - bereits am 12. September 2001, also nur einen Tag nach den Anschlägen gegen das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington, zum ersten Mal in seiner Geschichte den Bündnisfall erklärt, wie er in Artikel 5 des Nordatlantikvertrags vom 4. April 1949 zur Landesverteidigung steht.

»Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff

gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.«

Die unumschränkte Kriegsvollmacht

Knapp eine Woche vor Bushs Rede und nur 72 Stunden nach den Anschlägen räumen Abgeordnetenhaus - mit nur einer Gegenstimme - und Senat - einstimmig - dem Präsidenten den Handlungsspielraum für einen weltweiten Krieg ein, indem sie die *Authorization for Use of Military Force* (AUMF) verabschieden. Diese Vollmacht »ermächtigt den Präsidenten, alle erforderlichen und angemessenen Mittel gegen jene Staaten, Organisationen und Personen einzusetzen, die seiner Kenntnis nach die terroristischen Angriffe des 11. September 2001 planten, genehmigten, ausführten oder dabei Hilfe leisteten oder die solchen Organisationen oder Personen Unterschlupf gewährten, um künftig jegliche Aktionen des internationalen Terrorismus gegen die Vereinigten Staaten durch solche Staaten, Organisationen oder Personen zu verhindern«.[11]

Jeremy Scahill hat in seinem Buch *Schmutzige Kriege - Amerikas geheime Kommandoaktionen* darauf hingewiesen, dass diese Vollmacht der Regierung grünes Licht für gezielte Tötungen überall auf der Welt gibt. Diese sowohl im rechtsstaatlich-demokratischen als auch international-völkerrechtlichen Sinn widerrechtlichen Mordaufträge erreichen - wie wir noch sehen werden - unter Präsident Obama stetig wachsende Rekordzahlen.

Der Militärisch-industrielle Komplex ist der eigentliche Nutznießer der politischen Wende 2001. Die Rüstungsmilliarden aus dem Pentagon fließen seitdem zu weit über 50 Prozent an nur fünf Unternehmen,

die heute den Weltmarkt für Großwaffensysteme dominieren: *Lockheed-Martin, Boeing, Northrop-Grumman, Raytheon* und *General Dynamics.* Europäische Rüstungsmanager prophezeien bereits, dass der gesamte Weltmarkt für Großwaffensysteme in einigen Jahren von nur noch drei bis fünf Industriegruppen beherrscht sein wird. Die amerikanischen Konzerne haben dank der Milliardenaufträge aus dem Pentagon große Chancen, alle diese Gruppen anzuführen. Die fünf Rüstungsriesen der USA beschäftigen zusammen über 540 000 Mitarbeiter. Alleine mit der Waffenproduktion erlösen sie im Geschäftsjahr 2002 rund 80 Milliarden US-Dollar. Der Rüstungsumsatz des Oligopols ist im ersten Halbjahr 2003 um 22,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum angestiegen.

Wie viele Milliarden Dollar durch den 9/11-Putsch in die verschiedensten Taschen von Politikern und Rüstungsindustriellen flössen, zeigt Michael Hennes in seiner Analyse *Der neue Militärisch-industrielle Komplex in den USA,* die er am 5. November 2003 in der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlicht hat.

»Sie sagen das eine und tun das andere«: Beschäftigte und Unterstützer der Waffenbranche können sich laut Papst Franziskus nicht ernsthaft als christlich bezeichnen. Wer Waffen herstellt oder in die Waffenindustrie investiert, kann sich nicht ernsthaft als Christ bezeichnen, meint der Papst. »Alles wird für Geld getan«, sagt er im Juni 2015 in Turin. Franziskus spricht über Vertrauen und sagt, wenn man Menschen nur vertraue, sei man verloren. Er denke dabei an »Leute, Manager, Geschäftsmänner, die sich als christlich bezeichnen und Waffen herstellen. Das führt zu Misstrauen, oder nicht?«.

Am 29. Januar 2002, vier Monate nach seiner Kriegserklärung, präzisierte der US-Präsident in seiner Rede zur Lage der Nation, der sogenannten *State of the Union,* welche Länder die ersten strategischen Ziele sind. Wörtlich sagte Bush: »Unser zweites Ziel ist es, Regime, die den Terrorismus unterstützen, davon abzuhalten, Amerika oder unsere Freunde und Verbündeten mit Massenvernichtungswaffen zu bedrohen. Einige dieser Regime haben sich seit dem 11. September recht ruhig verhalten. Aber wir kennen ihre wahre Natur.

Das Regime in Nordkorea rüstet mit Raketen und Massenvernichtungswaffen auf, während es seine Bürger verhungern lässt.

Der Iran strebt aggressiv nach diesen Waffen und exportiert Terror, während einige wenige, die niemand gewählt hat, die Hoffnung des iranischen Volks auf Freiheit unterdrücken.

Der Irak stellt weiterhin seine Feindseligkeit gegenüber Amerika offen zur Schau und unterstützt den Terrorismus. Schon seit über einem Jahrzehnt versucht das irakische Regime insgeheim, Milzbranderreger, Nervengas und Atomwaffen zu entwickeln. Dieses Regime hat bereits Giftgas eingesetzt, um Tausende seiner eigenen Bürger zu ermorden - und ließ danach Leichen von Müttern zurück, zusammengekauert über ihren toten Kindern. Dieses Regime hat in internationale Inspektionen eingewilligt - und dann die Inspektoren hinausgeworfen. Dieses Regime hat etwas vor der zivilisierten Welt zu verbergen.

Staaten wie diese, und die mit ihnen verbündeten Terroristen, bilden eine **Achse des Bösen,** die aufrüstet, um den Frieden der Welt zu bedrohen.«[12]

Wiederum deutlicher wird die künftige US-Strategie im Bericht der US-Regierung an den Kongress über die *National Security Strategy* (NSS) vom September 2002. Der Bericht ist später auch als Bush-Doktrin beziehungsweise Wolfowitz-Doktrin bezeichnet worden.

Demnach will die Regierung der USA die neue internationale Ordnung nicht nur hinnehmen, sondern entscheidend und prägend gestalten: Sie soll aktiv Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen weltweit bekämpfen. Sie soll sich überall auf der Welt für die Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten einsetzen. Sie soll den globalen Freihandel vorantreiben. Wörtlich heißt es in der NSS (bereits 2002!): **»Oberstes Ziel amerikanischer Außenpolitik ist, das Aufkommen eines neuen Rivalen zu verhindern. Deshalb müssen vor allem Russland und China eingedämmt werden.«**

Der nationalen Sicherheitsstrategie zufolge sind die Zustände im Nahen Osten friedensgefährdend und strukturell instabil. Die fehlende »Modernisierung« seitens der Regierungen sei Hauptursache für den »Extremismus«. Ein Neuanfang in diesen Regionen sei »unvermeid-

bar« (vergleichen Sie dazu das Kapitel über den »Arabischen Frühling«, der sich 2010 bis 2012 ereignet).

Der NSS-Bericht der Bush-Regierung vom September 2002 wird dann ganz deutlich: Er schlägt Präventiv- und Präemptivkriege bei Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen vor - wie es ein halbes Jahr später, am 19. März 2003, gegen den Irak geschieht. Er will die Sicherheit im Innern durch den sogenannten *Homeland Security Act* verbessern, der zahlreiche demokratische Grundrechte außer Kraft setzt. Er will die ballistische Raketenabwehr ausbauen, und er fordert eine Verstärkung im Kampf gegen Biowaffen.

Die nach dem 11. September 2001 begonnenen Kriege gegen Afghanistan und den Irak waren dann vor allem eines: ein Billionendollargeschäft. Laut einer Untersuchung der *Harvard University's Kennedy School of Government* belaufen sich die Kosten für die von den USA begonnenen Kriege gegen Afghanistan und den Irak auf vier bis sechs Billionen Dollar.

Dies beinhaltet langfristige medizinische Versorgung und Entschädigungen für kranke und behinderte Veteranen, Militärgerät und gesamtwirtschaftliche Aufwendungen. Laut der Studie, die im März 2015 veröffentlicht wurde, ist der größte Teil der Kosten noch offen. Aus der Studie ergibt sich weiter, dass jeder zweite Irak- und Afghanistan-Veteran dauerhafte Invalidenleistungen beantragt hat. Die offizielle Zahl von »50 000 im Einsatz verwundeten Soldaten« sei eine erhebliche Untertreibung des wahren Ausmaßes der menschlichen Verluste, denn ein Drittel aller heimgekehrten Soldaten leide unter psychischen Erkrankungen wie Angstzuständen, Depressionen oder posttraumatischen Belastungsstörungen. Eine Viertelmillion Soldaten litt zudem unter traumatischen Hirnverletzungen.

Die US-Regierung habe bereits 134,3 Milliarden Dollar für oben genannte Versorgungsleistungen aufgewendet, doch werde diese Zahl dem Bericht folgend in den kommenden Jahrzehnten auf 836,1 Milliarden Dollar steigen. Die höchsten Aufwendungen für US-Veteranen aus dem Zweiten Weltkrieg seien in den 1980er-Jahren angefallen, so der Bericht weiter, also erst Jahrzehnte später. Ähnlich verhält es sich Untersuchungen zufolge bei den Kosten für Veteranen des

Vietnam-Kriegs und anderen Militäreinsätzen. Die Kosten für einen eingesetzten Soldaten in Afghanistan belaufen sich laut der Studie auf eine Million Dollar pro Jahr.

Laut James Risen, Journalist bei der *New York Times* und zweifacher Pulitzerpreisträger, lohnt sich dieses Geschäft jedoch nicht nur für das Militär und die Rüstungsindustrie, sondern vor allem für Geheimdienste und kooperierende Unternehmen. Die Regierung beschäftige sie, um »Umfang und Ausmaß der terroristischen Bedrohungen zu beurteilen«, schreibt Risen in seinem Buch *Krieg um jeden Preis. Gier, Machtmissbrauch und das Milliardengeschäft mit dem Kampf gegen den Terror.*

Der unfassbare Betrag, der laut Risen seit 2001 wirklich für den Kampf gegen den Terror ausgegeben wurde: Vier Billionen US-Dollar. Da ist es nicht verwunderlich, dass es zu einem »wahren Goldrausch in der Sicherheitsindustrie« kam, der sich auch auf andere Bereiche der amerikanischen Gesellschaft ausweitet.

Spätestens seit den Terroranschlägen auf die französische Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* im Januar 2015 haben auch in Europa die Sicherheitsapparate an Macht hinzugewonnen, welche nicht wirklich durch die Enthüllungen über die weitreichenden Eingriffe der NSA erschüttert werden konnte.

Wir springen in den Dezember 2009. Inzwischen ist Barack Obama US-Präsident, ein Vertreter der demokratischen Partei. Am 19. Dezember 2009 beschließt seine Regierung den bis dahin größten Verteidigungsetat der US-Geschichte in Höhe von 720 Milliarden Dollar, was gegenüber Obamas Vorgänger George W. Bush noch einmal eine Anhebung bedeutet. Der Etat ist seit 2009 bis heute übrigens nur geringfügig reduziert worden, was doch verwundern müsste, weil die Stationierungskosten für die US-Truppen im Irak und in Afghanistan wegfallen.

Liegt der Grund für die Rekordinvestition von mehr als einer halben Billion Euro jährlich darin, dass es sich um keinen Verteidigungs-, sondern um einen Kriegsetat handelt? Warum richtet eine Nation Militärbasen in aller Welt ein?

Überall einsatzbereit

Nach *Wikipedia* unterhielten die USA im Jahr 2008 nach eigenen Angaben 761 Militärbasen im Ausland. Die Gesamtzahl der Stützpunkte sei jedoch höher, da verschiedene Basen in dieser Statistik nicht enthalten seien. Experten schätzen heute die Gesamtzahl der jederzeit einsatzbereiten US-Stützpunkte auf zwischen 800 und 1000. Hinzuzählen muss man die mobilen Stützpunkte der zur Zeit zehn *Carrier Strike Groups,* bestehend aus je einem Flugzeugträger, Lenkwaifenzerstörern, Lenkwaffenkreuzern, Jagd-U-Booten, je einem Transportschiff und je einer Fregatte zur U-Boot-Abwehr. Einige dieser Flugzeugträgerkampfgruppen sind ständig in Krisengebieten unterwegs.

Die Recherchewebseite *Investigative Reporting Workshop* der *American University* in Washington schreibt im September 2015: »Heute gibt es US-Stützpunkte in etwa 80 Ländern und US-Überseegebieten, das sind etwa doppelt so viele wie 1989.« Unter dem Titel Die *Lilypad-Strategie* zählt die Studie zur neuen Ausrichtung der US-Streitkräfte allein in Afrika mehr als 20 US-Stützpunkte in Regionen mit islamistischem Terrorismus auf, von Burkina Faso über Kenia bis nach Djibouti.

Die USA, so lautet das Fazit der Studie, wollen als letzte verbliebene Weltmacht ihren globalen Einfluss aufrechterhalten und die neuen Konfliktzonen selbst in den entlegensten Ecken kontrollieren können. Die Ära der gewaltigen US-Kasernen in Übersee aus der Zeit des Kalten Kriegs gehe dagegen ihrem Ende zu.

Auf einem Flug nach Europa hat US-Generalstabschef Martin Dempsey - ebenfalls im September 2015 - Journalisten mit blumigen Schilderungen zur neuen Militärstrategie der Vereinigten Staaten überrascht. Der Vier-Sterne-General sprach im Flieger unter anderem über Teichrosen und Amphibien - allerdings mit einer tieferen Bedeutung. Wie Frösche auf dem Gartenteich könnten US-Soldaten von einem Seerosenblatt zum nächsten hüpfen, interpretierten Militärexperten die Visionen Dempseys. Auf diese Weise könnten Spezialeinsatzkräfte flexibel und schnell auf die Lage an den Brennpunkten reagieren - zum Beispiel durch die Entsendung von Militärberatern, die Abordnung von Kommandoeinheiten oder durch den Start von Aufklärungs- oder Kampfdrohnen.

Anstatt riesiger Kasernenstädte in Europa sollen diese sogenannten Seerosenblätter (englisch: »Lily Pads«) näher an die Konfliktregionen heranrücken. Im Gegensatz zu den bisher genutzten Einrichtungen sind die neuen Basen unauffällige, kleine Militärstützpunkte. Sie sind nur mit dem Nötigsten ausgestattet und müssen weitgehend auf sich allein gestellt agieren. Diese spartanisch eingerichteten Basen sind im Aufbau und Unterhalt deutlich billiger als die früheren Großanlagen. Zudem bleiben die neuen Stützpunkte für die breite Öffentlichkeit unter dem Radar. Damit entgeht die US-Armee nicht nur Protesten von Anwohnern. Weil anonyme Basen nur wenig symbolisches Gewicht ausstrahlen, dürfte auch die Anschlagsgefahr vor Ort deutlich sinken.

Militärstrategen verweisen darauf, dass sich die *U.S. Army* in eine Art Expeditionskorps wandelt, flexibel aufgestellt und mit vielen Stützpunkten in allen Winkeln der Welt. »Ihr geheimes Wesen macht das Zählen schwierig, aber das Pentagon dürfte seit der Jahrtausendwende mehr als 50 >Lily Pads< oder andere kleine Basen errichtet haben«, schätzt der US-Militärexperte David Vine von der *American University*.

»Den wenigsten US-Bürgern dürfte klar sein, dass wir vermutlich mehr Stützpunkte in fremden Ländern haben als jedes andere Volk, jede andere Nation oder jedes andere Weltreich in der Geschichte«, schreibt Vine. Der Autor beziffert die Gesamtzahl der US-Basen in seinem 2015 erschienenen Buch *Base Nation* auf etwa 800 Stützpunkte in aller Welt, von den riesigen US-Standorten in Deutschland oder Japan bis zu kleinen Radarstationen in Peru oder Puerto Rico.

Der einflussreiche US-Politikberater Zbigniew Brzeziriski, auf den ich in meinem Buch *Der Dritte Weltkrieg - Schlachtfeld Europa* ausführlich zu sprechen kam, stellt fest: »Nicht nur beherrschen die Vereinigten Staaten sämtliche Ozeane und Meere, sie verfügen mittlerweile auch über die militärischen Mittel, die Küsten mit Amphibienfahrzeugen unter Kontrolle zu halten, mit denen sie bis ins Innere eines Landes vorstoßen und ihrer Macht politische Geltung verschaffen können. Amerikanische Armeeverbände stehen in den westlichen und östlichen Randgebieten des eurasischen Kontinents und kontrollieren außerdem den Persischen Golf. Wie die ... Karte zeigt, ist der

gesamte Kontinent von amerikanischen Vasallen und tributpflichtigen Staaten übersät, von denen einige allzu gern noch fester an Washington gebunden wären.«

Am 7. Mai 2014 melden die Nachrichtenagenturen: Das Pentagon habe laut Verteidigungsminister Chuck Hagel die Absicht, militärische Präsenz weltweit zu festigen und die Verteidigungszusammenarbeit mit den Verbündeten zu aktivieren. »Gegenwärtig sind US-Militärs in ungefähr 100 Ländern präsent. Weltweit sind das etwa 400 000 Mann ... Der Entwurf unseres Budgets und die Verteidigungsstrategie geben klar zu verstehen, dass wir ungeachtet der Reduzierung der Streitkräfte nicht einfach in Garnisonen zurückkehren müssen. Wir müssen die Möglichkeiten der Verbündeten weiter verstärken, neue Allianzen gründen und alte festigen sowie in Vereinbarungen zu gemeinsamer Gewährleistung der Sicherheit investieren«, sagt Hagel in Chicago im *Council on Global Affairs.*

Seinen Worten nach verschiebt sich heute der Schwerpunkt auf die asiatisch-pazifische Region. Der Minister weist daraufhin, dass US-Militärs gegenwärtig auf den Philippinen, in Australien, Singapur, Japan und Südkorea präsent seien.

Zwingend notwendig ist diese weltweite militärische Präsenz auch wegen einer neuen Strategie des Pentagon: »Das US-Militär muss in der Lage sein, innerhalb von einer Stunde einen präzisen Angriff mit konventionellen Waffen irgendwo in der Welt durchzuführen.« General James Cartwright vom *United States Marine Corps* stellt diese Forderung im April 2010 auf. Dieser *Prompt Global Strike* (PGS) soll auf drei Wegen erfolgen: durch Interkontinentalraketen mit konventioneller Bestückung - abgefeuert von Raketenbasen oder U-Booten; durch Hyperschall Cruise Missiles, die von Bombern aus gestartet werden, und durch weltraumgestützte Laserwaffen.

Wenige Tage nach Cartwrights Forderung erklärt Verteidigungsminister Robert Gates, die USA hätten bereits jetzt (2010) die Fähigkeit zum sofortigen globalen Angriff. Das PGS-System stützt sich derzeit auf die beiden ersten Säulen: die bereits bestehenden Interkontinentalraketen - hier setzt das Pentagon laut einer Verlautbarung

vom Januar 2012 auf die U-Boote als Abschussbasen - und die erfolgreich getesteten Hyperschallraketen (derzeit Mach 6). 200 Millionen Dollar sind allein 2013 für das PGS-Programm bereitgestellt worden. Über den Stand der Entwicklung bei den aus dem Weltraum abgefeuerten Waffen schweigt sich das Pentagon aus.

Der Drohnenterror im Mittleren Osten

Wenig beachtet von der westlichen Öffentlichkeit haben die USA seit der Regierung Clinton die systematische Tötung von »Terroristen« in aller Welt - ohne rechtsstaatliche Gerichtsverfahren - ausgeweitet. Statt mit Sondereinsatzkommandos geschieht dieser tausendfache Mord durch den Einsatz von ferngesteuerten Drohnen. In der Regierungszeit des Friedensnobelpreisträgers Barack Obama erreicht dieser globale Terrorakt ungeheure Ausmaße.

Ein Beispiel ist der Angriff auf Muhsin al-Fadli, Chef der Al-Qaida-nahen Terrorgruppe *Chorasan,* am 8. Juli 2015 im Nordosten Syriens. Muhsin al-Fadli stand bereits seit Jahren auf der Terrorliste der USA. Der 34-jährige soll ein Vertrauter Osama bin Ladens gewesen sein und eine Al-Qaida nahestehende Terrorgruppe aufgebaut zu haben.

Chorasan, so der Name der Gruppe, soll mit der dschihadistisch-salafistischen Al Nusra-Front in Syrien kämpfen, aber auch Anschläge in westlichen Ländern vorbereiten. Anders als etwa die Terroristen des Islamischen Staats (IS), auf den ich noch ausführlich zu sprechen komme, äußert sich Chorasan jedoch nicht öffentlich. Syrische Kritiker des Assad-Regimes bezweifeln laut Informationen der *New York Times* gar die Existenz von *Chorasan.* Sie glauben, die USA nehme die Gruppe zum Vorwand, um in Syrien militärisch aktiv zu werden.

Tatsächlich führen die USA nicht nur in Syrien, sondern vor allem in Pakistan, Afghanistan, Jemen und Somalia Luftangriffe durch. »Dabei werden die Drohnen überwiegend aus den USA gesteuert«, erklärt Lora Anne Viola, Professorin für Sicherheits- und Außenpolitik am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität in Berlin. »Wir wissen aber, dass man auch in Ramstein die Möglichkeit hat, mit Drohnen zu kommunizieren.« Losgeschickt würden die unbemannten

Luftfahrzeuge allerdings aus US-Militärbasen, die in der Nähe der Konfliktzonen stationiert sind, sagt Viola.

Einen realistischen Einblick in die Praxis der fast täglichen Drohnenmorde gibt Manlio Dinucci vom *Voltaire* Netzwerk: In Washington ist es nunmehr ein »makabres Ritual«: Einmal im Monat gehen Kongressmitglieder, die zu den Ausschüssen für die Nachrichtendienste gehören, ins Hauptquartier der CLA, um »Filmaufnahmen von Menschen anzusehen, die aufgrund von Drohnenangriffen in Pakistan oder in anderen Ländern zerplatzen«. Die New York *Times* berichtet darüber und betont, dass dieser »Anschein von Überwachung« den Eindruck »einer strengen Kontrolle durch den Kongress über das Programm gezielter Tötungen« schaffen soll.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, schreibt Dinucci weiter, genehmige die »Liste der Zielscheiben«, »die kontinuierlich auf den neuesten Stand gebracht wird und Personen aus der ganzen Welt aufführt, die als schädlich für die Vereinigten Staaten und deren Interessen beurteilt werden und heimlich, unter Vorwurf des Terrorismus, zum Tode verurteilt wurden«. »Die endgültige moralische Bewertung« stehe dem Präsidenten zu, besonders wenn »sich bei dem Terroristen, der durch eine Drohne getroffen würde, seine Familie befindet«. Und wenn die Bestätigung durch den Präsidenten eintreffe, »wird der Drohnenbediener, bequemerweise 10000 Kilometer entfernt in den USA beim Träger der Drohnenkommandosteile angesiedelt, die Flugkörper gegen dieses Haus - in Pakistan oder einem anderen Land - starten, das als Unterschlupf des Terroristen angezeigt wurde«.

Dinucci kommt in seinem Beitrag zu den Fakten: Vor allem die CIA setzt die Morddrohnen in Afghanistan, in Pakistan, im Irak, in Jemen, in Somalia und in verschiedenen anderen Ländern ein. Die Anzahl der von der CIA eingesetzten und verfügbaren Drohnen ist unbekannt. Etwa 250 Angriffsdrohnen der US-Luftwaffe müssen hinzugezählt werden. Sie sind Teil der Flotte von etwa 7500 Drohnen jeden Typs, die das Pentagon führt. Die hohe Zahl der Zivilopfer kommt vor allem dadurch zustande, dass die Mehrzahl der Drohnenangriffe (in Pakistan mehr als 60 Prozent) gegen Häuser gerichtet wird, die auch von Frauen und Kindern bewohnt sind. Dinucci: »Die Zahl der zivilen Opfer wird weiter steigen mit dem Einsatz von vollautomatisierten

Flugkörpern, die imstande sind, autonom abzufliegen, anzugreifen und wieder zur Basis zurückzukehren.«

Wie viele Drohnen im Einsatz sind, wie viele Menschen bereits in welchen Gebieten durch Drohnen ums Leben kamen - das ist schwer nachprüfbar. Die in London ansässige, gemeinnützige Organisation *The Bureau of Investigative Journalism* hat sich zur Aufgabe gemacht, derartige Informationen zu beschaffen und zu veröffentlichen. Allein in Pakistan, wo seit 2004 Luftangriffe durchgeführt werden, sollen demnach bis Juni 2015 über 3900 Menschen getötet worden sein. Darunter sind womöglich bis zu 965 Zivilisten und 200 Kinder.

»Es fehlt allerdings eine offizielle Bestätigung dieser Zahlen«, warnt die eben zitierte Professorin für Sicherheits- und Außenpolitik am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität in Berlin, Lora Anne Viola. Der Grund: Immerhin gehe es um Geheimaktionen, die Washington nicht einfach so preisgibt. »Stichhaltige Informationen gibt es nur nach einem öffentlich gewordenen Attentat durch eine Drohne.« Für den Jemen meldete die britische Organisation Mitte Juli 2015 zwischen 101 und 121 bestätigte Drohnenangriffe.

»Drohnen zu nutzen, wie die USA es tun, bedeutet im Grunde eine Verletzung der Souveränität eines anderen Nationalstaats«, sagt Viola und fügt hinzu: »Nicht immer gibt es - wie in Pakistan - die Zustimmung der entsprechenden Regierung zum Einsatz der Maschinen.« Ob bei dem Angriff auf Muhsin al-Fadli eine Absprache mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad getroffen wurde, ist nicht bekannt.

Der frühere Armeegeneral Mike Flynn fasst den »Drohnenkrieg« vielleicht am besten zusammen. Er war während der amerikanischen Kriege in Afghanistan und dem Irak Chef des amerikanischen Militärgeheimdiensts *Defense Intelligence Agency* (DIA). Ende Juli 2015 erklärt er gegenüber dem Nachrichtensender *Al Dschasira,* die amerikanischen Drohnen hätten mehr Terroristen geschaffen als getötet: »Je mehr Waffen wir liefern, je mehr Bomben wir abwerfen, desto mehr wird dies … den Konflikt nur weiter anheizen.«

Einige Tage später melden die Nachrichtenagenturen: Das US-Militär will die Nutzung von Drohnen in Kriegs- und Krisengebieten in

den kommenden vier Jahren deutlich ausweiten. Das Verteidigungsministerium plane, die Zahl der Flüge von täglich 61 auf 90 zu erhöhen, sagt ein ranghoher Mitarbeiter des Pentagon dem *Wall Street Journal* am 17. August 2015. Die Armee wolle damit ihre Aufklärungs- und Angriffsfähigkeiten in Ländern wie der Ukraine, dem Irak oder Syrien sowie in Regionen wie dem Südchinesischen Meer und Nordafrika verbessern.

Der Kommandeur der US-Streitkräfte in Europa, General Philip Breedlove, fordert gleichzeitig deutlich bessere Aufklärungsmöglichkeiten in Europa. Die Ukraine gehört seiner Ansicht nach dazu. »Frühere Warnungen, Erkenntnisse und die Fähigkeit, Moskaus Absichten zu verstehen, sind absolut notwendig, um in Zukunft Überraschungen und Fehleinschätzungen zu vermeiden und angemessen zu antworten«, sagt Breedlove.

Die Betonung liegt dabei deutlich nicht nur auf Aufklärungseinsätzen. Auch die Kapazität für tödliche Einsätze solle massiv vergrößert werden, so das *Wall Street Journal* weiter. Die US-Luftwaffe, die derzeit für den Großteil der Drohneneinsätze zuständig ist, solle künftig verstärkt vom Heer, dem US-Kommando für Spezialoperationen und externen Dienstleistern, die im Auftrag der Regierung arbeiten, unterstützt werden. Nach Auskunft der *U.S. Air Force* ist das Personal, das die Einsätze durchführt, am Limit. Die Nachfrage nach den Einsätzen sei außerordentlich. Die nun geplante Ausweitung der Einsätze wäre die erste seit 2011. Damals wurden die Einsätze unter Präsident Barack Obama massiv ausgedehnt.

Damit könnte auch der Drohneneinsatz in Afrika verstärkt werden - geführt vom US-Kommando Africom in Stuttgart. Darauf werde ich im Zusammenhang mit dem Tauziehen der USA mit China um Afrika zurückkommen.

Jedes Jahr mehr als eine Billion Dollar fürs Militär

Auch nach seinen Rüstungsausgaben zu urteilen, planen die USA die Ausweitung des globalen Kriegs. Die Nachrichtenagentur *Reuters*

nennt am 30. Juni 2015 die aktuellen - von mir gerundeten - jährlichen Militärausgaben (alle Zahlen in Dollar). Ich habe sie für die drei Krisenzonen aufgeteilt und nur die jeweils wichtigsten Staaten aufgeführt.

1. **USA/NATO - Russland**		
	USA	612 Milliarden Dollar
	Großbritannien	53,6 Milliarden Dollar
	Deutschland	45 Milliarden Dollar
	Frankreich	43 Milliarden Dollar
	Italien	34 Milliarden Dollar
	Spanien	11,6 Milliarden Dollar
	Polen	9,6 Milliarden Dollar
	Tschechien	2,2 Milliarden Dollar
Gesamt:	NATO-Verbündete	**811 Milliarden Dollar**
	Russland	**76 Milliarden Dollar**

2. USA/Verbündete - China		
	USA	612 Milliarden Dollar
	Japan	49,1 Milliarden Dollar
	Südkorea	33,7 Milliarden Dollar
	Australien	26,1 Milliarden Dollar
	Taiwan	10,7 Milliarden Dollar
Gesamt:	USA plus Verbündete	**731,6 Milliarden Dollar**
	China	**126 Milliarden Dollar**

3. **Naher/Mittlerer Osten**	
Saudi-Arabien, Emirate	86 Milliarden Dollar
Türkei	18,2 Milliarden Dollar
Israel	15 Milliarden Dollar
Iran	6,3 Milliarden Dollar
Ägypten	4,4 Milliarden Dollar
Syrien	1,87 Milliarden Dollar

Addiert man die Militärausgaben aller US-Verbündeten zusammen, kommt man auf über eine Billion Dollar - jedes Jahr, nur zur Verteidigung?

Deutschland ist an dieser Aufrüstung nicht nur durch seinen Verteidigungshaushalt beteiligt, sondern auch durch den Unterhalt der US-Stützpunkte auf deutschem Boden, der uns pro Jahr etwa 30 Milliarden Euro kostet. Nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums liegen von den 716 größeren US-Liegenschaften jenseits der US-Grenzen 87 in Südkorea, 123 in Japan und 235 in Deutschland. Von den dauerhaft in Übersee stationierten US-Soldaten befand sich im Jahr 2014 das größte Kontingent mit 42450 Soldaten in der Bundesrepublik. Neben diesen waren 8458 Zivilpersonen und 30919 »Andere« (was auch immer deren Aufgabenbereich sein mag) in Deutschland stationiert. Hinzu kommen etwa 12 000 Soldaten der britischen Streitkräfte. Im Irak sind übrigens derzeit weniger fremde Militärkräfte stationiert als in Deutschland.

In über 70 unter ausländischem Regiment stehenden Militärstützpunkten in der Bundesrepublik sind Flugzeuge, Hunderte Panzer, etliche Raketenwerfer und Atombomben gelagert. Und die vorgegebenen Zahlen konnten und können nur geschätzt werden, weil es deutschen Politikern strikt untersagt ist, die Einrichtungen der Alliierten auch nur zu inspizieren. Das Recht zur Stationierung und ihre völlige Bewegungsfreiheit innerhalb Deutschlands ließen sich die

Alliierten im Übrigen im Zuge der Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung auf unbefristete Zeit verlängern. Und die dabei entstehenden Kosten müssen laut Artikel 120 des Grundgesetzes die deutschen Steuerzahler tragen.

Da kommen jedes Jahr Milliardensummen zusammen. Denn neben den reinen Stationierungskosten muss Deutschland auch die Aufwendungen für die Errichtung neuer Unterkünfte, Truppenübungsplätze oder von Flughafenkapazitäten übernehmen. In Grafenwöhr begann im Jahr 2005 beispielsweise der Neubau eines Truppenübungsplatzes für 3400 amerikanische Soldaten, wobei alleine für die militärische Infrastruktur bisher rund 650 Millionen Euro ausgegeben wurden.

In Spangdahlem (Eifel) und Ramstein (Pfalz) wurden die Militärflughäfen auf Wunsch der USA für zusammen rund 400 Millionen Euro ausgebaut. Ramstein ist das größte Luftdrehkreuz der US-Streitkräfte außerhalb der USA. Den größten Transportflugzeugen der *U. S. Air Force,* der C-130, der C-17 und der C-5, stehen zwei Start- und Lande-Bahnen und die größte Wartungshalle der amerikanischen Luftwaffe zur Verfügung sowie ein Passagierterminal für monatlich etwa 30 000 Abfertigungen. Ramstein »war entscheidend am Erfolg in Afghanistan und im Irak beteiligt«, lobte *Air-Force-General* Charles F. Wald 2003. Hier soll auch die Befehlszentrale für den NATO-Raketenschirm eingerichtet werden. Und hier ist auch die Schaltzentrale für den Drohnenkrieg. Denn die Satellitensignale der Drohnen werden von Ramstein über ein Glasfaserkabel in die USA übertragen.

Während in Ramstein im Wesentlichen Transportflugzeuge starten, ist Spangdahlem in der Eifel die Basis für Kampfflugzeuge. Von hier flogen im Irakkrieg die Tarnkappenbomber F-l 17A ab. Später wurden hier A-10-Kampfstaffeln mit Bomben und Urangeschossen für den Einsatz in Afghanistan ausgerüstet.

Ein weiterer wichtiger Luftstützpunkt ist der in den letzten Jahren für etwa 350 Millionen Euro vergrößerte Leipziger Flughafen. Er dient nicht nur der Deutschen Post (DHL) als internationales Drehkreuz, sondern zunehmend auch der NATO. Washington begründete seine Ausbauwünsche stets nur mit dem knappen Hinweis, dass die am Frankfurter Flughafen gelegene Basis geschlossen worden sei.

Tatsächlich gab es von Leipzig ausgehend eine intensive Zusammenarbeit zwischen den USA (bziehungsweise der NATO) und der DHL-Luftfahrtsparte. Insbesondere in den Irak und nach Afghanistan kam es zu zahlreichen Versorgungsflügen, Seit dem Jahr 2008 flogen jeden Tag bis zu 1500 US-Soldaten von oder über Leipzig zu ihren weltweiten Einsätzen. Eine weitere Ausbaustufe soll es jetzt ermöglichen, über den militärischen Bereich des Leipziger Flughafens täglich bis zu 600 Tonnen Kriegsgerät in alle Welt zu versenden.

Auch die Kosten dieser Kriegslogistik hat Deutschland zu tragen, es werden in der letzten Ausbaustufe jährlich mehr als sieben Milliarden Euro sein. Addiert man diese Besatzungskosten zum laufenden Etat des Bundesverteidigungsministeriums (45 Milliarden Euro, siehe oben), kommt man nach verbreiteter Expertenschätzung zu Militärausgaben, die beinahe dem russischen Etat entsprechen.

Die neue US-Militärdoktrin

Anfang Juli 2015 veröffentlicht die US-Regierung eine neue Militärdoktrin. Darin werden China und Russland als große Gefahren und Bedrohung der USA bezeichnet. Generalstabschef Martin Dempsey hält einen Krieg zwischen den Supermächten zunehmend für denkbar.

Interessanterweise nennt Dempsey neben Russland und China auch Nordkorea und den Iran als Bedrohung, obwohl doch mit dem Iran gerade ein Abkommen geschlossen wurde, das die Gefahr der nuklearen Aufrüstung durch das Mullah-Regime bannen soll. Diese Staaten sollen nach Dempsey mit derselben Aufmerksamkeit bedacht werden wie die Bedrohungen durch den IS und andere Terrorgruppen.

Die US-Beurteilung räumt zwar ein, dass »keiner dieser Staaten einen direkten militärischen Konflikt mit den Vereinigten Staaten oder unseren Alliierten sucht«. Dennoch stellen diese Staaten ernsthafte Bedrohungen für die Sicherheit der internationalen Gemeinschaft dar. Die Staatengemeinschaft müsse diese Bedrohungen gemeinsam durch eine koordinierte Politik, klare Botschaften und koordinierte Aktionen in Schach halten.

In der Doktrin heißt es über Russland, dass man zwar die Verdienste Russlands vor allem im Kampf gegen den Terror würdige, dass jedoch festzustellen sei: Russland sei bereit, Gewalt anzuwenden, um seine Ziele zu erreichen: »Russland hat mehrfach gezeigt, dass es die Souveränität seiner Nachbarn nicht respektiert. Die russischen Militäraktionen unterminieren die regionale Sicherheit direkt und durch assoziierte Kampfeinheiten.«

Auch Deutschland will eine neue Militärdoktrin ausformulieren. Darin ist vorgesehen, dass Russland eines der zentralen Feindbilder für die Bundeswehr ist. Man kann davon ausgehen, dass die theoretischen Grundlagen für die militärische Ausrichtung Deutschlands mit den Plänen der Amerikaner abgestimmt sind.

Kurz darauf spricht Dempseys Nachfolger Joseph Dunford von »existenzieller Bedrohung« für die USA durch Russland. An zweiter Stelle folge China. Beide seien eine noch größere Bedrohung für die USA als die Terrormiliz IS. »Russland stellt die größte Bedrohung für unsere nationale Sicherheit dar«, sagt Dunford am 9. Juli 2015 bei einer Anhörung im Kongress. Die Atommacht könne die Souveränität von US-Verbündeten verletzen und sei eine »existenzielle Bedrohung für die Vereinigten Staaten«. Das Verhalten Moskaus sei »nichts weniger als alarmierend«, sagt er am selben Tag vor dem Verteidigungsausschuss des US-Senats in Washington.

An zweiter Stelle folge China wegen seiner militärischen Fähigkeiten und seiner Präsenz im Pazifik. Grund sei aber auch der dortige Interessenkonflikt mit den USA. »Es heißt nicht, dass wir China als Feind betrachten.« Die drittgrößte Bedrohung sei Nordkorea, weil dessen Raketen auch das amerikanische Festland treffen könnten.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow sieht sich daraufhin - ebenfalls am 9. Juli 2015 - genötigt, eine öffentliche Erklärung abzugeben: »Wir sind über die künstlich erzeugte Atmosphäre der Feindseligkeit besorgt, die nichts mit der Realität, den Plänen und Handlungen Russlands zu tun hat. Wir haben uns schon an die regelmäßigen Äußerungen aus Washington gewöhnt, in welchen aus Sicht der USA die Bedrohungen dieser Welt als größer oder als eher zweitrangig eingeschätzt werden.«

Dunford spricht sich auch für die Lieferung von Waffen an die Ukraine aus. Es sei angemessen, das Land etwa mit Panzerabwehrraketen auszustatten. »Ohne diese Art der Unterstützung werden sie nicht in der Lage sein, sich gegen russische Aggression zu verteidigen«, sagt der General.

Zwei Wochen später beginnen NATO-Manöver in den Nicht-NATO-Staaten Ukraine, Georgien, Moldawien und im Schwarzen Meer, also rings um Russlands Grenzen.

Unbeachtet von der Öffentlichkeit gibt es eine weitere Militärdoktrin der USA, die dem entspricht, was der bereits erwähnte Andreas von Bülow als »deep politics«, also als »geheime Agenda«, bezeichnete: Die »Chaostheorie« von Leo Strauss (1899 bis 1973). Der politische US-Philosoph versammelte um sich eine kleine Gruppe von Studenten, von denen die meisten später für das Verteidigungsministerium arbeiteten. Sie bildeten eine Art Sekte und inspirierten die Pentagon-Strategie.

Als die amerikanische Presse im Jahr 2003 begann, die »Chaostheorie« publik zu machen, reagierte das Weiße Haus mit dem Slogan des »Konstruktiven Chaos«, was bedeuten sollte, dass man unterdrückende Strukturen zerstören würde, damit Leben ohne Einschränkung entstehen könnte. Aber nie hatten Leo Strauss noch das Pentagon zuvor diesen Begriff verwendet. Im Gegenteil, ihrer Meinung nach sollte das Chaos so sein, damit sich nichts strukturieren könnte, abgesehen von dem Willen des Schöpfers der neuen Ordnung, den Vereinigten Staaten.

Das Prinzip dieser strategischen Doktrin lässt sich so zusammenfassen: Das Einfachste, um natürliche Ressourcen eines Landes über einen langen Zeitraum zu plündern, ist nicht, es zu besetzen, sondern den Staat zu zerstören. Ohne Staat keine Armee. Ohne feindliche Armee kein Risiko für eine Niederlage. Deshalb ist das strategische Ziel der US-Armee und der von ihr geleiteten Allianz, der NATO, die Staaten zu zerstören. Was aus der betroffenen Bevölkerung wird, ist nicht Washingtons Problem.

Eine weitere neue Strategie des Pentagon ist der atomare Erstschlag: Ende Juni 2015 meldet die *Deutsche Presseagentur* (dpa): »Experten warnen: Die US-Präventivstrategie führt zu einem Dritten Weltkrieg.«

Die Agentur zitiert den kanadischen Professor Michel Chossudovsky, Direktor des Zentrums für Globalisierungsforschung in Montreal, der die USA als die größte Bedrohung für den Westen bezeichnet. Denn: Die Amerikaner ziehen nach Chossudovsky einen atomaren Erstschlag gegen Russland in Erwägung - was zwangsläufig zum Dritten Weltkrieg führen müsse.

In einem Interview mit dem iranischen Sender *Press TV,* das auch auf der Internetseite seines Forschungszentrums veröffentlicht ist, sagt Chossudovsky: »Die USA haben einen sehr gefährlichen Pfad eingeschlagen, weil sie die Doktrin des Präventivkriegs eingeführt haben - tatsächlich sagen sie auch, dass sie Nuklearwaffen gegen Russland als Präventivschlag einsetzen könnten.« Diese Art von Diskurs sei »extrem gefährlich, weil sie ein Dritter-Weltkrieg-Szenario entfachen könnte.«

Chossudovsky vermutet hinter der Ukraine-Krise eine breit angelegte Militärstrategie, die weit über die Ukraine hinausgeht: »Die NATO - und wenn wir NATO sagen, meinen wir auch die Vereinigten Staaten - engagiert sich in Kriegsspielen vor Russlands Türschwelle.«

Eine zentrale Rolle spielt dabei für Chossudovsky der Umgang mit Atomwaffen. Der Professor aus Kanada ist davon überzeugt, dass ein nuklearer Erstschlag gegen Russland für die US-Regierung eine ernsthafte Option ist. »Jetzt bedrohen sie Russland mit Atomwaffen, und es ist sehr klar, dass die nukleare Option im US-amerikanischen Kongress diskutiert worden ist«, sagt er.

Es handle sich nicht länger nur um abstrakte Überlegungen, sondern der Einsatz von Atomwaffen sei »von den Entscheidungsträgern im Pentagon ins Auge gefasst« worden, behauptet Chossudovsky.

Deshalb warnt der Wissenschaftler eindringlich, dass sich die Welt an einem sehr gefährlichen Scheideweg befinde: Das Undenkbare sei denkbar geworden: »Es könnte den Dritten Weltkrieg auslösen.«

Doch Chossudovsky steht mit seinen Befürchtungen keineswegs alleine da. Immer mehr Experten warnen vor einer realen Kriegsgefahr und thematisieren dabei auch die Rolle von Atomwaffen. In Washington gebe es Leute, die für einen Atomschlag plädieren, hat der Ökonom und frühere Staatssekretär im US-Finanzministerium Paul Craig Roberts bereits 2014 behauptet. Es gebe auch Pläne für einen präventiven Nuklearschlag gegen Russland. Und er versichert, dass in

Washington eine Reihe von Leuten »für einen Atomkrieg« plädiert: »Wir haben hier Leute, die durch Washington laufen und sagen: Was ist das Gute an Nuklearwaffen, wenn wir sie nicht einsetzen?«, erzählt Roberts.

In seinen Augen wurde unter der Bush-Regierung die US-amerikanische Kriegsdoktrin so verändert, dass die Rolle von Nuklearwaffen nicht mehr länger nur auf Vergeltungsschläge begrenzt sei. »Sie wurde auf eine Erstschlagsposition angehoben«, so Roberts. Schalte man mit einem Erstschlag die russischen Atomwaffen aus - so die Denke der Neokonservativen in Washington -, dann gehe von Russland keine größere Gefahr mehr aus. Fallout und Verstrahlung würden hauptsächlich Europa und Eurasien treffen, aber nicht die USA.

Auch Harvard-Politikwissenschaftler Graham Allison warnt in einem Aufsatz für die Fachzeitschrift *National Interest* gemeinsam mit seinem russischen Kollegen Dimitri Simes vor einem amerikanisch-russischen Krieg. Allison und Simes hören in der Ukraine-Krise die »unheimlichen Echos der Ereignisse vor einem Jahrhundert, die die Katastrophe namens Erster Weltkrieg hervorgebracht haben«.

Auch die britische Tageszeitung *Guardian* bestätigt im Juli 2015 die neue aggressivere Nuklearstrategie der USA. NATO-Quellen hätten der Zeitung gegenüber versichert, dass die Änderungen die stärkere Einbeziehung von Einheiten für nukleare Kriegführung in laufende Manöver an den Grenzen Russlands sowie neue Richtlinien für eine nukleare Eskalation gegen Russland betreffen sollen. »Es gibt eine ernsthafte Sorge darüber, wie Russland sich öffentlich zu Nuklearfragen äußert. Daher gibt es in der Allianz eine ganze Menge Überlegungen über Atomwaffen«, sagt ein ungenannter NATO-Diplomat dem *Guardian.*

Dazu passt das im Sommer 2015 verabschiedete ukrainische Gesetz mit der Bezeichnung »Gesetz über die Bedingungen der Streitkräfte anderer Staaten auf dem Territorium der Ukraine«. Darin heißt es, dass eine Stationierung von Nuklear- und Massenvernichtungswaffen auf dem Boden der Ukraine »bis zum Erreichen des Stationierungsziels« legal ist. Vorher war dies per Gesetz ausgeschlossen. Passend zur neuen NATO-Nuklearstrategie sind so längerfristige Stationierungen direkt an der Grenze zu Russland möglich.

Was genau sich die NATO und die USA unter der neuen Strategie vorstellen, wird in einem Bericht der amerikanischen Militärdenkfabrik *Center for Strategie and International Studies* (CSIS), der fast zeitgleich mit dem ukrainischen Atomwaffengesetz und der neuen NATO-Militärstrategie veröffentlicht wurde, mehr als deutlich. Darin heißt es, dass die USA ihr Atomarsenal »für einen Krieg gegen Russland, China oder eine andere Macht« leichter einsetzbar machen sollen. Das Militär müsse eine Nuklearstrategie entwickeln, die den Realitäten des 21. Jahrhunderts entspreche und sich auf eine neue Generation von taktischen Gefechtsköpfen und Trägersystemen stütze.

Der CSIS-Bericht argumentiert, hochentwickelte taktische Atomwaffen würden es Washington ermöglichen, kleinere Atomkriege anzudrohen und zu führen, ohne sich von der Gefahr eines nuklearen Holocaust abschrecken zu lassen. Dies würde die Sicherheitslage der USA und der Welt verbessern und für Abschreckung sorgen.

»Die Vereinigten Staaten müssen vielseitig einsetzbare Atomwaffen entwickeln«, schreibt das CSIS in dem Bericht, unter anderem für »geringe Kollateralschäden, verbesserte Bestrahlung, ein Eindringen in die Erde, elektromagnetische Impulse und andere Dinge je nach Entwicklungsstand der Technologie«. Solche Fortschritte, heißt es in dem Bericht, seien die einzige Antwort auf die Erosion der amerikanischen technologischen Überlegenheit durch das Wachstum der chinesischen und russischen Atomarsenale und die Erweiterung des »Klubs der Atommächte« um bis zu neun neue Staaten.

Nach der Theorie der »angemessenen Reaktion«, die das CSIS vertritt, würden hochmobile atomschlagfähige Einheiten »kontrollierte nukleare Angriffe« führen und Bomben »mit geringen Nebenwirkungen, genauer Zielführung und Spezialeffekten« auf feindliche Ziele abfeuern, ohne dass das zu einem umfassenden Nuklearkrieg führen müsste. Durch die »Stationierung robuster, zielgenauer nuklearer Reaktionsoptionen« nahe am »Ort der Bedrohung« könnten die USA taktische Atomschläge »auf allen Stufen der nuklearen Eskalationsleiter führen«, schreibt CSIS.

Das Staatsgebiet der USA würde nach dieser Theorie von den Folgen eines regionalen Atomkriegs durch die Abschreckungskraft von Washingtons riesigem strategischem Arsenal an Atomraketen verschont

bleiben. »Kontrollierte« atomare Konflikte, die von der amerikanischen Regierung initiiert würden, würden zudem keine nuklearen Kampfhandlungen umfassen, die sich gegen Nordamerika richten oder von dort gestartet würden.

»Die amerikanische Heimat wäre von einer Reaktion der USA auf einen atomaren Angriff auf einen regionalen Verbündeten nicht betroffen«, heißt es in dem Strategiepapier.

Die wichtigsten Teile des CSIS-Berichts sind von Clark Murdock verfasst. Murdock ist ein führender Stratege der US-Regierung und Analyst von CSIS. Er arbeitete schon vorher in hochkarätigen Strategiejobs bei der CIA, im Verteidigungsministerium, bei der *U.S. Air Force* und am Nationalen Kriegs-College. An dem Bericht arbeiteten außerdem große Forscher- und Expertenteams mit, darunter Gruppen vom *Center for a New American Security* (CNAS) und der *National Institution for Public Policy* (NIPP).

Präsident und CEO des CSIS ist seit April 2000 der frühere stellvertretende US-Verteidigungsminister John Hamre. Im *Board of Trustees* (Aufsichtsrat) sitzen Angehörige des Verteidigungsministeriums, Investmentbanker, Vertreter von Wirtschaftsunternehmen, ehemalige Regierungsangehörige wie Henry Kissinger, Zbigniew Brzeziriski, James R. Schlesinger, William Cohen und Brent Scowcroft sowie Wissenschaftler und Vertreter von Nonprofitorganisationen. Obwohl mehrheitlich von Republikanern dominiert, wird das Gremium vom ehemaligen demokratischen Senator von Georgia und langjährigen Vorsitzenden des US-Senatsausschusses für Militärfragen, Sam Nunn, geleitet. Das CSIS hat etwa 220 Mitarbeiter und einen Etat von knapp 30 Millionen Dollar (Fiskaljahr 2010), von dem 85 Prozent aus Stiftungs-, Privat- und Firmenspenden gewonnen werden. Der Rest stammt aus Publikationsverkäufen und Regierungsaufträgen.

Wenn wir über den plötzlich wieder möglich scheinenden Atomkrieg sprechen, müssen wir auch den Blick nach Deutschland richten: Die Bundesrepublik kontrolliert zwar selber keine Atomwaffen, doch auf deutschem Boden befinden sich dennoch - wie ich bereits weiter oben erwähnt habe - etwa 20 Atomsprengköpfe. Sie werden von der

US-Armee überwacht und können nur auf Befehl des amerikanischen Präsidenten oder des für den jeweiligen Kriegsschauplatz kommandierenden US-Generals eingesetzt werden. Die Waffen lagern auf dem Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz. Im September 2015 begannen die Vorbereitungen für den Austausch der bisherigen gegen neue amerikanische Atombomben. Das belegen US-Haushaltspläne, wie das ZDF-Magazin *Frontal 21* am 22. September 2015 berichtete. »Rüstungsexperten bestätigen, dass die neuen taktischen Nuklearwaffen vom Typ B 61-12 wesentlich zielgenauer sind als die Atombomben, die bislang in Büchel lagern«, so das ZDF.[13]

Im Kriegsfall sollen deutsche Tornado-Piloten im Rahmen der NATO-Strategie der sogenannten »Nuklearen Teilhabe« Angriffe mit den US-Bomben fliegen. »Mit den neuen Bomben verwischen die Grenzen zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen«, kritisiert Atomwissenschaftler Hans Kristensen vom *Nuclear Information Projects* in Washington.

»Uns beunruhigt, dass Staaten, die eigentlich keine Atomwaffen besitzen, den Einsatz dieser Waffen üben, und zwar im Rahmen der NATO-Praxis der Nuklearen Teilhabe,« erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, gegenüber *Frontal 21.* »Das ist eine Verletzung der Artikel 1 und 2 des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen.«

Dabei hatte der Bundestag im März 2010 mit breiter Mehrheit beschlossen, die Bundesregierung solle sich »gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen«. Auch im Koalitionsvertrag von Union und FDP hatte die Bundesregierung 2009 den Abzug der Atomwaffen aus Büchel zugesagt. Doch statt der Abrüstung erfolgt nun die Stationierung von rund 20 neuen Nuklearwaffen, die zusammen die Sprengkraft von 80 Hiroshima-Bomben haben und von Kampfjets abgeworfen werden können.

Der SPD-Verteidigungspolitiker Thomas Hitschler bestätigt, dass die Bundesregierung ab 2016 rund 120 Millionen Euro in den Bundeswehrstandort Büchel investieren will. Mit diesem Geld soll die Landebahn des Flugplatzes mit einem modernen Instrumentenanflugsystem ausgestattet werden.

Laut der *Zeit* vom 26. Mai 2012 sind neben diesen 20 Atombomben in Büchel derzeit in weiteren vier europäischen Ländern etwa 180 taktische Atomwaffen einsatzbereit. Auf den Standorten in den Niederlanden und in Belgien vermuten Experten zusammengenommen 20 bis 40 Sprengköpfe. Ähnlich viele lagern in den zwei italienischen Stützpunkten in Aviano und in Ghedi. Der türkische Stützpunkt Incirlik hat das größte Arsenal an NATO-Atomwaffen. Bis zu 90 Sprengköpfe werden dort vermutet. Incirlik und Aviano werden derzeit modernisiert. Auch dort soll mit neuen Nuklearbomben vom Typ B 61-12 nachgerüstet werden.

Neben den von der NATO kontrollierten Bomben haben Frankreich und Großbritannien eigene Atomwaffen. Frankreich verfügt aktuell über etwa 300 Atombomben an drei Standorten. Die etwa 160 britischen Atomwaffen lagern im schottischen Faslane. Beide Streitkräfte haben Flugzeuge und U-Boote mit Raketenstartrampen als Träger der Bomben.

Russland verfügt mit 1600 nuklearen Sprengköpfen weltweit über das zweitgrößte Arsenal an Atomwaffen nach den USA. Über die Stationierung der russischen Atomwaffen ist jedoch nicht so viel bekannt. Ende 2013 bestätigte das russische Verteidigungsministerium, dass atomwaffenfähige Kurzstreckenraketen in die russische Exklave Kaliningrad verlegt wurden.

Eine weitere Strategie, ja eher eine Vision des Pentagon entwickelte Thomas P. M. Barnett. Ich bin auf den US-amerikanischen Forscher auf dem Gebiet der Militärstrategie und Berater des Pentagon bereits ausführlich in meinen beiden Büchern *Am Vorabend des Dritten Weltkriegs* und *Der Dritte Weltkrieg - Schlachtfeld Europa* eingegangen. Er wurde bekannt, als er im Jahr 2000 von der Firma Cantor Fitzgerald beauftragt wurde, ein Forschungsprojekt über globale Militärstrategien zu leiten. Ich muss hier auf ihn zurückkommen, weil er Erhellendes zu den Absichten des Pentagon beziehungsweise der US-Regierung gesagt hat - was ich in meinen oben genannten Büchern noch nicht zitiert hatte.

Bereits vor den Anschlägen vom 11. September 2001 hatte Barnett den radikalen Islam in seinen Hypothesen als möglichen Hauptfeind

der Weltmacht USA dargestellt. Im März 2002 stellte er erste geostrategische Ergebnisse dem damaligen US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld vor.

Barnett hat in drei Büchern - *The Pentagons New Map* (2002), *Blueprint for Action* (2006) und *Great Powers. America and the World After Bush* (2010) - die Strategie der Globalisierer zur Erreichung der Weltherrschaft dargelegt. Besonders interessant an diesen Büchern ist nicht nur der Inhalt, sondern auch, dass sie bisher nicht übersetzt wurden. Ich habe dennoch einige Zitate aus den Büchern übersetzt, weil sie für die Themenstellung dieses Buchs sehr interessante Hinweise liefern.

Barnett outet sich in den Büchern als Globalisierungsanhänger, wenn er schreibt: »Die beiden Weltkriege, im Zusammenwirken mit dem selbstzerstörerischen wirtschaftlichen Nationalismus der 1930er-Jahre, machten alle Erfolge zunichte, die bereits seit 1870 auf dem Wege zur ersten Globalisierung der Welt erreicht worden waren. Nach 1945 beschlossen die USA die Errichtung einer neuen globalen Weltordnung.«[14]

Diese neue Globalisierung muss von den USA geschützt werden: »Das große Geschenk der Anschläge des 11. September war, dass wir erinnert wurden: Die Globalisierung braucht einen Bodyguard ....indem wir das Militär dazu benutzen, die Globalisierung auszudehnen.«[15]

Der Krieg gegen den Terror müsse das verbindende Sicherheitsprinzip aller Kernstaaten sein: »Woran wir uns erinnern müssen in diesem Kampf, ist, dass wir keinen Waffenstillstand anbieten, denn diese Kräfte [die Terroristen und die sie unterstützenden Staaten, Anm. d. Verf.] haben keine Zukunft in unserer Welt... Diese Individuen sind zur Ausrottung bestimmt, und wir müssen damit rechnen, dass sie bis zum bitteren Ende kämpfen.«[16]

An anderer Stelle schreibt er: »Wenn es ein Ding gibt, was die moderne Globalisierung uns klarmachen sollte, dann ist es das, dass es kein >umsonst< mehr gibt. Am Ende wird jeder einen Preis zahlen müssen - egal, wer Krieg führt oder wer den Frieden erhalten will.«[17]

»Die Globalisierung wird diesen Planeten regieren, oder er wird regiert in Teilen von Kräften, die weit weniger wohlwollend sind als die freien Märkte und die kollektiven Sicherheitsstandards.«[18]

Die folgenden Textpassagen sollten Sie besonders aufmerksam studieren:

»Damit Globalisierung im Hinblick auf internationale Stabilität funktioniert, braucht es vier wesentliche Elemente oder Strömungen:
1. Der Strom von Einwanderern aus den Randstaaten [nach Barnett sind das: die Länder Afrikas, des Nahen Ostens, Zentralasiens und zum Teil Südamerikas, Anm. d. Verf.] in die alten Kernstaaten [nach Barnett sind das: USA, EU und Japan, Anm. d. Verf.]
2. Der Strom von Erdöl, Erdgas und allen anderen Rohstoffen von den Randstaaten in die neuen Kernstaaten [nach Barnett sind das: die BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika plus Südkorea, Anm. d. Verf.]« - so dürfen laut Barnett in einer globalisierten Welt die Völker und ihre Staaten nicht mehr über ihre Rohstoffe verfügen. Diese werden privatisiert, internationalisiert und profitorientiert vermarktet.
»3. Das Strömen von Geld aus den alten Kernstaaten in die neuen Kernstaaten« - so sollen nach Barnetts Plänen die Volkswirtschaften der aufstrebenden Nationen mit Dollarkrediten überschüttet werden.
»4. Der Export von Sicherheit, den nur Amerika den Randstaaten bieten kann.«[19]

Was er konkret mit dem Strom der Einwanderer meint, erläutert Barnett an anderer Stelle: »Europa muss etwa 1,5 Millionen Einwanderer pro Jahr aufnehmen ..., damit die Globalisierung in der Spur bleibt... Der Strom der Arbeiter aus den Randstaaten in die Kernstaaten ist das Überdruckventil der Globalisierung.«[20]

»Aufgrund seiner schnell alternden Bevölkerung kann es sich Europa nicht mehr leisten, auf Gastarbeiter zurückzugreifen, sondern muss dem Beispiel der USA folgen und seine Schleusen für den ungehinderten Einwanderungsstrom öffnen. Rechts gerichtete und einwanderungsfeindliche Politiker müssen zum Schweigen gebracht werden und haben von der Bühne zu verschwinden, und zwar schnell!«[21]

Für Eurasien sieht Barnett vor, »dass die NATO sämtliche Staaten der früheren Sowjetunion umfassen muss. Entlang der asiatischen Küsten des Pazifiks werden wir ein System von Sicherheitsabkommen mit allen wirtschaftlich aufstrebenden Anrainerstaaten einrichten, vor allem mit China. Eine enge strategische Allianz mit Indien wird

weitere Abkommen mit den Ländern Zentralasiens und entlang des Persischen Golfes nach sich ziehen«.[22]

Prophetisch ist Barnetts Aussage zum Nahen Osten: »Wir müssen beginnen, Regime auf Regime im Mittleren Osten zu stürzen«[23] - das ist den USA bisher hervorragend gelungen.

Entwaffnend, was Barnett zur wirtschaftlichen Strategie der USA sagt: »Amerika hat sich darauf spezialisiert, seine Staatsschulden zu exportieren und fast alles andere zu importieren. Wie schaffen wir es, derart über unsere Verhältnisse zu leben und dabei riesige Defizite einzufahren? Wir bringen eben die Welt dazu, unsere Schuldscheine zu kaufen, weil sie Uncle Sam vertraut und der Dollar verhältnismäßig billig ist ... Das Geschäft mit unseren Schuldscheinen >treasury bills< ist umwerfend einfach. Wisst ihr, was es kostet, diese kleinen Papierfetzen zu drucken? Fast nichts! Und wisst ihr, was wir als Gegenleistung bekommen? Videorecorder, Autos, Computer und so weiter! Hört auf zu jammern, denn sollte die Welt jemals darauf kommen, welch großartiges Luftgeschäft wir betreiben, könnten wir in arge Schwierigkeiten geraten.«[23] Doch wie sollen die USA die Globalisierung durchsetzen? »Mangels Erkennens eines klar umrissenen Feindbildes, beschlossen wir einfach, die Rolle der größten Bedrohung dem radikalen Islam zuzuschieben.«[25] »Meine Vermutung ist, dass es einen Auslöser geben wird, der ähnlich ist wie 9/11, um das Endspiel in Bewegung zu setzen - ein Ereignis, durch das das Weiße Haus überall Unterstützung erhält.«[26]

Wenn wir die US-Strategien beleuchten, dann darf der bereits am Anfang des Buchs zitierte George Friedman nicht fehlen. Er ist Direktor von Stratfor (von *Strategie Forecast,* also: Strategische Vorhersage), einer Legende der US-Beratungsindustrie. Der Informationsdienst bietet Analysen und Zukunftsprognosen zu Geopolitik, Sicherheitsfragen und Konflikten in aller Welt und berät das US-Außenministerium, das US-Verteidigungsministerium, Hedgefonds-Manager und Finanzoligarchen. Welch enormen Einfluss diese Denkfabrik hat, sieht man an ihrer Rednerliste. Sie reicht von Kennedy, Kissinger, Mubarak, Thatcher, Kohl und Shamir bis Obama. Die strategische Vision von Stratfor wurde deutlich auf einer Pressekonferenz am 4. Februar 2015,

als Friedman vor dem *Chicago Council on Global Affairs* sein neues Buch *Flashpoints. The Emerging Crisis in Europe (Brennpunkte. Die entstehende Krise in Europa)* vorstellte. Interessant ist, dass dieser im vertraulichen Kreis gehaltene Auftritt gefilmt und schon kurz darauf im Internet bei *YouTube* veröffentlicht wurde. Welches Kalkül auch immer hinter der Veröffentlichung stecken mag.

»Das vorrangige Interesse der Vereinigten Staaten, wofür wir über Jahrhunderte hinweg Krieg geführt haben«, sagt Friedman auf eine Frage aus dem Publikum, »waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann, und es sollte sichergestellt werden, dass das nicht geschieht ... Die USA sind dabei, einen >cordon sanitaire< [Sicherheitsgürtel, Anm. d. Verf.] um Russland herum aufzubauen. Und Russland weiß das. Russland glaubt, dass die Vereinigten Staaten vorhaben, die Russische Föderation zu brechen. Ich denke, es ist so, wie Peter Lory sagte: Wir wollen euch nicht töten, wir wollen euch nur ein bisschen wehtun.«

George Friedman kommt dann auf die geostrategische Ausrichtung der USA: »Die USA haben ein fundamentales Interesse: Sie kontrollieren alle Ozeane der Welt. Keine andere Macht hat das bisher geschafft. Aus diesem Grund sind wir in der Lage, in andere Länder einzudringen, aber sie können das nicht bei uns tun. Das ist eine sehr schöne Sache.

Die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Ozeane und im Weltall begründet unsere Macht. Der beste Weg, eine feindliche Flotte zu besiegen, ist, zu verhindern, dass diese gebaut wird. Der Weg, den die Briten gegangen sind, um sicherzustellen, dass keine europäische Macht eine Flotte baut, ist, dass die Europäer einander bekämpften.«

Friedmans Schlussfolgerung daraus: »Die Politik, die ich empfehlen würde, ist die, die Ronald Reagan angewendet hat, im Iran und im Irak. Er unterstützte beide Seiten, sodass sie gegeneinander kämpften und nicht gegen uns ... Die Vereinigten Staaten sind nicht in der Lage, ganz Eurasien zu okkupieren. In dem Moment, wo unsere Stiefel den dortigen Boden berühren, sind wir demografisch zahlenmäßig unterlegen ... Aber wir sind in der Lage, erstens die gegeneinander

kämpfenden Mächte zu unterstützen, damit sie sich auf sich selbst konzentrieren können. Sie unterstützen, politisch, finanziell, militärisch, Waffen liefern und die US-Berater aussenden.«

Wenn das nicht ausreicht, hat das US-Arsenal noch weitere Pfeile im Köcher: »In außerordentlichen Fällen können wir mit >Spoiling Attacks< [Störangriffen, Anm. d. Verf.] intervenieren, so wie wir in Vietnam vorgegangen sind, im Irak und in Afghanistan. Spoiling Attacks haben nicht das Ziel, den Feind zu besiegen, sondern sie zielen darauf ab, den Feind aus der Balance zu bringen.«

Zur Situation in der Ukraine und dem geostrategischen Ziel der USA sagt Friedman, es finde augenblicklich die Verlegung amerikanischer Truppen nach Rumänien, Bulgarien, Polen und in die baltischen Staaten statt: »Das ist das >Intermarium< [Zwischenmeerland, Anm. d. Verf.] zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee, wovon [der frühere polnische Staatschef, Anm. d. Verf.] Pilsudski träumte. Das ist für die Vereinigten Staaten die Lösung ... Die Linie von der Ostsee zum Schwarzen Meer. Seitens der Russen waren die Karten schon immer auf dem Tisch: Sie brauchen zumindest eine neutrale Ukraine, nicht eine prowestliche Ukraine.«

Die Warnung des deutschen Generals

Generalmajor a. D. Jürgen Reichardt sieht ebenfalls eine atomare Bedrohung - vor allem aus strategischer Sicht. In einem Leitartikel für die Verbandszeitschrift *Treue Kameraden* (Ausgabe 3/2014) schreibt er:

Stießen irgendwo Weltmächte aufeinander, würde man »sehr rasch zur höchsten Stufe jeder denkbaren Eskalation gelangen, an deren Ende der Einsatz strategischer Kernwaffen stünde - selbst auf das Risiko eines Gegenschlages hin ... Ein Kernwaffeneinsatz kann bereits drohen, wenn sich für eine Seite eine totale Verwundbarkeit ergibt, die keinerlei strategische Initiative oder angemessene Reaktionen mehr erlaubt«.

Der ehemalige General gibt dann einen Einblick in das strategische Denken der Großmächte: »Je sicherer im Falle eines Militäreinsatzes die Bedrohung des eigenen Territoriums und des strategischen Potenzials

(Abwehrwaffen, Flotten, Verbindungen) ausgeschlossen werden kann, desto leichter fällt eine Entscheidung, Militärmacht einzusetzen ... Großmächte müssen alles tun, um ihre Verwundbarkeit zu verringern, wollen sie ihre Vormachtstellung nicht gefährden. Sie werden deshalb stets dafür sorgen, dass aus ihrer unmittelbaren Umgebung keine Bedrohung erwachsen kann, indem andere dort Einfluss gewinnen.«

Genau das - Einfluss in der Umgebung des Gegners gewinnen - geschieht gerade in massivem Ausmaß durch USA, EU und NATO entlang der West- und Südgrenzen Russlands.

Auf die USA kann man die nächste Aussage Reinhardts beziehen: »Großmächte lassen sich möglichst nur dort auf Krieg oder Kampfhandlungen ein, wo sie nicht zugleich selbst verwundbar sind, wo sich der Konflikt regional begrenzen lässt, wo >Stellvertreter< ihn führen ...«

Reinhardt schlussfolgert: »Legt man die skizzierten strategischen Grundsätze auf die gegenwärtigen Spannungen in Osteuropa an, lassen sich die Gefahren für Zentraleuropa einigermaßen beurteilen«: Da Westeuropa nicht über das Militärpotenzial verfüge, um östliche NATO-Staaten zu schützen, würde der Krieg »unverzüglich nach Mitteleuropa« getragen. Da auch die USA in Mitteleuropa über nicht genügend Kräfte verfügten, um die kontinentalen Ostgrenzen des Bündnisses dauerhaft zu sichern oder okkupierte Gebiete rasch zurückzugewinnen, müsste »ein Krieg vom Westen unverzüglich auf andere Schauplätze und in die Tiefe Russlands ausgeweitet werden ... Die dafür notwendigen Mittel... bedeuten Weltkrieg, mit allen unabsehbaren Tendenzen und Folgen. Andere Welt- oder Großmächte würden eingreifen, weil ihnen der Ausgang nicht gleichgültig sein könnte.« Reinhardt zitiert den preußischen Generalmajor, Militärtheoretiker und Heeresreformer Carl Philipp Gottlieb von Clausewitz, der schrieb: »Jeder Krieg hat die Tendenz zum Äußersten.«

Sanktionen, Crash und Goldreserven - Amerikas Finanzkrieg mit dem Rest der Welt

Die Dollarisierung der Welt

»Meine Einschätzung ist, dass 90 Prozent des Werts des US-Dollar vom US-Militär stammt«, sagte einst die ehemalige *Assistent Secretary of Housing,* Catherine Austin Fitts. Seit Jahrzehnten setzen die USA ihre Streitkräfte dafür ein, um die Verwendung des Dollars als Weltreservewährung zu erzwingen. Tatsächlich ist das US-Militär der bewaffnete Flügel des internationalen Bankenkartells.

Als US-Präsident Richard Nixon im Jahr 1971 Zahlungen in Gold aussetzte, haben die Vereinigten Staaten ihre Militärmacht zur Stützung des Dollars und zur Durchsetzung einer globalen Finanzstruktur massiv aufgebaut. Eine Struktur, deren Hauptnutznießer die USA selbst sind mit einer sogenannten »Zentralbank«, der *Federal Reserve,* die als Aufsichtsbehörde des Internationalen Bankenkartells auftritt.

Aber wer oder was ist dieses »Internationale Bankenkartell«? Es besteht aus der *Bank of America, JP Morgan Chase, Citigroup* und *Wells Fargo, Deutsche Bank, BNP* und *Barclays,* welche sich wiederum unter der Kontrolle von acht Familien befinden: Goldman Sachs, Rockefeller, Lehman, Kuhn Loeb, Rothschild, Warburg, Lazard und Israel Moses Sieff. Auch die Ölgiganten *Exxon Mobil, Royal Dutch Shell,* BP und *Chevron Texaco* sind eng damit verflochten und befinden sich unter den Topaktionären von fast allen Fortune-500-Unternehmen. Das Kartell hat keinen offiziellen Status, doch werden seine Mitglieder von einem internationalen Gremium vertreten, dem *Financial Stability Board* (FSB).

Die Methodik für die globale Finanzherrschaft ist eigentlich ganz einfach: Amerika importiert viel mehr Waren, als es exportiert, und somit fließen die Dollars aus den USA ab, um in den Zentralbanken anderer Staaten zu landen. Da die USA sich bis heute weigern, ihre

Verbindlichkeiten in Gold zu begleichen, sind die Zentralbanken gezwungen, die Dollars in Schuldverschreibungen und andere Finanzinstrumente zu investieren. Das Ergebnis ist ein US-dominiertes globales Finanzsystem, das die US-Wirtschaft auf Kosten der übrigen existieren lässt.

Der *Wall Street*-Analyst Michael Hudson erklärt, dass »durch die Weigerung, Bilanzdefizite in Gold zu begleichen, ausländische Regierungen dazu verpflichtet werden, ihre überschüssigen Dollarbestände in Staatsanleihen zu investieren, um ihre Dollarzuflüsse dem US-Finanzministerium zurück zu leihen«.

Das System ist eine Art Selbstläufer, denn sollte eine ausländische Zentralbank beschließen, ihre Dollars zu veräußern, wäre es effektiv eine Sabotage der Wirtschaft des eigenen Landes. Selbstverständlich ist es auch ausländischen Zentralbanken und Finanzinstituten wohl bewusst, dass sie durch Investitionen in US-Staatsanleihen Geld verlieren werden, da die *Federal Reserve* immer weitere Dollars »druckt« und damit den Wert der Reserven verdünnt. Allerdings würden diese ausländischen Institutionen damit scheitern, wenn sie ihre Dollars nicht mehr in Staatsanleihen reinvestieren, da dies die Abwertung ihrer Dollarbestände dramatisch beschleunigen würde.

Ein solches Bewusstsein hält die meisten Regierungen in Schach und verhindert ein groß angelegtes Dollardumping, was dann natürlich das gesamte globale System zu Fall zu bringen würde, zusammen mit dem Internationalen Bankenkartell. Daher hält die Nachfrage nach US-Dollars und Staatsanleihen weiter an, obwohl der Wert des Dollars fällt. »Die Verluste aus diesen Beteiligungen stellen eine Abgabe an das Imperium dar«, sagte oben genannte Catherine Austin Fitts. Das System basiere heute nur noch auf Gewalt. Das Bankenkartell schickt das US-Militär, das 40 Prozent aller Militärausgaben der Welt verschlingt, überall dorthin, wo es seine Interessen bedroht sieht. Das Hauptinteresse ist die globale Dominanz des Dollars.

Der in Indien ansässige Gelehrte und Sozialaktivist Rohini Hensm schreibt: »Es ist die Dominanz des Dollars, die die finanzielle Dominanz der USA als Ganzes unterstreicht und scheinbar grenzenlose Kaufkraft ermöglicht, wodurch Hunderttausende Soldaten auf der ganzen Welt stationiert werden können.« Kurz gesagt, die Dollardominanz

ermöglicht verschwenderische Ausgaben obszönen Ausmaßes, um die globale Präsenz des US-Militärs aufrechtzuerhalten, welches wiederum die Hegemonie des Dollars stützt.

Trotzdem entstehen immer mehr Herausforderungen durch die genannte Dollarhegemonie, was immer mehr Einsätze des US-Militärs erfordert. Der Irak ist in ein bekanntes Beispiel. Im November 2000 kündigte der ehemalige irakische Staatspräsident Saddam Hussein an, dass der Irak für seine Erdöltransaktionen keine Dollars mehr akzeptieren werde. Trotz des sinkenden Werts des Euros forderte Saddam die Zahlung für irakisches öl in der Krisenwährung und erklärte den Dollar zur »Währung des Feindes«. Ab 2002 wurde irakisches Öl in Euro gehandelt, wodurch der Dollar abgewertet wurde. Der ehemalige US-Präsident George W. Bush nutzte die Ereignisse des 11. September 2001, um den Irak im März 2003 zu überfallen. Die Bedrohung für den US-Dollar durch Saddam Hussein war somit schnell beseitigt.

Ein weiteres Beispiel: Als der ehemalige libysche Staatschef Muammar al-Gaddafi versuchte, eine staatliche Zentralbank zu gründen und den Erdölhandel nicht mehr in Dollar zu betreiben, wurde rasch militärisch interveniert. Am 19. März 2011, nur einen Monat nach ersten inneren Unruhen im Land, die übrigens durch eine Nahrungsmittelkrise durch Spekulation von Großbanken ausgelöst wurde, kündigten sogenannte »Rebellen« an, sie würden die Libysche Ölgesellschaft als Aufsichtsbehörde für die Ölförderung gründen und die Zentralbank von Benghazi wieder schließen.

Dass eine lokale Gruppe von Rebellen nur einen Monat nach einem Aufstand eine nationale Ölgesellschaft bilden und eine private Zentralbank etablieren will, überraschte Robert Wenzel vom *Economic Policy Journal:* »Ich habe noch nie gehört, dass man nur wenige Wochen nach einem Aufstand eine Zentralbank gründen will.« Gemäß eines ersten Verdachts sanktionierte das US-Finanzministerium Gaddafis *National Oil Corporation*, versicherte den »Rebellen« jedoch, dass, falls die *National Oil Corporation* oder dazugehörige Tochtergesellschaften oder Einrichtungen unter Kontrolle »anderer Kräfte« geraten, man die Sanktionen wieder aufheben werde.

Immer mehr Länder haben genug vom Internationalen Bankenkartell und seinem bewaffneten Flügel. Russland und China bringen ihre

Abneigung gegen den Dollar-Status-quo immer deutlicher zum Ausdruck. Am 6. September 2012 kündigte China an, dass das Land den Ölhandel mit jeder Nation weltweit auch in chinesischen Yuan betreiben wird. Nur einen Tag später erklärte sich Russland dazu bereit und hat Saudi-Arabien inzwischen als Chinas Hauptöllieferant überholt.

Darüber hinaus hat Russland ein eigenes Zahlungssystem vorgestellt, das sogenannte PRO-lOO-System, für das das Internationale Bankenkartell keine Rolle mehr spielen soll. »Es gibt wenig Zweifel daran, dass Russland und China und auch viele andere Länder auf der gesamten Welt höllisch wütend sind über den missbräuchlichen Vorteil der USA gegenüber Fremdwährungen«, schrieb der Investmentbanker Jay Taylor. Der Iran hat den US-Dollar für den Ölhandel im Dezember 2007 völlig eliminiert und sieht sich seither ständiger militärischer Bedrohung und Sanktionen ausgesetzt. Mit den weltweit zweitgrößten Gasreserven und drittgrößten Ölreserven hat der Iran das Potenzial, der US-Dollar-Hegemonie großen Schaden zuzufügen.

Die Frage ist, wie man diesem Würgegriff durch das vom Bankenkartell kontrollierte globale Finanzsystem und seinem bewaffneten Flügel entkommen kann. Die Antwort lautet: Entscheiden sich weitere Nationen neben Iran, Russland und China gegen den Dollar und die damit zusammenhängende Schutzgelderpressung, bricht das »Empire« mitsamt seinem bewaffneten Flügel zusammen.

Der globale Finanzkrieg

»Notenbanken stürzen sich in den globalen Finanzkrieg«, titelt *Die Welt* im November 2014 und schreibt: »Erst Japan, dann China und jetzt auch die Schweiz: Ein Staat nach dem anderen wirft die Notenpresse an und verbilligt seine Währung. Die EZB zaudert - noch.«

Einen »globalen Währungskrieg« nennt die Tageszeitung diese Finanzpolitik, in den eine Notenbank nach der anderen einsteige. Durch eine Politik der Notenpresse bewirken sie eine gezielte Verbilligung der eigenen Währung, um sich ökonomische Freiräume zu verschaffen.

»Die Bilanz der Notenbank fungiert als Arsenal in diesem Finanzkrieg: Je größer sich die Bilanzsumme aufblähen lässt, desto besser ist

ein Land in dem weltweiten Schlagabtausch gerüstet. In einer Welt mit weniger Wachstum geht es darum, welche Nation den Rest des globalen Wohlstandsplus auf sich vereinen kann«, so *Die Welt.*

Wir befinden uns also inmitten eines weltweiten Währungskriegs - das heißt alle Länder wetteifern darin, ihre Währungen am stärksten abzuwerten, um ihre Exporte auf diese Weise anzukurbeln. Dieser Meinung war die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseif bereits 2010, als sie sagte: »Als es das letzte Mal zu einem Währungskrieg kam ..., mündete dies in den Zweiten Weltkrieg.«

Jim Rickards, Verfasser des *New York* Tz'mes-Bestsellers *Währungskriege* stimmt dem zu: »Historisch betrachtet führen Währungskriege zu Handelskriegen, und die wiederum münden oft in wirkliche Kriege.« 2009 nahm Rickards im Pentagon an der ersten Kriegssimulation eines Finanzkriegs teil. Rickards erklärt, er sei zwar überzeugt, die USA könnten jedes andere Land auf dem Schlachtfeld besiegen, aber Amerika könnte in eine asymmetrische Kriegführung hineingezogen werden, sollten die Inflation und die weltweite wirtschaftliche Unsicherheit aufgrund von Währungskriegen steigen.

Eine andere Facette des US-Finanz-Weltkriegs zeigt der ehemalige Chef des österreichischen Verfassungsschutzes Gert R. Polli am 7. August 2015 in den *Deutschen Wirtschafts Nachrichten* am Beispiel der Ermittlungen der US-Behörden gegen die Deutsche Bank auf.

Die sei der erste Fall, schreibt der heutige Unternehmens- und Sicherheitsberater, in dem die Amerikaner die Befolgung der Russland-Sanktionen mit äußerster Härte durchsetzen wollen. Zugleich werde der Finanzsektor in Europa geschwächt. Als Legitimation für das Eingreifen reichte der US-Regierung die Tatsache, dass in Dollar gehandelt wurde.

Der Vorwurf der US-Ermittler: Die Kundenliste der Deutschen Bank für die Transaktionen soll auch Personen umfassen, die auf der seit 2015 implementierten Sanktionsliste der EU und der USA stehen. Es soll sich um eine Geldwäschetransaktion von 5,5 Milliarden Euro ins Ausland handeln. Russische Kunden sollen über die Niederlassung der Deutschen Bank in London Derivate im Freiverkauf erstanden haben. Sekunden später sollen die Derivate über den

Londoner Freiverkaufsmarkt wieder verkauft worden sein. Somit wurden aus den Rubeln Dollars oder britische Pfund.

Interessant dabei ist, dass damit nicht etwa US-Finanzinstitutionen geschädigt wurden, sondern Russland. Und es war auch die russische Zentralbank, die den Stein ins Rollen gebracht hat. Die Deutsche Bank betreibt in Moskau und in St. Petersburg eines ihrer größten Investmentbankgeschäfte, mit etwa tausend Mitarbeitern. Insbesondere das Privatkundengeschäft ist einer der lukrativsten Geschäftszweige der Deutschen Bank in Russland.

Um ebendiese Privatkunden und ihnen nahestehender Unternehmungen geht es in den Ermittlungen. Nicht umsonst interessieren sich die US-Behörden vor allem für die Kundenliste dieser Transaktionen. Der Vorwurf, mit dem die Deutsche Bank seitens der US-Behörden konfrontiert ist, lautet, die Herkunft dieses Geldes nicht ausreichend geprüft zu haben. Die Liste soll, russischen Quellen zufolge, auch Personen enthalten, die im Zuge des Ukraine-Konfliktes auf den Sanktionslisten der EU und der USA zu finden sind und die der russischen Regierung nahestehen. Genau darauf beziehen sich die amerikanischen Ermittlungen, wenn von Verletzungen der Sanktionen die Rede ist.

Die US-Behörde war schon in den vergangenen Jahren nicht zimperlich, und sie verhängt drakonische Geldstrafen vor allem gegen europäische Unternehmen und Geldinstitute. Dies führt zunehmend zu politischer Verstimmung zwischen der EU und den ermittelnden US-Behörden. Die ins Visier geratenen europäischen Geldinstitute werfen - so schreibt Polli in seinem Beitrag - den US-Behörden vor, gezielt Jagd auf europäische Institute zu machen, um außenpolitische Zielsetzungen zu unterstützen und gleichzeitig durch empfindliche Strafen zu einer Kapitalverschiebung zulasten der Europäer beizutragen. Polli: »Was den jüngsten Vorfall in Russland betrifft, ist dieser Verdacht nicht ganz von der Hand zu weisen, zumal die Kundenliste ein Naheverhältnis zur russischen Regierung vermuten lässt. Solche Zusammenhänge sind ein gefundenes Fressen für die Amerikaner.«

Anfang 2015 stimmte die Commerzbank einem Vergleich mit dem US-Justizministerium zu. Das Unternehmen verpflichtete sich, 1,45 Milliarden Dollar Strafe zu zahlen, was den operativen Gewinn

des Unternehmens faktisch halbierte. Der Vorwurf: Bruch der Sanktionen gegen Iran und Sudan zwischen 2002 und 2008. Im Jahr davor verhängte die US-Behörde eine Rekordstrafe gegen die französische Bank *BNP Paribas* in Höhe von 8,9 Milliarden Dollar. Der Vorwurf: Embargobruch gegen Iran, Kuba und dem Sudan.

Die Finanzaufsichtsbehörden in den USA berufen sich bei ihrem Ermittlungsmandat darauf, dass der US-Dollar für die Manipulation genutzt wurde. Das so ins Visier geratene Unternehmen muss weder an der US-Börse notieren, noch muss zwingend eine US-Niederlassung in den vermeintlichen kriminellen Vorgängen verstrickt sein. Allein die Involvierung des Dollars reicht aus, um die Ermittlungen der US-Behörden zu rechtfertigen. Polli: »Es ist damit zu rechnen, dass der vielerorts so bezeichnete Raubzug von US-Aufsichtsbehörden gegen nicht amerikanische Unternehmen und Institute weitergeht.«

Der Angriff auf den Dollar

Mitte April 2014 ruft der russische Wirtschaftsminister Alexei Uljukajew die Energiekonzerne seines Landes auf, »sich des Dollars zu entledigen«, wie der Radiosender *Stimme Russlands* berichtet. Öl- und Gasrechnungen sollen in Zukunft - so fordert Uljukajew - in Rubel, teilweise vielleicht auch in chinesischen Yuan, ausgestellt werden.

Dieser Schritt könnte die Rolle des Dollars als Leitwährung der Welt gefährden. Seit dem Zweiten Weltkrieg wird der Handel mit Erdöl weitgehend in US-Dollar abgewickelt. Dadurch flössen der US-Zentralbank Devisen aus den ölimportierenden Staaten in beträchtlichem Umfang zu. Gleichzeitig hielten die internationalen Zentralbanken die meisten ihrer Devisenreserven in US-Dollar.

Seit Ende 2013 suchen die Notenbanken offenbar nach Alternativen. Im Frühsommer 2014 halten sie nur noch etwa ein Drittel ihrer Währungsreserven in Höhe von insgesamt 11,7 Billionen Dollar in der US-Währung. Das ist der niedrigste Anteil seit 20 Jahren.

Welche Alternativwährungen bieten sich an? Wenn Russland künftig seine Öl- und Gaslieferungen in Rubel abrechnet, wird der Anteil der russischen Währung an den weltweiten Reserven steigen. Viel

Geld investieren die internationalen Notenbanken derzeit vor allem in den chinesischen Yuan, obwohl diese Wahrung nicht einmal frei handelbar ist. Nach einem Bericht der *Southern China Morning Post* sollen schon 40 Zentralbanken Geld in den Yuan umgeschichtet haben, darunter nicht nur die Notenbanken asiatischer Länder wie Japan, Thailand, Südkorea und Singapur. Yuan-Reserven halten unter anderem auch Australien, Norwegen, Frankreich, Österreich und Weißrussland sowie Chile, Bolivien und Südafrika.

Jukka Philman, Fondsmanager bei der britischen Großbank *Standard Chartered,* sagt, angesichts des Investments vieler Zentralbanken sei der Yuan faktisch zu einer Reservewährung aufgestiegen. Philman vermutet, dass die chinesische Währung für die Zentralbanken bereits konvertierbar ist, also in andere Währungen umgetauscht werden kann.

Noch vor dem Aufruf des russischen Wirtschaftsministers schlägt Anfang April 2014 eine Meldung wie eine Bombe ein: Putin bezahlt Öl aus dem Iran nicht mehr mit Dollars. Stattdessen liefert Russland Lebensmittel und andere Waren - vermutlich auch Waffen wie etwa die versprochenen Abwehrraketen - im Umfang von 20 Milliarden Dollar.

Die Sprecherin des US-Außenministeriums, Marie Harf, sagt zu den Verhandlungen zwischen dem Iran und Russland: »Wir haben beiden Seiten unsere Bedenken kristallklar gemacht. Sollte das Tauschgeschäft vorankommen, würde das ernste Bedenken auslösen.«

Der staatliche russische Energieriese *Gazprom* bereitet inzwischen seine Kunden darauf vor, dass Verträge künftig in Euro statt in Dollar abgeschlossen werden. Der Konzern rechnet mit einer weiteren Eskalation der US-Sanktionen gegen Russland. »Praktisch alle - 95 Prozent - unserer Kunden erklärten sich dazu bereit, unsere Abkommen auf Euro umzustellen«, zitiert die *Financial Times* den Chef von *Gazprom Neft,* Alexander Djukow.

Neben *Gazprom* haben auch viele andere Rohstoff-Konzerne Gespräche mit Banken über eine mögliche Umstellung der Geschäfte von Dollar auf Euro geführt, zitiert die *Financial Times* einen hochrangigen Banker. »Jedes Unternehmen im Rohstoff-Sektor redet darüber, was möglich ist, wenn man nicht mehr in Dollar handeln kann - wenn man keinen Dollar mehr in New York abwickeln kann.«

Einen weiteren wichtigen Schritt in die Unabhängigkeit des Rubels macht Putin am 29. Mai 2014: Auf seine Initiative gründen Russland und die zwei Ex-Sowjetrepubliken Weißrussland und Kasachstan in Konkurrenz zur EU die Eurasische Wirtschaftsunion mit 170 Millionen Einwohnern. Die Union habe eine »historische Bedeutung«, betont der russische Präsident Wladimir Putin nach der Unterzeichnung des Vertrags in der kasachischen Hauptstadt Astana. Es gehe darum, den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften zu ermöglichen. Putin hebt besonders hervor, dass die Union etwa ein Fünftel der weltweiten Gasreserven sowie 15 Prozent der Öllagerstätten kontrolliere.

Die Vereinbarungen zur Eurasischen Union umfassen: Wegfall der Grenzkontrollen, eine gemeinsame Währung - die sich sogar zu einem Konkurrenten des Euros entwickeln soll - Schaffung eines gemeinsamen Finanzmarkts, Kooperation in der Industrie, der Landwirtschaft und im Verkehrswesen sowie eine Integration der Energiemärkte. Eine gemeinsame Wirtschaftskommission mit Sitz in Moskau koordiniert die Zusammenarbeit. Auch die früheren Sowjetrepubliken Armenien, Tadschikistan und Kirgisistan sollen in nächster Zeit als Mitglieder aufgenommen werden.

Eine Woche zuvor, am 21. Mai 2014, hatten die russischen und chinesischen Präsidenten auf einer Konferenz in Shanghai beschlossen, Transaktionen zwischen beiden Ländern von nun an in eigenen Landeswährungen abzuwickeln, statt in Dollar. Davon betroffen ist als Erstes ein am selben Tag abgeschlossener Handel zwischen *Gazprom* und seinem chinesischen Gegenstück CNPC. Der für 30 Jahre ausgelegte Vertrag hat einen Gesamtwert von 400 Milliarden US-Dollar und sieht Jahreslieferungen von russischem Gas an China im Umfang von mindestens 38 Milliarden Kubikmetern vor. Zum Vergleich: In Deutschland werden pro Jahr 100 Milliarden Kubikmeter Gas verbraucht.

Nun rücken auch die ersten internationalen Banken von der Arbeitshypothese der US-Vorherrschaft ab. Analysten von Saxobank und Deutsche Bank sind sich einig, dass diese unipolare Welt durch das aufstrebende China beendet wird. »Die USA verlieren ihren Platz als die einzige dominante Supermacht, und die Geschichte zeigt, dass

während solcher Übergänge die geopolitischen Spannungen ansteigen«, zitiert die Webseite *Zero Hedge* den Chefanalysten der Deutschen Bank, Jim Reid.

Im Jahr 1950 lag Chinas Anteil an der Weltbevölkerung bereits bei 29 Prozent, aber sein Anteil an der Weltwirtschaft lediglich bei fünf Prozent. Bei den USA war es genau umgekehrt: Nur acht Prozent der Weltbevölkerung machten 28 Prozent der Weltwirtschaftsleistung aus. Doch nach mehr als 60 Jahren US-Dominanz sind wir nun Zeuge eines globalen Umbruchs. Darin sind sich Analysten von Saxobank und Deutsche Bank einig.

Reid ist sich sicher, dass die USA in naher Zukunft von China als größte Wirtschaftsmacht abgelöst werden. »Ausgehend von den derzeitigen Trends wird China die USA in puncto Kaufkraft innerhalb der nächsten paar Jahre überholen. Die USA sind nicht länger die einzige wirtschaftliche Supermacht. Tatsächlich ist ihr Anteil an der Weltwirtschaftsleistung unter die 20-Prozent-Marke gefallen, die historisch betrachtet ein Indikator für die dominierende Wirtschaftsmacht ist. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten leben wir schon in einer bipolaren Welt, in der die USA und China ein Drittel der Weltwirtschaft kontrollieren«, so der Deutsche-Bank-Analyst.

Zwei Faktoren würden im Wesentlichen darüber entscheiden, ob ein Land zum Kreis der Supermächte zähle oder nicht, so Reid. Zum einen sei dies die Wirtschaftsleistung eines Landes. Zum anderen entscheide der »geopolitische Faktor« darüber, ob ein Land eine Supermacht sei. Dieser bestehe aus dem kulturellen Einfluss einer Gesellschaft auf den Rest der Welt, »soft power«, sowie der Fähigkeit und Bereitschaft, sich diplomatisch und militärisch in die Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.

Der »geopolitische Faktor« erlaube es einer Nation, ihre wirtschaftlichen Nachteile auf der weltpolitischen Bühne auszugleichen. So seien die USA vor dem Zweiten Weltkrieg - trotz ihrer enormen Wirtschaftsleistung - noch keine Supermacht gewesen, weil sie sich vom Rest der Welt politisch isolierten. Im Gegensatz dazu sei die Sowjetunion im Kalten Krieg - trotz einer viel schwächeren Wirtschaftsleistung - eine Supermacht gewesen, so der Deutsche-Bank-Analyst. Heute würden die USA nur noch aufgrund ihres geopolitischen

Einflusses den Status einer Supermacht genießen, so Reid weiter. Die US-Militärausgaben machen immerhin 40 Prozent der weltweiten Ausgaben für Rüstung aus.

Dagegen blieb China im Vergleich zur enormen Wirtschaftsleistung bisher geopolitisch hinter seinen Möglichkeiten zurück, so Reid weiter. Die chinesische Regierung ordne alles dem Wachstum der heimischen Wirtschaft unter und strebe auch nicht um jeden Preis den Status einer Supermacht an. Das spiegle sich auch im Militärbudget der Chinesen wider, das nicht einmal ein Drittel der Rüstungsausgaben der USA beträgt, so der Deutsche-Bank-Analyst.

Doch die weltpolitische Situation hat sich in den letzten fünf Jahren zunehmend geändert. Nicht nur, dass die Wirtschaft Chinas deutlich schneller wächst als die der USA, auch der geopolitische Einfluss der Amerikaner in der Welt wird immer geringer. Die USA sind gezeichnet von ressourcenraubenden Konflikten im Irak und in Afghanistan und verlieren zunehmend an Macht, während sich neue Allianzen gegen die USA formen. Sie sind nicht mehr in der Lage, die Konflikte im Alleingang zu lösen, was die jüngsten Ereignisse in der Ukraine, Syrien und dem Irak deutlich zeigten.

»Es ist ein Schlüsselkonzept, dass die Welt regelmäßig Zyklen von Neubewertungen durchläuft, und diese Phasen gehen mit Spannungen und Volatilität einher. China und Russland bauen gerade eine starke Anti-USA- und Anti-Dollar-Allianz auf. Diese Allianz gewinnt zunehmend an Größe und Einfluss. Gleichzeitig dehnt China seine Präsenz in Afrika, aber auch in Südeuropa, mittels Infrastrukturinvestitionen aus.«

Auch im eigenen Land schlägt die Stimmung der US-Bürger zunehmend um. In einer Umfrage des *Pew Research Center* (2015) wurden sie nach der zukünftigen Rolle der USA in der Welt befragt. Die Mehrheit (52 Prozent) war der Meinung, die »USA sollten sich international um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern und andere Länder, so gut es geht, allein zurechtkommen lassen«. Im Vergleich dazu stimmten nur 30 Prozent dieser Aussage im Jahr 2002 zu.

Der schwindende Einfluss der USA in der Welt, die schwächelnde Wirtschaft und die mangelnde Zustimmung im eigenen Land lassen für Jim Reid nur einen Schluss zu: »Angesichts dieser Analyse sind wir

uns einig, dass wir gerade mitten in einem sehr seltenen historischen Moment sind - dem Niedergang einer Supermacht.«

Einen weiteren Schritt aus dem Dollar unternimmt Russlands Präsident Anfang September 2015, als er vorschlägt, den Dollar aus dem Handel zwischen den Nationen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu streichen. Das bedeutet die Schaffung eines Binnenfinanzmarkts zwischen Russland, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Weißrussland.

Diese Maßnahme würde zu einer stärkeren Verwendung von Landeswährungen in Außenhandelstransaktionen und Finanzdienstleistungen beitragen und damit Voraussetzungen für mehr Liquidität der inländischen Währungsmärkte schaffen, heißt es in einer Pressemitteilung des Kreml.

Russland und China stoßen seit Frühjahr 2015 vermehrt ihre Dollarvermögen ab. Allein im Dezember 2014 verkaufte Putin rund 20 Prozent der amerikanischen Schatzbriefe, die Russland hielt. Dann wurde im Sommer 2015 bekannt, dass China zu einer ähnlichen Strategie gegriffen hatte und in Dollar denominiertes Vermögen im Wert von 500 Milliarden Dollar abgeladen hatte. Als der chinesische Aktienmarkt in großem Stil einbrach, verkaufte die Volksrepublik Ende August 2015 Vermögenswerte für Zigmilliarden Dollar. Berichten zufolge sollte so der Zusammenbruch der Finanzmärkte aufgehalten werden.

Das Horten von Goldreserven

Während die westlichen Länder Schulden anhäuften - 2013 betrugen die russischen Schulden elf Prozent vom Bruttosozialprodukt, im Jahr 2000 waren es noch 60 Prozent gewesen; die USA dagegen hatten 2000 eine Staatsschuldenquote von 55 Prozent, 2013 dagegen bereits von 107 Prozent -, baute die russische Zentralbank wie die chinesische in den letzten Jahren riesige Goldreserven auf.

Der *Spiegel* und die Nachrichtenagentur *Bloomberg* melden im Februar 2013, dass die russische Zentralbank *Rossii* alleine im vergangenen Jahrzehnt 570 Tonnen Gold im Ausland orderte. Damit war

Russland unabhängig von den zusätzlichen eigenen Fördermengen der größte Goldimporteur der Welt. Putin und die chinesische Führung hätten, erklärt *Bloomberg*, systematisch eine klare Goldstrategie verfolgt, um sich gegenüber den stark inflationierten Währungen Dollar und Euro abzusichern.

China und Russland investieren massiv in Minenunternehmen, melden die *Deutschen Wirtschaftsnachrichten* am 15. April 2014. Dahinter stecken möglicherweise Pläne, rohstoffgedeckte Währungen zu schaffen, vermutet der Internetdienst. »In jedem Fall machen sich die Länder im Hinblick auf Metalle damit unabhängiger vom Dollar. Dies ist ein weiterer Schlag gegen den US-Dollar. Denn wie fast alle Währungen der Welt ist auch der Dollar durch nichts gedeckt.«

Allein zwischen Januar und November 2014 hat Russlands Zentralbank insgesamt 152 Tonnen Gold für 6,1 Milliarden Dollar gekauft, schreibt die Zeitung *Nowyje Iswestija* am 2. Februar 2015. Diese Menge macht fast ein Drittel von dem aus, was die Zentralbanken weltweit (461 Tonnen) gekauft haben. Die britische *Financial Times* verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass Russland während seiner Finanzkrise 1998 insgesamt 118 Tonnen Gold verkaufen musste, um sein Finanzdefizit zu decken.

Der größte in Russland tätige Goldproduzent *Polyus* prüft Vorschläge der Regierung, sich wieder in Russland zu registrieren, berichtet *Reuters* Mitte April 2014. Derzeit ist das Unternehmen auf der Kanalinsel Jersey gemeldet. Präsident Putin betreibt seit Längerem eine Politik der Rückführung ins Ausland verlegter Firmen nach Russland. Die Rückführung soll Russland zusätzliche Steuereinnahmen bringen.

Zudem ruft Vizepremier Igor Schuwalow Anfang April 2014 russische Konzerne, die an ausländischen Börsen gelistet sind, dazu auf, an die Moskauer Börse zu wechseln. So könnten sie sich gegen die vom Westen verhängten Sanktionen (wegen des Anschlusses der Krim) schützen.

Der deutsche Finanzexperte Alexander Daniels sagt, dass der Boykott des Westens keine negativen Folgen für die Zahlungsfähigkeit der Russen habe. »Dank seinen Goldreserven kann Russland alles, was es braucht, bei freundschaftlich gesinnten Ländern schnell kaufen. Gold dient in Krisen wie eine international anerkannte Währung,

die jederzeit gegen ausländische Währungen oder gegen Lebensmittel getauscht werden kann«, betont er.

In diese Logik passt auch die Tatsache, dass Russland 2014 insgesamt 272 Tonnen Gold selbstständig gefördert hat - mehr als Australien (269,7 Tonnen). Nur China, seit 2007 der globale Spitzenreiter auf diesem Gebiet, hat mit 465,7 Tonnen mehr Gold gewonnen. Insgesamt wurden 2014 weltweit 3109 Tonnen Gold gefördert - mehr als je zuvor.

Formell ist Gold schon seit 1971 kein richtiges Synonym mehr für Geld: Nach der Abschaffung des Goldreservestandards ist keine einzige Währung der Welt an Gold gebunden. Dennoch sind die Goldreserven einzelner Länder ein wichtiges Merkmal für ihre Stärke.

Besonders auffallend ist das in Zeiten von wirtschaftlichen Turbulenzen: Krisen verursachen stets einen Preisaufschwung bei Gold. Dabei steigt die Nachfrage nicht nur seitens der Zentralbanken, sondern auch seitens einzelner Branchen wie Flugzeugbau, Raumfahrt, Schmuckindustrie und Medizin.

Der Chefanalyst der Deutschen Bank in Russland, Jaroslaw Lissowolik, hält Gold für »eine der wichtigsten Komponenten der Währungsreserven«. »Großenteils sind diese Reserven in Russland in Dollar und Euro konzentriert. Gold ist ein Mittel für ihre Diversifizierung. Wenn sich die Wirtschaftssituation im Land verschlechtert, wird der Preis für dieses Metall immer höher und seine Rolle dementsprechend wichtiger«, so der Branchenkenner.

Dass Russland seit Jahren seine Goldreserven erhöht, kann den US-Dollar zerstören, wie der Analyst Peter Krauth in seinem Beitrag für das Finanznachrichtenportal *Money Morning* schreibt. Nach Angaben des Kolumnisten haben sich die russischen Goldreserven in den letzten zehn Jahren um ein Dreifaches vergrößert und einen Höchstwert seit 1993 erreicht. Das russische Gold kommt zum Teil aus der einheimischen Produktion, denn die Sanktionen behindern den Export. Aber die Goldpreise haben ihren Mindestwert seit vielen Jahren erreicht, was sich als sehr profitabel erweisen könnte.

»Während der jüngsten Rubel-Krise vermuteten Zyniker, dass Russland sein Gold verkaufen müsste, um den Rubel zu unterstützen. Ich war damit nicht einverstanden. Ich nahm an, dass Russland seine Reserven lieber behalten und stattdessen Dollarscheine ausgeben

würde. Allem Anschein nach hatte ich recht«, schreibt der Analyst. Nach seinen Angaben sind die russischen Goldreserven im November 2014 von 37,6 auf 38,2 Millionen Unzen gestiegen. Im April 2015 betrugen die Goldreserven bereits 39,8 Millionen Unzen.

Die beträchtliche Zunahme der russischen Goldreserven wird laut dem Experten den US-Dollar-Kurs spürbar beeinflussen. Einigen Analytikern zufolge könnte Russland seine Währung erst in ferner Zukunft mit Gold unterstützen. Russland werde jedoch nicht allein, sondern mit einigen seiner Nachbarn und Alliierten handeln, um die US-Dollar-Hegemonie zu unterminieren, schreibt Krauth. Es handle sich vor allem um China, dessen Goldreserven zu den weltweit größten gehören, obwohl China seine genaue Goldmenge geheim halte.

Daher taucht in Insiderdebatten immer wieder das Gespenst des Goldrubels auf. Bereits 2009 sagte Arkadi Djorkewitsch als Chefberater des Kreml, dass Russland eine neue durch Gold gedeckte Reservewährung begrüßen würde. »Wir könnten uns bei diesem System auch eine effektivere Verwendung von Gold vorstellen.«

Schulden - ein Weg in den Krieg

Während Russland und China Gold horten, haben die USA ihres (und das, das andere Ländern bei ihnen aufbewahren, wie das deutsche Gold) vermutlich schon längst verkauft.

Die US-Staatsschulden haben sich, so berichtet der *International Monetary Fund,* innerhalb von zehn Jahren fast verdreifacht: Lagen sie 2003 bei 6,731 Billionen US-Dollar, sind sie bis 2013 auf 17,556 Billionen gestiegen. 2015 liegen sie bei 18,2 Billionen (Stand: 1. Juli 2015). Sieht man diese US-Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), so liegt sie bei 107,18 Prozent. Einschließlich privater und öffentlicher Schulden beläuft sich der Schuldenberg nach manchen Berechnungen auf 336 Prozent des jährlichen BIP. Zum Vergleich: Japan hat sich mit 236,56 Prozent des BIP verschuldet, die Bundesrepublik mit 83,04 Prozent. Interessant sind hier die Schlusslichter dieser Tabelle des *International Monetary Fund:* China ist mit 22,16 Prozent und Russland mit 11,03 Prozent ihres BIP verschuldet.

Für einige Ökonomen, die *Kopp Online* am 27. Januar 2014 zitiert, kann diese Verschuldung direkt in den Krieg führen. So schreibt der Hedgefonds-Manager Kyle Bass: »Wie ein Blick auf die Wirtschaftsgeschichte zeigt, war Krieg traurigerweise allzu oft Ausdruck einer simplen wirtschaftlichen Entropie mitsamt ihren logischen Konsequenzen. Wir gehen davon aus, dass Krieg eine unvermeidliche Folge der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Lage ist.«

Der erfahrene Anlageberater James Dines sagt einen so epochalen Krieg wie die beiden Weltkriege des letzten Jahrhunderts voraus, der im Nahmittelosten beginnen werde.

Der in Singapur lebende internationale Investmentberater Marc Faber erklärt, die amerikanische Regierung werde als Folge der Wirtschaftskrise weitere Kriege beginnen. »Als Nächstes wird die US-Regierung irgendwo einen neuen Krieg beginnen, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von der schlechten wirtschaftlichen Lage abzulenken ... Wenn sich die Weltwirtschaft nicht erholt, beginnen die Menschen in der Regel einen Krieg.« Mitte Januar 2012 fügt Faber hinzu: »Der Dritte Weltkrieg wird in den nächsten fünf Jahren auftreten. Auftreten, das bedeutet, dass der Nahe Osten in die Luft gesprengt wird. Die neuen Regierungen dort werden dem Westen weniger geneigt sein. Der Westen hat auch erkannt, dass er sich China nicht entziehen kann. Der einzige Weg für den Westen, sich China vom Leib zu halten, ist, die Ölleitungen im Nahen Osten zu kontrollieren.«

Der Ökonom Martin Armstrong schreibt im August 2013: »Unser größtes Problem besteht darin, dass die Bürokratie einen Krieg will. Damit soll die allgemeine Aufmerksamkeit von der NSA abgelenkt und andererseits deren Vorgehen gerechtfertigt werden. Sie brauchen zudem eine Ablenkung vom wirtschaftlichen Niedergang, der kommen wird.« Alles deute daraufhin, »dass es tatsächlich eine geheime Agenda gibt und Ziele angestrebt werden, die nicht öffentlich diskutiert werden. Dazu gehört aller Wahrscheinlichkeit nach die Schuldenproblematik, und ein Krieg ist notwendig, um den Druck zu Ausgabenkürzungen zu verringern«.

Nebelkerzen und Fake News - der Propagandakrieg läuft auf vollen Touren

Militärische Hacker, Cyberspionage, Cyberattacken auf Kommunikationssysteme - längst findet Krieg auch in der virtuellen Welt statt. Die Armeen diverser Länder unterhalten ganze Einheiten mit Spezialisten, die Webseiten von Dissidenten lahmlegen, den Gegner online auskundschaften oder im Ernstfall auch Versorgungssysteme sabotieren. Ihr Vorgehen unterscheidet sich oft nur wenig von dem der Cyberkriminellen. Gleichzeitig geben Staaten viel Geld aus, um ihre eigenen Systeme gegen die Hacker des Gegners abzusichern.

Die medialen Beispiele um die Server von *Sony Pictures,* die Trojaner auf den Bundestagsrechnern oder den Diebstahl von Personendaten von den Rechnern der US-Verwaltung im Jahr 2015 lassen Größeres erahnen. Ist der Cyberkrieg nur das Vorspiel zu Schlimmerem?

Der Krieg der Rechner

Der Cyber War wurde als Begriff erstmalig 1993 von amerikanischen Wissenschaftlern in einer Studie für das Verteidigungsministerium genutzt. Einer Reihe von Autoren gilt der Kosovo-Krieg 1999 als der erste »richtige Cyberkrieg« zwischen Staaten, bei dem beide Seiten entsprechende Kampfmittel auf dem Schlachtfeld einsetzten. Auch die umfassende Steuerung und Kontrolle des Kriegsgeschehens mittels weltraumgestützter Systeme trat hier auf NATO-Seite bestimmend hervor.

Die Allianz etwa störte und manipulierte serbische Luftabwehrsysteme unter anderem durch Einsatz hochfrequenter Mikrowellenstrahlung, griff das jugoslawische Telefonnetz an und brach auf elektronischem Weg in russische, griechische und zypriotische Banken ein, um Konten des serbischen Präsidenten zu sabotieren und leerzuräumen. Serbische Kräfte störten ihrerseits unter anderem NATO-Server und hörten ungeschützte NATO-Kommunikation ab.

Nach der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch NATO-Bomber mischten sich auch chinesische Hacker ein und griffen Webseiten an, versandten virenverseuchte E-Mails und schalteten Propaganda. Attackiert wurden unter anderem die Internetpräsenzen des US-Energieministeriums und des National Park Service. Die Webseite des Weißen Hauses musste sogar für drei Tage geschlossen werden.

Das im Jahr 2005 gegründete *Joint Information Operations Warfare Command* (JIOWC) von US-Militär und *National Security Agency* (NSA) soll den Cyber War koordinieren und folgende Informationsoperationen durchführen:

- psychologische Operationen (PSYOP) zum Manipulieren der Wahrnehmung,
- militärische Täuschung (Military Deception, MILDEC): die Provokation von Fehlern und Fehlverhalten auf der feindlichen Seite durch falsche Informationen, Bilder und Stellungnahmen,
- operationeile Sicherheit (Operational Security, OPSEC): die Identifikation notwendiger Informationsgrundlagen für das eigene Handeln beziehungsweise die Verhinderung des Zugangs zu Informationen, deren Kenntnis dem Feind Vorteile einbringen könnte,
- Operationen in Computernetzen (Computer Network Operations, CNO): die Verteidigung von Rechnernetzen (Computer Network Defense, CND), die Ausbeutung von Rechnernetzen (Computer Network Exploitation, CNE), also das Sammeln von Informationen, und die Angriffe auf Computernetze (Computer Network Attack, CNA), also das Lahmlegen oder Zerstören gegnerischer Netzkapazitäten in einem umfassenden Sinn.

Geführt wird der globale Cyber War vom US *Cyber Command* (CYBERCOM) mit seinen mehr als 8000 Mitarbeitern - alle bei der Air Force beschäftigt - auf dem Luftwaffenstützpunkt Lackland bei San Antonio, Texas. CYBERCOM wacht auch über die Spionagesatelliten im All, von denen alleine die *National Security Agency* (NSA) mehr als 60 in der Erdumlaufbahn hat.

Dieser größte Lauschdienst der Welt, die NSA, mit ihrer Zentrale in Fort Meade, 40 Kilometer nordöstlich von Washington, hat Ende 2013

ein neues Rechenzentrum in Bluffdale, Utah, in Betrieb genommen. Spekulationen reichen von mehreren Exabyte bis hin zu einem Yottabyte an Daten, die dort gespeichert werden können. Ein Yottabyte entspricht einer Milliarde Terabyte. Das entspricht ungefähr einer Septillion - das ist eine Eins mit 24 Nullen dran - Textseiten. Aber auch die am niedrigsten angenommene Kapazität dürfte reichen, um vermutlich den gesamten Datenverkehr der Welt speichern zu können.

Der bereits zitierte Auslandskorrespondent Armin Wertz schreibt: »Über 1,1 Millionen des Terrorismus Verdächtige haben die Cyberkrieger der US-Geheimdienste inzwischen in ihre Überwachungsliste aufgenommen.«

Bundeswehr steigt in den globalen Cyberkrieg ein

Die Bundeswehr wird künftig auch »offensive Fähigkeiten« bei der Cyberkriegführung entfalten, melden die *Deutschen Wirtschafts Nachrichten* am 22. Juli 2015. Das Internet wird in einer neuen Strategie zur potenziellen Kriegszone erklärt. Der Einsatz gegen mögliche Gegner kann auch im Angriff bestehen. Das geht aus einem Strategiepapier des Verteidigungsministeriums hervor. Die Leitlinie gilt als Vorbereitung auf das neue Weißbuch der Bundeswehr, das 2016 erscheinen soll. Darin wird die sicherheitspolitische Ausrichtung Deutschlands für die nächsten zehn Jahre definiert, und der digitale Konflikt soll dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Im Strategiepapier mit dem Titel »Strategische Leitlinie Cyber-Verteidigung« heißt es, dass das Internet und andere Kommunikationsplattformen künftig neben den klassischen Kriegsschauplätzen Land, Luft, See und Weltraum als neuer »Operationsraum« der Bundeswehr definiert werden müssten. Der Strategiewechsel wurde nur wenige Wochen nach der Bilderberg-Konferenz im Juni 2015 bekannt, an der Verteidigungsministerin von der Leyen und ihre Staatssekretärin Katrin Suder teilnahmen. Einer der Schwerpunkte der Konferenz war das Thema »Cybersicherheit«.

»Das Spektrum der Bedrohungen reicht von Cyberspionage über Sabotage bis zum offenen Cyberkonflikt,« sagte von der Leyen der

Welt. Je entwickelter und technisierter ein Land sei, desto größer werde die Bedrohung.

Auch Deutschland sieht sich zunehmend mit Cyberattacken konfrontiert. So gab der Bundesnachrichtendienst (BND) bekannt, dass der Rüstungskonzern EADS Opfer einer Cyberattacke aus den USA wurde. Hinter dem Angriff vermuteten Medien die NSA. Zudem wurde wenige Wochen davor bei einem Hackerangriff auf den Bundestag das gesamte Netzwerk mit einem Schadprogramm infiziert. Einige Politiker vermuteten dahinter den russischen Geheimdienst, was IT-Experten jedoch als unbegründet zurückwiesen.

Wie *Spiegel Online* berichtet, soll die Bundeswehr künftig im Rahmen des Heimatschutzes für »die Verteidigung gegen Cyberangriffe, die einen bewaffneten Angriff auf Deutschland darstellen«, zuständig sein. Im Falle von Attacken auf kritische Infrastruktur wie Kommunikations- oder Verkehrsnetze soll der Einsatz der Streitkräfte erlaubt sein. Bisher waren solche Einsätze nur bei einem massiven Cyberangriff vorgesehen, denn eigentlich ist der BND mit seiner 2013 gegründeten Unterabteilung für »Cyber Intelligence« für die Cyberabwehr zuständig. Deshalb will von der Leyen, dass dieses Problem mit den anderen Ressorts »prioritär« gelöst wird.

Doch die Pläne der Verteidigungsministerin gehen noch weiter. Die Bundeswehr soll künftig auch »zu offensiven Cyberangriffen im In- und Ausland in der Lage sein«. Konkret solle es den Streitkräften bei Missionen im Ausland oder im Kriegsfall möglich sein, den gegnerischen Zugang zu Mobilfunk und Internet »einzuschränken, gegebenenfalls sogar auszuschalten«. Ein Lagebild über »Verwundbarkeiten« der gegnerischen Systeme solle es ermöglichen, »gegnerische und fremde Computer« auszunutzen und anzugreifen.

Um diese neue Rolle ausfüllen zu können, sollen die IT-Ressourcen aufgestockt und zentralisiert werden. Die »Bündelung und Fokussierung unserer Aktivitäten« sei nötig, um die Cyberabwehr der Truppe sicherzustellen, sagte Staatssekretärin Suder gegenüber *Spiegel Online.* Die ehemalige McKinsey-Beraterin ist im Verteidigungsministerium verantwortlich für Rüstungsfragen. Sie beauftragte die Unternehmensberatung *Accenture* damit, eine Diagnose bezüglich der Fähigkeiten und Ressourcen der Bundeswehr zu erstellen.

Bisher verfügt die Bundeswehr über zwei Zentren für die digitale Kriegführung. In Euskirchen sind 40 Experten des *Computer Emergency Response Team* (CERTBw) stationiert. Sie überwachen die rund 200 000 Computer von Heer, Marine und Luftwaife und suchen diese nach Schadsoftware wie Trojanern oder Viren ab. Das CERTBw befasst sich ausschließlich mit der Cyberabwehr. In der Tomburg-Kaserne in Rheinbach, nur wenige Kilometer von Euskirchen entfernt, ist seit 2011 die Einheit Computer Netzwerke Operationen (CNO) untergebracht. Sie umfasst 60 Soldaten, die in Zukunft auch offensiv im Cyberkrieg eingesetzt werden könnten. Doch dafür bedarf es eines Bundestagsmandats. Bis dahin trainiert die Einheit in einer »vom Internet abgeschotteten Laborumgebung«.

Der Vizegeneralsekretär der NATO Jamie Shea hebt den Cyberwar ganz oben auf die Wichtigkeitsliste. »Ein schwerer Cyberangriff kann den Verteidigungsfall auslösen«, sagt Shea 2015 bei einer Konferenz in Potsdam. Wie viel Schaden ein Cyberangriff verursachen muss, damit der Bündnisfall eintritt, erwähnte der Brite jedoch nicht. »Wenn wir das bekannt geben, schrecken wir unsere Gegner nicht mehr ab.«

Operation Militärische Täuschung: die Lügen der Propagandamaschine

Der lautlose Cyberkrieg wird sich in den nächsten Monaten und Jahren sicher noch verschärfen. Ein Kriegsschauplatz, der heute schon heiß umkämpft ist, sind die Medien. In Radio, Fernsehen, Internet und Printorganen tobt bereits ein Propagandakrieg, der dem zu Zeiten des Kalten Kriegs in nichts nachsteht. Ein paar Beispiele sollen diese These erläutern.

Im Mai 2014 berichtet der *Spiegel,* die NATO sei im Bündnisfall hilflos und könne Russland nichts entgegensetzen. Unter Berufung auf »eingeweihte Kreise in der NATO und in der Bundesregierung« stellt das Hamburger Nachrichtenmagazin die These auf: Unternähme Russland den Versuch, das Baltikum zu annektieren, würde die NATO daran zerbrechen. Wörtlich heißt es: »Russlands Fähigkeit und Absicht,

ohne große Vorwarnung bedeutsame Militäraktionen zu unternehmen, stellt eine weitreichende Bedrohung für den Erhalt von Sicherheit und Stabilität in der Euro-Atlantischen Zone dar.«

Wie das im Zeitalter der Satellitenaufklärung möglich sein soll, erklärt das Hamburger Magazin nicht. Kurz nach der Veröffentlichung begannen die Aufrüstung der baltischen NATO-Staaten und die Verlegung von Material und Personal aus den USA ins Baltikum. Ich werde darauf zurückkommen.

Wenige Monate später lesen wir: Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ist durch Materialprobleme an Fahrzeugen, Hubschraubern und Flugzeugen deutlich eingeschränkt. Das melden die deutschen Mainstreammedien wie die *Bild*-Zeitung, die *Passauer Neue Presse* und die *Süddeutsche Zeitung* im August und September 2014 und berufen sich bei ihren Berichten auf eine Liste der Bundeswehr.

Die Angaben der Zeitungen unterscheiden sich im Detail. So stehen laut *Süddeutscher Zeitung* beim Heer von 180 Transportfahrzeugen vom Typ Boxer im sogenannten Buchbestand lediglich 70 für Ausbildung, Übungen oder Einsätze parat, während 110 instandgesetzt würden. Quelle ist eine Liste mit der Überschrift »Materielle Einsatzbereitschaft der Streitkräfte«, die Generalinspekteur Volker Wieker im Sommer 2014 den Verteidigungspolitikern des Bundestags vorgelegt hat. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums will wegen der Vertraulichkeit des Dokuments dazu keine Stellung nehmen.

Laut *Bild* sind nur 42 der 109 Eurofighter und 38 der 89 Tornados der Luftwaffe momentan für einen Einsatz verfügbar. Als »nicht versorgungsreif« würden außerdem der Kampfhubschrauber Tiger und der Transporthubschrauber NH90 klassifiziert.

Wie die *Passauer Neue Presse* (PNP) berichtet, können nur 24 der 43 aktuell verfügbaren Trans-All-Maschinen C-160 starten. Beim Transporthubschrauber CH-53 seien es nur 16 von 43. Bei der Marine ist demnach nicht nur ein großer Teil der Hubschrauber defekt - sie kann derzeit nur noch maximal fünf ihrer 43 Hubschrauber einsetzen: Drei der fünf Aufklärungsflugzeuge vom Typ P3-C Orion müssen laut PNP wegen Mängeln am Boden bleiben. Auch eine der acht Fregatten sei nicht einsatzbereit, überdies könnten nur sechs der elfMinenabwehreinheiten der Marine genutzt werden.

Die Bundeswehr ist also nach Angaben der Mainstreammedien nicht für einen Kampf gerüstet. In diesen Zusammenhang gehören auch die Zahlen, die die *Deutsche Presseagentur* (dpa) 2014 für die gesamte osteuropäische Krisenregion nennt.

Die dpa beziffert die Truppenstärken folgendermaßen:

- Baltische Staaten 23000, Polen 99000, Tschechien 25000, Slowakei 16000, Ungarn 26000, Bulgarien 31000 und Rumänien 71000 Soldaten.
- Insgesamt also 291000 Mann der Ost-NATO.
- Demgegenüber stünden 875 000 russische und weißrussische Soldaten.

Auch bei der Bewaffnung würde die Überlegenheit Russlands deutlich:

- Den 4869 Panzern (davon 3334 in Polen) der NATO-Oststaaten stellen Russland und Weißrussland 5626 Panzer entgegen.
- Die Konfrontation in der Luft: 551 NATO-Kampfflugzeuge gegen 1553 des potenziellen Gegners.

Ist die NATO wirklich so zahnlos? Interessant wird es, wenn wir diese jüngsten Zahlen der dpa mit denen vor drei Jahren vergleichen, die uns die Bundeszentrale für politische Bildung nennt. In dieser kurzen Zeit hat die russische Armee ihr Personal drastisch reduziert: von 1,2 Millionen auf etwas über 800000 Mann. Gleichzeitig hat Russland aber massiv in Ausrüstung und Bewaffnung investiert: Die Zahl der Panzer schnellte in drei Jahren von 3310 auf 5626 hoch. Der Bestand an Kampflugzeugen wurde nahezu verdoppelt von 976 (2011) auf 1553 (2014).

Im gleichen Zeitraum erhöhten jedoch auch die »neuen Bundesländer« der NATO ihre Panzerstreitkräfte von 2161 auf 4869 Stück - übrigens ohne dass es in der deutschen Presse groß aufgefallen wäre. Die Zahl der Kampfflugzeuge wurde sogar mehr als verdoppelt: von 238 auf 551.

Ein anschauliches Propagandastück liefert die *Bild*-Zeitung am 11. April 2014. Unter Berufung auf hohe NATO-Kreise berichtet sie, die NATO gehe in einer streng geheimen Analyse davon aus, dass

Russlands Präsident Wladimir Putin »die komplette Ukraine besetzen will«. Die NATO-Analysten stützen sich bei ihrer Prognose unter anderem auf Erkenntnisse über Truppenstärke und Truppenbewegungen der russischen Armee, so die Zeitung weiter. Moskau habe bereits 25 000 russische Soldaten an der Grenze zur Ost-Ukraine stationiert, darunter Spezialeinheiten wie Luftlandetruppen, Sturmpioniere und Spezialisten für den Häuserkampf, heißt es. Weitere 25 000 russische Soldaten sollen der NATO-Analyse zufolge auf Stützpunkten bei Belgorod nahe der südrussischen Grenze zur Ukraine stationiert worden sein.

Die Ukraine habe aufgrund des massiven russischen Truppenaufmarschs den Osten des Landes faktisch bereits abgeschrieben, erklärten NATO-Kreise nach Informationen der Zeitung weiter. Demnach sollen derzeit nur noch bis zu 2000 ukrainische Soldaten in der gesamten Region stationiert sein. Der Rest wurde offenbar zum Schutz des Kernlandes abgezogen.

Als Reaktion auf die wirklichen oder vermeintlichen russischen Truppenbewegungen hat die NATO die Zahl ihrer Kampfflugzeuge im Rahmen der Mission »Air Policing Baltikum« verdreifacht. Sie sollen die Ostgrenze des Militärbündnisses stärken und Kontrollflüge durchführen. Doch nach Bild-Informationen aus hochrangigen NATO-Kreisen hat Russland auf diesen Schritt jetzt ebenfalls militärisch reagiert.

So seien zwölf mobile Boden-Luft-Raketenabwehrsysteme des Typs S-400 Triumf (NATO-Codename: »SA-21 Growler«) in der Ostsee-Enklave Kaliningrad stationiert worden. Die Abwehrraketen haben je nach Ausstattung eine Reichweite von bis zu 400 Kilometern und können sowohl gegen Flugzeuge als auch gegen Raketen eingesetzt werden.

Aus NATO-Kreisen hieß es laut *Bild*: »Putin wird seine Pläne für die Ukraine mit harter Hand umsetzen. Die Sanktionen des Westens werden ihn nicht stoppen. Die hat er von Anfang an einkalkuliert.« Experten gehen davon aus, dass die NATO für die Ukraine im Zweifel nicht in den Krieg ziehen wird.

Eineinhalb Jahre später ist Russland noch immer nicht in der Ukraine einmarschiert - aber die NATO-Aufrüstung Osteuropas geht weiter.

Wie Propaganda - auch ohne Trommelwirbel und großes Getöse - funktioniert, zeigt exemplarisch ein Beitrag von Bernd Musch-Borowska vom ARD-Hörfunkstudio Stockholm vom 22. März 2015. Ich werde es hier auszugsweise zitieren und besonders auf die Sprachwahl eingehen. Der in *tagesschau.de* veröffentlichte Bericht trägt den Titel »Machtdemonstration auf der Straße«.[27]

Im Vorspann erfahren wir Abenteuer und Weite: »1800 Kilometer, fünf Staaten, immer entlang der östlichen NATO-Grenze: >Dragoon Ride< nennt die US-Armee ihre Machtdemonstration Richtung Russland.«

»Die Militärkolonne ist jetzt in Estland gestartet. Dutzende Radpanzer der US-Streitkräfte rollten durch die estnischen Städte Turi und Parnu und machten auf Marktplätzen halt, um der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, die Militärfahrzeuge zu besichtigen und mit den Soldaten zu sprechen.« So beginnt der Beitrag. Wie menschlich und emotional: Panzer machen »auf Marktplätzen« halt und die Bevölkerung darf mit den Soldaten sprechen.

Aber es wird noch besser. »Die Einwohner von Turi hatten die Gelegenheit, das moderne Kriegsgerät der US-Streitkräfte aus der Nähe zu bestaunen. Kinder durften hinter dem Steuer der Fahrzeuge sitzen und in die Panzer klettern. Die Besucher der Roadshow waren begeistert: >Das gibt uns Sicherheit gegenüber Russland. Damit es hier friedlich bleibt. Ich finde es sehr gut, dass sie hier sind<, sagt ein Mann.« Achten Sie bitte auf die Wortwahl: Die Einwohner durften das »moderne Kriegsgerät bestaunen«, die »Kinder durften hinter dem Steuer sitzen«, eigentlich war es nur eine »Roadshow, deren Besucher begeistert waren«, denn »das gibt uns Sicherheit gegenüber Russland«.

Was darauf in dem Bericht folgt, sind die angeblichen Fakten. »In der vergangenen Woche waren Kampf]ets der NATO über dem Baltikum aufgestiegen, um auf ein russisches Flugmanöver mit elf Militärflugzeugen über der Ostsee zu reagieren.« Merke: Russland provoziert, die NATO reagiert.

Und dann wird das Bild von der russischen Bedrohung weiter ausgemalt. »Auch Einheiten der russischen Kriegsmarine sollen in der Ostsee geortet worden sein. Medienberichten zufolge haben die lettischen Streitkräfte Ende vergangener Woche nur rund 50 Kilometer vor der lettischen Seegrenze drei U-Boote, ein U-Boot-Unterstützungsschiff und

ein Forschungsschiff gesichtet.« Beachten Sie hier, dass nicht von der russischen Marine, sondern von der »Kriegsmarine« gesprochen wird.

Ein weiteres Beispiel für Propaganda finden wir Anfang Juni 2014. NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen sagt in einem Interview mit der *Welt:* In den vergangenen fünf Jahren habe Russland seine Investitionen im Verteidigungssektor um jährlich rund zehn Prozent erhöht, während einige europäische NATO-Länder ihre Ausgaben um bis zu 40 Prozent gekürzt hätten.

Rasmussens Zahlenspiele ergeben ein völlig verdrehtes Bild der Realität - wie ich bereits weiter oben im Abschnitt über die Militärausgaben klar zeigen konnte. Selbst wenn Russland seinen Verteidigungsetat um 100 Prozent erhöht hätte, wäre er nur ein Bruchteil der NATO-Ausgaben. Das verschweigt der NATO-Chef und mit ihm die *Welt.*

Mitte Oktober 2014 wird weiter die Propagandatrommel geschlagen: US-Verteidigungsminister Chuck Hagel sagt bei der Jahreskonferenz des Interessenverbands *Association ofthe United States Army,* die amerikanischen Streitkräfte müssten sich »mit einem revisionistischen Russland mit seiner modernen und leistungsfähigen Armee vor der Tür der NATO auseinandersetzen«.

Russland versteht die scharfen Töne als Drohung. Verteidigungsminister Sergej Schoigu erklärt gegenüber der russischen Nachrichtenagentur *Tass,* Hagels Worte »lösen große Besorgnis aus. Sie sprechen dafür, dass das Pentagon an Szenarien für Operationen an den Grenzen unseres Landes arbeitet«. Es seien die USA, die »sich hartnäckig nähern ... und immer dichter an unsere Türen herankommen«.

Gleichzeitig betont der stellvertretende kommandierende General der amerikanischen Streitkräfte in Europa, Generalmajor Walter Piatt, dass eine Neugewichtung erfolgt sei - weg von den Anforderungen der Kriege im Irak und in Afghanistan, hin zu einer »operativen Bereitschaft« in Europa. Am gleichen Tag treffen übrigens die ersten amerikanischen Panzer in Lettland ein.

Auch der Milliardär und Globalist George Soros wird in die psychologische Kriegführung eingebunden. In der Novemberausgabe 2014

des *New York Review ofBooks* ruft er zum Krieg gegen Russland auf. Der meisterhafte Manipulator, der selbst einräumt, für den Staatsstreich in der Ukraine mitverantwortlich zu sein, schreibt dort, Europa sei mit einer existenziellen Bedrohung durch Russland konfrontiert. Aufgrund der Krise der Eurozone 2008 immer noch geschwächt, sei Europa nicht in der Lage, der russischen Gefahr, die »eine grundsätzliche Bedrohung der Werte und Prinzipien, auf deren Grundlage die Europäische Union ursprünglich gegründet wurde, darstellt«, etwas entgegenzusetzen.

Die Ukraine nicht zu unterstützen, »wäre ein tragischer Fehler mit weitreichenden geopolitischen Folgen«, meint Soros. Europa befinde sich bereits im Krieg mit Russland. Europa müsse diese Tatsache endlich akzeptieren. »Es ist höchste Zeit für die Mitglieder der Europäischen Union, aufzuwachen und sich wie Länder zu verhalten, die sich indirekt in einem Krieg befinden. Wenn sie der Ukraine helfen, sich selbst zu verteidigen, sind sie besser dran, als wenn sie selbst für sich kämpfen müssten«, schreibt Soros.

Ein weiteres Beispiel liefert die Berichterstattung über Putins Angebot an den Westen, gemeinsam den IS zu bekämpfen. Am 15. September 2015 hielt im tadschikischen Duschanbe die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) - darüber später mehr - ein Gipfeltreffen ab. Der thematische Schwerpunkt lag darauf, eine effektive Antwort zu finden auf die größten militärischen und politischen Herausforderungen. Dazu gehören auch die zunehmende Aktivität von Terroristen und extremistischen Gruppen sowie die Destabilisierung entlang der Grenzen von OVKS-Ländern. Der Organisation gehören Russland, Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan an.

In seiner Rede vor dem OVKS-Rat sagte Putin: »Die Lage dort [in der auch Afghanistan, den Irak und Syrien umfassenden Region, Anm. d. Verf.] ist sehr ernst. Der sogenannte Islamische Staat kontrolliert beträchtliche Gebiete im Irak und Syrien. Die Terroristen haben bereits öffentlich erklärt, dass sie Mekka, Medina und Jerusalem ins Visier genommen haben. Sie planen, ihre Aktivitäten auf Europa, Russland, Zentral- und Südostasien auszudehnen.

Wir sind deswegen besorgt, denn die Extremisten, die sich beim IS ideologisch und militärisch ausbilden lassen, stammen aus vielen Ländern der Welt, darunter leider auch aus Europa, Russland und vielen ehemaligen Sowjetrepubliken. Und natürlich bereitet uns der Gedanke Sorge, dass diese Menschen in unser Gebiet zurückkehren könnten.

Der gesunde Menschenverstand und das Verantwortungsgefühl für die globale und regionale Sicherheit erfordern es, dass sich die Völkergemeinschaft geschlossen dieser Bedrohung stellt. Wir müssen geopolitische Differenzen ausblenden, das Messen mit zweierlei Maß überwinden und aufhören, einzelne terroristische Verbindungen direkt oder indirekt zum Erreichen der eigenen opportunistischen Ziele zu nutzen, etwa um Veränderungen in unerwünschten Regierungen und Regimen herbeizuführen.

Wie Sie wissen, hat Russland vorgeschlagen, rasch eine breite Koalition zu bilden, die den Extremisten entgegentritt. Dazu gehören muss jeder, der bereit ist, etwas zum Kampf gegen den Terrorismus beizutragen, oder dies bereits tut, so wie es die Streitkräfte des Iraks und Syriens bereits leisten. Wir unterstützen die syrische Regierung … und ich möchte das sagen … in ihrem Kampf gegen die terroristische Aggression. Wir liefern die nötige militärtechnologische Unterstützung und werden das auch in Zukunft tun. Ich rufe andere Nationen auf, sich dem anzuschließen.«

Sehen wir uns dazu nun den Bericht der *New York Times* vom 16. September 2015 an. »Durch die Entsendung russischer Waffen und russischen Militärgeräts nach Syrien spitzt sich ein Konflikt zu, der die Regierung Obama beschäftigt, seit Putin ins Präsidentenamt zurückgekehrt ist. Die Rede ist von der Wahl, sich mit Russland einzulassen und Putin zu treffen oder zu versuchen, Russland zu isolieren.« In dem Artikel heißt es weiter, dass viele »besorgt sind, dass ein Treffen mit Putin nur dem russischen Präsidenten in die Karten spielen und einen internationalen Schurken belohnen würde«.

Der »internationale Schurke«? Wer hat denn den Islamischen Staat finanziert und bewaffnet? Ich werde in einem späteren Kapitel ausführlich auf den Drahtzieher hinter dem IS zu sprechen kommen. Wer hat Häuser, Städte, Kulturen und Existenzen vernichtet, im Irak, in Afghanistan, in Libyen, Jemen und anderen Ländern, sodass die Über-

lebenden aus ihrer Heimat fliehen mussten? Auch darüber wird noch zu reden sein.

»Dass Russland die Regierung von Präsident Baschar Al-Assad unterstützt, eine Regierung, die sich seit Jahren gegen Obamas Rücktrittsforderungen sperrt, zeigt die gegensätzlichen Herangehensweisen beim Kampf gegen die Terrororganisation Islamischer Staat«, schreibt die *New York Times* weiter.

Für wen in aller Welt hält sich denn Obama, dass er einen demokratisch gewählten Führer einer souveränen Nation zum Rücktritt auffordert? Kommt es der *New York Times* nicht in den Sinn, derartige Aussagen zu hinterfragen?

Russland versucht, über seine eigenen Medien wie *Russia Today* oder *sputnik.com* und andere seine Sicht der Dinge darzustellen. Auf den amerikanischen Beschluss hin, die Ukraine aufzurüsten, reagierte die englischsprachige Internetseite *Fort Russ.* Sie übersetzt nach eigenen Angaben »die besten russischen Nachrichtenmeldungen, Analysen, Blogger und sozialen Medien aus Russland und der Ukraine sowie andere wichtige Inhalte«. *Fort Russ* warnt: »Die russische Staatsduma könnte den Einsatz russischer Truppen in der Ukraine genehmigen.« Weiter heißt es: »Michail Emeljanow von der Partei Gerechtes Russland bezeichnete dies als eine Möglichkeit, Russland zu schützen. >Man kann nicht in aller Ruhe zusehen, wie die USA die Ukraine mit modernsten tödlichen Waffen beliefern. In dieser Hinsicht dürfen wir keine Schwäche zeigen<, sagte er.

Die Lage ist sehr besorgniserregend. Nach den amerikanischen Absichten zu schließen, wollen sie die Ukraine in eine Kampfzone gegen Russland verwandeln, denn die wirtschaftliche Situation in der Ukraine wird sich nicht verbessern. Die Bewaffnung eines solchen Landes ist für Russland potenziell sehr gefährlich.«

Die amerikanische Politik zeige deutlich, dass Obama einen Krieg und keinen Frieden wolle. Direkt vor der russischen Haustür solle sich eine explosive, irrationale Situation entwickeln.

»In einigen Jahren wird sich die Ukraine in ein Land verwandelt haben, in dem Hunger und Armut vorherrschen und eine russlandfeindliche Regierung an der Macht ist, die ihre Bevölkerung dazu erziehen

wird, Russland zu hassen. Sie werden bis an die Zähne bewaffnet sein, und die Weigerung der Ukraine und der USA, die Russische Föderation in den gegenwärtigen Grenzen anzuerkennen, wird immer neue Konflikte auslösen.«

Fort Russ bezeichnet die Regierung Poroschenko als einen amerikanischen »Vasallen«, der »mit drastischen Maßnahmen gegen seine eigene Bevölkerung und Russland vorgeht«. Poroschenko sei an die Macht gebracht worden, um amerikanische Interessen zu befördern, weil er »ohne zu zögern allen Befehlen aus den USA« Folge leiste. Andernfalls würde er auch sofort seinen Hut nehmen müssen und würde durch einen anderen »willfährigen Helfershelfer« ersetzt. So gingen Führungsmächte nun einmal vor, und die USA gehörten zu den rücksichtslosesten von allen.

Desinformation in den Netzwerken

Auf den Seiten des weltweiten Internets tobt der Propagandakrieg ebenfalls in allen Facetten. Da werden von russischer Seite Wunderwaffen gepriesen und auf amerikanischer Seite Putin verteufelt und die NATO verharmlost - wie es ja auch der oben zitierte Bericht zeigt. Die besondere Perfidie dieser Propagandaschlacht ist, dass der Internetnutzer sich nie sicher sein kann, ob ein Internetkommentator oder Blogger tatsächlich unabhängig oder von den Geheimdiensten gesteuert ist. Noch schwieriger wird es, wenn ein Blogger normalerweise eine bestimmte Haltung vertritt, dann aber einen Beitrag veröffentlicht, der dieser Haltung vollkommen widerspricht.

Ein Beispiel dafür ist Michael Snyders Beitrag für *Kopp Online* mit dem Titel »Putins Hirn: USA Reich der Antichristen?« Snyder - ansonsten sehr US-kritisch eingestellt - zitiert darin einen Beitrag der regierungsnahen US-Zeitschrift *Foreign Affairs,* der auf Alexander Dugin, »bekannt als >Putins Hirn«< eingeht. Allein die Übernahme der vom *Council on Foreign Relations* behaupteten Charakterisierung Dugins als Putins Hirn stimmt nicht mit Snyders sonstiger politischer Orientierung überein.

Snyder schreibt zu Beginn seines Beitrags: »Nach Dugin ist die Neue Weltordnung, wie sie die USA errichtet haben, das Königreich des Antichristen<, weshalb es auch unvermeidbar eines Tages zerstört wird. Nach seiner neo-eurasistischen Lesart ist ein Konflikt zwischen (dem von Russland dominierten) Eurasien und der atlantizistischen Neuen Weltordnung des Westens unausweichlich, und die Kräfte der globalen liberalen Hegemonie werden in diesem Kampf geschlagen. Anders gesagt: Dugin ist durch und durch überzeugt davon, dass es eines Tages einen großen Krieg zwischen Russland und den Vereinigten Staaten geben wird und dass Russland gewinnt.«

Im nächsten Abschnitt lässt Snyder seine Maske herunter, indem er den Leser auffordert: »Begehen Sie nicht den Fehler, Dugin als Spinner abzutun! Er ist Professor an Russlands bester Universität, tritt regelmäßig in allen großen russischen Sendern auf, und seine Bücher sind ausgesprochen einflussreich. Mit seinen Werken über Eurasien sorgte Dugin schon für Schlagzeilen, lange bevor Putin an die Macht kam oder die Idee einer Eurasischen Union aufbrachte. Ehrlich gesagt liegen die Wurzeln von vielem, das Putin heutzutage propagiert, in den Werken Alexander Dugins.«

Dugin ist also nach Snyder der geistige Ziehvater Putins. »Ganz besonders verabscheut Dugin den >Kulturkolonialismus< der Vereinigten Staaten. Dass sich die USA in globale Angelegenheiten einmischen, ist seiner Meinung nach der Hauptgrund für viele Übel, die die Welt heute plagen.« Auch dieser Satz übrigens eine Übernahme Snyders aus dem *Foreign Affairs-Beitrag.* Dugin scheue nicht davor zurück, im Zusammenhang mit den USA über »Neue Weltordnung« und »Herrschaft des Antichristen« zu sprechen. Er sei »eine Art Sprachrohr und Ideologe der Dämonisierung der westlichen Werte«.

Weiter schreibt Snyder: »Doch Dugin ist nicht nur >Putins Hirn<, er ist auch >Putins Rasputin<. Dugins Ideologie ist erfüllt von Beschwörungen eines metaphysischen Marxismus und dem Festhalten an den traditionalistischen Ansichten des mystisch-faschistischen Denkers Julius Evola. In Dugins Ideologie heißt es, dass ein finaler Konflikt zwischen Eurasien und - wie Dugin es formuliert - >dem Königreich des Antichristen< bevorsteht. Was dieses Königreich des Antichristen

anbelangt, so stehen laut Dugin >die Vereinigten Staaten im Mittelpunkt der Expansion^ Denjenigen, die sich dem >Antichristen< entgegenstellen, bleibt Dugin zufolge nur eine einzige Möglichkeit: Das Amerikanische Imperium sollte zerstört werden. Und das wird es früher oder später auch.«

Damit der Leser auch kapiert, wie gefährlich Dugin angeblich ist, schiebt Snyder die Warnung hinterher: »Noch einmal: Das sagt jemand, der in Russland sehr bekannt ist und hoch verehrt wird. 2008 wurde Dugin an Russlands bester Hochschule, der Moskauer Staatsuniversität, zum Professor berufen und zum Leiter der nationalen soziologischen Organisation Zentrum für konservative Studien. Regelmäßig tritt er in sämtlichen führenden russischen Fernsehsendern auf und äußert sich dort zu innen- und außenpolitischen Themen. Seit den Pro-Demokratie-Protesten aus dem Winter 2011/12 und Putins damaligem Bestreben, eine Eurasische Union aufzubauen, hat sein Bekanntheitsgrad noch zugenommen. Seine übermäßige Präsenz in der russischen Öffentlichkeit spricht dafür, dass er Putins Zustimmung findet. Russlands Medien - und insbesondere das Fernsehen - werden fast vollständig vom Kreml kontrolliert. Wenn dem Kreml eine bestimmte Person nicht mehr gefällt (oder man keine Verwendung mehr für sie hat), verschwindet diese Person vom Bildschirm.«

Um die Warnung noch einmal zu steigern, fährt Snyder fort: »Den meisten Amerikanern ist dies nicht bewusst, aber in Russland kocht die antiamerikanische Stimmung derzeit sehr hoch. Eine aktuelle Umfrage zeigte, dass der Antiamerikanismus in Russland nicht einmal während des Kalten Kriegs so stark war. Und diese Stimmung wird ständig angefacht durch Denker wie Dugin. Für ihn sind die Political Correctness und die liberale Grundhaltung der USA und der westlichen Welt der gemeinsame Feind<, den der Rest des Planeten bekämpfen muss ... In den Vereinigten Staaten glauben vermutlich nur wenige Menschen, dass ein Krieg mit Russland zum jetzigen Zeitpunkt >unausweichlich< ist. In Russland dagegen ist die Situation eine ganz, ganz andere. Der Konflikt in der Ukraine ist da nur die Spitze des Eisbergs. Für russische Denker wie Dugin ist das nur eine einzelne Auseinandersetzung in einem viel größeren Konflikt. Sie malen sich eine Zukunft aus, in der letztlich nur noch eine Seite existiert.«

Snyders Artikel möchte uns also glauben machen, dass Russland der wahre Feind der Menschheit ist und dass Weltherrschaft sein ultimatives Ziel ist. So leicht kann man Geschichte umschreiben.

Die Lügen durchschaut

Aber der neue Feind der NATO, Russland, fällt nicht auf derlei Propaganda herein.

Zur Untermauerung dieser Behauptung möchte ich zweimal den russischen Präsidenten Wladimir Putin zitieren - einmal von der internationalen Pressekonferenz am 18. Dezember 2014 in Moskau und zum Zweiten aus seiner Rede auf dem Petersburger Forum im Juni 2015.

Auf der Dezember-Pressekonferenz in Moskau attackierte der BBC-Reporter John Simpson Putin scharf, indem er ihm vorwarf, gefährliche Flugmanöver nahe des westlichen Luftraums fliegen zu lassen. Putin antwortete:

»Sie sprachen über Flüge unserer Kampfjets, einschließlich Flüge unserer strategischen Flugzeuge. Wissen Sie überhaupt, dass Russland Anfang der 1990er-Jahre die Flüge der strategischen Flugzeuge in weit entlegene Patrouillengebiete vollständig eingestellt hat? Währenddessen haben die US-amerikanischen strategischen Flugzeuge mit nuklearen Waffen an Bord ihre Flüge fortgesetzt. Wozu? Gegen wen? Wen haben sie bedroht? Wir aber flogen nicht... Nur vor zwei, drei Jahren haben wir diese Flüge wieder aufgenommen. Also, wer provoziert hier wen, etwa wir?«

Der nächste Punkt in Putins Argumentation ist die Zahl der Militärbasen im Ausland. Russland habe nur zwei, eine in Kirgisistan und eine in Tadschikistan - beides terrorgefährdete Gegenden und Nachbarn zu Afghanistan. Putin: »Ich glaube, auch Sie sind daran interessiert, dass dort alles ruhig bleibt. Die Stationierung von Basen dort ist begründet, nachvollziehbar und zweckmäßig. Die US-amerikanischen Militärbasen sind dagegen um den ganzen Erdball verteilt, und Sie unterstellen uns, wir würden uns aggressiv verhalten? Wo ist hier gesunder Menschenverstand? Was machen die US-Streitkräfte in Europa, einschließlich taktischer US-Nuklearwaffen? Was machen sie

dort? Sind es etwa wir, die die Streitkräfte an die Grenzen der USA vorrücken? Wer ist es, der die NATO-Basen zu uns vorschiebt?«

Schließlich kommt Putin auf die in seinen Augen größte Bedrohung Russlands zu sprechen: das US-Raketenabwehrsystem. »Wer hat das Raketenabwehrsystemabkommen einseitig gekündigt? Waren das etwa wir? Nein, das waren die Vereinigten Staaten. Die USA schaffen uns Bedrohungen. Sie bauen die Elemente des strategischen Raketenabwehrsystems nicht nur in Alaska auf, das tun sie auch in Europa - in Rumänien und Polen -, direkt vor unserer Grenze. Und Sie wollen uns sagen, dass wir eine aggressive Politik betreiben?«

Auf dem Petersburger Forum im Juni 2015 untermauert der russische Präsident noch einmal seine Position. »Ihr sprecht vom aggressiven Charakter unseres Verhaltens. Ihr seid im Unrecht. Wir haben uns nicht aggressiv verhalten. Wir haben lange Zeit, man kann sagen Jahrzehnte, geschwiegen und verschiedene Elemente der Zusammenarbeit vorgeschlagen, aber allmählich haben uns alle bedrängt und zu so einem Punkt gebracht, wo man nicht zurückweichen darf.«

Auch in St. Petersburg kritisiert er den einseitigen Austritt der USA aus dem Vertrag über die Abrüstung strategischer Atomwaffen (START). »Zum Kalten Krieg haben nicht die lokalen Konflikte geführt, sondern globale Entscheidungen, zum Beispiel der einseitige Austritt der USA aus dem Abkommen über das Raketenabwehrsystem. Das ist tatsächlich ein Schritt, der uns alle zu einem neuen Wettrüsten treibt, weil er das globale Sicherheitssystem verändert.«

Warum verändert das US-Raketenabwehrprogramm das globale Sicherheitssystem? Was befürchtet Putin? Ich komme später ausführlich auf das Raketenabwehrsystem zu sprechen. Hier nur eine kurze Antwort: weil es für die Seite, die als Erste ein effektives Raketenabwehrsystem geschaffen hat, sinnvoll ist, als Erste anzugreifen und eine maximale Anzahl von Raketen des Gegners zu vernichten. Das System der globalen Raketenabwehr könnte dann die wenigen noch vom Gegner abgefeuerten Raketen abfangen. Der Angreifer könnte somit den Atomkrieg gewinnen, denn der Attackierte kann nicht mehr mit einem mächtigen atomaren Gegenschlag antworten.

Diese »massive Vergeltung« wurde übrigens am 23. Mai 1957 angesichts der damals bestehenden konventionellen Überlegenheit der

Sowjetunion in Europa einerseits und der gleichzeitigen amerikanischen Überlegenheit an strategischen Atomwaffen andererseits im Strategischen Konzept MC 14/2 *(Overall Strategie Concept for the Defense ofthe NATO Area)* festgelegt. Auch wenn diese Doktrin zehn Jahre später offiziell aufgegeben wurde, bestand diese gegenseitige Abschreckung nach wie vor - bis zum Ende des Kalten Kriegs und des Warschauer Pakts und der Neuordnung Europas.

Noch einer, der sich nicht von der Propaganda der alternativlosen Aufrüstung der NATO an Russlands Grenzen täuschen lässt, ist Stephen Cohen, Geschichtsprofessor an der *Princeton University* und an der *New York University.* Erstmals in der Geschichte rückt das US-Militär so nah an die russische Grenze heran, stellt er im Juni 2015 gegenüber *Sputnik News* fest. Die Entscheidung der USA und der NATO, schwere Waffen in Osteuropa aufzustellen, könne die Welt - erstmals seit der Kuba-Krise - wieder gefährlich nah an den Abgrund des Kriegs bringen, warnt der amerikanische Historiker. Die Truppenaufstockung in Europa bezeichnet er als einen »radikalen und unvernünftigen Schritt in Richtung Eskalation unter einem völlig erdachten Vorwand«.

»Jetzt passiert genau das, was die NATO seit 15 Jahren angestrebt hat: US-Verteidigungsminister Ashton Carter balanciert am Rande eines Kriegs mit Russland.« Noch nie zuvor seien die amerikanischen Truppen und schweres Kriegsgerät so nah an Russlands Verteidigungsgrenzen gewesen. Die russische Regierung sei gezwungen, etwas dagegen zu tun. Aber auf jeden Gegenschritt Moskaus würde ein Gegenschritt Washingtons folgen. Diese militärische Eskalation könnte im Endeffekt zu einer »Konfrontation wie in der Kuba-Krise« führen.

Der Westen überzeuge mit Propaganda die übrige Welt, dass Russland eine Bedrohung darstelle. »Das wird von den Leuten getan, die seit Jahrzehnten nach einer Offensive gegen Russland lechzten«, sagt Cohen weiter. »Das ist nicht mehr die Ukraine, die sich verteidigt. Das ist die NATO, die expandiert«, so der Historiker. Laut ihm sollten sich die europäischen Staaten darüber Gedanken machen, dass die USA weder den Euro retten noch billige Energieträger an die EU liefern könnten. Das Internationale Wirtschaftsforum in St Petersburg

im Juni 2015 habe gezeigt, dass Russland trotz der amerikanischen Isolationspolitik weiter wirtschaftlich und politisch integrierter Teil Europas sei.

Griechenkrise und Flüchtlingsströme - die Schwächung Europas

»Was haben die Griechenlandkrise und die Flüchtlingsströme mit dem Dritten Weltkrieg zu tun? Ist das nicht eine Verschwörungstheorie?«, werden Sie vielleicht fragen. Ich glaube, beide Phänomene sind Teil einer großen Strategie. Ich finde beide Maßnahmen äußerst zielführend, wenn ich die Weltmacht bin und vermeiden möchte, dass meine drei Rivalen EU, Russland und China immer stärker werden - vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Natürlich greife ich meinen Juniorpartner, die EU, nicht militärisch an, aber ich muss dafür sorgen, dass er nicht zu groß wird - und vor allem, dass er nicht die Seiten wechseln kann zu den beiden anderen Mitbewerbern. Ich muss den Junior also logischerweise wirtschaftlich schwächen und ihn gleichzeitig von den beiden aufmüpfigen Rivalen fernhalten.

Die Schwachstelle der EU ist ihre südliche Flanke, und an ihrem östlichen Ende liegt ein für die NATO unverzichtbarer Brückenkopf: Griechenland.

Der Verrat an den Griechen

Es war der perfekte Deal für die Berater der New Yorker Bank *Goldman Sachs:* Griechenlands Bilanzen sollten fit gemacht werden für den Beitritt zur Eurozone. Am Ende sprangen für den Auftrag 600 Millionen Euro Gewinn heraus - für *Goldman Sachs* und seine

strategisch denkenden Köpfe, zu denen damals, im Jahr 2000, auch Mario Draghi zählte, heute Präsident der Europäischen Zentralbank. Der Trick, den die *Sachs*-Leute anwandten, hieß Derivate-Swaps. Die Staatsschulden wurden einfach verschoben - und Griechenland erfüllte die Maastricht-Kriterien einer Schuldenobergrenze von drei Prozent im Verhältnis Haushaltsdefizit zu BIP und 60 Prozent Gesamtstaatsverschuldung zu BIP.

William Engdahl schreibt am 14. Juli 2015 auf *Kopp Online:* »Die Griechenlandkrise war und ist seit 2009 aus dem Ausland und auch aus Griechenland selbst inszeniert. Die Wurzeln, was unbezahlbare Schulden und unerträgliche Sparpolitik angeht, gehen sogar zurück zu der Lüge, die die griechische Regierung im Jahr 2000 auftischte, um in den inneren Kreis, die sogenannte Euro-Zone, aufgenommen zu werden.«

Aber wie konnte die damalige sozialdemokratische Pasok-Regierung, in der Giorgios Papandreou Außenminister war, mit diesem Trick die Vertreter der Europäischen Zentralbank und EUROSTAT, der offiziellen Statistikbehörde der EU, täuschen? Hat die EZB die damaligen griechischen Lügen bewusst »übersehen«?

Und warum beschloss derselbe Papandreou im Oktober 2009 als Ministerpräsident einer neuen Pasok-Regierung, das Geheimnis zu lüften? Warum erklärte er, er habe »entdeckt«, dass Griechenlands jährliches Defizit nicht drei Prozent, sondern 12,7 Prozent betrug?

Gleich nach Papandreous Erklärung ging es bergab mit Griechenland, die New Yorker Ratingagenturen stuften die griechische Staatsverschuldung auf BBB+ herunter, die niedrigste Bewertung in der Euro-Zone.

Papandreou reagierte auf die damalige tiefe Rezession mit Sparpolitik - sein Berater hieß damals Gianis Varoufakis, der spätere und am 6. Juli 2015 zurückgetretene Finanzminister der heute regierenden linken Syriza-Partei. Die Regierung kürzte Ausgaben, erhöhte Steuern, legte Neueinstellungen auf Eis, setzte das Rentenalter herauf und kürzte die Gehälter im öffentlichen Dienst um zehn Prozent. Überall im Land kam es zu Streiks gegen diese drakonischen Sparmaßnahmen.

Die 240 Milliarden Euro, die die Troika seit 2010 an Griechenland ausschüttete, kamen nie direkt den Griechen zugute. Der griechische

Ökonom Gianis Mousakis hat berechnet, dass von den 240 Milliarden Euro 83 Milliarden in die Rückzahlung alter Schulden vornehmlich bei französischen und deutschen Banken flössen. Weitere 41 Milliarden Euro wurden für Zinszahlungen für bestehende Staatsanleihen verwendet, die ebenfalls hauptsächlich von nicht griechischen EU-Banken und anderen Banken gehalten werden. Mit weiteren 48 Milliarden Euro wurde privaten Banken aus der Patsche geholfen, Banken, die zum größten Teil griechischen Oligarchen gehören, die laut Gesetzen in Griechenland keine Steuern bezahlen müssen.

Weitere 35 Milliarden flössen in die Finanzierung des Schuldenschnitts von 2012. Das sind zusammen 207 Milliarden Euro von bislang insgesamt 240 Milliarden; 86 Prozent der Summe, also der mit Abstand größte Anteil, ging in die Rettung französischer und deutscher Banken, die in dem Wissen in die griechischen Schuldenpapiere eingestiegen sind, dass sie, wenn die Blase platzt, »zu groß sind, um bankrottzugehen«. EZB und EU würden gezwungen sein, ihnen aus der Patsche zu helfen - genau das ist passiert.

Nur 27 Milliarden von den 240 Milliarden Euro sind nach Mousakis ' Berechnungen in den griechischen Haushalt oder in Infrastrukturinvestitionen geflossen. Und für diesen Kredit übernahm die griechische Regierung die Schuldobligation der rücksichtslosen Banken, darunter auch griechischer Banken.

Der Stuttgarter Betriebswirtschaftler und Buchautor Marc Friedrich sieht das ähnlich. »96 Prozent der Rettungsgelder gingen direkt an die Banken, nach Frankfurt, nach London, nach Paris, um dort die Bankentürme zu stützen. Die absolute Farce ist ja: Griechenland ist heute höher verschuldet als vor dem Schuldenschnitt«, sagt er in einem Interview mit der Zeitschrift *räum & zeit* (195/2015).

Die rund 240 Milliarden Euro plus die 84 Milliarden aus dem neuen dritten Hilfspaket sind - so sahen es Experten schon vor fünf Jahren - rausgeschmissenes Geld. Das zeigen Protokolle von internen Verhandlungsrunden des IWF. Demnach gab es schon 2010 massive Zweifel, ob das Geld Griechenland aus der Misere hilft. Beim entscheidenden Treffen des IWF im Mai 2010 in Washington, bei dem über die ersten Milliardenhilfen für das Land beraten wurde, waren laut der Nachrichtenagentur *Reuters* fast die Hälfte der anwesenden

Topökonomen der Meinung, dass die Hilfsprogramme für Griechenland nicht helfen werden. *Reuters* stützt sich auf bisher unter Verschluss gehaltene Protokolle der Sitzung.

»Als viel zu optimistisch« bezeichnete zum Beispiel ein Experte aus Brasilien die Vorhersagen für das griechische Wachstum laut *Reuters.* Die geforderten Reformen würden die Wirtschaft im Land abwürgen, warnte ein anderer Experte. Doch die Warnungen schlugen die hochrangigeren IWF-Vertreter aus.

Einer von ihnen, der Managing Direktor John Lipsky, sagte: »Es gibt keinen Plan B. Es gibt einen Plan A, und der muss erfolgreich sein.« Bedeutet: Sachargumente hatten in der Runde keinen Platz - weil es schon vor den Beratungen keine Alternative gab. Fünf Jahre später war Griechenland das erste Industrieland in der Geschichte, das einen Kredit an den IWF nicht zurückzahlte.

Die Frage stellt sich: Warum trieben die Entscheider des IWF die Griechen-Hilfen trotz der Kritik der Experten so vehement voran? Die Antwort haben Reuters-Journalisten in mehr als 20 aktuellen Interviews mit IWF-Vertretern gefunden. Sie lautet: Die Leitung des IWF (Chef war damals der Franzose Dominique Strauss-Kahn) wollte dem europäischen Nachbarn unbedingt helfen - Mitglieder des IWF, die nicht aus Europa kamen, kritisierten diesen Kurs scharf. Das Argument von Strauss-Kahn damals: Er fürchtete, dass eine Griechen-Pleite ein Ende des Euros bedeuten würde. Dafür missachtete der IWF auch seine eigenen Regeln. Die besagen unter anderem, dass der Fonds keinem Land Geld leiht, das seine Schulden nicht zurückzahlen kann.

Gegenüber *Reuters* sagte ein Mitglied des IWF Anfang September 2015: »Objektiv betrachtet, haben wir Griechenland noch tiefer in die Krise gestürzt. Es ist nicht unser Mandat, Ländern Geld zu leihen, die ihre Schulden nicht zurückzahlen können.« Geändert hat sich daran nichts. Griechenland wird neue Milliardenhilfen bekommen; und auch jetzt gibt es viele Zweifler. Gehör finden sie bei den Geldgebern heute wie damals nicht.

Seit Anfang 2010 also erleben die Griechen, was Holger Schmieding von der Berenberg Bank als »das härteste Sparprogramm ..., das ein westlicher Staat in Friedenszeiten jemals aufgelegt hat« bezeichnet.

Einen in der Öffentlichkeit gern übersehenen Aspekt der Griechenlandkrise beleuchten die *Deutschen Wirtschafts Nachrichten* am 7. August 2015. Die Griechen hätten nicht - wie häufig in den deutschen Mainstreammedien behauptet - über ihre Verhältnisse gelebt, sondern seien wegen Rüstungsdeals mit Deutschland und Frankreich in die Schuldenkatastrophe geschlittert.

Im perfekten Zusammenspiel zwischen den skrupellosen Regierungen von Pasok (SPD-Schwesterpartei) und Nea Dimokratia (CDU-Schwesterpartei) hätten unter anderem deutsche und französische Rüstungsunternehmen davon profitiert, dass die griechischen Banken an viel Geld kamen, schreibt der gut informierte Internetdienst. Deutschland und Frankreich hätten das Land zu Waffenkäufen gedrängt, möglicherweise sogar als Bedingung für die Euro-Rettung in Griechenland. Das *Wall Street Journal* hat den Zusammenhang bereits im Jahr 2010 minutiös aufgearbeitet.

Einige Beispiele: 1998 entschied sich die griechische Regierung zum Kauf von drei U-Booten. Sie bestellte bei der Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) die U-Boot-Klasse 214. Der Vertrag zum Bau dieser Boote für die griechische Marine wurde Mitte Februar 2000 unterzeichnet, ein viertes Boot wurde 2002 bestellt. Zu dieser Zeit versuchten die Griechen ihr Haushaltsdefizit zu verschleiern. Die Pasok-Regierung log hinsichtlich der Beschaffungskosten der U-Boote und die Nea Dimokratia stand dem in nichts nach. Auch *Goldman Sachs* spielte mit den Derivate-Swaps dabei - siehe oben - eine unrühmliche Rolle.

Als die Pasok-Regierung die U-Boote kaufte, datierte sie in der Bilanz die Bezahlung auf den Tag der Auslieferung, nicht zum Kaufzeitpunkt im Jahr 2000. Die Regierung kämpfte zu dieser Zeit mit den Budgetkriterien um den Beitritt zur Eurozone. Diese quasi »Rückbuchung« der Ausgaben für den Militärhaushalt half auch der Nachfolgeregierung der Pasok, nämlich der Nea Dimokratia, die im März 2004 an die Macht kam. Die Regierung der Nea Dimokratia verwendete ähnliche Bilanztricks mit später anfallenden Aufwendungen hinsichtlich des Datums des Kaufs, sodass die Defizitprobleme auch für diese Regierung leichter zu verschleiern waren.

Das in 2000 bestellte, erste U-Boot mit dem Namen »Papanikolis« wurde erst im November 2010 durch eine griechische Besatzung von

Kiel nach Griechenland überführt. Die späte Auslieferung hatte als Ursache eine Reihe technischer Probleme, weshalb die griechische Regierung sich weigerte, das Boot abzunehmen. Das Boot hatte unter anderem Schlagseite und wurde von der Marine als fahruntauglich eingestuft. Die deutschen Lieferanten bestanden dennoch auf der Bezahlung.

Zuvor, 2009, hatte Griechenland bereits rund zwei Milliarden Euro, also 70 Prozent der gesamten Kaufsumme, an die deutschen Geschäftspartner bezahlt. Finanziert wurden diese U-Boote von französischen und deutschen Geschäftsbanken, darunter die Commerzbank. 2012 mussten sich an dem »zweiten Hilfspaket« zwar auch private Gläubiger - darunter Banken - im Umfang von 107 Milliarden Euro an der »Rettung« Griechenlands beteiligen. Doch der Rest der Schulden war längst »umgehängt« worden: Die Last und das Risiko haben seither die europäischen Steuerzahler zu tragen.

Deutschland ist seit Jahrzehnten neben Frankreich und den USA einer der wichtigsten Rüstungslieferanten Griechenlands. Es liefert gepanzerte Fahrzeuge, Kriegsschiffe, Sprengkörper, leichte Waffen und Artillerie. Als wichtiger NATO-Pfeiler an der Südostflanke bestreitet Griechenland einen Rüstungsetat von zehn Milliarden Dollar pro Jahr. Das ist mehr als jeder andere NATO-Staat im Verhältnis zur Größe des Landes. NATO-General Jens Stoltenberg forderte mitten in der Diskussion um einen Grexit noch vor wenigen Wochen, dass Griechenland bei seinen Militärausgaben keine Kürzungen vornehmen dürfe.

Der Skandal, dass Griechenland zum Spielball ausländischer Interessen geworden ist, ist keine Erfindung der in Europa verpönten Syriza-Regierung. Die Waffendeals zeigen, dass viele von der Kreditorgie für Griechenland profitiert haben. Ein enges Zusammenspiel zwischen Regierungen, Banken und Investmentbanken hat ein Geflecht entstehen lassen, von dem heute niemand mehr etwas wissen will.

Natürlich haben die Waffenexporteure ihre Geschäfte mit der besonderen geopolitischen Lage Griechenlands begründet. »Athen ist ein Pfeiler der Stabilität zwischen einem instabilen Balkan und einem Nahen Osten auf dem Weg zur Explosion.« So beschreibt die Pariser Tageszeitung *Le Monde* im Sommer 2015 Griechenlands geopolitische

Bedeutung zwischen Europa, Kleinasien und Levante. Der Balkan: Mazedonien und Albanien grenzen an Griechenland. In Mazedonien schüren albanische oder kosovarische Kräfte Aufruhr unter der albanischen Bevölkerungsminderheit. Im Armenhaus Albanien gibt es großalbanische Tendenzen. Kosovo ist im Grunde ein gescheiterter Staat am Tropf der EU. Die mazedonisch-albanisch-kosovarische Konstruktion wird nicht halten. Und der Konflikt mit Serbien ist nicht ausgeräumt.

»Ein politisch stabiles und wirtschaftlich leistungsfähiges Griechenland hilft, die Region zu stabilisieren und den Balkan zu europäisieren«, erklärt der in Paris lehrende Politikprofessor Georges Prevelakis den *Le Monde*-Lesern und fügt hinzu: »Aber heute ist es Griechenland, das sich balkanisiert.«

Die Athener Historikerin - und Syriza-Mitglied - Sia Anagnostopoulos präzisiert in dem *Le* Monde-Beitrag: »Wir sind das einzige demokratische wie kulturell und prinzipiell europäische Land in einem Becken, das von vielen Seiten bedroht wird: im Norden vom Aufstieg der Nationalismen im Balkan; im Süden vom Rückzug der Demokratie in den Ländern Nordafrikas; und im Osten zugleich von einer Türkei auf dem Weg in die religiöse Radikalisierung und von einem Nahen Osten, der in Feuer und Blut untergeht.«

Aber nicht nur das: Souda Bay, nahe der idyllischen Hafenstadt Chania auf Kreta gelegen, ist ein wichtiger Stützpunkt der 6. US-Flotte. Die Insel liegt weiter südlich als Tunis und Algier, gegenüber Libyen und Ägypten. Während der Libyen-Intervention einiger NATO-Länder hoben von Kreta amerikanische Flugzeuge ab.

Griechenlands Lage am Schnittpunkt zwischen Okzident und Orient hat aber noch eine weitere Bedeutung - gerade auch für Deutschland: Das Land ist Flucht- oder Durchgangsort für Hunderttausende Einwanderer aus dem Nahen und Mittleren Osten und aus Afrika, die den Weg über die Türkei, über die Ägäis und die 3000 griechischen Inseln nach Europa finden wollen. Darauf werde ich im nächsten Kapitel ausführlich zu sprechen kommen. 1,5 Millionen illegale Zuwanderer sollen sich derzeit in Griechenland befinden. »Von der europäischen Solidarität abgeschnitten, würde Griechenland zum simplen Durchgangskorridor« für die Migranten, warnt wieder Historikerin Anagnostopoulos.

»Ein Griechenland, das aus der Eurozone heraus kracht, wird eine zornige, frustrierte und ramponierte Nation sein - aber eine, die weiterhin Mitglied der Europäischen Union und der NATO bleiben würde«, warnt in der US-Politikzeitschrift *Foreign Policy* der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber James Stavridis. »Griechenlands Austritt aus EU und NATO würde beide Organisationen fundamental erschüttern und zugleich das europäische Projekt zutiefst schwächen«, sagt Stavridis.

Der Ausverkauf hat begonnen

Für die Überweisung neuer Milliardenkredite zwingen die Gläubiger Griechenland, Wasserversorgung, Energieunternehmen und nahezu die komplette staatliche Infrastruktur zu privatisieren, also einen Großteil seiner staatlichen Betriebe zu verkaufen. Die *Deutschen Wirtschafts Nachrichten* veröffentlichten am 20. August 2015 die Verkaufsliste für das dritte »Hilfspaket«.

Neben den bekannten Häfen stehen auch essenzielle Versorgungsbetriebe wie Wasserversorger, Strom- und Gasnetz sowie Straßen und die Post in Griechenland zum Verkauf. Zwei der potenziell umstrittenen Vermögenswerte betreffen die Wasserbetriebe Eyath und Eydap, die jeweils für den Großraum Thessaloniki und den Großraum Athen die Trinkwasserversorgung bereitstellen. Bisher lehnt es Griechenland ab, Mehrheitsbeteiligungen an private Betreiber zu verkaufen, und will nur 23 Prozent beziehungsweise elf Prozent an Eyath und Eydap veräußern.

Im Energiebereich umfasst die Privatisierungsliste: 66 Prozent der Desfa, Eigentümerin und Betreiberin des einzigen griechischen Hochdrucknetzes für den Transport von Erdgas und des einzigen Terminals Griechenlands für Flüssigerdgas, das mit 66 Prozent an Aserbaidschan veräußert werden soll, sowie bis zu 35 Prozent der Erdölraffinerie *Helpe.* 17 Prozent des staatlichen Stromerzeugers *Public Power Corporation* (PPC) und bis zu 65 Prozent des Gaskonzerns *Depa.* Außerdem ist das griechische Stromnetz *Admie,* das 2011 vom Strommonopolisten PPC abgetrennt wurde, zur Privatisierung ausgeschrieben.

Zum Verkauf stehen ferner 30 Prozent des internationalen Flughafens in Athen und eine 648 Kilometer lange Autobahn, die Nord-

griechenland mit der Türkei verbindet, bis zu 90 Prozent der griechischen Post und weite Teile des Telefonanbieters OTE, der zu 40 Prozent bereits der Deutschen Telekom gehört. Auch die griechische Eisenbahn *(TrainOSE)* soll vollständig verkauft werden. Außerdem der frühere Athener Flughafen *Hellinikion,* der seit 2001 geschlossen ist, sowie der Hafen von Piräus, wo der staatliche chinesische Logistikkonzern *Cosco* das Containerterminal gemietet hat. Der Hafen soll nun zu 67 Prozent privatisiert werden, ebenso 67 Prozent des Hafens von Thessaloniki, möglicherweise wird er an die staatliche Bahngesellschaft der Russischen Föderation verkauft.

Überwacht werden sollen die Privatisierungen über drei Institutionen: Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds.

Über einen Zeitraum von 30 Jahren sollen insgesamt 50 Milliarden Euro durch die Privatisierungen eingenommen werden. Nach Experten ist dies aber ein ambitioniertes Ziel, das nicht so leicht umsetzbar sein dürfte. Denn ständig wechselnde gesetzliche Regeln für Veräußerungen, gerichtliche Klagen, örtlicher Widerstand und finanzieller Aufruhr haben die Abwicklung von Verkäufen verkompliziert. Zum Teil sind die Preise für Staatseigentum stark gesunken, Wertschätzungen werden schwieriger.

»Man muss ins Kalkül ziehen, dass die Marktbedingungen zurzeit sehr ungünstig sind«, sagt Manos Giakoumis, der für die wirtschaftliche und politische Analysewebseite *Macropolis* in Athen arbeitet. »Selbst wenn du sagst, dass ein Eigentum 300 Millionen Euro wert ist, dann heißt das nicht, dass das der aktuelle Wert ist. Es gibt eine Menge von Grundstücken, die privatisiert werden könnten. Aber niemand weiß, wie viel Geld dadurch eingenommen werden kann.« Der IWF geht davon aus, dass ein Erlös von gerade einmal 1,5 Milliarden Euro in den Jahren 2016 bis 2019 möglich ist.

Neben Flughäfen, Straßen und Unternehmen werden jetzt auch Inseln verhökert. Ein Eiland hat bereits einen prominenten Käufer gefunden.

1,5 Quadratkilometer Fels, bewachsen nur von kümmerlichem Buschwerk, kein Baum, kein Wasser, kein Sandstrand, nur schroffe Klippen. Kein Wunder, dass auf der Insel Agios Thomas (St. Thomas)

im Saronischen Golf vor Athen niemand lebt - es ist eines von über 3000 unbewohnten Eilanden, die zu Griechenland gehören.

Wenn jemand für dieses unwirtliche Inselchen 15 Millionen Euro lockermacht und Warren Buffett heißt, der US-Megainvestor, dann lässt der Deal aufhorchen. Denn dem »Orakel von Omaha«, wie Buffett von seinen Fans ehrfurchtsvoll genannt wird, sagt man ein gutes Gespür für lohnende Geschäfte nach. Buffett meint, es gebe in Griechenland derzeit »zahlreiche günstige Gelegenheiten, und viele Leute sind bereit zu investieren«, zitiert ihn die griechischen Nachrichtenagentur APE.

Chaos in Europa - der Einsatz der Migrationswaffe

Die EU, insbesondere Deutschland, ächzt unter ständig steigenden Flüchtlingszahlen. Das bisher funktionierende soziale Gefüge in den EU-Staaten droht zu kollabieren. Dennoch frohlocken die Mainstreammedien, die deutsche Regierung und die Wirtschaftsverbände in geballter Einigkeit über die neue Chance, die sich angeblich durch diesen millionenfachen Zuzug ergebe -, und beantworten damit auch die Frage: Wer profitiert von dieser Völkerwanderung?

So sieht Daimler-Chef Dieter Zetsche im aktuellen Flüchtlingsstrom eine Chance für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Mehr als 800 000 Menschen in Deutschland aufzunehmen sei zwar eine Herkulesaufgabe, sagte Zetsche am 14. September 2015 im Vorfeld der IAA in Frankfurt. »Aber im besten Fall kann es auch eine Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder werden - so wie die Millionen von Gastarbeitern in den 1950er- und 1960er-Jahren ganz wesentlich zum Aufschwung der Bundesrepublik beigetragen haben.«

Natürlich sei nicht jeder Flüchtling ein brillanter Ingenieur, Mechaniker oder Unternehmer, so Zetsche. Aber wer sein komplettes Leben zurücklasse, sei hochmotiviert. »Genau solche Menschen suchen wir bei Mercedes und überall in unserem Land.« Studien zufolge drohten fast 40 000 Lehrstellen unbesetzt zu bleiben. Deshalb müssten Flüchtlinge in Deutschland willkommen geheißen werden. »Wer an die Zukunft denkt, wird sie nicht abweisen.«

Auch andere Industriebosse hatten sich zuletzt für mehr Hilfe für Flüchtlinge ausgesprochen. Darunter Porsche-Chef Matthias Müller, der Chef des Essener Chemiekonzerns Evonik, Klaus Engel, und der Post-Vorstandsvorsitzende Frank Appel.

Und wie haben die Migrationsprofiteure es geschafft, das Millionenheer zu mobilisieren? Indem sie die Regierungen, das heißt die regierenden Parteien der westeuropäischen Staaten, unterstützten, die dann die von der Großfinanz diktierte US-Außenpolitik der letzten Jahre bedingungslos mitmachten. Dieser Meinung ist der US-Historiker Eric Zuesse. Die USA hätten Irak, Libyen, Syrien und schließlich die Ukraine gezielt destabilisiert, um Europa und Russland zu schwächen.

Auf seinem Blog *Strategie Culture* schreibt er: »In Libyen, Syrien, der Ukraine und anderen Ländern an der Peripherie oder den Rändern Europas hat US-Präsident Barack Obama eine Politik der Destabilisierung und sogar Bombeneinsätze und andere militärische Unterstützung betrieben, die Millionen Flüchtlinge aus diesen Peripheriegegenden und nach Europa getrieben hat. Dadurch wurde Benzin in die rechtsextremen Feuer der Einwanderungsgegner gegossen und die politische Landschaft in Europa destabilisiert, nicht nur an seiner Peripherie, sondern sogar bis nach Nordeuropa.«

Die Webseite *info-direkt.at* geht noch weiter. Sie hat Anfang August 2015 Informationen von einem Insider aus dem österreichischen Abwehramt erhalten, dass die riesige Flüchtlingsflut eine absichtlich gestartete, strategische Operation der USA sei. Gemäß Informationen dieses Mitarbeiters des österreichischen Pendants des bundesdeutschen Militärischen Abschirmdienstes (MAD) bezahlen US-Organisationen die Schlepper, die täglich Tausende Flüchtlinge nach Europa bringen.

»Schlepper verlangen horrende Summen, um Flüchtlinge illegal nach Europa zu bringen. Die Bedingungen sind oft sehr schlecht, trotzdem kostet ein Transport aktuell zwischen 7000 und 14000 Euro, nach Region und Schlepperorganisation unterschiedlich.« Aus Polizeikreisen, welche tagtäglich mit den Asylwerbern zu tun haben (alleine im österreichischen Erstaufnahmelager Traiskirchen sind über 100 Beamte täglich im Einsatz), sind Schlepperkosten und Zustände längst bekannt. Auch der Verdacht, dass die USA im Sinne einer

geostrategischen Strategie die Finger mit im Spiel hätten, werde immer wieder geäußert.

Der Whistleblower schreibt: »Es gibt Erkenntnisse darüber, dass Organisationen aus den USA ein Co-Finanzierungsmodell geschaffen haben und erhebliche Anteile der Schlepperkosten tragen. Nicht jeder Flüchtling aus Nordafrika hat 11000 Euro in Cash. Fragt sich niemand, woher das Geld kommt?« Es herrsche eine strikte Nachrichtensperre über entsprechende Zusammenhänge. »Auch das HNAA (Heeres-Nachrichtenamt) hat keine Informationen bekommen oder darf sie nicht weitergeben. Es muss aber an die Öffentlichkeit. Es sind dieselben Brandstifter am Werk, die vor einem Jahr die Ukraine ins Chaos gestürzt haben.«

Warum die USA offenbar aktiv Flüchtlingsströme nach Europa fördern, versucht Henry Paul im Juni 2015 in einem Beitrag für das Contra-Magazin zu ergründen. Er schreibt: »Die Strategie ist so einfach wie brutal: Wenn Europa wirtschaftlich erfolgreich ist, wird es die Zwangsvereinigung zu den Vereinigten Staaten von EU und die Annexion durch die USA niemals zulassen. Also muss Europa mental, psychosozial, wirtschaftlich, sozial und bevölkerungstechnisch zerstört werden. Denn nur unter dem Mantel des großen Chaos wird Europa zwangsvereinigt werden können, und nur dann wird Europa bis zum Kaukasus als US-Annexion hilflos bis abgewürgt für die USA in den neuen, großen Russland-Krieg ziehen.«

Für Paul sind die Flüchtlinge keine Flüchtlinge, »es sind aufgeforderte Zuwanderer, die über beeinflusste Menschenhändler erst abgezockt und dann zwangsrekrutiert werden, Europa zu bevölkern und ins Chaos zu stürzen«.

Deutschland sei das erste Land, das für die Chaostheorie - die ich weiter oben bereits dargestellt habe - der US-Allmachtstrategie »gebrochen« werden müsse, weil es das erfolgreichste Land in Europa sei. Deutschland entwickele sich bereits nach IWF-Standard, schreibt Paul: »Alle Arbeitskosten runter, alle Renten runter, alle Ansprüche runter, alle Zinsen runter, alle Steuern und Lebenserhaltungskosten rauf. Verteilung von unten nach oben. Und dann Übernahmen aller ertragreichen Firmen an US-Investoren. Die Scouts

am Markt sind sehr fleißig, und es wird keine zehn Jahre dauern, bis es keine deutschen Großfirmen oder Konzerne mehr gibt.«

Auch das sei Plan der USA: »Es muss alles ausgebeutet werden, was geht, und der Kontinent muss den Oligarchen der USA gehören. Dazu müssen die Flüchtlinge ihren sozialen Auftrag ordentlich erledigen. Wenn das Land pleitegeht, werden - wie in Griechenland - die Ressourcen übereignet.«

Die USA, Großbritannien und Frankreich hätten zusammen vorsätzlich den Flüchtlingsstrom durch spätkolonialistische Machenschaften und Kriege verursacht und befördert, »damit der deutsche Machtblock im Herzen Europas endlich zerstört werden kann.« Die deutschen Politiker im Europa-Apparat, in den Landtagen, im Bundestag und in der Regierung durchliefen nach Paul die Trainingszentren, wie zum Beispiel *American Academy, Aspen Institute,* Atlantik-Brücke, *Fulbright, German Marschall Fund,* Steuben-Schurz-Gesellschaft, *Duke University Berlin, Stanford* Berlin, *Amcham, American-German Business-Club, CASE, Democrats abroad* oder Ähnliche, »um diese Völkerwanderung abzusegnen. Die Kostenlawine, die damit einhergeht, ist gewollt. Das Chaos, das dadurch zwangsläufig entsteht, ist ebenfalls gewollt«.

Nach den Aussagen des tschechischen Präsidenten Milos Zeman sind an der aktuellen Migrationswelle nach Europa die USA und verschiedene europäische Staaten schuld, die sich an militärischen Aktionen im Irak, Libyen und Syrien beteiligt haben.

Milos Zeman sagte am 2. August 2015 in einem für das Fernsehen aufgezeichneten Interview mit der Prager Zeitung *Blesk,* dass die USA und die europäischen Staaten, die an den Aktionen im Irak, Libyen und Syrien beteiligt gewesen sind, schuld an dem Zustrom illegaler Migranten (nach Europa) sind. »Die heutige Migrationswelle entstand wegen der verrückten Idee, im Irak zu intervenieren, wo angeblich Massenvernichtungswaffen waren - nichts wurde aber im Ergebnis gefunden.«

Weiter sagte Zeman: »Sie entstand ebenso wegen der wahnsinnigen Idee, in Libyen und später auch in Syrien Ordnung zu schaffen.« Zudem betonte Zeman: »Schuld daran haben nicht nur die USA, denn auch EU-Staaten haben Aktionen gegen Libyen koordiniert.«

Gerade Libyen ist der Schlüssel zum Verständnis der Migrationswaffe. Der ehemalige libysche Diktator Muamar al-Gaddafi sagte im Februar 2011 in einem Interview mit dem französischen *Journal du Dimanche:* »Ihr sollt mich recht verstehen. Wenn ihr mich bedrängt und destabilisieren wollt, werdet ihr Verwirrung stiften, bin Laden in die Hände spielen und bewaffnete Rebellenhaufen begünstigen. Folgendes wird sich ereignen. Ihr werdet von einer Immigrationswelle aus Afrika überschwemmt werden, die von Libyen aus nach Europa überschwappt. Es wird niemand mehr da sein, um sie aufzuhalten.«

Der britische Außenminister Philip Hammond, Mitglied der konservativen Regierungspartei von Premierminister David Cameron, hat Anfang August 2015 öffentlich gewarnt, der anhaltende Zustrom von Flüchtlingen aus Afrika gefährde den Lebensstandard und das soziale Gefüge innerhalb der EU. »Die Europäische Union kann nicht Millionen Menschen aufnehmen, die ein neues Leben suchen«, erklärte der einstige Wirtschaftsmanager sowie ehemalige Verkehrs- und Verteidigungsminister. »Das ist kein tragfähiger Zustand, denn Europa kann sich nicht schützen und seinen Lebensstandard und seine Sozialstruktur aufrechterhalten, wenn es Millionen von Migranten aus Afrika aufnehmen muss«, teilte der Minister dem TV-Sender BBC mit.

Der bereits zitierte Blogger Freeman von der Webseite *Alles Schall und Rauch* zeigt am 15. September 2015 noch weitere Aspekte des Flüchtlingsstroms, indem er schreibt: »Die Flüchtlinge dachten anfänglich, sie warten, bis der Krieg beendet wird, und kehren dann in ihre Heimat zurück. Diese Aussicht für eine Zukunft in Syrien ist spätestens mit der grausamen Eroberung weiter Teile Syriens durch den IS zerstört worden. Wer will schon unter der Terrorherrschaft und im Kalifat der Kopfabschneider leben? Deshalb haben viele Flüchtlinge beschlossen, jetzt müssen sie in Europa ihre Zukunft suchen.«

Freeman weist daraufhin, ein weiterer Grund, warum die Menschen jetzt nach Europa flüchten, sei, dass die Hilfsorganisationen kein Geld mehr haben, um die Lager zu betreiben. Beide, die UNHCR und das Internationale Rote Kreuz, hätten erst kürzlich gemeldet, ihre finanziellen Mittel reichten nicht aus, um die große Anzahl an Flüchtlingen

zu versorgen. Zahlreiche europäische Politiker hätten - schreibt Freeman weiter - die Menschen, die in den Lagern leben, aufgefordert und regelrecht eingeladen, nach Europa zu kommen. Es sei ihnen ein Paradies beschrieben worden, wo sie finanziell versorgt werden, eine Unterkunft, Arbeit und medizinische Pflege gratis bekommen und wo alle herzlich willkommen sind. Am häufigsten seien dabei Deutschland und Schweden als »gelobtes Land« genannt worden. Am stärksten habe die deutsche Politik die Völkerwanderung ausgelöst. Die Aussagen von Merkel und Gabriel, »eine Obergrenze an Flüchtlingen kann und darf es nicht geben«, und »wir können locker eine halbe Million über mehrere Jahre verkraften«, hätten zur Flutwelle beigetragen.

Freeman sieht »fünf maßgebliche Gründe«, warum die Flut an Migranten nach Europa stattfindet:

- die Vernichtungskriege des Westens,
- die Unterstützung der radikalislamischen Terroristen,
- die ungenügende Flüchtlingshilfe in den Nachbarländern,
- die Einladung nach Europa zu kommen,
- die Zerstörung der europäischen Gesellschaft und Kultur.

Einen weiteren Grund sieht Freeman in der »Arbeit« der sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und »Freiwilligen«, die den Migranten aufzeigen, wie man am besten nach Europa kommt, welche Rechte man als Asylant hat, welche Hilfe in Form von Beratungsstellen es gibt, Telefonnummern, die helfen, und vieles mehr. Finanziert werde das Ganze von Oligarchen wie George Soros. Die Organisation, die er über seine *Open Society* finanziert, um die Menschen nach Europa zu locken, heiße *W2eu* oder *Welcome to the eu.*

Tatsächlich fand ein Reporter von *Sky News* am Strand von Lesbos - wo die Migranten aus der Türkei anlanden - ein »Migrantenhandbuch«, das voll gepackt ist mit Empfehlungen, Ratschlägen, Rechtsauskünften, Landkarten der besten Reisewege, Telefonnummern von Helfern, um ungehindert in die Europäische Union zu gelangen. Im Handbuch werden die Migranten aufgefordert, auf ihre Rechte zu pochen. Das Handbuch ist auf Arabisch geschrieben und wird von Freiwilligen in der Türkei verteilt. Auf der Titelseite sieht man das Foto eines jungen Mannes, der am Strand steht, sehnsüchtig über das Meer

schaut und sich gerade darauf vorbereitet, die gefährliche Bootsfahrt zu unternehmen.

Auf der Webseite von *w2eu. info* steht: »Wir liefern Informationen an Flüchtlinge und Migranten, die nützlich sind auf ihrer Reise nach und durch Europa. Wir wollen Zugriff auf Beratung und nützliche Kontakte in den verschiedenen europäischen Ländern ermöglichen. Wir begrüßen alle Reisende auf ihrem schwierigen Weg und wünschen ihnen eine gute Reise - weil die Bewegungsfreiheit ist jeden sein Recht!« Ich habe den grammatikalisch falschen letzten Satz bewusst stehen lassen. Die Webseite *w2eu.info* ist auf Bernd Kasparek, *bordermonitoring.eu e.V.,* Friedenstraße 10 in München registriert.

Michael Morris fasst die Flüchtlingsagenda Anfang September 2015 auf *Kopp Online* sehr gut zusammen, wenn er schreibt: »Das Flüchtlingsdrama in Europa war vorhersehbar, es ist geplant und gut organisiert, und es ist Teil des Kriegs, den die Mächtigen in den USA gegen die eigene Bevölkerung und gegen den Rest der Welt führen. Die Voraussetzung für die Erlangung der Weltherrschaft ist die Abschaffung von Nationalstaaten und somit von nationaler Identität, von Grenzen, von Freiheit und Eigenständigkeit. Das Prinzip lautet: Würfle alle Völker, Ethnien, Religionen und Kulturen durcheinander, zerstöre alle gemeinschaftlichen Strukturen, wenn nötig auch mit Gewalt, so lange, bis am Ende keiner mehr weiß, wo er herkommt, wer er ist und wo er hingehört. Zwing die Menschen in die Knie, dann werden sie allem zustimmen, was du von ihnen verlangst! Denken Sie, dass ein solcher Plan aufgehen kann? Nun, ich denke, das tut er bereits.« Morris' Argumentation stimmt genau mit den Plänen von Thomas Barnett oder auch Leo Strauss überein, den beiden wichtigen und einflussreichen politischen und strategischen Denkern, die ich - Sie erinnern sich - in einem früheren Kapitel ausführlich vorgestellt habe.

Laut UN-Flüchtlingshilfswerk (UNCHR) sind von März 2011 bis März 2015 mindestens 220000 Menschen in Syrien getötet worden. Rund 11,6 Millionen Syrer sind derzeit auf der Flucht. Mehr als vier Millionen von ihnen haben das eigene Land verlassen. Mit der Vertreibung dieser Menschen ist der größte Exodus seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst worden.

Migration als Waffe? Viele der Flüchtlingsströme wurden gezielt provoziert. Und sie werden jetzt als geostrategische Waffe eingesetzt. Das ist die Kernthese des neuen Buchs von Udo Ulfkotte mit dem Titel *Die Asyl-Industrie.*

Ulfkotte untermauert seine Behauptung mit zahlreichen Belegen: Die *Harvard University* hat schon 2008 einen wissenschaftlichen Fachaufsatz zum Missbrauch von Flüchtlingsströmen als »Migrationswaffe« veröffentlicht. An der *John F. Kennedy School of Government* der *Harvard University* wird seither ganz offen über die »Migrationswaffe« gesprochen. Die Studien dazu werden in der Fachzeitschrift *Civil Wars* (Bürgerkriege) veröffentlicht, weil Migrationsströme nun einmal häufig in den Bürgerkrieg führen. Und an den Universitäten Stanford und Tufts lehrt heute die *Harvard*-Absolventin Professor Kelly Greenhill, die 2011 für ihr Buch über die »Migrationswaffe« *(Weapons of Mass Migration)* den *Best Book ofthe Year Award* erhalten hat. In den USA gibt es unter Wissenschaftlern keinen Zweifel daran, dass Flüchtlingsströme systematisch als »Migrationswaffe« eingesetzt werden.

Schon 2011 informierte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* darüber, dass Migrationsströme eine neue »Superwaffe« seien.[28] Auch die *New York Times* beschreibt am 21.April 2011 ausführlich, wie Flüchtlingsströme als geostrategische Waffen missbraucht werden. Die Vereinten Nationen haben Sonderberichte dazu herausgegeben.

Ulfkotte nennt in seinem Buch auch zahlreiche Beispiele, wie Flüchtlinge als »Waffen« eingesetzt werden. Das jüngste: 2015 gab es Zehntausende syrische, irakische und afghanische Flüchtlinge, die binnen weniger Tage auf der griechischen Insel Kos ankamen. Nur wenige Kilometer Meer trennen Kos vom türkischen Festland. Die Türkei ermunterte die Flüchtlinge dazu, nach Griechenland zu ziehen, und konnte damit den verhassten Nachbarn Griechenland destabilisieren und zugleich die syrischen, irakischen und afghanischen Flüchtlinge loswerden. Athen hatte zu jenem Zeitpunkt schon etwa 1,5 Millionen Flüchtlinge und drohte seit Monaten ganz offen damit, diese nach Deutschland zu schicken.

Die FAZ berichtete bereits zu Jahresanfang 2015, dass der türkische Geheimdienst die Schlepperbanden mit Lockangeboten für den Transport in die EU gezielt gewähren lasse und mittlerweile ermutige.

Gegen die Schiffe der Menschenhändler in Mersin wird nicht vorgegangen. Mit dieser Strategie hat die Türkei die Massenflucht nach Europa dramatisch verschärft. »Erdogan spielt mit der Migrationswaffe«, kommentiert ein hochrangiger NATO-Vertreter aus Brüssel die Lage. Ein Indiz für das strategische Kalkül Erdogans in dieser Sache sind auch die Berichte von Diplomaten, die türkische Regierung lehne Hilfe und also Einblicke in die Flüchtlingsbetreuung ab.

Auch Griechenland nutzte die Migrationswaffe - zur finanziellen Erpressung. Zur Erinnerung: Athen brauchte in jenen Monaten immer wieder neue Milliardenrettungspakete. Die Drohung mit der Migrationswaffe wirkte. Im August 2015 bekam Athen weitere 84 Milliarden Euro - wie ich oben bereits ausgeführt habe. Mehr noch: Deutschland versprach den Griechen, künftig auch einen Teil der in Griechenland eintreffenden Asylbewerber aufzunehmen.

Ulfkotte beschuldigt Europa, die »Migrationswaffe« gezielt nach Deutschland zu lenken und selbst ihre Grenzen dichtzumachen. Ulfkotte: »Statt europäischer Solidarität gab es ein kollektives Wegducken. Das war abzusehen. Das war so gewollt. So wie Deutschland bei den finanziellen Rettungspaketen für Pleitestaaten wie Griechenland immer wieder vorgeführt wurde, so war es auch bei den Flüchtlingsströmen.« Und weiter: »Die Flüchtlinge sind nun einmal nichts anderes als eine Waffe, um Deutschland zu ruinieren.«

Ein zweites Beispiel: Im Frühjahr 2014 - wenige Monate vor dem Beginn der Flüchtlingswelle - warnte der damalige libysche Interims-Innenminister Salah Mazek in Tripolis die Europäer: »Im Hinblick auf die illegale Einwanderung warne ich die Europäische Union: Wenn sie ihrer Verantwortung nicht nachkommt, dann wird der Staat Libyen eine Position einnehmen, die die schnelle Durchreise dieser Flut von Menschen durch Libyen erleichtern könnte, weil Allah uns zum Transitpunkt für diese Flut gemacht hat.« Libyen »leide«, weil Tausende Flüchtlinge aus Schwarzafrika Krankheiten, Verbrechen und Drogen in Libyen verbreiteten. Mazek: »Libyen hat seinen Preis bezahlt, jetzt ist Europa dran zu zahlen.« Da war sie wieder, die Drohung mit der Migrationswaffe.

Ulfkottes Fazit: »Durch die vorsätzliche Zerschlagung ganz Nordafrikas und des Nahen Ostens entstanden instabile Staaten mit der Folge

von Kriegen und Bürgerkriegen, Perspektivlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Hunger und schließlich - das war absehbar - Fluchtbewegungen.«

Die Migrationswaffe sei ein Mittel der gleichen Kräfte, die zuerst versuchten, in Syrien zu intervenieren, um die »Freiheitskämpfer« zu unterstützen, dann um den Einsatz von »Massenvernichtungswaffen« zu stoppen und zuletzt um gegen den IS zu kämpfen. Jetzt da alle drei Versuche gescheitert seien, einen Regimewechsel in Syrien herbeizuführen - als Grundlage für die weiteren Konfrontation mit dem Iran, Russland und sogar China -, würden »Flüchtlinge« als menschliche Schachfiguren benutzt, um Angst und Wut in ganz Europa zu provozieren.

Einen weiteren Aspekt der gesteuerten Flüchtlingswelle zeigt der frühere, bereits zitierte Verteidigungsstaatssekretär Willy Wimmer. Im Interview mit Ken Jebsen sagte er Anfang September 2015 auf *KenFM*, die Migrationswaffe sei nicht nur gegen Europa, sondern auch gegen Syrien gerichtet. Denn dessen Jugend werde, um das Land ausbluten zu lassen und das Regime von Präsident Assad zu stürzen, ins Ausland gelockt. Deutschland spiele dabei den Erfüllungsgehilfen für diese von den USA eingesetzte Waffe.

Ähnlich sieht es auch die Webseite *Konjunktion.info* in einem Beitrag am 8. September 2015, in dem sie schreibt: »Die Türkei hat zwei Millionen Flüchtlinge in ihr Land gelassen, um sie in Lagern aufzunehmen, die mit bis zu sechs Milliarden US-Dollar finanziert wurden - nicht aus Altruismus, sondern um die Flüchtlinge gemeinsam mit den USA, der NATO und der EU als geopolitische Waffe zu (benutzen. Die NATO hat dies als Teil einer langjährigen Strategie getan, um die Schaffung von >safe havens< (sicheren Häfen) im nördlichen Syrien zu rechtfertigen - im Wesentlichen um die Besetzung von syrischem Gebiet sowie den Schutz ihrer Terrorverbündeten innerhalb der Grenzen Syriens zu gewährleisten, sodass sie tiefer ins Land Richtung Damaskus einfallen und schlussendlich die Regierung von Präsident Bashar Al-Assad stürzen kann.«

Die gut informierte Webseite hat recht, denn die US-Pläne, einen »sicheren Hafen« oder eine »Pufferzone« im nördlichen Syrien zu errichten, reichen bis ins Jahr 2012 zurück - bevor eine echte Krise

überhaupt existierte. In Memo Nummer 21 des *Sabatt Center* am *Brookings Institute Middle East* mit dem vielsagenden Titel »Assessing Options for Regime Change« (Prüfung von Optionen für einen Regimewechsel) wurde ausdrücklich daraufhingewiesen. Im Memo heißt es:

»Eine Alternative zu den diplomatischen Bemühungen ist, sich zunächst darauf zu fokussieren, wie man die Gewalt beendet und wie man humanitären Zugang erhält, so wie es unter Annans Führung getan wird. Dies kann zur Schaffung von sicheren Häfen und humanitären Korridoren führen, die durch begrenzte militärische Stärke gesichert werden müssten. Dies würde natürlich hinter den US-Zielen für Syrien zurückbleiben und könnte Assad an der Macht halten. Von diesem Ausgangspunkt aber ist es möglich, dass eine breite Koalition mit dem entsprechenden internationalen Mandat weitere Zwangsmaßnahmen zu ihren Bemühungen hinzufügen könnte.«

Brookings arbeitet diese kriminelle Verschwörung in ihrem jüngsten Bericht mit dem Titel *Deconstructing Syria: Towards a regionalized strategy for a confederal country* (Dekonstruktion Syriens: Auf dem Weg zu einer regionalisierten Strategie für ein konföderales Land) sorgfältig aus. Dort heißt es:

»Die Idee wäre es, moderaten Elementen dabei zu helfen, glaubwürdige sichere Zonen in Syrien zu errichten, sobald sie in der Lage dazu wären. Amerikanische sowie saudische und türkische und britische und jordanische und andere arabische Kräfte würden zur Unterstützung beitragen, nicht nur aus der Luft, sondern eventuell auch auf dem Boden mit der Präsenz von Spezialeinheiten. Der Ansatz würde von Syriens offenen Wüstengebiet profitieren, das die Schaffung und Überwachung von Pufferzonen ermöglichen könnte, die auf mögliche Anzeichen eines feindlichen Angriffs durch eine Kombination von Technologie, Patrouillen und anderen Methoden, die mithilfe von ausländischen Spezialkräften durch syrische lokale Kämpfer aufgebaut werden könnten.

Wäre Assad dumm genug, diese Zonen herausfordern, auch wenn er irgendwie den Rückzug der ausländischen Spezialkräfte erzwingt, würde er wahrscheinlich seine Luftwaffe durch die anschließenden Vergeltungsschläge seitens der ausländischen Kräfte verlieren und damit sein Militär eines seiner wenigen Vorteile gegenüber IS berauben.

Deswegen würde er dies wahrscheinlich nicht tun.« Von »safe havens« und Pufferzonen wird gleich noch einmal die Rede sein.

Wenden wir uns dem nördlichen Nachbarn Syriens zu, der Türkei. Ein Artikel der zur *International New York Times* gehörenden griechischen Zeitung *Kathimerini* behauptet, der Flüchtlingsstrom stehe in Verbindung mit einem türkischen Politikwechsel. »Eine starke Zunahme des Zustroms von Migranten und Flüchtlingen, vor allem aus Syrien, nach Griechenland ist zum Teil auf eine Verschiebung bei den türkischen geopolitischen Taktiken zurückzuführen, so diplomatische Quellen. Diese Offiziellen verbinden die Welle von Migranten in der östlichen Ägäis mit dem politischen Druck in der benachbarten Türkei und einer aktuellen Entscheidung Ankaras, sich der US-Bombardierung von Zielen des Islamischen Staats in Syrien anzuschließen. Die Analysen von mehreren Offiziellen weisen darauf hin, dass der Zustrom aus der benachbarten Türkei stattfindet, während die türkischen Offiziellen wegschauen oder den Exodus aktiv fördern.«

Mit der Türkei spielt auch die NATO in der Flüchtlingskrise eine Rolle: Die meisten Migranten kommen über das von der NATO zerstörte Libyen und über das NATO-Mitgliedsland Türkei. Mit den mehr als zwei Millionen Flüchtlingen, die bewusst in der Türkei gesammelt und umsorgt wurden, kann die NATO jederzeit entweder Syrien - in die von der NATO etablierten sicheren Zonen - oder Europa fluten oder mit der bloßen Androhung dieser Maßnahme eine öffentliche Unterstützung für weitere militärische Aggressionen erpressen.

Das Dilemma ist allerdings, dass unter dem Druck der Flüchtlingswellen die Öffentlichkeit der europäischen Staaten von ihren Regierungen eine härtere Gangart gegenüber IS fordert. In einem Artikel der *Huffington Post* heißt es:

»David Cameron sieht sich einem zunehmenden Druck für eine Ausweitung der RAF-Luftangriffe in Syrien ausgesetzt, da befürchtet wird, dass der sich verschlimmernde Konflikt dazu führt, dass immer mehr verzweifelte Flüchtlinge Zuflucht in Europa suchen.« Auch der ehemalige Erzbischof von Canterbury - schreibt der mit *Focus Online* liierte Internetdienst - fordert, den IS in seinem syrischen Kerngebiet zu zerschlagen. Er unterstütze auch die Aufrufe für eine britische

Militärintervention, »um sichere Enklaven innerhalb des Landes zu schaffen, in denen die Zivilisten vor Angriffen durch die kriegführenden Parteien in Syriens blutigen Bürgerkrieg geschützt sind«. Da sind die wieder, die »safe havens«.

So oder so wird die EU sich bemühen müssen, die Situation in den Ländern, aus denen die Millionen von Menschen fliehen, zu verbessern. Denn laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) kommt in den nächsten Jahren eine nie da gewesene Flut von Immigranten aus dem Orient und Afrika nach Europa. Nach den USA ist Deutschland mittlerweile das zweitbeliebteste Zielland weltweit, so der OECD-Ausblick vom September 2015.

»Der Druck ist hoch in einer Reihe von Herkunftsländern«, heißt es in einem in Paris präsentierten Ausblick der OECD. So geben in Nigeria 44 Prozent der über 15-Jährigen an, dauerhaft auswandern zu wollen. In Albanien sind es 39, im Senegal 37 und in Syrien 31 Prozent. Bei fast allen dieser Länder wird mindestens ein EU-Land unter den ersten drei bevorzugten Zielen genannt.

In den meisten der 34 OECD-Länder sind die Flüchtlingsströme bereits gestiegen. Im Vergleich zu 2013 ist der Zuzug von Migranten in die OECD-Länder 2014 massiv gestiegen - und zwar auf 4,3 Millionen Zuzügler. Zur aktuellen Lage verweist die Studie auf Menschen, die auf Weiterreise warten: So leben derzeit etwa zwei Millionen syrische Flüchtlinge in der Türkei. Dort warten zudem rund 300 000 Menschen aus Afghanistan, dem Irak und Pakistan auf einen Weg in die EU. Mehr als 1,1 Millionen Syrer halten sich im zunehmend unsicheren Libanon auf.

Als besondere Lage Europas wertet die OECD, dass viele gleichzeitige Krisen in Nahost und Afrika, also im Umfeld Europas, »geringe Aussichten auf Besserung« hätten - wie etwa in Syrien. Bis Ende 2015 hat in Europa weit mehr als eine Million Menschen Asyl beantragt - allein die deutsche Bundesregierung erwartet knapp eine Million Anträge. Etwa 40 Prozent der Antragsteller werden Schätzungen zufolge ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in einem der OECD-Länder erhalten. Wie die OECD weiter mitteilte, ist Deutschland mittlerweile eines der Hauptimmigrationsländer weltweit und liegt auf Platz zwei hinter den USA.

Schockierende Zahlen bringt der ungarische Außenminister Peter Szijjarto Ende September 2015 auf den Tisch, wie der britische *Express* berichtet. Der Minister sprach von einer potenziell gewaltigen Zahl an Wirtschaftsflüchtlingen, die auf dem Weg nach Europa sei. »Ich glaube nicht, dass die Analysenergebnisse, die von 30 bis 35 Millionen Menschen als möglichen Migranten ausgehen, übertrieben sind«, so Ungarns Außenminister. Es sei eine Selbsttäuschung, die Situation eine Migrationskrise zu nennen, da es inzwischen »eine massive Völkerwanderung mit unerschöpflichen Reserven« sei. Szijjarto warf der EU vor, den Schutz ihrer Grenzen zu vernachlässigen und den europäischen Politikern, dass sie Angst hätten, die Dinge beim Namen zu nennen. Auch sprach er von »Falschmeldungen der internationalen Medien«. Mit Hinweis auf Länder wie Libyen, Jemen, Syrien, Irak und Afghanistan betonte er, dass dies alles Länder mit einer großen Bevölkerung und einer extrem instabilen Situation seien.

Sollte es zu einer nur annähernd großen Fluchtwelle kommen, wie Ungarns Außenminister prophezeit hat, würde Europa hoffnungslos überrannt werden und die Systeme, die jetzt schon nahe Anschlag oder darüber sind, würden endgültig kollabieren. Außerdem wird sich zeigen, ob der heranrückende Winter eher als Verzögerung oder als Beschleunigung wirken werde.

Europa droht der Kollaps - 950 Millionen Migranten in den nächsten 25 Jahren?

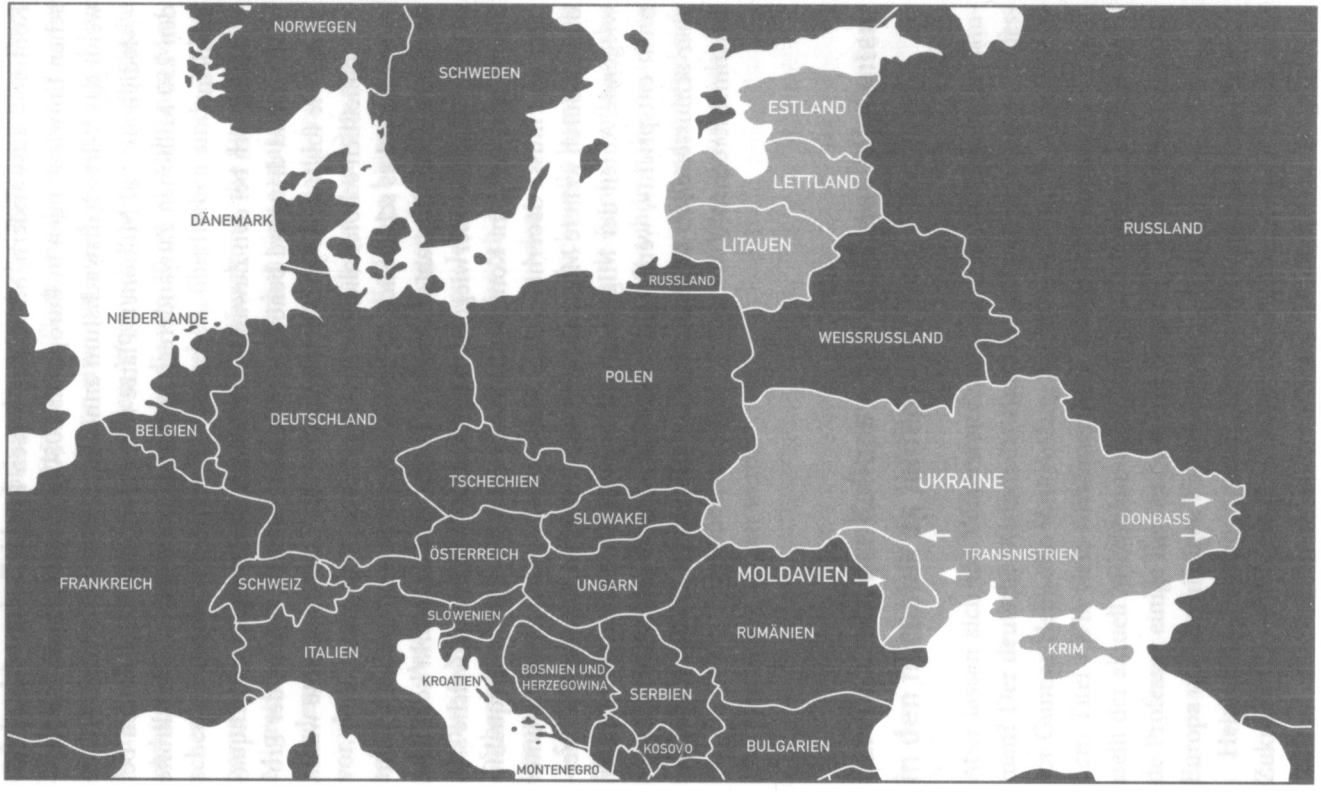
Aber lassen sich die Völkerwanderungen denn überhaupt eindämmen? Der deutsche Wirtschaftswissenschaftler und Soziologe Professor Gunnar Heinsohn lässt Anfang Juli 2015 mit einem Artikel unter dem Titel »Wie viele Afrikaner nach Europa?«[29] aufhorchen. Darin stellt der aktuell Militärdemografie am *NATO Defense College* lehrende Professor einige Rechenbeispiele über die Flüchtlingsströme nach Europa und die hiesigen Kapazitäten an.

Heinsohns Berechnungen ergeben kein rosiges Bild für Europas Zukunft. Ihm zufolge wollen bis zum Jahr 2050 an die 950 Millionen Afrikaner und Araber aus ihren Heimatländern in den »gelobten«

Kontinent auswandern. Stellt man diesen Prognosen die demografischen Entwicklungen in Europa bis 2050 gegenüber, hätte Europa - wenn das Wirtschaftswachstum annähernd konstant bleiben würde - »lediglich« 250 Millionen Plätze frei. Allerdings sollte es sich bei den 250 Millionen Zuwanderern um hochqualifizierte Arbeitskräfte handeln.

Dass es sich bei den Zuwanderern jedoch keineswegs um hochqualifizierte und dringend benötigte Fachkräfte handelt, erklärt der Professor wie folgt: »Wer jetzt den Weg über die Schlepperboote wählt, hat schließlich schon daheim den Ansprüchen nicht genügt.«

Somit wird es schließlich zu einem erbitterten und brutalen Wettkampf zwischen Migranten um freie Plätze auf dem Markt kommen, so Heinsohn. Die überwiegende Mehrheit der Migranten, welche sich bereits jetzt auf dem Kontinent befinden, sei hingegen unterqualifiziert und müsse dauerhaft, aufgrund der hohen Geburtenrate unter diesen, durch weitere Migranten finanziert werden. Da aber der überwiegende Anteil der Migranten »dem hiesigen Anforderungsprofil nicht entspricht«, werde dies angesichts des ungezügelten Zuzugs aber schlussendlich zu einem Kollaps führen, da die Sozialsysteme zusammenbrechen.


NORWEGEN
SCHWEDEN
ESTLAND
LETTLAND
LITAUEN
RUSSLAND
DÄNEMARK
RUSSLAND
NIEDERLANDE
WEISSRUSSLAND
POLEN
DEUTSCHLAND
BELGIEN
TSCHECHIEN
UKRAINE
SLOWAKEI
DONBASS
ÖSTERREICH
TRANSNISTRIEN
FRANKREICH
SCHWEIZ
UNGARN
MOLDAVIEN
SLOWENIEN
RUMÄNIEN
ITALIEN
KRIM
BOSNIEN UND HERZEGOWINA
KROATIEN
SERBIEN
KOSOVO
BULGARIEN
MONTENEGRO

Kriegsschauplätze

Ukraine: Die Russland-Falle

Um ein Spannungsfeld zu erzeugen, ist es sinnvoll, zunächst Streit zu provozieren, den Kontrahenten zu reizen, ihm aggressiv zu begegnen. Der Raketenabwehrschild, den die USA derzeit in Osteuropa aufbauen, ist ein perfektes Beispiel dafür.

Der Raketenabwehrschild als Provokation

Der frühere sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow warnte am 10. Dezember 2011 in München vor der Stationierung von NATO-Raketenabwehrsystemen an Russlands Westgrenzen und deren Konsequenz. »So, und jetzt rüsten wir (Russland) auf. Wir sind bereit, Waffen einzusetzen, um unsere Sicherheit zu gewährleisten. Und was bedeutet das: Dritter Weltkrieg.«[30]

Das im Bau befindliche und über die osteuropäischen NATO-Staaten verteilte System von Abwehrraketen, das Europa vor dem Angriff feindlicher Atomraketen schützen soll, ist nach russischer Sichtweise eine Angriffswaffe. Denn im Kriegsfall könnte die NATO - so die Sichtweise des Kreml - Atomwaffen gegen Russland einsetzen, ohne den Gegenschlag fürchten zu müssen, da dieser von den Abwehrraketen abgefangen würde. Putin: »Wir dürfen es nicht zulassen, dass das Gleichgewicht der strategischen Abschreckung gestört wird.«

Im März 2013 verkünden die USA, 24 SM-3-Raketen in Polen und genauso viele in Rumänien zu stationieren, und dazu eine unbestimmte Zahl von Aegis-Raketen an Bord der Mittelmeer Fregatten. Gleichzeitig hat Polen angekündigt, dass es 33,6 Milliarden Euro ausgeben wird, um einen eigenen Schild (mit US-Technologien) aufzubauen und ihn der NATO zu unterstellen.

Die *Lockheed Martin Corporation* meldet im Mai 2013 vier erfolgreiche Tests von Aegis-Flugkörpern. 30 Kriegsschiffe sind bereits mit dem neuen Waffensystem ausgerüstet.

Am 3. Februar 2014 verlegen die USA den Raketenzerstörer USS Donald Cook, der mit dem Aegis-Abwehrsystem gegen ballistische Raketen ausgestattet ist, nach Spanien, um dort den Raketenabwehrschild der NATO in Europa zu verstärken. Laut Aussage des damaligen US-Verteidigungsministers Charles Hagel sollen bis 2016 noch drei weitere Zerstörer mit Aegis-Systemen in dieses »Projekt zum Schutz der NATO-Länder auf dem europäischen Kontinent« integriert werden.

Die Folgen der gegenwärtigen Eskalation der Raketenabwehr in Europa (und gegen China) werden schon im April 2006 in der Zeitschrift *Foreign Affairs* beleuchtet. Die Raketenabwehr, schreibt das vom *Council on Foreign Relations* herausgegebene Blatt, wäre in erster Linie offensiv von Bedeutung, nicht defensiv. »Würden die Vereinigten Staaten einen atomaren Angriff auf Russland (oder China) richten, bliebe dem ins Visier genommenen Land nur ein winziges Arsenal übrig - wenn überhaupt. Dann könnte schon eine relativ bescheidene oder ineffiziente Raketenabwehr ausreichen, sich vor einem Vergeltungsschlag zu schützen ...«

Die USA seien mit dem Raketenabwehrsystem in der Lage, etwa 99 Prozent der russischen Atomraketen im Erstschlag zu zerstören. Das eine Prozent der verbliebenen russischen Raketen, die Moskau noch abfeuern könnte, würde durch den Raketenschild neutralisiert werden.

Die Zeitschrift kommt zu dem Schluss: »Zum ersten Mal seit 50 Jahren stehen die Vereinigten Staaten heute an der Schwelle des atomaren Primats. Die Vereinigten Staaten werden womöglich schon bald in der Lage sein, mit einem Erstschlag das Langstreckenarsenal Russlands oder Chinas auszuschalten. Diese dramatische Veränderung im atomaren Machtgleichgewicht ist die Folge verschiedener

Verbesserungen in den Nuklearsystemen der Vereinigten Staaten, dem jähen Niedergang von Russlands Arsenal und dem Schneckentempo der Modernisierung der chinesischen Atomstreitkräfte.«

Seit der Ukraine-Krise, auf die ich gleich zu sprechen komme, attackiert Russland die USA wegen des Raketenschilds verbal noch viel härter als in den Jahren davor. Am 23. Mai 2014 sagt Vizeaußenminister Sergej Rjabkow in Moskau, Russland werde reagieren müssen, wenn die USA die Fertigstellung ihres umstrittenen Raketenschildes in Europa beschleunigen sollten. Der Zweck des US-Raketenschildes in Europa bestehe darin, das atomare Abschreckungspotenzial Russlands zu beeinträchtigen. Weil bislang kein Kompromiss erzielt werden konnte, habe Russland keine andere Wahl, als Gegenmaßnahmen für seine Sicherheit zu ergreifen. Wie die offizielle russische Nachrichtenagentur *RIA Novosti* außerdem meldet, schließt der russische Generalstab sogar als äußerstes Mittel einen Präventivschlag gegen die Raketenabwehranlagen in Europa nicht aus.

Aus Protest gegen den Ausbau des Raketenschildes hat Präsident Putin die Arbeitsgruppe aufgelöst, die im Jahr 2011 gebildet wurde, um Formen der Zusammenarbeit mit der NATO im Verteidigungssektor durch Raketen zu finden. Gleichzeitig hat er russische Einheiten mit Iskander-Raketen und ballistischen, mobilen Interkontinentalraketen der neuen Generation Yars bewaffnen lassen, die bis zu zehn Atomsprengköpfe transportieren können.

Bei Iskander-M handelt es sich um eine hochpräzise Boden-Boden-Rakete, die Ziele in einer Entfernung von bis zu 500 Kilometern bekämpfen kann. Die Rakete wurde unter Einsatz der Tarnkappentechnologien gebaut und ist für Radare schwer lokalisierbar. Während des Flugs führt sie zudem komplizierte Manöver aus, die sie noch schwerer orten lassen. Einige davon sind seit Dezember 2013 in der russischen Exklave Kaliningrad stationiert, 500 Kilometer von Berlin entfernt.

Außerdem hat Putin vier weitere Flugabwehrlangstreckenraketensysteme S-300 an seinen Bündnispartner Weißrussland geliefert. Drei davon sind bereits an der Grenze zur NATO aufgestellt. Derzeit wird auch ein russischer LuftwafFenstützpunkt mit den Jagdflugzeugen

SU-27 in Lida in unmittelbarer Nähe der litauischen und der polnischen Grenze eingerichtet. Zudem halten Russland und Weißrussland regelmäßig Militärübungen ab.

Weitere Meldungen von der russischen Nachrichtenagentur *RIA Novosti* aus dem Frühjahr 2014 bestätigen diesen Trend: Das Verteidigungsministerium meldet die Übungsstarts von atomwaffenfähigen Interkontinentalraketen. Die Raketen seien von den Startplätzen Plessezk (Nordwestrussland) und Dombarowski (Südural) gestartet worden und zielgenau auf dem Schießplatz Kura auf der Pazifikhalbinsel Kamtschatka niedergegangen.

Darüber hinaus feuern das Atom-U-Boot Brjansk in der Barentssee und das Atom-U-Boot Swjatoj Georgi Pobedonossez im Ochotskischen Meer ballistische Raketen auf Übungsziele in Nordrussland und auf Kamtschatka erfolgreich ab. Raketenverbände in Zentralrussland und am Ural zünden zudem operativtaktische Raketen Iskander und Totschka-U, die die Übungsziele am Kaspischen Meer treffen, so das Verteidigungsministerium weiter.

Der Weg in den Ukraine-Konflikt

Sehen wir uns zunächst das Krisengebiet Ukraine an und lassen noch einmal den bereits zitierten außenpolitischen Berater des Präsidenten Obama, Zbigniew Brzezinski, zu Wort kommen.

Im vierten Kapitel seines Buchs *Die einzige Weltmacht* schreibt er: »Am beunruhigensten war der Verlust der Ukraine. Das Auftreten eines unabhängigen ukrainischen Staates [nach dem Kollaps der Sowjetunion 1991, Anm. d. Verf.] zwang nicht nur alle Russen, das Wesen ihrer eigenen politischen und ethnischen Identität neu zu überdenken, sondern stellte auch für den russischen Staat ein schwerwiegendes geopolitische Hindernis dar.« Der Verlust »einer potenziell reichen industriellen und agrarischen Wirtschaft« sowie von damals 52 Millionen Menschen beraube Russland der Möglichkeit, ein wirklich großer und selbstsicherer imperialer Staat zu sein, so Brzezinski weiter.

»Die Unabhängigkeit der Ukraine beraubte Russland zudem seiner beherrschenden Position am Schwarzen Meer … Selbst ohne die baltischen Staaten und Polen könnte ein Russland, das die Kontrolle über die Ukraine behielte, noch immer die Führung eines selbstbewussten eurasischen Reichs anstreben, in welchem Moskau die nicht slawischen Völker im Süden und Südosten der ehemaligen Sowjetunion dominieren könnte. Aber ohne die Ukraine mit ihren 52 Millionen slawischen Brüdern und Schwestern droht jeder Versuch Moskaus, das eurasische Reich wiederaufzubauen, Russland in langwierige Konflikte mit den national und religiös motivierten Nichtslawen zu verwickeln.«

Seit Dezember 1991, als mehr als 90 Prozent der Ukrainer für die Unabhängigkeit stimmten, sucht das flächenmäßig größte Land auf dem europäischen Kontinent seine nationale Identität und seine internationale Rolle. Soll es sich nach Westen orientieren, also eine Integration in die EU anstreben? Oder soll es nach Osten blicken, sich also zu Russland hin ausrichten? Und die beiden großen Nachbarn zerren an dem Land, das mit seinen 600 000 Quadratkilometern fast doppelt so groß ist wie die Bundesrepublik, wegen seiner großen Ackerbauflächen, seinen Bodenschätzen und seinem Potenzial. Der Ukraine selbst hat diese Zerrissenheit bisher geschadet: Die Einwohnerzahl sank um fast sieben Millionen Menschen auf derzeit 45 Millionen, und das Bruttoinlandsprodukt verlor fast 35 Prozent des Werts von 1990.

Das Schwanken zwischen der West- und der Ostorientierung zeigt sich auch in den Wahlen. Bei den Präsidentschaftswahlen 2004 setzt sich der westlich orientierte Präsidentschaftskandidat Wiktor Juschtschenko gegen den von Russland unterstützten Wiktor Janukowytsch durch. Interessant ist, dass Juschtschenko in zweiter Ehe mit der ukrainischstämmigen US-Amerikanerin Kateryna Tschumatschenko verheiratet ist, die er 1993 während eines Studiums in den USA kennenlernte. Die Frau des ukrainischen Präsidenten hatte während der Regierungsjahre von Ronald Reagan und George H. W. Bush, also zwölf Jahre lang, im US-Außenministerium und im US-Finanzministerium gearbeitet. Damals war sie als Vertreterin der *U.S. Ukraine Foundation* in die Ukraine gekommen und saß in den Gremien der Denkfabriken *New Atlantic*

Initiative (zusammen mit dem polnischen Außenminister Radoslaw Sikorski) und der *Heritage Foundation.*

Ihr Mann positioniert sich während seiner Amtszeit als scharfer Gegner der russischen Sprache in der Ukraine und unterstützt eine umfassende Ukrainisierung des Bildungswesens, was in den russischsprachigen Regionen des Landes auf Widerstand stößt. Auf internationaler Ebene will er die Ukraine an die EU annähern; so lässt er die Visumspflicht für Staatsbürger aus der EU und der Schweiz aufheben. Im Konflikt zwischen Russland und Georgien, der in den Kaukasuskrieg (8. bis 12. August 2008) mündet, unterstützt Juschtschenko die georgische Regierung von Michail Saakaschwili. Kurz vor dem Krieg, im Juli 2008, hielten Truppen der Ukraine gemeinsam mit amerikanischen, georgischen, armenischen und aserbaidschanischen Truppen Militärmanöver ab. Nachdem Juschtschenko bereits 2007 den georgischen Präsidenten, der ebenfalls in den USA studiert hatte, in dessen Wahlkampf unterstützt hatte, reist er nach Beginn der Feindseligkeiten zu einem Solidaritätsbesuch in die georgische Hauptstadt Tiflis. Ein anderer langjähriger und enger Freund Juschstschenkos ist übrigens der jetzige ukrainische Präsident Petro Poroschenko.

Juschtschenko verfolgt außerdem mit Nachdruck einen Beitritt der Ukraine zur NATO. Das Bündnis erklärt zwar mehrfach seine grundsätzliche Bereitschaft zu einer Aufnahme des Landes, eine konkrete Beitrittsperspektive wird der Ukraine allerdings nicht gegeben.

Aber die Wählergunst pendelt nach Osten: Der politischen Stagnation überdrüssig, wählen die Ukrainer Anfang 2010 Wiktor Janukowytsch doch noch ins Präsidentenamt. Er verweigert die Unterzeichnung der EU-Assoziierung. Darauf beginnen im November 2013 die - »Euromaidan« genannten - Proteste. In der Folge kommt es Ende Februar 2014 zu einer Übergangsregierung unter Arsenij Jazenjuk. Er war 2007 Begründer der *Open Ukraine Foundation,* die von amerikanischen, britischen und anderen internationalen Partnern - unter anderem von der bereits genannten *U.S. Ukraine Foundation,* vom US-Außenministerium, der NATO, *Catham House, Swedbank,* der *Black Sea Trust for Regional Cooperation,* eines Projektes des *German Marshall Fund,* und dem *National Endowmentfor Democracy* (NED) finanziert wurde.

Gut eineinhalb Jahre später meldet die ukrainische Nachrichtenagentur RBK am 18. August 2015: »Alle Entscheidungen hochrangiger Regierungsmitglieder der Ukraine werden von der US-Regierung getroffen.« Der ukrainische Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk habe angekündigt, dem Parlament im September eine neue Liste von Kabinettsministern vorzuschlagen.

Mitglieder des ukrainischen Parlaments gaben an, dass die zukünftigen Rücktritte und Ernennungen in der ukrainischen Regierung mit der US-Botschaft in Kiew koordiniert werden müssten. So sei etwa Geoffrey Pyatt, US-Botschafter in der Ukraine, regelmäßiger Gast in den Büros der Abgeordneten in Kiew. Ein ukrainischer Vizeminister sagte gegenüber der Nachrichtenagentur: »Pyatt holt seine Notizen heraus, trägt in strengem Ton vor, was zu tun ist, und mein Chef berichtet ihm dann kurz, was davon bereits erledigt wurde.«

»Amerikanische und europäische Unternehmen haben ihre eigenen Interessen, und das verbergen sie auch nicht«, sagte Mykola Tomenko, Mitglied der *Werchowna Rada,* des Obersten Rats - des Parlaments - der Ukraine.

Ab Februar 2014 kommt es in den ostukrainischen Bezirken (sogenannten Oblasten) Donezk und Lugansk zu Aufständen gegen die Kiewer Zentralregierung. Prorussische Kräfte kämpfen für die Abspaltung der zwei durch sie proklamierten Volksrepubliken von der Ukraine. Russland unterstützt diese Milizen durch das Einsickernlassen von Freischärlern und durch Lieferungen von schweren Waffen bis hin zu Panzern. Kremlnahe Medien bestätigten die Anwesenheit russischer Soldaten »im Urlaub«.

Der nächste Gegenschlag Moskaus: In einer Volksabstimmung spricht sich die Mehrheit der Krimbewohner für eine Abspaltung von der Ukraine aus. Am 18. März 2014 unterschreiben die Russische Föderation und die Republik Krim einen Vertrag über die Eingliederung der Republik Krim in die Russische Föderation.

Die deutsche und amerikanische Politik nennt die Vorgänge auf der Krim unverdrossen »Annexion« und »ein Verbrechen«. Doch der Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie und (auf Vorschlag der Bundesregierung) Mitglied im Deutschen Ethikrat, Reinhard Merkel,

hatte schon am 7. April 2014 eine anders gewichtete Einschätzung der Lage in der FAZ kundgetan:

»Hat Russland die Krim annektiert? Nein. Waren das Referendum auf der Krim und deren Abspaltung von der Ukraine völkerrechtswidrig? Nein. Waren sie also rechtens? Nein; sie verstießen gegen die ukrainische Verfassung (aber das ist keine Frage des Völkerrechts). Hätte aber Russland wegen dieser Verfassungswidrigkeit den Beitritt der Krim nicht ablehnen müssen? Nein; die ukrainische Verfassung bindet Russland nicht. War dessen Handeln also völkerrechtsgemäß? Nein; jedenfalls seine militärische Präsenz auf der Krim außerhalb seiner Pachtgebiete dort war völkerrechtswidrig. Folgt daraus nicht, dass die von dieser Militärpräsenz erst möglich gemachte Abspaltung der Krim null und nichtig war und somit deren nachfolgender Beitritt zu Russland doch nichts anderes als eine maskierte Annexion? Nein ... Was auf der Krim stattgefunden hat, war etwas anderes: eine Sezession, die Erklärung der staatlichen Unabhängigkeit, bestätigt von einem Referendum, das die Abspaltung von der Ukraine billigte. Ihm folgte der Antrag auf Beitritt zur Russischen Föderation, den Moskau annahm. Sezession, Referendum und Beitritt schließen eine Annexion aus ...«

Eine interessante Information zu dieser Krim-Angliederung liefert die *New York Times* am 21. Mai 2014. In einem Bericht heißt es, Russland habe sich nicht nur die Landmasse der Halbinsel, sondern auch Hoheitsgewässer, die flächenmäßig dreimal so groß wie die Krim selbst sind, und damit die Förderrechte für dort befindliche Rohstoffvorkommen im Wert vieler Milliarden Euro einverleibt.

»Russland bezeichnet die Übernahme der Krim als Eingliederung rechtmäßig zu Russland gehörenden Territoriums und geht mit keinem Wort auf den Streit um die Erdöl- und Erdgasvorkommen ein, der in der Schwarzmeerregion immer mehr für Spannung sorgt«, so die NYT weiter. »Aber die Aufnahme der Krim in die Russische Föderation weitet zugleich auch die Hoheitsgewässer Russlands aus und verschafft Russland Zugriff auf umfangreiche Erdöl- und Erdgasvorkommen und beerdigt zugleich die Hoffnung der Ukraine auf Unabhängigkeit in der Energieversorgung.«

Russland beruft sich dabei auf das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen, das Ländern die Souveränität über eine von ihren

Küsten ausgehende, bis zu 370 Kilometer (200 Seemeilen) umfassende Ausschließliche Wirtschaftszone einräumt. Noch 2012 hatte Russland erfolglos versucht, sich über einen Vertrag mit der Ukraine Zugang zu den Energieressourcen in dieser Meeresregion zu verschaffen.

Der nächste Schritt erfolgt Anfang Mai: Nach einem umstrittenen Referendum im Osten der Ukraine spalten sich die abtrünnigen Regionen Donezk - dort werden übrigens größere Schiefergasvorkommen vermutet - und Lugansk von Kiew ab. Die selbst ernannte »Volksrepublik Donezk« bittet zudem die Regierung in Moskau um Anschluss an Russland.

Eine interessante historische Fußnote: Die Vereinigten Staaten haben bereits 1959 mit einer Resolution über unterjochte Nationen das Gebiet des heutigen Donezbeckens als unabhängig von der Ukraine eingestuft. Die Resolution, auch bekannt als »Public Law 86-90« vom 17. Juli 1959, bezeichnet die Territorien der heute von Kiew abtrünnigen Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie das südukrainische Gebiet Saporischschja als selbstständiges »Kosakenland« und bestätigt dessen Existenzrecht, wie das US-Magazin *Global Research* schreibt.

»Die imperialistische Politik des kommunistischen Russland hat durch mittelbare und unmittelbare Aggression die unabhängigen Nationen Polen, Ungarn, Litauen, Ukraine, Tschechoslowakei (...), Kosakenland unterjocht«, heißt es in der Resolution, die den letzten 56 Jahren alljährlich vom jeweils amtierenden US-Präsidenten bestätigt wurde.

2015 hat Präsident Barack Obama die letzte Juliwoche zur Woche der unterjochten Nationen erklärt. Dennoch unterstützen die USA und andere westliche Staaten die militärische Operation der ukrainischen Regierung gegen die abtrünnigen Gebiete Donezk und Lugansk im Osten des Landes.

Das traurige Ende der ukrainischen Geschichte: Anfang September 2014 tritt mit dem Protokoll von Minsk ein brüchiger Waffenstillstand in Kraft, welcher von der OSZE überwacht werden sollte; dennoch sterben bis Mitte Dezember 1300 Bewaffnete und Zivilisten. Auch nach dem erneuerten Protokoll Minsk II vom 12. Februar 2015

verzeichnen die Beobachter der OSZE seither keinen Tag, an dem die Waffen tatsächlich schweigen.

Worum es wirklich geht: Gas, Geld und Pipelines

Falls Sie dem Irrglauben anhängen sollten, dass es beim Ukraine-Konflikt um Freiheit und Demokratie geht, sollten Sie die Fakten zur Kenntnis nehmen, die ich Ihnen in diesem Kapitel nahebringen möchte.

Am 14. Mai 2014 meldet *Kopp Online*, dass Hunter Biden, der Sohn des amerikanischen Vizepräsidenten Joe Biden, an die Spitze der Rechtsabteilung und damit in den Vorstand von *Burisma Holdings*, dem größten Erdgasproduzenten der Ukraine, berufen wurde.

Hunter Biden ist ein sehr gut vernetzter Rechtsanwalt mit Verbindungen zur Finanzindustrie und der Regierung. *Burisma Holdings* gehört zu den wichtigen Akteuren der ukrainischen Erdgas- und Erdölindustrie. Das Unternehmen hält Förderlizenzen in der Region Dnjepr-Donezk, in den Karpaten und dem Asow-Kuban-Becken und verfügt über bemerkenswerte Reserven und Förderkapazitäten.

Auf der Internetseite des Unternehmens schreibt Biden: *»Burisma* kann auf zahlreiche Innovationen und eine führende Position im Bereich der Erdgasindustrie verweisen. Damit ist das Unternehmen in der Lage, zu einem starken Motor einer starken Volkswirtschaft in der Ukraine zu werden. Als neues Mitglied des Vorstands bin ich überzeugt, dass meine Unterstützung und Beratung des Unternehmens in Fragen ... der Ausweitung der Geschäftstätigkeit auf internationaler Ebene ... einen Beitrag für die Wirtschaft leisten und das Wohl des ukrainischen Volks fördern können.«

Große internationale Konzerne melden bereits wirtschaftliches Interesse an der Ukraine an. Zusätzlich zum amerikanischen Landwirtschaftskonzern *Cargill*, der bereits Anteile an *UkrLandFarming*, dem weltweit achtgrößten landwirtschaftlichen Erzeuger und zweitgrößten Eierproduzenten, erworben hat, drückte auch Monsanto »seine Unterstützung für die Ukraine« aus und betonte, wie wichtig es sei, »eine Atmosphäre zu schaffen, die Innovationen ermutigt und die anhaltende Entwicklung der Landwirtschaft fördert«.

Am 21. April 2014 berichtet die *Washington Times:* »Unter Zusicherung seiner Anonymität erklärte ein US-Regierungsvertreter, die Beratergruppe in Energiefragen [die sich zu dieser Zeit in der Ukraine aufhielt, Anm. d. Verf.] werde von hier in die Slowakei und nach Ungarn reisen, um Möglichkeiten zu erörtern, die Strömungsrichtung einiger ukrainischer Pipelines, die gegenwärtig Europa versorgen, umzukehren. Auf lange Sicht gesehen, so der Regierungsvertreter weiter, werde die amerikanische Regierung mit der Ukraine zusammenarbeiten, um die einheimische Erdgasproduktion zu erhöhen.«

Dass der Kampf zwischen den USA und Russland bereits auf dem Energiesektor tobt, wird deutlich, wenn wir uns einen Beitrag der *New York Times* ansehen, den der staatliche russische Rundfunksender *Stimme Russlands* am 15. Mai 2014 zitiert. Thomas Friedman, US-Journalist und dreifacher Pulitzerpreisträger, schreibt in diesem Artikel: »Ich will keinen Krieg gegen Putin beginnen, doch es ist höchste Zeit, seine Schwäche und unsere Stärke zu zeigen. Das bedarf einer langfristigen Strategie. Angreifen soll man zwei Säulen seines Regimes, nämlich Erdöl und Erdgas.«

Eine solche Stimmung ist laut Igor Pankratenko, Experte des Journalismus- und Forschungszentrums der Nachrichtenagentur *Rossiya Segodnya,* weit verbreitet in der politischen Elite der USA. Washington strebe eine Isolierung Russlands von den europäischen Energiemärkten an, was seinem Konzept einer monopolaren Weltordnung völlig entspricht. Pankratenko sagte gegenüber *Stimme Russlands:*

»Die Endziele der neuen Runde des Energiekriegs sind es, die Abhängigkeit des Westens von den russischen Energieträgern zu minimieren. Langfristig bedeutet das ernsthafte Hindernisse für die russische Wirtschaft, weil die Ausfuhrerlöse wesentlich zurückgehen werden. In diesem Krieg gibt es nach der Meinung unserer Experten zwei Richtungen. Erstens sind das direkte unfreundliche Bemühungen mit dem Ziel, die Liefermengen der russischen Energieträger nach Europa zu senken. Dazu gehören auch politische Schritte, die die Rentabilität der russischen Energieträger ebenso nach unten treiben sollen. Zweitens ist es eine Strategie von indirekten Handlungen, die den Anteil des Schiefergases und des Gases vom arktischen Festlandsockel im europäischen Verbrauch steigern sollen.«

Die USA und die EU erwägen momentan mehrere Alternativen zum russischen Gas, so der Radiosender weiter. Darunter sind mögliche Lieferungen aus Katar, Aserbaidschan, Nigeria, Algerien, Libyen und dem nördlichen Irak. All diese riskanten und kostspieligen Projekte können kaum Russland mit seinem 30-prozentigen Anteil vom europäischen Markt verdrängen. Jedoch können sie für Preissenkungen sorgen, was sich auf die russische Wirtschaft negativ auswirken könnte. Ein Preisrückgang um einen Dollar bedeutet für Russland einen entgangenen Gewinn von 1,6 bis 1,8 Milliarden Dollar pro Jahr.

Witalij Buschuew, Direktor des Instituts für Energiestrategie, kommentiert: »Die Handlungen der USA sind nicht gegen Russland, sondern gegen Europa gerichtet. Denn Europa wird gezwungen sein, für alternative und riskantere Energieträgerlieferungen mehr auszugeben.«

Aufmarsch und Aufrüstung an den Grenzen

Am 1. Mai 2014 erklärt der frühere Botschafter Washingtons in Russland und jetzige NATO-Vizegeneralsekretär, Alexander Vershbow, Russland werde nicht länger als Partner, sondern als Gegner gesehen. Gegenüber Journalisten sagt er, die NATO habe es aufgegeben, »Moskau stärker zu integrieren«, und werde stattdessen nun eine größere Zahl von Kampftruppen in Osteuropa stationieren.

NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hat in einem Interview für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die gleiche Auffassung wie Vershbow vertreten, indem er sagt, dass »Russland heute sich eher als Gegner und nicht als Partner benimmt«.

Am 7. Mai 2014 sagt der Oberste NATO-Befehlshaber Europas, US-General Philip Breedlove, auf einer Pressekonferenz im kanadischen Ottawa nach *Reuters:* »Ich glaube, dass die ständige Truppenstationierung in Osteuropa das ist, worüber wir nachdenken müssen. Wir werden das den Spitzenvertretern unserer Länder zur Erörterung vorlegen, um zu sehen, wozu das führen wird.«

Ein beispielloses Anwachsen der Aktivität der Streitkräfte der USA und der NATO in Osteuropa an den russischen Grenzen will der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu beobachtet haben, meldet

RIA Novosti am selben Tag. Der Generalstabschef der russischen Streitkräfte, Valeri Gerassimow, macht den Generalstabschef der US-Streitkräfte, Martin Dempsey, auf die Aufstockung der Fliegerkräfte und der Armeeangehörigen der USA in den baltischen Staaten und in Polen sowie der Schiffe der Allianz im Schwarzen Meer aufmerksam.

Schon einige Tage davor, nämlich am 17. April 2014, schreibt die britische Tageszeitung *Guardian:* »Die Verstärkung der NATO-Präsenz an ihrer Ostflanke wird zunächst die Form verstärkter Patrouillenflüge im Luftraum über den baltischen Staaten, einer Erhöhung der Zahl der Kriegsschiffe sowohl in der Ostsee als auch im östlichen Mittelmeer und der Stationierung weiterer Bodentruppen in Osteuropa annehmen. Ein NATO-Vertreter erklärte dazu, Einzelheiten in Bezug auf die Marinepräsenz würden noch diskutiert.«

Die Zeitung zitiert den NATO-Kommandeur in Europa (SACEUR), Luftwaffengeneral Philip Breedlove, der sagte, einige NATO-Mitgliedsstaaten hätten Bodentruppen für die Stationierung in osteuropäischen Mitgliedsstaaten angeboten und er werde schon bald Empfehlungen aussprechen, wo und wie diese zusätzlichen Soldaten stationiert werden sollten. Die derzeitige Lage der NATO gehe über eine Krise hinaus. »Für die NATO ist es mehr als eine Krise. Es handelt sich um einen Paradigmenwechsel.«

Nach dem Artikel des *Guardian* werde Russland diese Maßnahmen der westlichen Staaten fraglos als feindselig einstufen. Breedlove habe versucht, »den russischen Generalstabschef Waleri Gerassimow anzurufen und zu erläutern, dass diese Maßnahmen rein defensiver Natur seien«. Leider habe er ihn telefonisch nicht erreicht.

Zwei Tage zuvor erklärt die niederländische Verteidigungsministerin Jeanine Antoinette Hennis-Plasschaert in einer Fernsehtalkshow, ein militärisches Vorgehen der NATO gegen Russland stehe in keiner Weise zur Debatte, »aber wir wollen unsere Unterstützung für unsere westlichen Verbündeten sehr sichtbar machen«. Die Verteidigungsministerin fügt noch hinzu: »Wir denken noch darüber nach, wie wir unsere Luftunterstützung oder Marineunterstützung etwa in der Ostsee oder in der Schwarzmeerregion ausweiten können. Wir sind alle aus gutem Grund Mitglieder eines Bündnisses, und wir werden unsere Verantwortung tragen.«

Russlands deutliche Antwort kommt am 23. Mai 2014. Generalstabchef Valeri Gerassimow kündigt an, Russland werde Gegenmaßnahmen auf die Verstärkung der NATO-Streitkräfte in der Nähe der russischen Grenzen ergreifen. Wie die Nachrichtenagentur *Ria Novosti* meldet, habe Russlands oberster General eine »Zuspitzung der militärpolitischen Situation in Europa« festgestellt. Einzelne westliche Staaten hätten die antirussische militärische Rhetorik verhärtet.

»Aufgestockt werden die Gruppierungen der vereinten NATO-Streitkräfte im Baltikum, in Polen und Rumänien sowie die militärische Präsenz des Blocks in der Ostsee, im Schwarzen Meer und im Mittelmeer. Die operative und Gefechtsausbildung der Allianztruppen in der Nähe der russischen Grenzen wird immer intensiver. Unter diesen Bedingungen können wir nicht gleichgültig bleiben. Wir müssen Gegenmaßnahmen ergreifen«, sagt Gerassimow bei einer internationalen Sicherheitskonferenz in Moskau.

Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu spricht nach *RIA Novosti* von beispiellosen zunehmenden Aktivitäten der Streitkräfte der USA und der NATO in Osteuropa vor der russischen Grenze.

Aber das US-Militär rüstet nicht nur in Osteuropa auf, es beliefert gleichzeitig die Ukraine mit amerikanischen Waffen und entsprechender Munition. Am 14. Dezember 2014 titelt *Sputnik News:* »Milizionäre beobachteten im Osten der Ukraine Transportflugzeuge, Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber« - und zwar in Gebieten, die von der Regierung in Kiew kontrolliert werden. Laut *Rossijskaja Gaseta* wurden derartige Aktivitäten verstärkt in Kramatorsk und Tschuhiuw beobachtet. Waffen und Munition seien von dort aus weiter nach Dnipropetrowsk gebracht worden. NATO-Transportflugzeuge mit Containern mit unbekannter Ausrüstung seien auf dem Flughafen in Saporischschja in der Südukraine gelandet.

Die Nachrichtenagentur *Noworossija* berichtet, amerikanische Transportflugzeuge vom Typ Hercules C-130 seien auf dem Flughafen in Saporischschja entladen worden, vermutlich handelt es sich um Waffen und Munition. Auf dem Gelände des Flughafens seien in aller Eile Wachtürme errichtet worden. Etwa 50 Soldaten in NATO-Uniformen

wurden gesichtet. Nach Angaben von Einwohnern sprechen sie polnisch. Sie versuchen die Leute daran zu hindern, sie zu fotografieren.

Im September 2014 verabschieden das amerikanische Repräsentantenhaus und der Senat das Gesetz zur Unterstützung der Freiheit in der Ukraine einstimmig. Es genehmigt die Lieferung tödlicher und nichttödlicher militärischer Hilfe über das hinaus, was schon bereitgestellt wurde. Dazu gehören Kommunikationsausrüstungen, Schutzwesten, Nachtsichtgeräte, Fahrzeuge, technisches Gerät zur Granatenabwehr, Ferngläser, kleine Boote und verschiedene militärische Kleidung, aber auch Scharfschützen- und Sturmgewehre, mobile Granatwerfer sowie Granaten und nicht zuletzt Stinger-Flugabwehr- und Panzerabwehrraketen.

Das Gesetz »ermächtigt Präsident Obama, der ukrainischen Regierung Rüstungsgüter und militärische Dienstleistungen zu liefern sowie Ausbildung anzubieten, damit diese offensiven Waffen entgegentreten und die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine wiederherstellen kann ...

Dies schließt Panzerabwehr- und panzerbrechende Waffen, Mannschaftswaffen und Munition, Radar zur Erkennung und Beschießung von Artilleriebatterien, Feuerleitsysteme, Entfernungsmesser sowie optische, Orientierungs- und Steuerungsausrüstung, taktische, truppengestützte Überwachungsdrohnen und sichere Kommando- und Kommunikationsausrüstung ein«.

Der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow erklärt daraufhin, Russland »wird auf diese Entwicklung reagieren müssen«, dies gelte insbesondere dann, wenn die USA neue Sanktionen verhängten. Rjabkow wirft den USA »antirussische Stimmungsmache« vor. Sie versuchten, »uns [Russland] Entscheidungen aufzuzwingen, die für uns kategorisch unannehmbar sind« und zerstörten damit Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Auch der Sprecher des russischen Außenministeriums, Alexander Lukaschewitsch, reagiert auf das feindselige amerikanische Gesetz.

»Beide Häuser des amerikanischen Kongresses haben das sogenannte >Gesetz zur Unterstützung der Freiheit in der Ukraine< ohne

Aussprache und ordnungsgemäße Abstimmung verabschiedet. Die eindeutig auf Konfrontation angelegte Botschaft des neuen Gesetzes kann nichts anderes als tiefes Bedauern auslösen. Wieder einmal erhebt Washington substanzlose und pauschale Beschuldigungen gegenüber Russland und droht mit weiteren Sanktionen. Gleichzeitig vermischen die USA die Konflikte in der Ukraine und in Syrien miteinander, die die Vereinigten Staaten selbst wesentlich verschärft haben. Zugleich versprechen die USA, Kiew bei seinen Militäroperationen im Donezk-Becken zu unterstützen, und räumen offen ein, dass sie sogenannte Nichtregierungsorganisationen dazu einsetzen wollen, sich in die russische Innenpolitik einzumischen.

Auch wenn man eigentlich meinen sollte, dass die großen Herausforderungen in internationalen Sicherheitsfragen eine Absprache bei den russischen und amerikanischen Bemühungen erforderten, folgen die amerikanischen Senatoren und Abgeordneten dem von der Regierung Präsident Obamas eingeschlagenen Weg und zerstören die Grundlagen der Partnerschaft.

Wir müssen zu dem Schluss kommen, dass die USA, beeinflusst durch überholte Ängste, die Zeit zurückdrehen wollen. Wenn der amerikanische Kongress gegen Russland gerichtete Sanktionen beschließt, sollte er sich keine Illusionen über ihre Wirkung machen. Russland wird sich nicht dazu einschüchtern lassen, seine Interessen aufzugeben und Einmischungen in seine inneren Angelegenheiten hinzunehmen.«

Das Gesetz zur Unterstützung der Freiheit in der Ukraine weist zudem die oberste Rundfunkbehörde der USA, das *Broadcasting Board of Governors* (BBG), an, auf alle amerikanischen zivilen und internationalen Medien hinzuwirken, dem Kongress einen Aktionsplan vorzulegen. Zugleich soll in den früheren Sowjetrepubliken die russischsprachige Propaganda ausgeweitet werden, um der »Propaganda der Russischen Föderation« entgegenzuwirken. Über die Sender *Voice of America*, *Radio Free Europe* und *Radio Liberty* soll vor allem verstärkt in der Ukraine, in Georgien und Moldawien gesendet werden.

Neben den USA liefern auch andere NATO-Länder Rüstungsgüter an die Ukraine. Ebenfalls im September 2014 wird dies vom damaligen

ukrainischen Verteidigungsminister Valeriy Heletey bestätigt, ohne allerdings konkrete Länder zu nennen. Man habe »in Gesprächen hinter verschlossenen Türen Einvernehmen« hinsichtlich der Waffen erreicht, die die Ukraine benötige, meint er. »Ich bin nicht befugt, einzelne Länder namentlich zu nennen, mit denen wir uns geeinigt haben. Aber diese Waffen befinden sich bereits auf dem Weg zu uns. Das ist die Wahrheit. Dies kann ich Ihnen offiziell bestätigen.«

Man stelle sich nur einmal zum Vergleich vor, Russland würde Truppen an die mexikanische Grenze zu den USA verlegen.

Während sich Europa in der Sommerglut 2015 über die Schulden Griechenlands und die ständig anwachsenden Flüchtlingsströme erhitzt, fliegen US-Atombomber Einsätze an der russischen Grenze. Die B-52s von der *Minot Air Force Base* in North Dakota - Big Ugly Fat Fucker genannt und mit 20 Marschflugkörpern der atomaren Art bestückt - nehmen an einer der Übungen der NATO unweit der russischen Grenze teil. Das Pentagon verlegt Panzer nach Osteuropa und beginnt schweres Kriegsgerät für bis zu 5000 Soldaten in mehreren osteuropäischen und baltischen Ländern einzulagern. Dazu zählen Kampfpanzer und Infanteriekampffahrzeuge, berichtet die *New York Times* (NYT) unter Berufung auf US-Beamte und NATO-Vertreter. Ziel des Vorhabens sei es, Russland von einer »möglichen weiteren Aggression« in Europa abzuschrecken. Die US-Armee kann sich mit ihren Idealvorstellungen nicht ganz durchsetzen: Am liebsten hätte man massive Truppen dauerhaft im Osten stationiert, schreibt die NYT. Doch nun werde es Material für Truppen in Kompaniestärke für jeden der baltischen Staaten und Bataillone für Polen, Rumänien und Bulgarien geben. Auch nach Ungarn wollen die Militärs Soldaten senden; hier ist man sich allerdings nicht so sicher, weil der ungarische Premier Viktor Orban einen betont selbstständigen Kurs fährt. Auf die Amerikaner ist Orban besonders schlecht zu sprechen, weil sie einige seiner Vertrauensleute mit Sanktionen belegt haben.

Nach Informationen der Zeitung wäre es das erste Mal seit Ende des Kalten Kriegs, dass Washington schweres Militärgerät in den jüngeren NATO-Mitgliedsstaaten stationieren würde, die einst Teil des sowjetischen Einflussbereichs waren.

Der österreichische Grünen-Politiker Peter Pilz warnt ebenfalls vor einer Aufrüstung: Über 3200 Militärtransporte seien 2014 über österreichisches Bundesgebiet durchgeführt worden. Das gehe aus der Antwort von Verteidigungsminister Gerald Klug (SPÖ) auf eine parlamentarische Anfrage hervor, sagte er der Tageszeitung *Kurier* am 10. September 2015. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Wien entfiel seit Beginn der Ukraine-Krise ein Großteil der Truppentransporte durch Österreich auf die USA. Von Anfang 2014 bis Ende März 2015 schickten die Amerikaner 1310 Transporte durch das Alpenland. Militärtransporte gab es aber auch aus NATO-Ländern wie Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien.

Nach Ansicht der österreichischen Grünen ist die offizielle Begründung, die Transporte dienten der Übung und Ausbildung, nicht stichhaltig. »Ich gehe davon aus, dass hier militärisch aufgerüstet wird«, sagt Nationalratsabgeordneter Pilz. Österreich dürfe sich als neutraler Staat nicht zum »Komplizen« der Aufrüstung der Ukraine durch die NATO machen, so Pilz. Die Strecke über Österreich sei die »Hauptaufmarschroute« für einen kommenden Konflikt westlicher Staaten mit Russland.

Dass Pilz und andere richtig beobachtet haben, bestätigt das US-Militär selbst: Die USA wollen bis Ende 2015 eine militärische Brigade mit rund 1000 Kampfpanzern, Schützenpanzern, anderen Kampffahrzeugen, Artilleriesystemen und 5000 Mann nach Mittel- und Osteuropa verlegen, melden die Nachrichtenagenturen Ende September 2015. Sie berufen sich auf eine Mitteilung des US-amerikanischen NATO-Botschafters in Brüssel, dass die Vereinigten Staaten »eine Brigade mit Panzern, gepanzerten Fahrzeugen und mechanisierter Artillerie in Zentral- und Osteuropa« stationieren werden.

Bis Ende 2015 soll die militärische Ausrüstung für die Brigade nach Europa verschifft werden. Bei den Kampffahrzeugen soll es sich vor allem um Kampfpanzer des Typs M1A2 Abrams und Schützenpanzer des Typs M2 Bradley handeln. Zu den Artilleriesystemen, die vor allem bei der Bekämpfung von Bodentruppen eingesetzt werden, gibt es noch keine genaueren Angaben.

Petro Poroshenko, der Oligarch im Präsidentenamt, lässt derweil das Gesetz 2953 vom ukrainischen Parlament verabschieden, das eine

»schnelle Stationierung von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen« ermöglicht, berichtet die ukrainische Nachrichtenagentur *Unian.* Kurz zuvor hatte Aleksandr Turtschninow, der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine, gefordert: Die Ukraine müsse jetzt dringend eine »schmutzige Bombe« entwickeln. Genug radioaktives Abfallmaterial kann die Ukraine jederzeit aus ihren Atomkraftwerken gewinnen.

Mit »schmutziger Bombe« bezeichnet man einen Sprengsatz aus konventionellem Sprengstoff, dem radioaktives Material beigemischt wurde, das durch die Explosion möglichst weit verteilt werden soll. Die Wirkung der Bombe liegt in der großflächigen und jahrelangen Kontamination durch radioaktiven Niederschlag.

Das Gesetz 2953 hat einen weiteren Kriegsentwicklungsbestandteil: Es legalisiert den Einsatz ausländischer Söldner in der Ukraine. Das passt zur ungebrochenen Aggressionsrhetorik von Poroschenko. »Wir befreien den Airport von Donezk, denn das ist unser Land.«

Rund fünf Millionen Dollar muss das Kiewer Regime nach eigenen Angaben täglich für seinen Krieg in der Ost-Ukraine ausgeben. Das ist Geld, das die Ukraine in Wahrheit nicht hat. Dass die Ukraine nicht längst den Bankrott hat anmelden müssen, verdankt es dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Dank eines Satzes von IWF-Chefin Christine Lagarde kann Kiew weiter Sold bezahlen, Munition kaufen und die Ost-Ukraine in Schutt und Asche legen: »Und wenn das Land zu dem Schluss kommt, dass es seine Schulden nicht bedienen kann, ist der Fonds in der Lage, (weitere) Anleihen an die Ukraine auszugeben.« So wird aus dem Bankrotteur ein solventer Kriegstreiber. Da will Deutschland nicht zurückstehen. Mitten in der weiteren Verschärfung des Kriegs beteiligt sich die Bundeswehr 2015 an zwei Militärmanövern in der Ukraine.

Transnistrien: Ein neues Kriegsziel?

Trotz Minsk I und Minsk II wird (Stand: Ende 2015) in der Ostukraine weiter geschossen und bombardiert. Und im Südwesten der Ukraine bahnt sich bereits der nächste Konflikt an: Diesmal um Transnistrien.

Transnistrien ist etwa so groß wie Luxemburg, aber im Gegensatz zu diesem ein 200 Kilometer langer, schmaler Küstenstreifen am Ostufer des Flusses Dnister. Es ging zwischen 1990 und 1992 im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion durch Trennung von Moldawien hervor.

Das Land mit seinen rund einer halben Million Einwohnern ist ein bedeutendes Zentrum der Schwerindustrie und steht unter entscheidendem russischem Einfluss; völkerrechtlich wird die Region weiterhin als Teil Moldawiens betrachtet. Bislang anerkennt kein anderer Staat und keine internationale Organisation das Gebiet als souveränen Staat. Transnistrien ist aber seit 1990 de facto von der Zentralregierung in Chi§inau (Moldawien) unabhängig und verfügt unter anderem über eine eigene Regierung, Währung, Verwaltung und Militär. Es ist Gründungsmitglied der Gemeinschaft nicht anerkannter Staaten. 1200 bis 1400 Soldaten der russischen Streitkräfte sind im Land stationiert.

Interessant scheint mir in diesem Zusammenhang die Frage, warum EU und NATO es zugelassen haben, dass Russland an strategisch wichtigen Stellen drei Exklaven, also außerhalb seines Territoriums liegende Hoheits- oder Einflussgebiete, behaupten konnte:

- Kaliningrad (das ehemalige Königsberg) im Süden der drei baltischen NATO-Mitglieder und nördlich von Polen;
- Transnistrien mit seiner 200 Kilometer langen Grenze zur Ukraine - womit die Ukraine in ihrem südöstlichen Teil von drei Seiten angreifbar ist: von Transnistrien im Westen, der Krim im Süden und den ostukrainischen Separatistenrepubliken im Osten des Landes.
- Und weiter östlich zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer, im Kaukasus, ist die russische Armee in Abchasien und Südossetien stationiert, den beiden Republiken, die sich von NATO-Aspirant Georgien abgespalten haben.

Die Antwort darauf, warum diese und noch einige andere Brennpunkte, auf die ich später zurückkomme, seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion existieren, liegt in den Interessen der Finanzoligarchie und des mit ihr verwobenen Militärisch-industriellen Komplexes: Nur Spannungsfelder und Krisenregionen rechtfertigen Verteidigungsausgaben aufseiten der Anrainerstaaten und ihrer

»Schutzmächte«. Zudem haben sie das Potenzial, Krisen auszulösen oder zu verschärfen. Vielleicht eignen sie sich sogar als »casus belli«, als Kriegsgrund.

Die heiße Phase der Operation Transnistrien beginnt am 30. Mai 2015. Da ernennt der ukrainische Präsident Petro Poroschenko seinen alten Freund, den ehemaligen Präsidenten Georgiens, Michail Saakaschwili, zum Gouverneur der Oblast Odessa, die an Transnistrien angrenzt.

Gegen den früheren Präsidenten wird heute in Georgien wegen Amtsmissbrauchs ermittelt. Nur einen Monat nach Ende seiner Amtszeit wurde er zunächst in die USA »evakuiert«, wo er sich an der *Fletcher School of Law and Diplomacy* an der *Tufts University* einschrieb. 2005 war er sogar von den bekannten US-Spitzenpolitikern Hillary Clinton und John McCain für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden.

Laut einer Quelle im Verteidigungsministerium der Russischen Förderation, die die Webseite *buergerstimme* am 10. Juni 2015 zitiert, sollen Saakaschwili und Poroschenko, der Präsident von Moldau, Nicolae Timofti, und Rumäniens Staatschef Klaus Johannis versprochen haben, »die territoriale Integrität Moldawiens« zu sichern. Poroschenko habe bereits Militär in die Odessa Oblast verlegen lassen. Der Geheimdienst der USA plane gemeinsam mit den Verteidigungsbehörden der Ukraine, Moldawiens und Rumäniens eine Liquidierung von Transnistrien. Angeblich sollen schon in der nächsten Zeit die ersten Diversions- und terroristischen Operationen der ukrainischen und rumänisch-moldawischen Gruppen in Transnistrien stattfinden. Das Ziel sei, während massiver Provokationen und Anschläge auf die Zivilbevölkerung das Munitionslager, das von russischen Soldaten bewacht ist, zu erobern.

Laut Berichten werde ein Aufstand geplant, den angeblich vermummte Terroristen aus Transnistrien in der Stadt Kotowsk, 30 Kilometer von der transnistrischen Grenze, anstiften sollen. Die Ukraine werde diese Kämpfer als Separatisten bezeichnen, die das Territorium der Ukraine verletzen und eventuell gemeinsam mit der Oblast Odessa eine Republik wie im Donbass ins Leben rufen wollen.

In der Tat würde es für die Ukraine einfacher, dort einen Krieg zu beginnen, denn Transnistrien ist von der Ukraine und Moldau umzingelt und besitzt keine direkte Grenze zu Russland.

Auffallend in diesem Zusammenhang ist, dass NATO-Kommandeur Philip Breedlove zur selben Zeit (Juni 2015) einen wachsenden Einfluss Russlands in Moldawien bemerkt haben will. Die im »abtrünnigen Gebiet Transnistrien« stationierten russischen Truppen seien dort, »um Moldawien von einer Annäherung an den Westen abzuhalten«, sagt der NATO-Oberkommandierende vor dem Verteidigungsausschuss des US-Repräsentantenhauses. »In Moldawien und an anderen Orten« betreibe Moskau bereits »eine breite Informationskampagne«.

Die etwa 3,5 Millionen Einwohner zählende Republik Moldawien - oder auch Moldau genannt - liegt als Binnenstaat zwischen der Ukraine und Rumänien. Sie ist geopolitisch betrachtet der Durchgangsweg zwischen dem Ausläufer der Karpaten und dem Schwarzen Meer. Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldawien haben sich am 10. Oktober 1997 zu einer Sicherheitsallianz zusammenschlossen, die ihren Namen aus den Anfangsbuchstaben der vier Staaten ableitet: GUAM. Langfristig streben die vier Staaten in die NATO. Sollte dieser Fall eintreten, erhöht sich das heutige Konfliktpotenzial um ein Vielfaches, denn ein Angriff auf eines dieser Länder - wie zum Beispiel der Fünftagekrieg Russlands im August 2008 gegen Georgien - würde automatisch den NATO-Bündnisfall auslösen.

Nach dem 6. September 2015 deutet sich eine Verschärfung der Lage an. Unruhen gehen - wie wir bereits mehrfach gesehen haben - einem Umsturz häufig voraus. An jenem Septembersonntag haben sich Zehntausende Menschen im Zentrum der moldawischen Hauptstadt Chi§inau versammelt, um den Rücktritt des seit 2012 regierenden Präsidenten Nicolae Timofti und neue Parlamentswahlen zu fordern. Die Demonstranten versuchten ins Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft einzudringen, wurden jedoch von den Ordnungskräften zurückgedrängt. Bei den Zusammenstößen gab es nach Angaben der Agentur *Interfax* Verletzte. Die Organisatoren sind die Bürgerplattform DA und die Partei Unser Haus Moldawien. Nach ihren Angaben

nahmen 100 000 Menschen an der Kundgebung teil. Die Polizei spricht von 40 000 Demonstranten. DA hatte bereits im Mai Massenaktionen gegen Korruption veranstaltet.

Dass Moldawien/Transnistrien der nächste Konfliktherd in Osteuropa wird, scheint immer wahrscheinlicher.

Russlands Antwort: Eine neue Militärdoktrin

Russlands Präsident und Oberbefehlshaber Wladimir Putin hat die seit 2010 gültige Militärdoktrin Russlands neu gefasst. Die Doktrin hat zum Ziel, einen atomaren Konflikt zu verhindern. Sie hat einen deutlich geprägten Verteidigungscharakter und sieht keinen atomaren Erstschlag vor. Zugleich wurden in die Doktrin neue Punkte aufgenommen wie der Schutz der Interessen Russlands in der Arktis, die Unterhaltung der Verbündetenbeziehungen zu Abchasien und Südossetien oder die Abwendung der Gefahr privater ausländischer Militärfirmen.

Moskau behält sich das Recht vor, einen Überfall auf Russland oder seine Verbündeten unter Einsatz von Atomwaffen oder anderen Massenvernichtungswaffen ebenfalls mit Atomwaffen abzuwenden. Das gilt auch für eine Aggression unter Einsatz herkömmlicher Waffen, falls dabei die Existenz des Staates bedroht wird.

Die Neufassung der Doktrin basiert auf dem Bestreben, keine nuklearen oder beliebigen sonstigen Militärkonflikte zuzulassen. Die Kernwaffen bleiben nach wie vor der wichtigste Faktor bei der Verhinderung von Kriegen - nuklearen und konventionellen.

Als eine Hauptgefahr gilt nach der neuen Doktrin die Aktivität der Terroristen sowie von Organisationen und Personen, die auf die Unterhöhlung der Souveränität, der Einheit und der territorialen Integrität des Landes gerichtet ist.

Die Aufstellung einer globalen Raketenabwehr durch die USA, ihr Konzept des »globalen Schlags« und Pläne Washingtons, Waffen auch im Weltraum zu stationieren, werden in der Doktrin als äußere militärische Gefahren für Russland eingestuft. In nächster Zeit werde Russland adäquat auf diese Bedrohungen reagieren.

Die Aufstockung des militärischen Potenzials der NATO und die Destabilisierung der Lage in einigen Regionen gelten ebenfalls als ernstzunehmende Bedrohungen für Russland.

Zum ersten Mal geht es in der Militärdoktrin um die Wahrung der nationalen Interessen Russlands in der Arktis - dazu später mehr. In dieser strategisch wichtigen Region lagern nach Expertenangaben Reserven in einem Gesamtwert von rund 30 Billionen US-Dollar - ein Zehnfaches des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) Russlands.

Russland betrachtet ab sofort den Konflikt in der Ukraine und die NATO-Osterweiterung als Gefahr für die Sicherheit des Landes. Putin betont jedoch, es handle sich um eine Verteidigungsstrategie.

Der Nationale Sicherheitsrat Russlands veröffentlicht auf seiner Internetseite eine Mitteilung zu den Änderungen. Darin heißt es, die neu gefasste Doktrin sei auch eine Reaktion auf die Lage im Norden Afrikas, in Syrien, im Irak und in Afghanistan. »Führende Staaten« der Welt - gemeint sind wohl allen voran die USA - sehen sich dem Vorwurf ausgesetzt, unabhängige Staaten mit einer Vielzahl an Instrumenten zu bedrohen, um eigene Interessen durchzusetzen.

So würden private Militärdienste eingesetzt, das Protestpotenzial der Bevölkerung angeheizt oder radikale und extremistische Organisationen gefördert, um eigene Ziele in anderen Staaten durchzusetzen, heißt es weiter. Als konkrete Gefahren werden die Verlegung von Angriffswaffen der NATO an die Grenzen Russlands sowie das geplante US-Raketenabwehrsystem genannt.

Im Juli 2015 nennt Putin in seiner Rede beim Treffen des russischen Sicherheitsrats den Westen zum ersten Mal »unseren geopolitischen Gegner«: »Wir können keine Veränderung in der feindlichen Einstellung einiger unserer geopolitischen Gegner in der nahen Zukunft erwarten«, sagt er.

Dies ist die Reaktion auf das Pentagon-Strategiepapier, in dem Russland neben China, dem Iran und Nordkorea als Hauptfeind der USA aufgelistet wird - wie ich bereits weiter oben ausgeführt habe. Als Ursache der äußerst feindseligen Haltung der transatlantischen Riege unter Federführung des amerikanischen Militärisch-industriellen Komplexes nennt Putin die souveräne Politik Moskaus, die auf das

Wohl der eigenen Bevölkerung ausgerichtet ist und sich nicht den Interessen des globalen Finanzkapitals unterwerfen will. So sagt er weiter: »Der Grund für den Druck auf Russland ist klar: Das Land verfolgt eine unabhängige Politik, und seine Souveränität ist nicht verhandelbar. Das passt nicht jedem, aber es kann nicht anders sein.«

Putin verdeutlicht in seiner Ansprache auch, dass er dazu bereit sei, alle notwendigen Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um Russland nicht in die Hände der westlichen Finanzoligarchie fallen zu lassen. »Es ist notwendig, das ganze Spektrum der potenziellen Herausforderungen und Risiken schnell zu analysieren - politisch, wirtschaftlich und informatorisch, und andere, und auf dieser Basis die Strategie der nationalen Sicherheit zu justieren«, so Putin weiter.

Ende Juli 2015 kündigt der Kreml eine Änderung seiner Marinedoktrin an. Präsident Wladimir Putin habe das bereits Anfang des Jahres ausgearbeitete Dokument bestätigt, teilt der Kreml mit.

»Die wichtigsten Akzente liegen auf der Arktis und dem Atlantik«, sagt Vizeregierungschef Dmitri Rogosin bei einem Treffen Ende Juli 2015 mit Putin. Mit dem Dokument erwidere Russland die Annäherung der NATO an die russischen Grenzen durch die Osterweiterung. Zudem passe sich die Doktrin an die »Wiedervereinigung« mit der Schwarzmeerhalbinsel Krim an, erklärte Rogosin einer Mitschrift des Kreml zufolge.

In dem 46 Seiten starken Dokument definiert Russland freundschaftliche Beziehungen zu China als Ziel seiner Aktivitäten im Pazifik. Vom Schulterschluss mit der asiatischen Atommacht erhofft sich der Kreml, ein Gegengewicht zur Dominanz vor allem der USA in den internationalen Beziehungen zu schaffen.

Russland sichert seine Nordflanke

Wie die neue Marinedoktrin deutlich macht, ist die rohstoffreiche Arktis seit Jahren ganz oben auf der Agenda der russischen Geopolitik. Militärisch und wirtschaftlich baut die Atommacht seit gut zwei Jahren ihre Präsenz in der Region um den Nordpol systematisch aus. Der Kreml erhebt Anspruch auf reiche Öl- und Gasvorkommen, die in den Tiefen

des arktischen Eises vermutet werden. Russland plant auch den Bau einer Atom-Eisbrecher-Flotte, die 2017 ihren Dienst aufnehmen soll.

Als der stellvertretende Kommandeur der russischen Luft- und Weltraumstreitkräfte Kirill Makarow im Frühjahr 2015 bekannt gibt, die Armee habe Abwehrraketensysteme vom Typ Panzir in der Arktis stationiert, berichten die Medien von einem neuen Kapitel des sich verschärfenden Konflikts um diese rohstoffreiche Region. Was jedoch kaum Beachtung findet, ist, dass Makarow betont, es gehe um den Schutz der Nordflanke des Landes. Im Klartext heißt das, Russland rechnet mit einem NATO-Angriff auf Russland.

In Vorbereitung auf einen möglichen NATO-Angriff will Russland auch Kampfjets des Typs MiG-31 in die Region verlegen. Auf der Insel Nowaja Semlja im Nordpolarmeer ist ein Frühwarnsystem geplant. Auf der Inselgruppe Franz-Josef-Land wird gerade eine Marineanlage gebaut. Die nahe der Grenze zu Norwegen stationierte Nordflotte plant zudem in der Region östlich von Spitzbergen mehrere »Objekte«, kündigt Armeesprecher Wadim Serga in der Nachrichtenagentur *Tass* an.

Generalmajor Makarow sagt auf jener Pressekonferenz im Frühjahr 2015 aber noch einen entscheidenden - und in der Berichterstattung vernachlässigten - Satz: In nur fünf Jahren seien im US-Programm *Prompt Global Strike,* auf das ich weiter oben bereits hingewiesen habe, 8000 Marschflugkörper einsatzbereit - auch gegen Russland. Um einen Angriff der USA rechtzeitig zu erkennen, würden neue Radaranlagen und Abfangsysteme aufgebaut, kündigt Makarow an.

Schon zwei Jahre zuvor hatte Präsident Putin auf einem Kollegium des Verteidigungsministeriums verkündet: »Russland erschließt immer intensiver diese aussichtsreiche Region, fasst dort wieder Fuß und muss dort alle Hebel haben, um seine Sicherheit und seine nationalen Interessen zu schützen.«

Die russische Kriegsmarine hatte im September 2013 nach mehr als 20 Jahren Pause die Patrouillen in der Arktis wieder aufgenommen. Wie es damals aus Moskau hieß, ist die Wiederaufnahme der militärischen Präsenz die erste Etappe bei der von Präsident Putin angeordneten Entwicklung der Nordostpassage und der anliegenden arktischen Gebiete.

Im Oktober 2013 nimmt der vernachlässigte Flugplatz Temp auf den Neusibirischen Inseln den Betrieb wieder auf. Laut Verteidigungsminister Schoigu sollen sieben weitere nördliche Flugplätze wiederaufgebaut werden. Zudem will Russland auf wichtigen Transportwegen eisgängige Patrouillenschiffe einsetzen und seine arktischen Gebiete mit Frühwarnradaren schützen.

Am 15. Oktober 2013 meldet die russische Nachrichtenagentur *RIA Novosti:* Spezialeinheiten der russischen Armee haben erstmals eine neue Taktik für Kämpfe in der Arktis erprobt. Wie Oleg Kotschetkow, Sprecher des russischen Militärbezirks West, zu der russischen Nachrichtenagentur sagt, haben die Aufklärungstrupps der Spezialeinheiten auf der Halbinsel Kola im hohen Norden Russlands ein Experiment gestartet: Das neuartige Programm simuliert Kampfhandlungen im bergigen Polargebiet.

»Kampftrainings mit Elementen der Bergsteigerei unter Bedingungen des extremen Nordens sind eine neue Erfahrung für die Aufklärungseinheiten, die normalerweise in den Bergen Südrusslands trainieren«, so Kotschetkow. Laut dem Militär beinhaltet die Ausbildung praktische Überlebenstechniken wie das Auffinden von Trinkwasser und Essen, das Aufschlagen von Lagern und das unbemerkte Durchqueren von bewohnten Gebieten.

2014 wird eine Kommandozentrale Nord gegründet, die bald zwei neue arktische Brigaden mit insgesamt 6000 Soldaten hinter dem Polarkreis befehligen soll. Die ersten 3000 Mann haben inzwischen den einstigen sowjetischen Stützpunkt Alakurtti nahe der finnischen Grenze wieder bezogen.

Damit wird eine Einrichtung des Kalten Kriegs wieder reaktiviert, der seinerzeit zentrale Bedeutung zugemessen wurde: Die Generäle in Moskau erwarteten für den Fall eines Atomkriegs, dass Washington Raketen über das Nordmeer auf die UdSSR schießen würde. Weil die Bedrohung nicht mehr gegeben zu sein schien und das Geld für den Unterhalt fehlte, hatte Moskau die Stützpunkte nach dem Zusammenbruch der UdSSR aufgegeben.

Russland hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 eine kombinierte Armeegruppierung in der Arktisregion einzurichten, die Einheiten von Militär sowie Zoll- und Küstendienst umfassen soll.

Diese »Arktisarmee« dient dem Schutz der politischen und wirtschaftlichen Interessen Russlands in der Region und der militärischen Sicherheit des Landes, heißt es offiziell.

Interessant dazu ist eine Meldung der russischen Nachrichtenagentur *RIA Novosti* vom 7. Mai 2014, in der es heißt: Das Pentagon hat laut US-Verteidigungsminister Chuck Hagel die Absicht, in der Arktisregion, wo es ein Potenzial für Konflikte gibt, festen Fuß zu fassen. »Das Schmelzen gigantischer Eismassive bietet Möglichkeiten für die Eröffnung neuer Seewege und die Erkundung von Naturressourcen, für die Energiewirtschaft und den Handel mit einem gefährlichen Potenzial für einen Konflikt in der Arktis«, sagt Hagel in Chicago im *Council on Global Affairs,* wie *RIA Novosti* berichtet. »Das Verteidigungsministerium festigt seine Präsenz in der Region und prüft die Frage, welche Möglichkeiten wir für Handlungen in dieser Region in der Zukunft brauchen«, so der Pentagon-Chef.

Ein plötzlicher amerikanisch-russischer Krieg?

Experten zeigen sich beunruhigt und fürchten einen plötzlichen Konfliktausbruch. »Zwischen den Seiten herrscht ein fehlendes Verständnis für die Absichten der anderen Seite, was aus meiner Sicht äußerst gefährlich ist«, zitiert die russische Nachrichtenseite *Sputnik* den außenpolitischen Experten des Europäischen Rats, Kadri Liik. Er ist der Meinung, dass militärische Kommunikationskanäle vonnöten sind, um unvorhergesehene Eskalationen zu verhindern.

Auch ein Mitarbeiter des Zentrums für strategische und internationale Studien in Washington, Jeffrey Mankoff, sieht eine erhöhte Gefahr für einen unvorhergesehenen Zusammenstoß. Laut *Sputnik* sagt er im Hinblick auf den Atomwaffenbesitz beider Seiten: »Sollte es zu einer militärischen Konfrontation kommen, würden die Folgen äußerst schlimm für alle sein.«

Von russischer Seite heißt es derweil: Angesichts des Vorrückens der NATO an Russlands Grenzen müsse sich Moskau im Falle einer Bedrohung mit seinen Streitkräften und seiner Atomstreitmacht verteidigen.

Der Direktor der Agentur für politische und ökonomische Kommunikationen, Dmitri Orlow, sagt laut *Sputnik:* Russland »sucht keinesfalls Grund für eine Rauferei«.

Warum fürchten diese Experten, es könne zu einem plötzlichen Kriegsausbruch kommen? Ich glaube, nur ein kleiner täglicher Blick in die Agenturmeldungen genügt, um Hinweise darauf zu finden, dass tatsächlich aufgerüstet wird, als bereite man den Krieg vor. Sehen Sie sich einmal die Nachrichten vom Sommer 2015 an.

Die Verteidigungsminister der Ukraine, Polens und Litauens unterzeichnen am 23. Juli 2015 in Lwiw ein technisches Abkommen über die Aufstellung einer gemeinsamen Kampfbrigade mit dem Namen »Litpolukrbrig«. Damit sind NATO-Soldaten Teil des ukrainischen Militärs, und damit ist die Gefahr eines NATO-Bündnisfalls deutlich erhöht. Nach der Unterzeichnung des Abkommens nehmen die drei Minister an der ukrainisch-amerikanischen Kommando- und Stabsübung »Rapid Trident/Saber Guardian-2015« teil.

Im Rahmen einer sechsmonatigen Rotation von Streitkräften entsenden die USA Ende Juli 2015 rund 1750 Marineinfanteristen nach Bulgarien. Wie die *Marine Corps Times* schreibt, handelt es sich dabei auch um 150 Marines, die eine *Combined Force Company* bilden sollen. Die neue Formation operiert vom Übungsgelände Novo Selo aus und wird den in Rumänien stationierten Schwarzmeer-Rotationsstreitkräften zugeordnet.

Der stets gut informierte Schweizer Blogger Freeman der Webseite *Alles Schall und Rauch* schreibt Anfang Juni 2015: »Von mehreren Seiten werde ich tagtäglich von Zeugen informiert, wie sie den Transport von amerikanischen Waffen nach Deutschland und weiter nach Osteuropa beobachten. Am 6. Juni ist wieder ein Panzertransport auf der Schiene durch Mannheim gerollt, mit Ziel Coleman Barracks. Am 4. Mai 2015 begann der Wiederbezug des Geländes mit Einheiten der >16th Sustainment Brigade< und >21th Theater Sustainment Command<, ausgestattet mit Ml-Abrams und M2-Bradley-Panzern.«

Freeman weiter: »Ein Experte der Logistik informierte mich, er wäre gerade aus den Staaten mit dem Auftrag zurückgekehrt, Tausende US-Soldaten und schweres Gerät in den kommenden Monaten von

den USA nach Deutschland zu transportieren. Es findet eine massive amerikanische Aufrüstung in Europa statt. Insgesamt sollen rund 1000 Kampfpanzer, Schützenpanzer, Artilleriesysteme und andere Kampffahrzeuge nach Europa verlegt werden.«

Am 12. Juli 2015 ergänzt Freeman: »Beobachtungen in Bremerhaven zeigen, es kommen dort große Schiffsladungen an Containern, Fahrzeugen, Panzern und anderen schweren Waffen aus Amerika an. Bereits im März sind 600 Panzer, Hubschrauber, Haubitzen und andere Gerätschaften von der Militärbasis in Fort Stewart (US-Bundesstaat Georgia) nach Bremerhaven gebracht worden. Diese wurden dann mit der Eisenbahn weitertransportiert. Zum Beispiel zu den Coleman Barracks nördlich von Mannheim, eine US-amerikanische Kaserne mit Militärflugplatz.«

Eigentlich sollte das 220 Hektar große Coleman-Areal bis 2015 an Deutschland zurückgegeben werden und die U.S. Army sich aus dem Rhein-Neckar-Gebiet zurückziehen. Mitte Januar 2015 erklärt die *Army* plötzlich, das Areal doch noch für mehrere Jahre zu benötigen.

Freeman zitiert Markus Pflüger von der Arbeitsgemeinschaft Frieden in Trier, der sagt: »Von unserer Region geht Krieg aus, wir fordern Deeskalation und friedliche Konfliktbeilegung in der Ukraine und an allen Schauplätzen militärischer Auseinandersetzung.« Die NATO rüste nach Pflüger massiv auf, sie bereite sich auf einen Krieg mit Russland vor. Und der gehe von deutschem Boden aus, weil alle wichtigen Kommandozentralen der USA in Deutschland seien.

Auch US-Verteidigungsminister Ashton Carter bestätigt bei seinem Besuch Berlins im Juni 2015 die Aufrüstung. Washington werde schweres Militärgerät in Osteuropa stationieren, sagt er. Ziel sei es, »die Widerstandsfähigkeit der Allianz und insbesondere von Verbündeten an ihren Rändern zu erhöhen«.

Zur gleichen Zeit hält die sogenannte schnelle Eingreiftruppe der NATO in Polen ihr erstes großes Manöver ab. 2100 Soldaten aus Deutschland, den Niederlanden, Norwegen und Polen demonstrierten gemeinsam mit Kräften aus Tschechien und Belgien auf dem Manövergelände in Sagan ihre gemeinsame Kampfkraft als Kompanien und Bataillone.

Am 24. und 25. Juni 2015 beschließen die NATO-Verteidigungsminister bei einer Tagung in Brüssel, diese NATO-Eingreiftruppe auf 30 000 bis 40 000 Soldaten zu verdoppeln. Den Kern der Truppe bildet die 5000 bis 7000 Soldaten starke Speerspitze, die der NATO-Gipfel im September 2014 in Wales als Reaktion auf die neuen Spannungen mit Russland beschlossen hatte und die derzeit von Deutschland geführt wird. Bei dem Treffen in Brüssel einigt man sich, den Landstreitkräften nun Einheiten von Marine, Luftwaffe und Spezialkräften an die Seite zu stellen.

Außerdem erinnert der damalige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg die Minister an ihre Zusage aus Wales, ihre Wehretats auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Nur fünf Bündnispartner erreichen dieses Ziel nach Einschätzung der NATO im Jahr 2015. Deutschland ist trotz der geplanten Aufstockung seines Verteidigungsbudgets nicht darunter.

Fußnote: Den deutschen Rüstungsbauern geht es auch ohne Staatsaufträge immer besser, denn sie profitieren enorm vom Ukraine-Konflikt: Vor dem Hintergrund der Kämpfe im Donbass zeigen vor allem osteuropäische NATO-Staaten Interesse an schweren Waffen »made in Germany«, schreibt die *Financial Times* (FT).

Die NATO sei sich ihrer fehlenden konventionellen Abschreckungswirkung bewusst, sagt Frank Haun, Chef des Panzerherstellers Krauss-Maffei Wegmann (KMW), gegenüber FT. In östlichen NATO-Ländern gebe es Interesse am Aufbau oder der Verbesserung ihrer Einsatzmöglichkeiten.

Auch der Düsseldorfer Konzern Rheinmetall, der unter anderem Kanonen und Feuersysteme für den Leopard-Panzer herstellt, profitiert von der Ukraine-Krise. Die Ukraine habe das Rüstungsgeschäft politisch angespornt, die Aufträge seien gewachsen, sagt ein Unternehmenssprecher.

Noch vor Kurzem habe die deutsche Rüstungsindustrie unter rückläufigen Verteidigungsausgaben der EU gelitten, schreibt FT. Doch nun erneuern Deutschland und andere NATO-Staaten ihre Landstreitkräfte. Die Kriegshandlungen im Osten der Ukraine haben die

Politiker dazu veranlasst, wieder in jene Waffen zu investieren, die dem Schutz vor möglichen Bodenangriffen dienen.

Eine ungewöhnliche Expertensimulation hat das US-Onlinemedium *Vox* Ende Juni 2015 erstellt: ein mögliches Kriegsszenario zwischen Russland und der NATO. Ausgangspunkt der Simulation waren Proteste in der estnischen Grenzstadt Narva. Als Begründung dafür schrieb *Vox:* Wenn westliche Politologen und Beobachter die Wahrscheinlichkeit eines Kriegs zwischen den USA und Russland besprechen, gehe es meistens um das Baltikum. *Vox* verweist auch auf Stephen Saideman von der *Carleton University* (Kanada), der der Ansicht ist, dass der Mittelpunkt fast jeder potenziellen Weltkrise ein kleines Land sein würde. Die Politologen Graham Allison und Dmitri Simes bezeichneten in einem Essay für die Zeitschrift *The National Interest* das Baltikum als die Achillesferse der NATO.

Dass die Wahl der Experten auf Estland fiel, hängt damit zusammen, dass ein Viertel der Einwohner dieses Landes ethnische Russen sind. Es ist auch deswegen erste Expertenwahl, weil Estland im Unterschied zur Ukraine NATO-Mitglied ist. Ein russischer Angriff würde nach Artikel 5 des NATO-Statuts die USA und die meisten europäischen Länder dazu zwingen, Moskau den Krieg zu erklären.

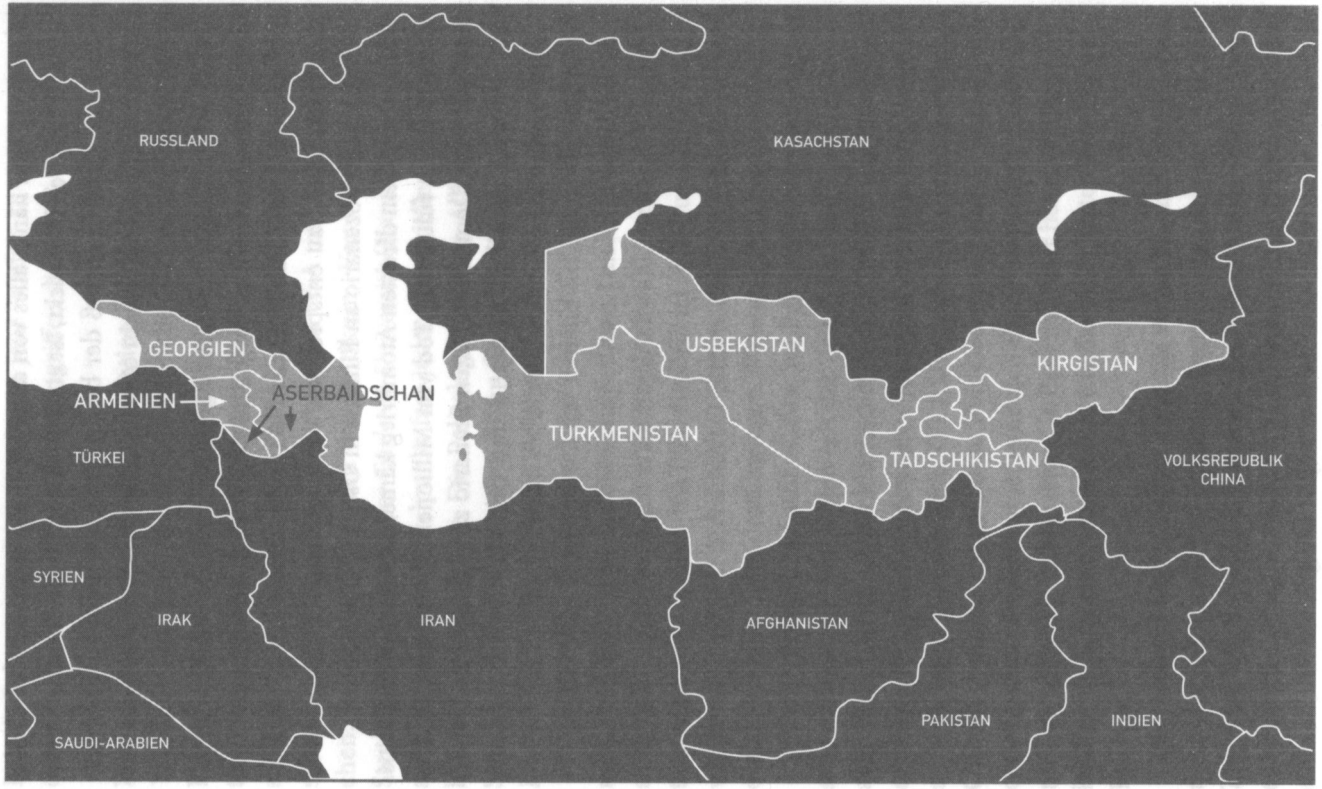
In dem Vöx-Bericht heißt es, dass im Baltikum noch nie da gewesene militärische Aktivitäten seit der Zeit des Kalten Kriegs zu beobachten sind. »Das ist ein klassisches Beispiel dafür, was Politologen ein Sicherheitsdilemma nennen - jede Seite betrachtet ihr Vorgehen als Verteidigungsmaßnahme. Die Aktivitäten des Gegners werden als Offensivmaßnahmen gedeutet. Beide Seiten antworten auf angebliche Provokationen mit einer größeren Eskalation«, wird erklärt. Damit entsteht ein Konfliktsystem, in dem mit einer hohen Wahrscheinlichkeit ein Krieg entstehen kann, wie das beim Ersten Weltkrieg der Fall war.

Das Szenario beginnt - wie eingangs erwähnt - mit Protesten der russischen Minderheit in der estnischen Grenzstadt Narva. Der erste Zug wird von der NATO gemacht, die Allianz hat zwei Varianten - ein diplomatischer Aufruf zur Ruhe oder die sofortige Entsendung eines Militärkontingents wegen der Befürchtungen eines »russischen

Eingriffs«. Dann hängt alles von den Handlungen Moskaus ab - falls Russland Truppen losschickt, ist ein sowohl zufälliger als auch ein beabsichtigter Zusammenstoß der beiden Armeen nicht ausgeschlossen. In diesem Fall beginnt ein offener Krieg zwischen Russland und der NATO in Estland.

Falls der Konflikt in Narva auf Eis gelegt wird und das Konfliktgebiet zu einer umstrittenen Provinz mit engen Verbindungen zu Russland wird, wird die Unfähigkeit der NATO, den Prinzipien der kollektiven Verteidigung zu entsprechen, offensichtlich. Russland würde durch ein solches Szenario an Einfluss in Osteuropa gewinnen.

Falls es zu einem direkten Atomkrieg käme, gebe es vier Szenarios. Jedes von ihnen führt zum Tod von Millionen Menschen und dem Sieg einer Seite. Dem schlimmsten Szenario zufolge wird nach einer Konfrontation zwischen Russland und der NATO »der nukleare Winter« beginnen.


RUSSLAND
KASACHSTAN
GEORGIEN
ARMENIEN
ASERBAIDSCHAN
USBEKISTAN
KIRGISTAN
TURKMENISTAN
TADSCHIKISTAN
TÜRKEI
VOLKSREPUBLIK CHINA
SYRIEN
IRAK
IRAN
AFGHANISTAN
PAKISTAN
INDIEN
SAUDI-ARABIEN

Südkaukasus und Zentralasien: Der Kampf um die Ressourcen

»Gleichgültig, ob sie noch 40 oder 60 Jahre reichen oder durch die rasante Entwicklung Chinas und der Länder der Dritten Welt nur 25 oder 30 Jahre, wir befinden uns bereits mitten in den militärischen Endverteilungskämpfen um die fossilen Restressourcen des Planeten Erde«, schreibt der Journalist und Abgeordnete im Europäischen Parlament Hans Kronberger bereits 1998 in seinem Buch *Blut für Öl. Der Kampf um die Ressourcen.* »Es ist erstaunlich,« fährt Kronberger fort, »wie die Spannungsfelder um die Wende des 19. zum 20. Jahrhundert denen des Überganges vom 20. ins 21. Jahrhunderts ähneln.« Kronberger nennt die Erdölfelder des Nahen und Mittleren Ostens, das Kaukasusgebiet und die Staaten nördlich und südlich der Sahara und prognostiziert:

»Das ganze Umfeld der kaukasischen Erdöl- und Erdgasfelder schwärt wie eine eitrige Wunde, die jederzeit zur Blutvergiftung des gesamten Erdballs führen kann. Mitten im Spannungsfeld zwischen Russland und China verdichtet sich der Druck bis an die Grenzen der Explosionskraft. Erste Funken sprühten bereits von Berg-Karabach bis Tschetschenien, von Tadschikistan bis Georgien, von Aserbaidschan bis Kasachstan. Eine Detonation könnte die Anrainerstaaten nicht unberührt lassen, ja, letzten Endes wäre die ganze Welt betroffen. Es ist fraglich, ob Russland und China auf Dauer zusehen werden, wie ihre elementarsten Interessen vor ihrer Haustüre von Dritten [den globalen, US-dominierten Ölmultis, Anm. d. Verf.] wahrgenommen werden. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ist auszuschließen, dass die Restressourcen der Erde friedlich verteilt werden. Die Gier und die Jagd nach Rohstoffen steht fast immer hinter Krisenherden, ohne dass man diese Ursachen auf Anhieb erkennt.«

Ich finde, besser als Kronberger kann man das aktuelle Ringen um die eurasischen Ressourcen nicht zusammenfassen. Dieser Kampf um die Sicherung der Ölvorräte und ihrer Transportwege ist allerdings äußerst kostspielig. Die Finanzierung dieses Riesenprojekts mit dem

dazugehörenden Wettrüsten könnte den einen oder anderen der Kontrahenten in die Knie zwingen.

Die Kontrolle des Balkans

Wenn wir die Konfliktzone Südkaukasus und Zentralasien betrachten, dann müssen wir auch die weiter ausgreifende amerikanische Geostrategie in diesem Umfeld beleuchten. Auch hier hilft - wie stets: Ein Blick auf die Landkarte erklärt vieles.

Der Balkan verbindet Nord und Süd, Ost und West, und was noch wichtiger ist: Er ist Europas Tor nach Asien. Der Weg zur Seidenstraße führt durch den Balkan, die sich von dort in verschiedenen Abzweigungen bis nach China erstreckt. China hat schon jetzt unter anderem Verträge mit Albanien, Mazedonien und Griechenland, um die alte Seidenstraße durch eine Eisenbahnverbindung wiederherzustellen. Zurzeit wird die Strecke von der Adria bis zum Schwarzen Meer gebaut.

Die Länder Mazedonien, Kosovo und Albanien stehen derzeit besonders im Fokus. Mazedonien, das Zwei-Millionen-Einwohner-Land im Norden Griechenlands, ist eingerahmt von Albanien im Westen, Bulgarien im Osten und Serbien im Norden. Die Flüchtlingsroute von der Türkei über Griechenland geht durch Mazedonien weiter nach Serbien (und dann nach Ungarn). Der Konfliktstoff aber ist die Zusammensetzung der mazedonischen Bevölkerung, denn das verarmte Viertel der Einwohner sind die Albaner. Da das Land die Verbindung mit den BRICS-Staaten sucht, ist es ins Fadenkreuz der USA geraten. Am 14. Juli 2015 war die US-Unterstaatssekretärin Viktoria »Fuck the EU« Nuland in der Hauptstadt Skopje, um das Land für einen NATO-Beitritt zu gewinnen. Sollte sich das Land der NATO verweigern, werden sicher die unzufriedenen Albaner auf die Barrikaden gehen.

Kosovo, Europas Armenhaus, war der Schlüssel zur Neuordnung des Balkans. Ab 1998 fanden in Serbien Kämpfe zwischen nationalen

Sicherheitsbehörden und der kosovarischen Befreiungsarmee UQK statt, die sich gewaltsam für eine Abspaltung des Kosovo von Serbien einsetzte. Im März 1999 mischte sich die NATO in die Auseinandersetzung ein. Am 24. März 1999 begann die NATO die 78 Tage dauernde Bombardierung Jugoslawiens. Unter dem Codenamen »Operation Allied Force« handelte es sich bis dahin um den größten Angriff, der jemals von der Allianz durchgeführt wurde. Eine Zustimmung des UN-Sicherheitsrats lag nicht vor.

Sprecher der NATO bezeichneten den Einsatz, bei dem Hunderte Zivilisten ums Leben kamen, als humanitären Einsatz beziehungsweise auch als Präventivkrieg. Dabei handelte es sich um Schlagwörter, die in den darauf folgenden Jahren auch in anderen Teilen der Welt genutzt werden sollten. 19 NATO-Mitgliedsstaaten nahmen am Militäreinsatz gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) teil, der bis zum 10. Juni 1999 andauerte.

Die Bilanz: 2300 Raketen wurden auf 990 Ziele abgefeuert, und 14 000 Bomben wurden über jugoslawischen Städten abgeworfen. Über 1000 Kampfflugzeuge wurden entsandt, die meisten davon von den Vereinigten Staaten. Dabei kam auch international geächtete Munition zum Einsatz, darunter Streubomben, die bis heute eine enorme Gefahr für die Menschen darstellen, sowie Uranmunition. Insgesamt 2000 bis 3500 Zivilisten wurden getötet, darunter mindestens 88 Kinder, Tausende Bürger wurden verletzt. Mehr als 200 000 Serben flüchteten aus dem Kosovo.

Durch die NATO-Luftangriffe entstanden auch »Kollateralschäden«: Über 300 Schulen wurden zerstört, einige Bibliotheken und mehr als 20 Krankenhäuser. Mindestens 40 000 Wohnhäuser wurden entweder komplett pulverisiert oder schwer beschädigt, rund 90 historische und architektonische Denkmäler wurden zerstört. Abgesehen von humanitären Verlusten durch die NATO-Angriffe wird der entstandene Sachschaden auf insgesamt 120 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Laut dem Belgrader Historiker Milovan Drecun waren die Luftangriffe gegen Jugoslawiens Zivilbevölkerung militärisch sinnlos und zielten lediglich darauf ab, den Willen der Bevölkerung zu brechen. So wurden etwa im Kosovo durch NATO-Kampfjets nur sieben jugoslawische Panzer zerstört, dafür 370 Industrieanlagen. In Serbien und

Montenegro wurden Betriebe, Krankenhäuser, Personenzüge, Brücken und Kirchen bombardiert, so der Historiker. Am stärksten hätten Kinder und Jugendliche unter den Angriffen gelitten, körperlich wie seelisch. Auch Wasser, Luft und Wälder seien durch die Bombardements verseucht worden.

Interessant ist, dass durch die NATO-Bombardements 1999 die wichtigen Transportkorridore von Südost- nach Nordeuropa - wie zum Beispiel die Donau - unterbrochen, wenn nicht gar zerstört wurden.

Fußnote: Das militärische Eingreifen der NATO geschah ohne Mandat der UNO. Aber das ist in der Planung des Militärbündnisses auch nicht mehr nötig. Die spanische Zeitung *El Mundo* veröffentlichte am 25. April 1999 Teile des »Neuen Strategischen Konzepts« der NATO und kommt zu dem Schluss, das neue Konzept bedeute, dass sich ein Militäreinsatz wie im Kosovo »zukünftig auch im Kaukasus, am Kaspischen Meer und sogar in den ehemaligen sowjetischen Republiken bis an die Grenze von China wiederholen kann«.

Am 17. Februar 2008 erklärte das Parlament des Kosovo gegen den Willen der serbischen Regierung die Unabhängigkeit der Republik Kosovo. Seitdem hat das kleine Land, das halb so groß ist wie Hessen, nur verloren: Die Industrieproduktion wurde durch die Privatisierung und Globalisierung total ruiniert. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 50 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit bei weit über 60 Prozent. Dennoch wollen NATO und EU dieses strategisch wichtige Land unbedingt eingliedern, denn von dort aus kann das US-Militär die Ölströme und die politischen Entwicklungen vom ölreichen Mittleren Osten bis nach Russland und Westeuropa kontrollieren. Sofort nach dem Bombenkrieg gegen Serbien im Jahr 1999 beschlagnahmte das Pentagon ein etwa 400 Hektar großes Areal bei Uresevic in der Nähe der Grenze zwischen dem Kosovo und Mazedonien; es beauftragte die Firma *Halliburton*, deren Vorstandsvorsitzender damals Dick Cheney war, dort das Camp Bondsteel, die größte europäische US-Militärbasis, Spitzname »Little Guantanamo«, zu bauen, in der heute über 7000 US-Soldaten stationiert sind. Das Camp Bondsteel gehört zur Kette der vorgeschobenen US-Basen, die der ehemalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld einmal als »Lily Pads« (Seerosenblätter) be-

zeichnet hat - ich bin schon in einem früheren Kapitel darauf eingegangen -, und es dient als Ausgangspunkt für Militäraktionen nach Osten und Süden. Die Aufnahme des Kosovo in die EU und in die NATO würde diese US-Militärbasis dauerhaft sichern.

Kosovo wäre damit als Vorposten gegen Russland und zur Kontrolle der Ölströme vom Kaspischen Meer und vom Mittleren Osten nach Westeuropa gesichert. Mit dem unabhängigen Kosovo hat Washington einen schwachen Staat geschaffen, der völlig unter seiner Kontrolle steht. Wäre das Kosovo ein Teil Serbiens geblieben, hätte es die NATO viel schwerer gehabt, die militärische Kontrolle darüber auszuüben. Heute ist das Kosovo eine Militärkolonie der NATO, und seine noch nicht einmal zwei Millionen Einwohner werden von 16000 KFOR-Soldaten überwacht.

Serbien soll ebenfalls in den Westen eingegliedert werden. Die Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens (NKPJ) schrieb 2014, zum 15. Jahrestag der NATO-Angriffe, in einer Erklärung, dass die Hauptziele der »NATO-Aggression die Besetzung der südserbischen Provinzen Kosovo und Metohija« gewesen seien, sowie der von Washington und Brüssel inszenierte Putsch am 5. Oktober 2000, wodurch der jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic sein Amt verlor. Seit dem Putsch säßen »ausländische Berater« in Serbiens Regierung, Armee und Geheimdienst, Serbien sei seither ein besetztes Land und nicht mehr souverän, sagte der serbische Politiker und Milosevics Exberater Vladimir Krsljanin im Jahr 2010 in einem Interview. Der Putsch unter dem Deckmantel von Freiheit und Demokratie sei »die Mutter aller nachfolgenden Farbrevolutionen« gewesen.

Ebenfalls umworben von West und Ost ist Albanien. Knapp dreimal so groß wie das Kosovo, wird das NATO-Mitglied derzeit von China gelockt. China ist der drittgrößte Handelspartner des Landes und will auch hier durch den Bau von Infrastruktur Einfluss nehmen. Die Zukunft wird zeigen, ob die NATO diesen Kurs Albaniens dulden wird.

Bernhard Rode hat in seinem richtungweisenden Buch *Das Eurasische Schachbrett* darauf hingewiesen, dass seit der Regierung Clinton der Balkan auf der strategischen Agenda der USA ganz oben steht.

»Den USA«, schreibt Rode, »geht es dabei um die Kontrolle einer zukünftigen transeuropäischen Ölleitung, die vom Schwarzen Meer zur Adria führen soll. Der Balkan - insbesondere Serbien, das Kosovo, Albanien und Mazedonien - stellt in dieser Planung eine der Drehscheiben dar ... Ziel ist daher also die Sicherung einer US-Einflusssphäre von Südosteuropa bis nach Zentralasien; es geht um den strategischen Transport-, Kommunikations- und Ölpipelinekorridor Bulgarien-Mazedonien-Albanien vom Schwarzen Meer zur Adria.«

Das frühere Jugoslawien ist also der Brückenkopf zur eurasischen Landmasse. Seine Transportinfrastruktur ist von größter Bedeutung, denn sie »kontrolliert nicht nur den Balkan, sondern alle Korridore (Bahn, Straße, Fluss und Luft) von Europa zum Nahen und Mittleren Osten«.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Clintons Energieminister Bill Richardson wenige Monate vor dem NATO-Angriff auf Jugoslawien im März 1999 sagte: »Es geht um Amerikas sichere Energieversorgung ... Wir haben in der kaspischen Region erheblich politisch investiert, und es ist sehr wichtig für uns, dass die Karte der Pipelines und die Politik gleichermaßen stimmen.«

Bruce Jackson, Mitglied des bereits erwähnten *Projectfor the New American Century* und wichtiger Berater der Regierung George W. Bush, drückte es ein paar Jahre später noch deutlicher aus: Ziel der USA müsse sein, das Schwarze Meer in eine transatlantische Region umzuwandeln.

Zum Schluss des Kapitels möchte ich noch einmal auf Mazedonien zurückkommen. Wie wir bereits im Kapitel über die Flüchtlingsströme gesehen haben, kann diese Weltkriegswaffe hervorragend eingesetzt werden, um Länder zu destabilisieren. Ein Beispiel dafür ist die Lage in Mazedonien Mitte August 2015. Am 20. August erklärte das Balkanland wegen der andauernden Flüchtlingskrise den Ausnahmezustand.

Das berichteten übereinstimmend mehrere Nachrichtenportale, etwa *ntv-online.* Demnach heißt es aus Skopje, der »verstärkte Druck« auf die Landesgrenze im Süden sowie eine immer stärker werdende

Zuwanderung von Flüchtlingen habe dies erforderlich gemacht. Zudem blockierte die mazedonische Polizei laut Medienberichten die Grenze zu Griechenland an einer wichtigen Route. Tausende Flüchtlinge sind damit festgesetzt.

Konkret betroffen war demnach die Hauptverkehrsader zwischen Skopje und der griechischen Hauptstadt Athen. Nur sporadisch sei kleinen Gruppen die Einreise gestattet worden, hieß es. Ziel der Behörden ist es, den Druck auf die grenznahe Stadt Gevgelije zu mindern. Von dort versuchen jeden Tag zahlreiche Flüchtlinge einen der drei Züge in Richtung Serbien zu nehmen, von wo sie meist weiter in Richtung Norden reisen wollen.

Konfliktzone Georgien, Armenien und Aserbaidschan

Zbigniew Brzezinski war von 1977 bis 1981 Sicherheitsberater von Präsident Carter. Nach Ende von Carters Regierungszeit war Brzezinski Professor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen an der *Columbia University* in New York. Und er hatte einen heute berühmten Studenten: Barack Obama. Heute ist Brzezinski Professor für US-amerikanische Außenpolitik an der Johns Hopkins Universität in Baltimore, Berater am Zentrum für Strategische und Internationale Studien (CSIS) in Washington und geostrategischer Berater des US-Präsidenten. Ich habe ihn ausführlich beschrieben und zitiert in meinem Buch *Der Dritte Weltkrieg - Schlachtfeld Europa.* Hier fasse ich nur seine wichtigsten Thesen zusammen, weil sie für das Verständnis des Gesamtzusammenhangs wichtig sind.

Brzeziriskis berühmtestes Buch ist 1997 erschienen und trägt den Titel *Die einzige Weltmacht.* Interessant ist gleich die Einleitung, in der er schreibt: »Inwieweit die USA ihre globale Vormachtstellung geltend machen können, hängt davon ab,... ob sie dort [in Eurasien, Anm. d. Verf.] das Aufkommen einer dominierenden gegnerischen Macht verhindern können ... Eurasien ist somit das Schachbrett, auf dem sich ... der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielen wird.« Am Ende der Einleitung fasst Brzezinski zusammen, es gelte »das Gebot, keinen

eurasischen Herausforderer aufkommen zu lassen, der den eurasischen Kontinent unter seine Herrschaft bringen und damit auch für Amerika eine Bedrohung darstellen könnte«.

Warum versteift sich Amerikas Top-Geostratege auf Eurasien? Er erklärt es im zweiten Kapitel: »Eurasien ist der größte Kontinent der Erde ... Eine Macht, die Eurasien beherrscht, würde über zwei der drei höchstentwickelten und wirtschaftlich produktivsten Regionen der Erde gebieten ... Nahezu 75 Prozent der Weltbevölkerung leben in Eurasien, und in seinem Boden wie auch Unternehmen steckt der größte Teil des materiellen Reichtums der Welt. Eurasien stellt 60 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts und ungefähr drei Viertel der weltweit bekannten Energievorkommen.« Ergo müsse die Dominanz auf dem gesamten eurasischen Kontinent, so Brzeziriski weiter, das geostrategische Ziel der USA sein.

Um die Vorherrschaft über Eurasien zu erringen, müssten die USA nach Brzezinski die sogenannten »geopolitischen Dreh- und Angelpunkte« kontrollieren: »Die Ukraine, Aserbaidschan, die Türkei und der Iran stellen geopolitische Dreh- und Angelpunkte von entscheidender Bedeutung dar.«

Wer über Georgien, Armenien und Aserbaidschan herrscht, kontrolliert den Korridor zwischen den öl- und gasreichen Ländern des Kaspischen Beckens und dem Schwarzen Meer und damit weiter nach Europa.

Brzezinski schreibt dazu: »Vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion war das Kaspische Meer ... ein nahezu rein russisches Gewässer gewesen.« Als Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan unabhängig wurden, »konnte Russland nicht mehr selbstverständlich von der alleinigen Verfügungsgewalt über diese Bodenschätze ausgehen«.

»Mit der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten«, schreibt Brzezinski weiter, »hatte sich Russlands südöstliche Grenze an einigen Stellen um mehr als 1000 Meilen nach Norden verschoben. Die neuen Staaten verfügten über riesige Mineral- und Erdölvorkommen, die ausländische Interessenten anlocken mussten ... Für die Russen muss das Gespenst eines möglichen Konflikts mit den islamischen Staaten entlang der gesamten Südflanke Russlands (die zusammen mit der Türkei,

dem Iran und Pakistan mehr als 300 Millionen Menschen aufbieten) Anlass zu ernster Besorgnis sein.«

Zur Bedeutung der Türkei und Irans schreibt er: »Die Türkei stabilisiert das Gebiet um das Schwarze Meer, kontrolliert den Zugang von diesem zum Mittelmeer, bietet Russland im Kaukasus Paroli, bildet immer noch ein Gegengewicht zum islamischen Fundamentalismus und dient als der südliche Anker der NATO.« Der Iran »beherrscht die östliche Küstenlinie des Persischen Golfs, während seine Unabhängigkeit ... jeder langfristigen russischen Bedrohung der amerikanischen Interessen in der Golfregion einen Riegel vorschiebt«.

Am Ende des zweiten Kapitels resümiert Brzezinski: »Das gefährlichste Szenario wäre ... eine große Koalition zwischen China, Russland und vielleicht dem Iran, ein nicht durch Ideologie, sondern durch die tiefsitzende Unzufriedenheit aller Beteiligten geeintes antihegemoniales Bündnis.«

Zwischen den westlichen (Westeuropa) und östlichen (Südostasien, Japan) Randgebieten erstreckt sich nach Brzezinski ein »gewaltiger, dünn besiedelter, derzeit politisch instabiler Raum« (Russland). »Südlich von diesem großen zentraleurasischen Plateau liegt eine politisch anarchische, aber an Energievorräten reiche Region.« Um diese Region - die ehemaligen moslemischen Südstaaten der UdSSR, die kaukasischen Erdöl- und Erdgasfelder - wird das globale Schachspiel gehen. Die Spieler: West gegen Ost, genauer: USA und NATO gegen Russland und China.

Genau an diesem geopolitischen Dreh- und Angelpunkt, dem Südkaukasus, reiben sich seit Jahren die Interessen der Großmächte. Und wie bei dem Sichreiben von Kontinentalplatten entsteht dabei immer mehr Spannung - eben an genau jenen Dreh- und Angelpunkten, bis sie sich in Erdbeben und Vulkanausbrüchen entlädt. Leider sieht es ganz so aus, als entspräche die derzeitige geopolitische Situation genau der eben beschriebenen geologischen.

Sehen wir uns diese Spannungsregion einmal genauer an. Georgien ist nach der Ukraine eine weitere ehemalige Sowjetrepublik in strategisch wichtiger Lage, die dem Westen angegliedert werden soll. Das

Land hat einen Assoziierungsvertrag mit der EU geschlossen und will in die NATO.

Im Falle Georgiens dürfte das schwierig sein, denn da gibt es noch Abchasien und Südossetien. Abchasien, das Ferienparadies an der Schwarzmeerküste - halb so groß wie Thüringen -, das sich nach dem Krieg in Georgien 2008 für unabhängig erklärt hat, wird nur von Russland und weiteren sechs Staaten und Quasistaaten anerkannt. Es ist politisch und wirtschaftlich von der Unterstützung durch die Russische Föderation abhängig. 70 Prozent des abchasischen Budgets werden von Russland bezahlt.

Abchasien hat für Russland strategische Bedeutung, welche nach dem Georgien-Krieg noch gewachsen ist: Mit der Basis in Gudauta, dem Flugfeld in Bombora und dem Hafen von Otschamtschire sowie mehreren Radarstationen kann Russland faktisch den gesamten Südkaukasus und vor allem Georgien militärisch kontrollieren.

Rückblick: Den von Georgien 2008 mit dem Einmarsch in Südossetien vom Zaun gebrochenen Krieg - die »Unabhängige Untersuchungskommission zum Konflikt in Georgien« der EU bestätigte diese Sicht - nahm die NATO zum Anlass, Russland auszugrenzen und die Arbeit des NATO-Russlandrats bis auf Weiteres auszusetzen. Dabei war der Bericht der Kommission unter Vorsitz »der im Kaukasus und Russland sehr erfahrenen Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini« zu dem Ergebnis gekommen, »dass der Krieg in der Nacht vom 7. auf den 8. August von Georgien begonnen wurde«, so die FAZ am 30. September 2009. Der Bericht der EU-Kommission[31] überführte den damaligen georgischen Präsidenten Saakaschwili überdies der Lüge.

»Einen zentralen Punkt in der georgischen Darstellung des Kriegsbeginns sieht die Untersuchungskommission demnach als widerlegt an: Der georgische Präsident Michail Saakaschwili hatte behauptet, der Beschuss der südossetischen Hauptstadt Zchinwali und der folgende Vormarsch der georgischen Truppen in das Gebiet der von Georgien abtrünnigen Provinz in jener Nacht seien Notwehr gewesen. Er, Saakaschwili, habe mit dem Befehl dazu auf den Einmarsch russischer Truppen durch den Roki-Tunnel reagiert, der Südossetien durch den Kaukasuskamm hindurch mit Russland verbindet. Hinweise für eine russische Invasion konnte die Kommission aber nicht finden. Sie

kommt daher zu dem Schluss, die erste Reaktion der russischen Streitkräfte zur Verteidigung ihrer in Südossetien aufgrund eines gültigen internationalen Mandats stationierten >Friedenstruppen< sei daher gerechtfertigt gewesen.«

Der eigentliche Initiator hinter dem russisch-georgischen Krieg waren jedoch die USA. Der bereits an anderer Stelle vorgestellte George Friedman von *Stratfor Global Intelligence* sah keinen Anlass, die eigentlichen Player im Hintergrund nicht offen zu benennen. In einer Analyse vom 8. September 2008 (»Israeli Strategy After the Russo-Georgian War«) schreibt er:

»Der russisch-georgische Krieg hallt noch nach, und es ist an der Zeit, unsere Sicht darauf zu erweitern. Hauptakteure in Georgien, abgesehen von den Georgiern selbst, waren Russen und Amerikaner, am Rande befanden sich die Europäer mit Ratschlägen und Ermahnungen, die aber wenig Gewicht hatten. Ein weiterer Player mit einer undurchsichtigeren Rolle war Israel. Israelische Berater waren an der Seite von amerikanischen Beratern in Georgien präsent, und israelische Geschäftsleute machten dort Geschäfte.«

Nach Friedmans Erkenntnis beteiligten sich die USA 2008 demnach an der Aufrüstung und Ausrichtung einer ehemaligen Sowjetrepublik (traditionell in der russischen Einflusszone) gegen die Russische Föderation. Die vorhersehbare Reaktion nahm die NATO wiederum zum Anlass, Russland über den NATO-Russlandrat zu bestrafen, ein Muster, das sich in der amerikanischen Ukraine-Politik wiederholen sollte.

Die Unterzeichnung des Freihandels- und Assoziationsabkommens mit der EU brachte einen Rückschritt in den bilateralen Beziehungen Georgiens mit Moskau. Die Abhängigkeit von russischen Energieimporten sowie die Dominanz russischen Kapitals in einigen Schlüsselsektoren (Energie, Banken, Bergbau) haben sich (noch) nicht geändert. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des EU-Vertrags erfolgte die »symmetrische« Antwort Russlands: ein Assoziationsabkommen Abchasiens mit Russland.

Abchasien wird also nach wie vor eine russische Quasikolonie bleiben und seine Funktion wahrnehmen, einen NATO-Beitritt Georgiens

zuverlässig zu verhindern, da ja Staaten mit ungelösten Territorialkonflikten von einer Mitgliedschaft ausgeschlossen sind. Vielleicht aber macht die NATO eine Ausnahme von ihrer bisherigen Regel. Dann würde Georgiens NATO-Beitritt die Reintegration der verlorenen Gebiete sowie die im Assoziationsvertrag vorgesehene Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen bedeuten. Und das hieße vermutlich Krieg mit Russland.

Ende August 2015 hat Georgiens Präsident Georgi Margwelaschwili bei einem Treffen mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Tiflis die Integration des Landes in die Allianz, Fragen der regionalen Sicherheit und die Teilnahme georgischer Soldaten an der NATO-Mission in Afghanistan diskutiert, wie die georgische Präsidialverwaltung mitteilte. Danach eröffnete Stoltenberg ein gemeinsames Ausbildungszentrum. Dort sollen Militärangehörige sowohl der Allianz als auch der NATO-Partnerländer ausgebildet werden.

»Auf der Basis dieses Zentrums plant man die Durchführung von Übungen und Trainings zur Steigerung der Operationseffizienz, Kompatibilität und gegenseitigen Abstimmung der Einheiten der NATO-Länder mit den georgischen Streitkräften und den NATO-Partnerländern«, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums bei einem Briefing am 27. August 2015 in Moskau. »Wir betrachten diesen Schritt als Fortsetzung der provokativen Politik der Allianz, die auf die Erweiterung ihres geopolitischen Einflusses abzielt, wobei des Öfteren die Ressourcen der NATO-Partner ausgenutzt werden«, fügte sie hinzu.

Laut Sacharowa »wird die Stationierung eines derartigen Militärobjekts der Nordatlantikallianz in Georgien ein schwerwiegender Destabilisierungsfaktor für die Sicherheit in der Region sein«.

Die institutionelle Kooperation zwischen Georgien und der NATO hatte 1994 begonnen, als Georgien dem Programm »Partnerschaft für den Frieden« (PfP, *Partnership for Peace)* beigetreten war. Im Jahr 2004, nach der »Rosenrevolution« in Georgien, hatten Tiflis und die NATO ihre Zusammenarbeit ausgebaut. Beim NATO-Gipfel im April 2008 in Bukarest wurde Georgien und der Ukraine eine NATO-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt - vorausgesetzt, dass sich diese Staaten den Standards der Allianz anpassen.

Zentrale Bedeutung hat für Brzeziriski und damit auch für die vergangene und derzeitige US-Administration Aserbaidschan mit seinen riesigen Energiequellen. Das Land sei »gewissermaßen der Korken in der Flasche, die die Schätze des Kaspischen Beckens und Zentralasiens enthält«. Das Land sei Einfallstor zu den energiereichen zentralasiatischen Republiken. »Wie im Fall der Ukraine ist auch die Zukunft Aserbaidschans und Zentralasiens für das Wohl und Wehe Russlands bestimmend.«

Brzezinskis Sohn Mark, der für eine amerikanische Anwaltskanzlei im Erdöl- und Erdgasgeschäft im Kaspischen Becken tätig ist, schrieb dazu in einem Artikel in der *Washington Post* vom 18. Mai 1999: »Kontrollierte Russland Aserbaidschan, könnte es ... die russische Kontrolle der erdölreichen zentralasiatischen Staaten verstärken ... und auch die russische Vorherrschaft über andere Kaukasusstaaten, vor allem Armenien und Georgien. Seine Lage macht Aserbaidschan zu einem lebenswichtigen Verkehrskorridor, der den Zugang zum Kaspischen Becken und nach Zentralasien kontrolliert.«

Was für Russland gilt, gilt auch für die USA. Denn von Baku (Aserbaidschan) am Kaspischen Meer verläuft eine Pipeline über georgisches Gebiet bis ins türkische Ceyhan und von dort in die westliche Welt. Frank Nienhuysen verweist in der *Süddeutschen Zeitung* vom 27. April 2006 auf einen weiteren Faktor: »Aserbaidschan teilt mit Iran eine etwa 600 Kilometer lange Grenze und ist - mit Blick auf den Öl- und Gasreichtum - für Washington somit ein strategischer Brückenkopf in einer höchst unruhigen Region.«

Unruhig ist die Region auf jeden Fall: Das Außenministerium von Aserbaidschan meldet im August 2014, dass in den letzten Tagen an der Trennlinie zwischen Berg-Karabach und Aserbaidschan zwölf Soldaten der aserbaidschanischen Armee ums Leben gekommen seien. Die nicht anerkannte Republik Berg-Karabach kontert, dass die aserbaidschanischen Streitkräfte die vereinbarte Waffenruhe in der zurückliegenden Woche rund 1500-mal verletzt hätten.

Worum geht es da? Die hauptsächlich von Armeniern bewohnte, völkerrechtlich zu Aserbaidschan gehörende Region Berg-Karabach hatte sich im September 1991 für unabhängig erklärt. Daraufkam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit geschätzt 30 000 Toten.

Die Karabach-Armenier wurden von armenischen Diasporen in aller Welt unterstützt, während Aserbaidschan mit Gewalt versuchte, die Abspaltung der Region zu verhindern. Am 12. Mai 1994 trat ein Waffenstillstandsabkommen in Kraft. Aserbaidschan verlor seine Kontrolle über Berg-Karabach sowie vollständig beziehungsweise teilweise über sieben benachbarte Kreise.

Neue Unruhe bricht ab 23. Juni 2015 in der Region aus: In Armenien kommt es zu massiven Protesten wegen der Energiepreiserhöhungen der Regierung. Angefeuert vom Fernsehsender *Gala TV,* der von der Stiftung *National Endowment for Democracy* sowie von *Radio Liberty* - einer CIA-Einrichtung, die schon während des Kalten Kriegs Propaganda in Osteuropa betrieb - unterstützt wird, bahnt sich eine »Farbenrevolution« an, die den alten Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien wieder entfachen könnte.

Dieser Konflikt kann sich zu einer Auseinandersetzung zwischen dem NATO-Kooperationspartner Aserbaidschan und seinem Nachbarn Armenien ausweiten. Die Armenier sind eingekeilt zwischen den NATO-Freunden Georgien im Norden, Aserbaidschan im Osten, NATO-Mitglied Türkei im Westen und - geostrategisch wichtig - Iran im Süden. Armenien ist jedoch Mitglied der östlichen Verteidigungsgemeinschaft OVKS, und deren Satzung vom 20. Dezember 2011 macht eine Mitgliedschaft in einem anderen Bündnis - wie zum Beispiel der NATO - von der Zustimmung aller anderen Mitglieder der OVKS abhängig.

Die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) ist eine Art »Gegen-NATO«. So heißt es in der Charta der OVKS: »Aufgabe des Bündnisses ist die Gewährleistung der Sicherheit, Souveränität und territorialen Integrität der Mitgliedsstaaten. Dies soll vornehmlich durch eine enge Zusammenarbeit in der Außenpolitik, in militärischen Angelegenheiten, in der Erforschung neuer militärischer Technologien sowie in der Bekämpfung grenzübergreifender Bedrohungen durch Terroristen und Extremisten erreicht werden.«

Zur OVKS gehören Russland, Weißrussland, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan. Russland unterhält in jeder dieser postsowjetischen Republiken Militärstützpunkte. Aserbaidschan, Georgien

und Usbekistan waren einmal Mitglieder des Bündnisses, sind aber wieder ausgetreten. Serbien und Afghanistan erwägen den Beitritt.

Die NATO versucht Armenien aus dem OVKS-Bündnis herauszubrechen. Damit das funktioniert und die Unruhen dann auch auf russisches Territorium übergreifen, wird ein Bundesgenosse eingesetzt, der uns später noch beschäftigen wird: die Bewegung Islamischer Staat (IS).

Die Terrormiliz verstärkt kontinuierlich ihre Präsenz und ihre Aktivitäten in der Kaukasus-Region innerhalb des Territoriums Russlands. Am 23. Juni 2015 meldet der IS die Errichtung eines neuen Gouvernements mit Namen »Wilayat Qawqaz« im russischen Nordkaukasus, nachdem zuvor einige hochrangige Militante in der Region dem IS Treue geschworen hatten.

Nachdem zunächst am 21. Juni über den Kurznachrichtendienst *Twitter* eine Audioerklärung in russischer Sprache verbreitet worden war, in der IS-Unterstützer aus den Regionen Dagestan, Tschetschenien und Inguschetien dem IS-Anführer Abu Bakr al-Baghdadi die Treue geschworen hatten, wurde das neue Gouvernement offiziell ausgerufen.

Die Türkei mischt kräftig mit

Mit dem Ausbruch der Ukraine-Krise und türkischen Machtansprüchen im Südkaukasus droht die traditionelle Vormachtstellung Russlands in der Region ins Wanken zu geraten. Gemeinsame Militärübungen mit Georgien und Aserbaidschan sollen nicht nur Armenien isolieren und die russische Militärpräsenz in Georgien herausfordern, sondern auch Pipelines und andere strategisch wichtige Projekte schützen. Die erhöhte Präsenz der Türkei könnte zu wachsenden Spannungen im Südkaukasus führen.

Im Frühsommer 2015 beobachteten Militäranalysten eine bisher noch nie da gewesene militärische Dynamik im Südkaukasus, ausgehend von der Türkei. Vom 31. Mai bis zum 10. Juni führten türkische, georgische und aserbaidschanische Militäreinheiten in der Osttürkei unter dem Namen »Kaukasischer Adler« umfassende Manöver durch.

Einige Tage zuvor, am 25. Mai, hat Baku taktische Militärübungen mit der Türkei in Aserbaidschan abgehalten. Diese Übungen sind nur einige wenige von jenen zahlreichen, die 2015 abgehalten wurden.

Die Gründe für die reichhaltige militärische Ertüchtigung sind auf zwei Punkte zurückzuführen: die Ukraine-Krise und die wachsenden Ambitionen der Türkei, an ihren östlichen und nordöstlichen Grenzen eine größere geopolitische Rolle zu spielen. Medienberichten und Aussagen des türkischen, georgischen und aserbaidschanischen Verteidigungsministeriums zufolge dienen die Militärübungen neben der Grenzsicherung und der Verbesserung der Interoperabilität auch dem Schutz der strategisch wichtigen und zugleich besonders angreifbaren Pipelinestrecken, die Aserbaidschan über Georgien mit der Türkei verbinden. Ankara fürchtet aber auch die russische Militärpräsenz im armenischen Gyumri und den abtrünnigen Republiken Georgiens. Rund 11800 russische Truppen sind im Südkaukasus stationiert.

Das Konfliktpotenzial liegt darin, dass die Türkei über Georgien ihr »Brudervolk« und ihren wichtigen Energielieferanten Aserbaidschan stärkt und gleichzeitig Aserbaidschan nicht auf seinen größten Waffenlieferanten Russland verzichtet. Baku wird auch in Zukunft Kriegsgerät und Technologie in Moskau einkaufen.

Auch wenn Militärbeziehungen zwischen den Turkvölkern Aserbaidschan und Türkei bis ins Jahr 1992 zurückdatieren, als sie vor allem im Ausbildungsbereich zu kooperieren begannen, ging die Zusammenarbeit erst in den letzten Jahren über das bloße Trainieren und Assistieren beim aserbaidschanischen Grenzschutz hinaus. Im Jahr 2010 haben Aserbaidschan und die Türkei eine offizielle strategische Partnerschaft begründet, die unter anderem einen militärischen Beistandspakt umfasst, sobald eines der Länder in einen ernsten militärischen Konflikt involviert wird. Konkrete Anwendung würde dieser im Falle eines erneuten Ausbruchs des Kriegs um die von Armenien okkupierte Region Berg-Karabach finden. Auch hier besteht also die Gefahr, dass aus einem eigentlich begrenzten Krieg eine Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Militärbündnissen NATO und OVKS wird, wenn das NATO-Mitglied Türkei während eines Einsatzes für Aserbaidschan in Schwierigkeiten gerät.

Seit der 2010 verkündeten strategischen Partnerschaft erhöhte die Türkei ihre Militärlieferungen nach Aserbaidschan. Gemeinsam begann man mit der Herstellung von Artilleriewaffen. Einen weiteren Wandel im Niveau des Einflusses Ankaras auf den Südkaukasus bemerkten Militäranalysten, als erstmals im Jahr 2012 georgische Truppen im großen Stil begannen, sich türkisch-aserbaidschanischen Kriegsspielen anzuschließen. Um diese Entwicklung auch für die Zukunft zu zementieren, unterzeichneten die Verteidigungsminister der drei Länder im Jahr 2014 mehrere Abkommen, die regelten, dass künftig zweimal im Jahr trilaterale Treffen und noch mehr Militärübungen abgehalten werden. Für Baku kreiert die Bindung an Ankara einen militärischen Gürtel, untermauert durch zahlreiche Militärabkommen. Für Ankara bedeutet die militärische Partnerschaft mit Aserbaidschan und Georgien, das russische Gewicht im Südkaukasus zu schwächen und den beiden Ländern Waffen aus der türkischen Rüstungsindustrie zu verkaufen.

Für Armenien, das aktuell ernsthafte wirtschaftliche Unwägbarkeiten verbunden mit einer Periode politischer Instabilität durchlebt, stellen die Militärübungen seiner drei Nachbarstaaten ein geopolitisches Problem dar. Türkei, Georgien und Aserbaidschan tangieren einen Großteil der Grenzen Armeniens. Von der Türkei und Aserbaidschan eingeklammert, die aus historischen und politischen Gründen Jerewan gegenüber nicht unbedingt wohlgesonnen sind, sind Armeniens operationelle Möglichkeiten auf die Grenzen von Georgien und dem Iran beschränkt.

Die neue Welle militärischer Übungen korrespondiert mit dem Wandel der militärischen Balance zwischen Armenien und Aserbaidschan. Immer wieder ausbrechende kleine Scharmützel an der Front zwischen den Konfliktparteien führten immer wieder zu erheblichen Verlusten auf armenischer Seite. Auch wenn dies zu hinterfragen ist, erklärte der aserbaidschanische Präsident Ilham Alijew, dass aserbaidschanische Truppen die »Überlegenheit« über armenische gewonnen hätten.

Im Mai 2015 war die westliche Exklave Nachitschewan, die an der südwestlichen Grenze Armeniens liegt, Gastgeberland einer gemein-

samen taktischen Übung zwischen türkischen und aserbaidschanischen Militäreinheiten. Für Armenien schafft diese Entwicklung die Gefahr eines Zweifrontenangriffs durch Aserbaidschan. Im Fall der Fälle, sollte es zu einem umfassenden Konflikt ausarten, in den womöglich sogar Russland involviert wäre, würde die Türkei intervenieren. Und damit wäre auch die NATO mit eingebunden.

Weit brisanter scheint aber das neuerliche Engagement Georgiens bei den Militärübungen der Türkei und Georgiens. Für Armenien repräsentiert georgisches Territorium das einzige Tor nach Russland, das es nach seinem Beitritt zur von Russland geführten Eurasischen Wirtschaftsunion unbedingt behalten will.

Im April 2015 veröffentlichte Russland Pläne, Militärbasen in Armenien, Abchasien, Südossetien und Kirgisistan auszubauen. Darüber hinaus bewilligte Moskau der Regierung in Jerewan eine Militärhilfe in Höhe von 200 Millionen US-Dollar - fast der Hälfte der jährlichen Militärausgaben des Landes. Auch könnten schon bald erste Boden-Boden-Raketensysteme vom Typ Iskandar auf armenischem Boden stationiert werden. Armeniens Angst vor der Türkei und Aserbaidschan treibt Jerewan in die Arme Moskaus.

Auch die sogenannte neue »eiserne Seidenstraße«, die Eisenbahnstrecke Baku-Tiflis-Achalkalaki-Kars, die schon bald jährlich 6,5 Millionen Tonnen Güter von A nach B transportieren wird, liegt im Augenmerk türkischer Sicherheitsbeamter. Sie fürchten, dass bei einem Krieg die Pipelines aus Aserbaidschan und die Eisenbahnstrecke sabotiert würden, was zum wirtschaftlichen Stillstand und zu Schäden in Milliardenhöhe führen dürfte.

»Der Südkaukasus wird der strategische Kreuzungsweg des 21. Jahrhunderts sein«, fasst eine Studie des kanadischen *Centrefor Research on Globalization* die Problematik zusammen. »Er bildet die Drehscheibe und Landbrücke zwischen Westeuropa/der atlantischen Welt und Ostasien, dem eurasischen Kernraum und dem Indischen Ozean, der Levante und Afrika.« Die Staaten des Südkaukasus sind daher für die beiden geopolitischen Kontrahenten USA und Russland von enormer Bedeutung.

Der Wettlauf um Militärbasen in Zentralasien

Besonders verwundbar an seinen Grenzen ist Russland im postsowjetischen Zentralasien. Die östlich des Kaspischen Meeres liegenden Staaten Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan (früher auch: Kirgisien oder Kirgistan) sind die nördlichen Nachbarn Irans und Afghanistans und die westlichen Anrainer (Tadschikistan und Kirgisistan) Chinas. Sie liegen also strategisch wichtig zwischen China, Kasachstan und Russland. Das bedeutet, wie der geopolitische Autor William Engdahl am 6. Mai 2015 auf *Kopp Online* schreibt: »Sie liegen im Zentrum des zukünftigen Wirtschaftsbooms, der mit Chinas neuem Hochgeschwindigkeitseisenbahnnetz der Neuen Seidenstraße kommen wird.« Noch vor diesem Megaprojekt »Neue Seidenstraße« baut China von der Provinz Xinjiang im äußersten Westen des Landes eine Eisenbahnverbindung über Nordkirgisistan nach Usbekistan. Dort soll sie an das bestehende Eisenbahnnetz über Turkmenistan zum Kaspischen Meer angeschlossen werden. Damit erhält China eine zusätzliche Überlandverbindung durch Zentralasien für Exporte auf den europäischen Markt und leichteren Zugang zu Gold-, Kohle- und anderen Rohstoffvorkommen in Kirgisistan.

Sehen wir uns diese Region einmal genauer an: Laut russischen Experten nutzte Amerika den Afghanistan-Einsatz nur als Vorwand, um neue Militärbasen einzurichten und Russland aus der Region zu verdrängen. Im April 2014 bemängelt der russische Vizeverteidigungsminister Anatoli Antonow, dass die USA nach dem Abzug der internationalen Kampftruppen aus Afghanistan mehrere Stützpunkte im Land am Hindukusch behalten wollen. »Laut unbestätigten Angaben wird es neun US-Basen in Afghanistan geben. Was soll das? Wozu werden sie dienen? Welche Aufgaben werden sie erfüllen?«, fragt Antonow nach Angaben von *RIA Novosti* bei einem Vortrag in der Moskauer Diplomatenhochschule.

Tadschikistan liegt am nördlichen Rand Afghanistans. Um das Land ringen Russland und die USA. Auf dem sogenannten nördlichen Weg

(also über Usbekistan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan) hatte während des Afghanistan-Kriegs die internationale Schutztruppe ISAF am Hindukusch ihren Nachschub erhalten. Und Russland braucht das Hochgebirgsland, das doppelt so groß wie Bayern ist und von seinen 7000 Meter hohen Gipfeln gleichsam über seinen Nachbarn Afghanistan, Pakistan und China thront, als strategischen Anker in Zentralasien.

Die *Washington Post* prophezeit einen geopolitischen Kampf um Tadschikistan zwischen Russland und den USA. Der US-Kongressabgeordnete Dan Burton sagt, in Tadschikistan werde möglicherweise ein US-Stützpunkt entstehen - anstatt der Luftwaffenbasis in Kirgisistan, die die Amerikaner 2013 wieder verlassen mussten. Der russische Auslandsexperte Alexej Muchin warnt gegenüber der *Stimme Russlands,* das Afghanistan-Problem sei für Amerika nur ein Vorwand.

»Eine Militärbasis in Tadschikistan ermöglicht den USA eine ausgezeichnete Chance, einen Schmerzpunkt in der Region zu instrumentalisieren. Dies richtet sich vor allem gegen Russland und China, deren Haltung zu Syrien den USA missfällt ... Tadschikistan ist wirtschaftlich von seinen Nachbarländern, darunter auch von Russland, äußerst abhängig. So sind die historischen Verhältnisse. Als Gegenleistung für eine Militärbasis wird die tadschikische Führung gewisse Präferenzen fordern. Wer mehr anbietet, dem wird Tadschikistan mehr Aufmerksamkeit auf seinem Territorium schenken.«

Noch ist das Land aber Mitglied in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ, auch SCO). Dazu gleich mehr.

Die frühere US-Außenministerin Hillary Clinton und weitere ranghohe US-Diplomaten haben in den vergangenen Jahren die drei SOZ-Mitglieder Tadschikistan, Usbekistan und Pakistan besucht. Besonders intensiv verhandeln die USA mit Usbekistan. Dieses Steppenland von der Größe Schwedens war Mitglied im bereits erwähnten postsowjetischen Bündnis für kollektive Sicherheit (OVKS), trat aber im Zuge einer Annäherung an den Westen wieder aus und beteiligte sich dafür am Partnerschaftsprogramm der NATO, was von der OVKS mit äußerster Besorgnis gesehen wird. Nikolia Bordjuscha, der Chef des Bündnisses, warf dem Westen bereits im November 2014 vor, er versuche, die OVKS-Länder zu destabilisieren. Als Beweis nannte er

den »unverhältnismäßigen Anstieg der Zahl der Vertreter in den Botschaften westlicher Länder, insbesondere der der USA, und die Aktivierung der Arbeit der zahlreichen mit westlichen Stipendien finanzierten NGOs«. William Engdahl sieht das ähnlich, wenn er schreibt: »Wir können davon ausgehen, dass Washington eine neue Welle von Farbenrevolutionen in Kirgisistan und Zentralasien startet.«

Dazu passt auch die Meldung russischer Medien, dass die USA einen Militärstützpunkt in Usbekistan einrichten wollen und bereits die entsprechenden Gespräche führen. Auch die NATO-Militärtechnik soll nach dem Afghanistan-Abzug zum großen Teil in Usbekistan bleiben. Der russische Auslandsexperte Walerij Korowin sagt, die US-Regierung sei dabei, ein geopolitisches Großprojekt umzusetzen.

»Amerika hat vor einigen Jahrzehnten eine geopolitische Strategie besiegelt, die darin besteht, Eurasien mit US-Militärstützpunkten zu umgeben, um den Raum mit Russland in der Mitte wirtschaftlich und strategisch zu erwürgen. Nun beobachten wir eine weitere Phase dieses Projekts.«

Allerdings hat Usbekistans Präsident Islom Karimow diesen US-Bestrebungen erst einmal einen Riegel vorgeschoben: Er schließt die Einrichtung von ausländischen Militärstützpunkten in seinem auf militärpolitische Neutralität bedachten Land aus. Nach Ansicht von Experten hat Karimow damit auf den Vorschlag der USA an Usbekistan geantwortet, sich der internationalen Anti-IS-Koalition anzuschließen, schreibt die *Nesawissimaja Gaseta* am 2. September 2015.

Der stellvertretende US-Staatssekretär für Süd- und Zentralasien, Daniel Rosenblum, hatte bei seinem Taschkent-Besuch Usbekistan dazu bewegen wollen, der Anti-IS-Koalition beizutreten. Der US-Diplomat hob hervor, dass Usbekistan ein Schlüsselpartner der NATO in Zentralasien sei und die USA im Kampf gegen die Taliban im benachbarten Afghanistan unterstütze. Die Amerikaner erhofften sich Unterstützung durch die im Antiterrorkampf erprobten Behörden in Taschkent. Außerdem hatten sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nach der Aufhebung der Sanktionen 2012 zum Besseren entwickelt. Dennoch erteilte Usbekistan den USA eine Absage.

»Usbekistan wird niemals irgendeinem militärpolitischen Bündnis beitreten und keine Soldaten außerhalb des Landes stationieren«,

sagte Präsident Karimow bei den Feierlichkeiten anlässlich des Unabhängigkeitstags des Landes. Karimow erklärte, dass »die tiefgehend durchdachte Position, die wir als einzig und allein richtig für uns erachten, niemals aufgegeben wird«.

Der russische Zentralasien-Experte Alexander Knjasew ist der Ansicht, dass Washingtons Vorschlag an Usbekistan, sich der Antiterrorkoalition anzuschließen, das Ziel hatte, die zentralasiatischen Republiken in eine »intensivere militärpolitische Kooperation mit den USA einzubeziehen«.

Reuters zitierte den für Süd- und Zentralasien zuständigen Vizeassistenten des US-Außenministers, Richard Hoagland: »Warum sich die USA um die Länder Zentralasiens kümmern? Schauen Sie sich die Weltkarte an.« Zu dieser Entwicklung passt auch, dass Kasachstan im Sommer 2015 eine gemeinsame Militärübung mit der NATO durchführte und Turkmenistan Washington um Hilfe beim Schutz der Grenze zu Afghanistan bat. US-Vizeaußenminister Antony Blinken betonte in diesem Zusammenhang, dass Russlands Handlungen in seinen Grenzgebieten, »darunter die Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine«, das Fundament der Weltordnung verletzen und dass die zentralasiatischen Länder »die von Russland ausgehenden Gefahren besser als jemand sonst verstehen.«

Was die Beziehungen Turkmenistans zu Russland angeht, so sind die turkmenischen Gaslieferungen nach Europa eines der ungelösten Probleme. Es geht um eine Kaspi-Pipeline. Die Pipeline kann derzeit nicht gebaut werden, weil der rechtliche Status des Kaspischen Meeres immer noch nicht geregelt ist, weshalb alle Anrainer dem Pipelinebau zustimmen müssen. Falls beziehungsweise nachdem das Kaspische Meer zwischen den Anrainern aufgeteilt wird, können diese über die Umsetzung von Projekten in ihrem Hoheitsgewässer selbst entscheiden. »In diesem Fall würde das turkmenische Gas mit dem russischen Brennstoff in Europa konkurrieren«, hatte der stellvertretende Chefredakteur des Fachmagazins *Neft I Kapital* (Öl und Kapital) Igor Iwachnenko im September 2014 erläutert.

Bereits vor vier Jahren hatten von der *Nesawissimaja Gaseta* befragte Experten gewarnt, dass eine offene Konfrontation mit Russland und eine Vernachlässigung seiner Position in dieser Frage zu einem

bewaffneten Konflikt führen könnten. »Der Westen unterschätzt Moskaus Entschlossenheit, Gewalt anzuwenden, um die Umsetzung von Pipelineprojekten im Kaspi-Raum zu verhindern. Das hat nicht nur wirtschaftliche, sondern vielmehr militärpolitische Gründe«, hatte die *Nesawissimaja Gaseta* am 22. November 2011 geschrieben. Seit dieser Zeit hat sich die Situation kaum verändert.

Bis zuletzt war Russland der größte Gasimporteur Turkmenistans. In letzter Zeit verkauft dieses Land sein Gas vor allem an China und den Iran. Der Export in die Volksrepublik hat inzwischen 95 Milliarden Kubikmeter pro Jahr erreicht.

Der Bau der Kaspi-Pipeline werde durch ungeregelte kommerzielle Fragen behindert, sagte der Öl- und Gasexperte Michail Krutichin. »Gegen dieses Projekt tritt vor allem Russland auf, denn das turkmenische Gas würde mit dem russischen in Europa konkurrieren. Zudem hat China als größter regionaler Teilnehmer des Gasmarkts nichts gegen dieses Projekt.«

Peking habe wichtige Interessen in Zentralasien, stimmte Wladimir Scharichin vom russischen Institut für GUS-Länder zu. »China investiert intensiv in die Region, ohne seine Investitionen für einen politischen Druck zu nutzen. Falls aber die USA versuchen, ihren Einfluss auf Turkmenistan auszubauen, würde das der Volksrepublik nicht passen. Dann würden die USA riskieren, sich nicht nur mit Russland, sondern auch mit China zu zerstreiten. Dann könnte Peking gemeinsam mit Moskau den Amerikanern Widerstand leisten«, so der Branchenkenner.

Putins Schachzug: Die eurasische Integration

Genau dieser Schulterschluss zwischen Russland und China in Zentralasien, ausgedrückt durch den SOZ, bereitet Washington Kopfschmerzen. Seit der Gründung der SOZ im Jahr 2001 gehören ihr Russland, China, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan an. Kürzlich wurde auch die Aufnahme Pakistans und Indiens in die Organisation besiegelt. Anfang Juli 2015 fand in der Millionenstadt Ufa (westlich des Ural gelegen) ein Treffen der SOZ und

gleichzeitig der BRICS-(Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika-) Staaten statt. Der Journalist und politische Kommentator Pepe Escobar schreibt in der Juliausgabe 2015 des US-Magazins *The Nation,* dass die Verbindung der beiden Gipfel ein brillanter diplomatischer Schachzug von Russlands Präsident Wladimir Putin sei. In Ufa habe Russland gegenüber Washingtons imperialistischer Logik seine »soft power« gezeigt, die eine weit entwickelte strategische Partnerschaft aufweist.

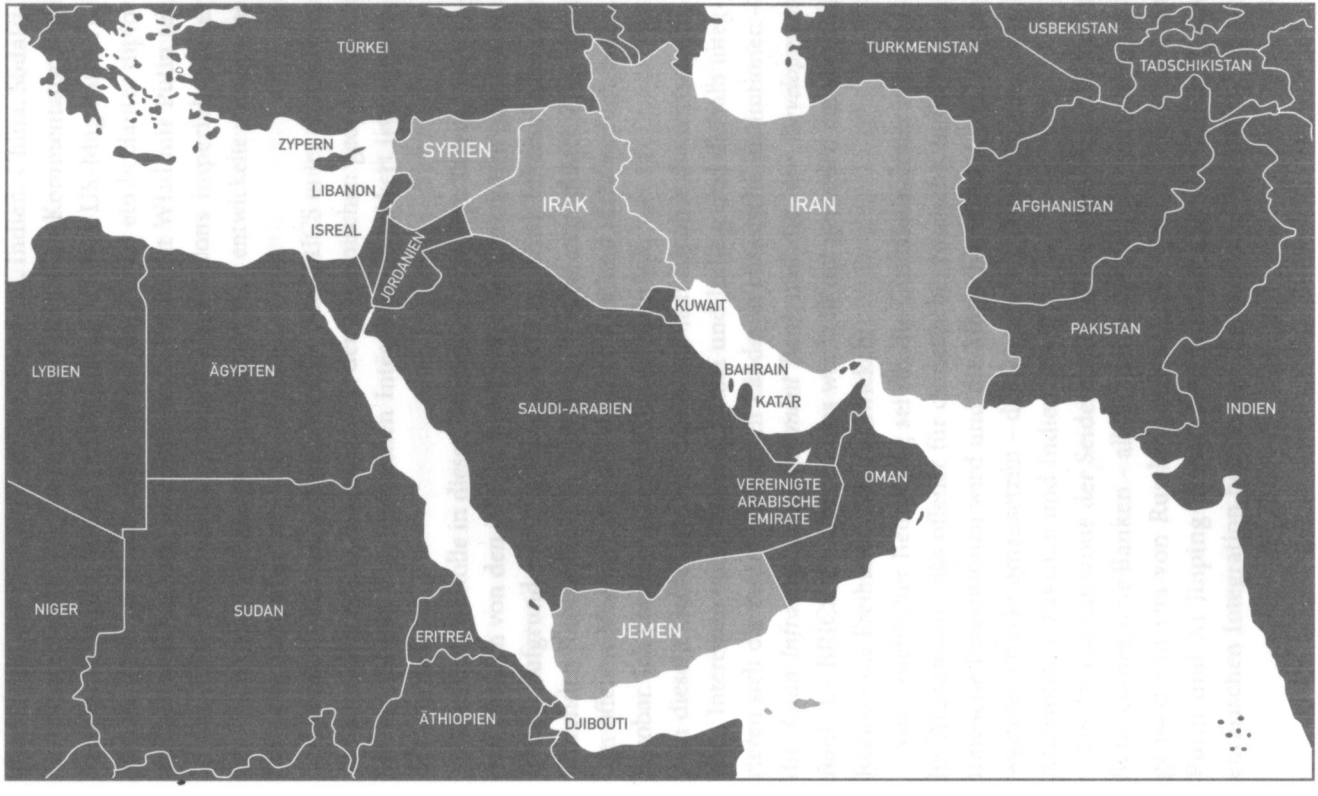
»Indem Moskau alle Führer der SOZ und BRICS unter einem Dach versammelte, zeigte es eine Vision der dynamischen geopolitischen Struktur, die in der eurasischen Integration verankert ist«, schreibt der Journalist.

Eine wichtige Rolle in dieser Struktur sei dem Iran zugeordnet worden, der sich von den jahrelangen westlichen Sanktionen gekonnt befreite - aufgrund seiner geografischen Lage wird Teheran zu einem führenden Knotenpunkt in Eurasien, da es einen perfekten Zugang zu den offenen Meeren hat, über welchen Russland nicht verfügt, betont Escobar. Ich komme später auf den Iran zurück.

In diesem Gebiet konzentrieren sich laut Escobar die wirtschaftlichen Interessen von Russland, China und Indien, und deshalb integrieren sich die zentralasiatischen Länder in eurasische Institutionen - die *Asian Infrastructure Investment Bank* und die *New Development Bank* der BRICS. Darüber hinaus werde in der gesamten eurasischen Region eine Freihandelszone entwickelt.

Von erheblicher Bedeutung sei für die Gipfelteilnehmer ein stabiles Afghanistan, das offener für chinesische, russische, indische und iranische Investitionen wird und die Möglichkeit bietet, ein lang erwartetes Projekt umzusetzen - die Gaspipeline durch Turkmenistan, Afghanistan, Pakistan und Indien (TAPI).

Die Wirtschaftszone der Seidenstraße, die wachsende BRICS und SOZ, chinesische Banken - all dies seien »gemeinsame Anstrengungen«, die in Ufa von Russlands und Chinas Staatschefs Wladimir Putin und Xi Jinping besprochen wurden und die Zukunft der eurasischen Integration bestimmen, beteuert der Journalist.


TÜRKEI
TURKMENISTAN
USBEKISTAN
TADSCHIKISTAN
ZYPERN
SYRIEN
LIBANON
ISREAL
IRAK
IRAN
AFGHANISTAN
JORDANIEN
KUWAIT
PAKISTAN
LYBIEN
ÄGYPTEN
BAHRAIN
KATAR
SAUDI-ARABIEN
INDIEN
OMAN
VEREINIGTE
ARABISCHE
EMIRATE
NIGER
SUDAN
ERITREA
JEMEN
ÄTHIOPIEN
DJIBOUTI

Mittlerer Osten: Das Objekt der Begierde

Im Nahen und Mittleren Osten, auch in der islamischen Welt, die bis Südostasien reicht, gibt es zwei beinahe unheilbare Konflikte, deren tägliche Gräueltaten im Wettbewerb liegen. Da ist der arabisch-israelische Bruderkrieg, der seit Jahren live in unseren Wohnzimmern zeigt, was der Alltagshass anrichtet. Und dann ist da dieser uralte Konflikt zwischen den Schiiten und den Sunniten, den beiden Glaubensrichtungen des Islam. Er ist mit schier unglaublicher Intensität wieder ausgebrochen. Das Stichwort heißt IS - der Islamische Staat in Irak und Syrien.

Seine apokalyptischen Reiter und selbsternannten Propheten begegnen uns mit ihren Pickup-Kolonnen und den wehenden schwarzen Fahnen als täglich größere Gefahr. 30 000 oder auch 50 000 hochmotivierte, gut ausgebildete und ebenso bewaffnete Kämpfer, von denen viele aus der eigentlich aufgeklärten Welt angereist sind, wollen dem reaktionären, intoleranten, radikalen Islam wieder ein Weltreich erobern. Ich komme gleich darauf zurück.

Chaos an den Ölquellen

Der Nahe und Mittlere Osten ist eine überwiegend menschenfeindliche Gegend, in deren Untergrund aber riesige Mengen an Öl und Erdgas liegen. Die Industriestaaten kaufen seit nahezu 100 Jahren die frei werdenden Bodenschätze. Das hat im Laufe der Zeit zu stabilen Partnerschaften geführt. Die Region selbst war immer instabil. Riesige Mengen an Petrodollars haben die Strukturen aber gekittet.

Bis zum sogenannten Arabischen Frühling, der Arabellion. Sie begann in Tunesien, als ein von der Staatsmacht schikanierter Händler sich selbst tötete - und damit einen Volksaufstand auslöste. Die Herrscherfamilie wurde gestürzt und in ein vergoldetes, saudisches Luxusexil vertrieben. Ein bisschen Demokratie, ein bisschen Aufschwung hat es seither gegeben. Mittlerweile sucht der IS auch dieses

Land heim und vertreibt die für den Staatshaushalt so wichtigen Touristen.

Die Revolutionswelle war 2010 auf das Nachbarland Libyen übergeschwappt. Muammar al-Gaddafi - seit 1969 Herrscher über das Land, einst gefährlichster Mann der Welt und Terroristenförderer, dann begehrter Handelspartner und Vorfluter gegen die Asylantenschwemme von südlich der Sahara, kurz vor seinem Ende der Mann, der nicht mehr in Petrodollars abrechnen wollte - sah sich wütenden Protesten auf den Straßen des Landes ausgesetzt. Die Aufständischen plünderten sogar die übervollen Waffendepots des Revolutionsführers, hielten aber Gaddafis Militär auf Dauer nicht stand. Da griff die NATO massiv ein. Am Ende waren mindestens 50 000 Libyer tot. Gaddafi und einer seiner Söhne wurden vom Pöbel auf offener Straße ermordet, nachdem europäische Kampfflugzeuge seine Autokolonne zerstört hatten.

Seither treiben Hunderte von Milizen, zumeist Islamisten der härtesten Sorte, den nicht mehr existierenden Staat in den finalen Untergang. Und sie sorgen dafür, dass diese Unmengen von Waffen neue Besitzer finden. Libyen ist das neue Somalia.

Nächster Schauplatz der Arabellion war das einstmals stolze »schlagende Herz der arabischen Welt«, Ägypten. Das Volk nutzte die Gunst der arabischen Revolte und fegte den langjährigen (seit 1981 regierenden) Alleinherrscher Hosni Mubarak weg. Die politisch ausgehungerten Moslembrüder kamen an die Macht und drehten die Uhr weit zurück. Das erlaubte es dem Militär, die Notbremse zu ziehen und das ganze Land erneut zu unterwerfen. Auf der Strecke blieben die Frühlingsgefühle und die Idealisten vom Tahir-Platz. Aber auch der diktatorisch regierende Generaloberst Abd al-Fattah as-Sisi sieht sich seit 2015 einem Feind gegenüber, der langsam alle Länder der Arabellion in Unruhe stürzt: IS.

Davon kann Syrien ein Lied singen. Das Land stammt, wie der Irak, aus der Konkursmasse des Osmanischen Reichs. Vorübergehend waren Kolonialmächte am Werk, und dann versuchten arabische Nationalisten gemischt mit Militärdiktatoren die Menschen nachhaltig zu formen. 1970 putschte sich die Familie Assad an die Macht. Assad senior schuf eine knallharte Diktatur mit schier

unbeschränkter Geheimdienstwillkür, Ostblockstaaten vergleichbar. Während des Kalten Kriegs standen die syrischen Machthaber auf der Seite der Sowjetunion.

Sohn und Nachfolger Bashar Assad greift ähnlich brutal durch wie sein Vater. Im seit 2010 andauernden Bürgerkrieg haben bisher Hunderttausende ihr Leben verloren, sind Millionen in die Nachbarländer und nach Europa geflüchtet. Ähnlich viele irren entwurzelt im Land umher. Ich bin schon ausführlich darauf eingegangen.

In Syrien mischen alle mit - die vom Westen bewaffneten Nationalisten, der von den Golfarabern ausgestattete IS, iranische Elemente und die libanesische Hisbollah-Miliz, Teherans langer Arm. Dazu gleich noch mehr.

Syriens Nachbar Irak hat sich vom Eroberungskrieg der USA im Jahr 2003 nicht mehr erholt. In Bagdad kamen die Schiiten an die Macht, und damit vom Grundsatz her die Feinde aus Teheran. Die Kurden spalteten sich ab und gründeten eine erste Probeversion ihres eigenen Staates. Seit 2014 ziehen die hemmungslosen Horden der IS-Miliz durchs Land. Sie haben ihr sogenanntes Kalifat gegründet, den Osten Syriens besetzt und bewegen sich im Blutrausch in Richtung Südirak.

Im 2014 veröffentlichten *Global Terrorism Index* des Londoner *Institute for Economics and Peace* heißt es, dass 2013 weltweit 10000 Terroranschläge ausgeführt wurden. Das bedeutet 44 Prozent mehr als 2012. In absoluten Zahlen sind 18000 Menschen durch die Hand von Terroristen ums Leben gekommen, 61 Prozent mehr als 2012. Mehr als 80 Prozent der Taten geschahen im Irak, in Afghanistan, in Pakistan, in Nigeria und Syrien. In dieser Reihenfolge. Allein ein Drittel aller Terrortoten wurde im Irak gezählt. Das ist der Fluch der bösen Tat des Jahres 2003 - der auf Lügen basierenden Invasion des Iraks durch die US-geführte »Koalition der Willigen«.

Der Krieg um Syrien

Russische Politikwissenschaftler haben die Revolutionen in der arabischen Welt 2010 bis 2012 als ein vom Westen »gesteuertes Chaos«

bezeichnet, um einen »Krisenbogen« zu spannen. Professor Andrej Fursow, Leiter des Zentrums für Russlandforschung an der Moskauer Geisteswissenschaftlichen Universität und Mitglied der Internationalen Akademie der Wissenschaften in München, erklärte dazu in einem Interview (veröffentlicht im *Magazin 2000plus,* Ausgabe 02/2013), die USA und ihre Verbündeten würden versuchen, »die islamische Welt in eine Menge kleiner Einheiten zu zerschlagen, mit denen private Militärfirmen oder Konzernsöldner leicht zurande kommen, die Reste von Ressourcen aus ihnen herauspressen und sie anschließend auf der Müllhalde der Geschichte entsorgen«. In Syrien sei dieser Versuch zu einem Halt gekommen.

Syrien ist nach Fursow neben dem Iran das Aufmarschgebiet für Zentralasien - jene Region, in der sich nach Brzeziriski (siehe oben) die Machtverhältnisse in der Welt entschieden werden. Nur über Syrien und Iran kann Eurasien, also hauptsächlich das geografische Gebiet Russlands, angegriffen werden.

Außerdem sei Syrien das Verbindungsglied zwischen dem schiitischen Iran und den übrigen schiitischen Gruppierungen in der arabischen Welt. Dieser religiösen Richtung des Islam stehen die Sunniten gegenüber, also Saudi-Arabien und die reichen Vereinigten Arabischen Emirate am Golf, unterstützt von den USA. Fursow: »Ohne die Lösung der syrischen Frage können sich die Briten und Amerikaner nicht an den Iran wagen.«

Syrien ist noch aus einem dritten Grund wichtig, wie Fursow erklärt. »Im südöstlichen Mittelmeerraum sind Erdgasvorkommen festgestellt worden - sowohl auf dem Seegebiet als auch an Land in der syrischen Region Kara.«

Und schließlich gebe es einen letzten Grund für den Syrienkonflikt: Katar. Das arabische Emirat exportiert verflüssigtes Erdgas mithilfe einer Tankerflotte. Bricht das Assad-Regime zusammen, so bekäme Katar die Möglichkeit, den blauen Brennstoff direkt über das syrische Territorium an die Küste des Mittelmeeres zu transportieren. Das würde sein Exportvolumen mindestens verdoppeln und gleichzeitig den Export aus dem Iran - es gibt eine Pipeline von Iran nach Syrien - behindern. Fursow: »Das Erstarken Katars auf dem Markt für Erdgas schwächt die Position Russlands.«

Fursow weiter: »Die wirtschaftlichen Interessen Katars fallen mit den geopolitischen Interessen der USA zusammen und mit ihrem Bemühen, Russland maximal zu schwächen. Der Westen will von Russland nur eines: dass es Russland nicht mehr gibt.«

Der Moskauer Politikprofessor spricht sich so vehement für ein russisches Engagement in Syrien aus, weil er damit rechnet, dass die USA nach syrischem Muster versuchen wurde, auch den Kaukasus und die Wolga-Region zu destabilisieren. »Man besetzt eine Stadt oder einen Teil davon, die Folgen sind Massaker. Dann ruft man die Weltöffentlichkeit auf, welche auf Sanktionen, Kontrolle und Stützpunkte drängen wird - ein solcher existiert bereits im Hinterland, nämlich die NATO-Nachschubbasis in Uljanowsk.«

Fursows Fazit: Russland müsse sich schon jetzt »auf den Großen Krieg des 21. Jahrhunderts« vorbereiten, »auf die letzte große Jagd der Epoche des Kapitalismus, die leider höchstwahrscheinlich unvermeidbar ist«.

Der deutsche Publizist und Regierungsberater Christoph Hörstel sieht in der Konfrontation in Syrien ebenfalls einen Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland. »Beide Parteien versorgen ihre Verbündeten heimlich mit Waffen: Russland das Assad-Regime und die USA die Aufständischen«, sagte Hörstel in einem Internetinterview im Februar 2013.

Ende August 2013 spitzt sich die Lage weiter zu, als die USA Marineverbände vor die Küste von Syrien verlegen, um gegen Assad loszuschlagen, sollte sich der Vorwurf, er setze Chemiewaffen gegen die Aufständischen ein, erhärten. Russland und Syrien behaupten in dieser Streitfrage, es seien die Aufständischen, die C-Waffen zum Einsatz brächten, um ein amerikanisches Eingreifen zu provozieren. Im September 2013 vereinbaren die USA und Russland auf Initiative des russischen Außenministers Sergei Lawrow überraschend eine nicht militärische Lösung des Konflikts: Assad muss sein Chemiewaffenarsenal unter der Kontrolle der UN vernichten.

Der Kampf um Syrien war damit aber noch lange nicht beendet, denn an den Interessen der Großmächte hat sich nichts geändert. Nachdem Russland im September 2015 in den Krieg gegen den IS in Syrien eingriff, hat sich die Lage weiter zugespitzt. Denn plötzlich

sieht sich die vom Westen ausgebildete und finanzierte Terrormiliz zum ersten Mal einem wirklichen Gegner gegenüber.

Neben den USA und Russland ist aber auch China vom Krieg in Syrien betroffen. Das darin ablaufende Chaos trennt China von den benötigten Quellen für Erdöl und Erdgas ab. Fursow: »Chinas Drang ist eine Art Kreuzzug um Ressourcen. Pakistan befindet sich schon unter Chinas Einfluss. Mit den Taliban Afghanistans haben die Chinesen schon lange Beziehungen. Der Iran ist auch Verbündeter. Der Süden des Irak wird de facto bereits von den schiitischen Verbündeten des Iran kontrolliert. Geostrategisch und auch geoökonomisch gesehen dringt China hier nicht nur bis an die Küste des Indischen Ozeans, sondern bis an die syrische Mittelmeerküste. Die westlichen Kreuzritter sind in Syrien an die Chinesische Mauer gestoßen.«

Erstmals stünden sich damit zwei auf Handel und Geld orientierte Eliten gegenüber. »Peking versteht sehr wohl, dass Syrien lediglich ein Wegpunkt in der Hauptstoßrichtung der Nordatlantiker [der Amerikaner, Anm. d. Verf.] ist - und Ziel ist es, China fallen zu sehen, es in die Schranken seiner eigenen Landesgrenzen zu verweisen, es von den Rohstoffquellen zu trennen und technologisch zu ersticken. Deswegen haben wir es mit einer solch harten Position Chinas zu Syrien in der UNO zu tun.«

Moskau unterstütze durch sein atomares und diplomatisches Potenzial die chinesische Position, denn »allein würden weder China noch Russland bestehen können«.

Das Ende der muslimischen Nationalstaaten

Während die Terrormiliz Islamischer Staat - auf die ich im nächsten Kapitel ausführlich zu sprechen komme - Mitte Juni 2014 Teile des West- und Nordirak eroberte, rückte auch die kurdische Armee vor. Die Peschmerga genannten Truppen würden die Provinzen Kirkuk, Nineve und Dijala nicht eher verlassen, bis Bagdad nicht Artikel 140 der irakischen Verfassung zur Anwendung bringe, meldete der irakische Fernsehsender *Alsumaria News* am 16. Juni 2014. Artikel 140 der

irakischen Verfassung sieht ein Referendum für die kurdischen Regionen des Irak vor. Deren Bevölkerung soll über eine Zugehörigkeit zur kurdischen Autonomieregion entscheiden. Der sich bereits abzeichnende neue Staat Kurdistan würde mit den Ölfeldern von Kirkuk über bedeutende Ölvorkommen verfügen.

Der IS kontrolliert bereits die Ölfelder nördlich von Bagdad. Aber auch der vom bisherigen irakischen Ministerpräsidenten, Innenminister, Verteidigungsminister und Chef der Sonderarmee und der Sicherheitsbehörden, Nuri al-Maliki, beherrschte Südirak hat einige Ölvorkommen. Irak ist nach Saudi-Arabien der wichtigste Öllieferant der Welt.

Die sich aus dieser Lage ergebende Konstellation birgt enormen Zündstoff: Kurdistan steht schon heute dem Westen nahe. Der sunnitische IS wird von seinen saudischen Glaubensbrüdern unterstützt. Der schiitische Rest-Irak lehnt sich an den schiitischen Bruderstaat Iran an. Die bisherige Schutzmacht USA ist also in einer prekären Situation. Als Verbündeter der Saudis kann sie nicht Krieg gegen IS führen, aber auch nicht die schiitische Regierung Iraks im Stich lassen, da sich diese sonst dem Iran zuwendet. Der IS wird sowohl von Saudi-Arabien als auch von den USA gebraucht, um den Irak und Syrien zu zerschlagen.

Interessant an dieser Entwicklung ist, dass nach Angaben des *Armed Forces Journal* bereits 2005 der frühere Armeeoberstleutnant Ralph Peters vorschlug: »Eine Neuziehung der gegenwärtigen Grenzen im Nahmittelosten und in Asien entlang ethnischer, religiöser und von Stammesgrenzen könnte die Spannungen in der Region verringern.« Die Neuordnung sieht einen großen Staat Kurdistan im Norden des heutigen Irak, einen schiitischen im Süden und einen sunnitischen in der Mitte des Landes vor.

Die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice sprach im Jahr 2006 davon, in der Region ein »kreatives Chaos« zu säen, aus dem ein »Neuer Naher Osten« hervorgehen solle - natürlich unter dem Deckmantel der Verbreitung der Demokratie. Das berichtet die *New York Times* am 29. September 2013. Mit der Invasion des Irak drei Jahre zuvor hatte die US-Regierung einen entscheidenden Beitrag für das »kreative Chaos« geleistet, aus dem heraus die Region neu zu ordnen ist. Ich bin in einem früheren Kapitel schon auf diese politische US-Theorie des »kreativen Chaos« eingegangen. Was auch immer mit der

Invasion - jenseits der Beseitigung nicht vorhandener Massenvernichtungswaffen - bezweckt wurde, das Ziel der US-Intervention bestand sicherlich nicht darin, einen starken Nationalstaat zu etablieren, der seine Interessen nach außen souverän wahrnehmen kann - ganz gleich, ob nach innen demokratisch ausgerichtet oder nicht.

Was der Öffentlichkeit gerne als ein der Kurzsichtigkeit der US-Politik geschuldeter Fehler verkauft wird - gemeint ist die nach der Invasion erfolgte Zerschlagung staatlicher Strukturen, die zur weiteren Destabilisierung des Irak beitrug -, könnte auch einem Kalkül geschuldet gewesen sein. Warum sonst würde man einen solchen »Fehler« in Libyen und Syrien wiederholen?

Den spätestens seit Amtsantritt der Regierung von George W. Bush zur Jahrtausendwende in der US-Administration zirkulierenden Vorstellungen einer Neuaufteilung der Region ist gemein, die von den einstigen europäischen Kolonialmächten gezogenen Staatsgrenzen anhand konfessioneller und ethnischer Kriterien neu zu ziehen - wobei die dabei zum Vorschein kommende Methode des »Teile und herrsche« dem alten Kolonialdenken gleicht. Einen möglichen Verlauf solch neuer Grenzen in Syrien und im Irak zeichnete die *New York Times* in einer Karte ein. Im Norden beider Länder entstünde Kurdistan, an der Küstenregion Syriens ein sich bis zur Grenze Israels erstreckendes »Alawitistan«, ein ungefähr den gegenwärtigen Grenzen des Islamischen Staates entsprechendes »Sunnitistan« in Ostsyrien und dem Westirak sowie ein »Schiitistan« im Süden Iraks.

»Ein Auseinanderbrechen Syriens schüfe einen Präzedenzfall für die Region und die unmittelbaren Nachbarn des Landes,« so die *New York Times* weiter. »Bisher ist der Irak lediglich aufgrund des internationalen Drucks und der in seinen Regionen vorherrschenden Befürchtung, es allein nicht zu schaffen, nicht auseinandergefallen. Hinzu kam die Möglichkeit, mit dem Erdölreichtum Loyalität, zumindest auf dem Papier, zu kaufen. Aber nun droht Syrien den Irak in seinen Mahlstrom des Untergangs hineinzuziehen.« Eine im Herbst 2013 getroffene, durchaus prophetische Aussage!

Wie auch immer sich die Lage entwickeln wird: Eine Aufteilung und Balkanisierung des arabischen und muslimischen Nahmittelostens scheint bevorzustehen. Die Kurden im Irak haben bereits praktisch

einen eigenen Staat gebildet, und der Iran hat angeboten, die schiitischen Iraker im Süden des Landes zu schützen. Alle diese Schritte fördern den Plan zur Zerschlagung des Nahmittelostens auf dramatischere und massivere Weise, als es die ursprünglichen Pläne der Briten zur Neugestaltung der Region vor mehr als einem Jahrhundert vorsahen.

Einen anderen Plan der Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens hatte Oded Yinon entworfen. Er war engster Mitarbeiter des nachmaligen israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon, als dieser noch Außenminister war. Yinon arbeitete damals eine Strategie aus, den gesamten Vorderen und Mittleren Osten völlig neu zu gestalten. »Aus der arabischen Welt muss ein Mosaik ethnischer und religiöser Gruppen gemacht werden«, schlug Yinon vor. »Durch die Zerstückelung sind sie schwach und können so leichter manipuliert werden«, schrieb er in einem Aufsatz für die Zionistische Weltorganisation (*World Zionist Organisation,* WZO) im Jahr 1982. Als regionale Übermacht müsse Israel sein geopolitisches Umfeld neu gestalten, nämlich wie in seinem Plan beschrieben, und eine Balkanisierung der arabischen Staaten durchführen.

Der Yinon-Plan sieht vor, die heute bestehenden arabischen Länder und darüber hinaus den Iran, Afghanistan und Pakistan grundlegend neu zu zeichnen. Die gesamte Region soll fragmentiert werden. Der Zweck ist, schwache Länder zu schaffen, die Israel nicht gefährlich werden und die sich nicht wehren können, wenn Mächte von außerhalb auf ihre Rohstoffe Zugriff nehmen wollen. Die vorgesehenen Brüche sind außerordentlich. Yinon plädiert für ein eigenes Kurdistan; der Irak und Libyen sollen zertrümmert werden - was tatsächlich dort bereits geschehen ist. Saudi-Arabien soll dezimiert werden, und zwischen Afghanistan und Pakistan soll ein Staat der Belutschen entstehen. Groß-Israel soll nach Yinon den Ostteil Ägyptens einschließen bis zum Nil, den nördlichen Teil Saudi-Arabiens, Jordanien, Libanon und die westlichen Teile des Irak und Syriens. »Vom Nil bis zum Euphrat«, hatte schon Theodor Herzl, der österreichisch-ungarische Schriftsteller jüdischer Herkunft, Publizist, Journalist und Begründer des modernen politischen Zionismus, im Jahr 1896 als Parole ausgegeben.

Zurück zur Gegenwart: Was sich derzeit in Syrien abspielt - die Einschleusung feindlicher Kämpfer über die Türkei und Jordanien

für einen Stellvertreterkrieg - wurde bereits 1996 in einer Studie (»A Clean Break«) empfohlen, die unter Leitung des US-Neokonservativen Richard Perle für die israelische Regierung angefertigt wurde. Neben einer Destabilisierung Syriens wurde darin auch die gewaltsame Entfernung Saddam Husseins von der Macht gefordert. Da einige der Autoren des Papiers »nun Schlüsselpositionen in Washington innehaben«, schrieb der *Guardian* im September 2002, nehme sich Israels Plan, »seine Feinde durch eine Neuordnung des Nahen Ostens zu überwinden«, realistischer aus als noch 1996.

Ein halbes Jahr nach dieser Feststellung durch die britische Zeitung bombten die USA Saddam Hussein von der Macht und legten mit dem Einmarsch im Irak den Ausgangspunkt für jene Entwicklung, die einhergehend mit der Zerschlagung Libyens und Syriens Israel »die beste Sicherheitslage« bescherte, die es »je hatte«, so die *Jerusalem Post* am 3. Juni 2015 unter Berufung auf israelische Militärs. »Arabische Staaten, die einst bis an die Zähne bewaffnet waren, wie Libyen und der Irak, sind auseinandergefallen.« Syrien sei vor vier Jahren noch die größte Bedrohung für Israel gewesen, doch heute existiere das Land praktisch nicht mehr, »sondern ist in mehrere Territorien auseinandergebrochen«.

Der sektiererische Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten »zerreiße« die arabische und muslimische Welt, stellte der ehemalige Mossad-Chef Meir Dagan vor zwei Jahren fest. »Das eröffnet einmalige Gelegenheiten für Israel, verschiedene Allianzen anzustreben und unsere Präsenz im Nahen Osten zu bestätigen«, berichtet die Webseite *haaretz.com* im Jahr 2013.

Mit einem alten Erzfeind, der die sektiererischen Auseinandersetzungen eifrig schürt, hat Israel inzwischen eine Allianz verwirklicht. Seit Anfang 2014 treffen sich israelische Regierungsvertreter mit Repräsentanten Saudi-Arabiens in geheimen Sitzungen. Das gaben Anwar Majed Eshki, Exberater von Prinz Bandar bin Sultan, einstiger US-Botschafter der Saudis, und Dore Gold, ehemaliger israelischer UN-Botschafter, am 4. Juni 2015 während einer Sitzung des *Council of Foreign Relations* in Washington erstmals bekannt. Bei den israelisch-saudischen Treffen dreht sich alles um einen gemeinsamen Feind. »Wenngleich diese Männer Länder repräsentieren, die historische

Feinde sind, war ihre Botschaft identisch: Der Iran übernimmt den Nahen Osten und muss gestoppt werden,« berichtete *Bloomberg.* In einem von Eshki vorgetragenen Siebenpunkteplan für den Nahen Osten nannte der saudische Vertreter einen herbeizuführenden Regimewechsel im Iran an zweiter Stelle - gleich nach einem Friedensschluss zwischen Israel und den Arabern. Außerdem sprach er sich für die Gründung eines kurdischen Staates aus. Auch in Israel werden nach *jerusalemonline.com* Stimmen lauter, die die Aufteilung Syriens in mehrere Staaten, darunter einen kurdischen, fordern. Israelische Militärs und Politiker hatten in den letzten Jahren wiederholt verlauten lassen, dass sie ein von Al-Qaida kontrolliertes Syrien gegenüber einem weiterhin mit dem Iran verbündeten Nachbarn bevorzugen.

IS - ein Produkt der USA

Kommen wir endlich zum IS. Mitte Juni 2014 marschierte die Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) von ihren Stützpunkten in Syrien auf die irakische Hauptstadt Bagdad und erbeutete modernste, in den USA produzierte Waffen durch den fluchtartigen Rückzug der irakischen Truppen.

Die westlichen Medien stellten den Vormarsch der IS-Brigaden als völlige Überraschung dar - wieder ein Beispiel für die zahlreichen Propagandalügen in diesem Guerillakrieg. Bereits im März 2014 , also drei Monate vor dem IS-Feldzug, hatte die libanesische Tageszeitung *Lebanon Daily Start* berichtet, der IS ziehe Truppen aus dem Westen Syriens ab und verlege sie an die syrisch-irakische Grenze.

Der IS verfügte also schon vor der Einnahme der irakischen Stadt über erhebliche Mengen an Waffen. Der Großteil davon stammte aus den USA und Saudi-Arabien, die Aufständische verschiedenster politischer Couleur im Kampf gegen Syriens Präsident Baschar al-Assad ausrüsteten. Anfang Juni 2014 hatte die führende Sicherheitsberaterin Präsident Obamas, Susan Rice, eingeräumt, die USA versorgten die »gemäßigten« Kräfte mit tödlichen Waffensystemen. Eine dieser »gemäßigten« Kampfgruppen war die Al-Nusra-Front, die Anfang 2014 in den IS integriert wurde.

Schon im Oktober 2014 wurde bekannt, von US AID stammende humanitäre Hilfe wird an den IS geliefert. Aber nicht nur Lebensmittel und Medizin, sondern auch amerikanische Waffenlieferungen, die per Flugzeug abgeworfen werden, landen »irrtümlich« bei den IS-Kämpfern.

Von den westlichen Medien, mit Ausnahme der Wochenzeitung *Neue Solidarität* (Ausgabe vom 12. August 2015), kaum beachtet, ist ein spektakuläres Interview mit dem ehemaligen Chef des amerikanischen Militärgeheimdienstes DLA, Michael Flynn, im »Head to Head«-Programm[32] des arabischen Nachrichtensenders *Al Jazeera.* Der entscheidende Satz dieses Interviews: Im Memorandum des DIA von 2012 sei klar nachzulesen - so Flynn -, dass die US-Regierung die Bewaffnung der radikalen Dschihadisten der Muslimbrüder, von Al-Qaida, der Al-Nusra-Front, des IS und weiterer kleinerer Gruppen organisiert und ein Kalifat im Osten Syriens und im Irak unterstützt. Ich komme auf das Memorandum weiter unten noch einmal zurück.

Um den IS zu verstehen, müssen wir uns kurz dessen Entstehungsgeschichte ansehen: Der IS war aus dem irakischen Widerstand der 2003 gegründeten Gruppe »Tawhid und Dschihad« hervorgegangen, die sich gegen die US-Invasion im Irak wandte. Erster Anführer war der für seine Grausamkeit berüchtigte Jordanier Abu Mussab al-Sarkawi. Seit Mai 2010 leitet der Iraker Abu Bakr Al-Baghdadi den IS. Interessant ist, dass sich Baghdadi und seine engsten Mitkämpfer in den amerikanischen Gefangenenlagern im Irak begegnet waren.

Die Gruppe griff im Irak nicht nur US-Soldaten an, sondern verübte auch Selbstmordanschläge auf Schiiten und Christen im Land. Al-Sarkawi wurde 2006 von der US-Armee getötet. Seither führen Iraker die Organisation. Deren zweiter Name »Islamischer Staat im Irak und der Levante« verdeutlicht den Anspruch, einen sunnitischen Großstaat zwischen Mittelmeer und Euphrat zu errichten.

An Macht gewann der IS, als er sich im Frühjahr 2013 in den syrischen Bürgerkrieg einmischte. Vor allem im Nordosten Syriens griff der IS syrisch-kurdische Städte an und massakrierte die Zivilbevölkerung. Der IS finanzierte sich von Anfang an durch Spenden aus

den Golfstaaten Katar und Saudi-Arabien, aber auch durch Wegezölle entlang der Grenzen zwischen Irak und Syrien. In den Reihen der Gruppe kämpfen internationale Brigaden, darunter Muslime aus Nordafrika und den arabischen Golfstaaten sowie Konvertiten aus Europa und Nordamerika.

Selbst in der westlichen Welt kommt es zu »vereitelten« Terroranschlägen der IS. In Australien fielen im Jahr 2015 mehr als 800 Polizisten über 15 Personen her, die angeblich der IS angehörten und nach Angaben der australischen Regierung vorhatten, wahllos jemanden in aller Öffentlichkeit zu enthaupten. In Großbritannien wurden vier Personen mit angeblichen Verbindungen zum IS verhaftet. Laut *Scotland Yard* hatten die vier einen Anschlag auf die Queen geplant.

Die Geheimdienste des Westens berichten, dass der IS nicht nur seinen regionalen Feldzug der Brutalität fortsetzt, der sich vom Libanon über Syrien bis in den Irak erstreckt, die Organisation arbeite zudem auch unermüdlich daran, Angriffe gegen Ziele in den USA, in ganz Europa und sogar in der Pazifikregion durchzuführen.

Einen Vorgeschmack auf die Ausweitung des IS-Terrors lieferten die Anschläge im November 2015 auf ein russisches Passagierflugzeug im Sinai und in der französischen Hauptstadt. Die Reaktionen kamen prompt. »Alle, die versuchen werden, den Tätern jegliche Unterstützung zu leisten, müssen wissen, dass sie damit die Konsequenzen vollständig übernehmen.« Mit diesen Worten warnte der russische Präsident Wladimir Putin die Verantwortlichen des Bombenanschlags auf die russische Passagiermaschine auf dem Sinai.

»Das [die Suche nach den Attentätern] darf keiner Verjährungsfrist unterliegen. Wir müssen sie alle mit Namen finden. Wir werden sie überall suchen, wo sie sich auch immer verstecken werden. Wir werden sie überall auf der Erde finden und bestrafen«, sagte Putin, nachdem der russische Geheimdienst FSB den Absturz der russischen Passagiermaschine über der Sinai-Halbinsel als Anschlag einstufte. Demnach habe eine Bombenexplosion an Bord zu dem Unglück geführt.

Auch Frankreichs Präsident Francois Hollande hat einen erbitterten Kampf gegen die Extremistenmiliz Islamischer Staat (IS) angekündigt.

»Wir müssen erbarmungslos sein«, sagte er bei einer gemeinsamen Sitzung beider Parlamentskammern im Schloss Versailles. »Frankreich ist im Krieg.« Für den Kampf gegen die Extremisten verhängte er den Ausnahmezustand und ließ die Verfassung ändern. Beim Angriff auf die Dschihadisten-Hochburg Rakka im Norden Syriens fand die erste gemeinsame Aktion der beiden angegriffenen Nationen Frankreich und Russland statt.

Interessant an dieser Entwicklung war dreierlei: Zum einen versuchte Hollande eine große internationale Allianz zu schmieden. Und zwar eine, die nicht von den USA dominiert wird. Deswegen hatte er nicht um die Ausrufung des NATO-Bündnisfalls gebeten, die ihm Generalsekretär Jens Stoltenberg sofort angeboten hatte. Sondern er hat die EU um Beistand ersucht und sich auf Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrags berufen. Dort heißt es: »Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedsstaats schulden die anderen Mitgliedsstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung.« Laut der Außenbeauftragen Federica Mogherini boten die 28 Mitgliedsstaaten daraufhin Frankreich einstimmig Beistand an.

Des Weiteren rief der französische Präsident auch den UN-Sicherheitsrat an, um eine weltweite Koalition gegen den IS zu bilden. Das US-Verteidigungsministerium lehnte dieses Ansinnen allerdings ab. »Wir koordinieren unsere Operationen nicht mit den Russen, und wir kooperieren nicht mit ihnen«, sagte Pentagon-Sprecher Peter Cook am 16. November 2015 im Fernsehsender CNN.

China hingegen will sich an der großen Koalition beteiligen: Staatspräsident Xi Jinping und Premier Li Keqiang äußerten sich nach der bestätigten Hinrichtung des chinesischen Staatsbürgers Fan Jinghui und des Norwegers Ole Johan Grimsgaard-Ofstad durch den IS tief schockiert über die Gewalttat.

»Terrorismus ist der öffentliche Feind der Menschheit«, zitierte die Nachrichtenagentur *Xinhua* aus den Erklärungen der chinesischen Führung. Sie sprachen den Angehörigen ihr Beileid aus und verdammten die Morde. Die beiden Erklärungen wurden als erste Meldung in den zentralen Mittagsnachrichten des Staatssenders CCTV am 19. November 2015 gezeigt. »Die Täter müssen ihre gerechte Strafe

bekommen.« Über konkrete Maßnahmen äußerte sich Chinas Führung aber noch nicht. Sie hatten die Terrormorde in Paris von Anfang an ebenso scharf wie andere Nationen verurteilt.

Peking verlangte auch, die globale Mobilmachung gegen den Terrorismus unter ein UN-Mandat zu stellen. Pekinger Antiterrorexperten wie der Forscher Li Wei haben wiederholt gewarnt, dass unter den IS-Sympathisanten, die sich heimlich in Syrien ausbilden lassen, auch sehr viele junge Extremisten aus China seien.

Ein Zweites ist bemerkenswert an den Ankündigungen der beiden Präsidenten Hollande und Putin: die Kriegsrhetorik - die natürlich sofort von den Mainstreammedien aufgenommen und verbreitet wurde. So titelte beispielsweise die *Bild am Sonntag* (15. November) in zwölf Zentimeter großen Lettern »Krieg«.

»Wir müssen sie alle mit Namen finden. Wir werden sie überall suchen, wo sie sich auch immer verstecken werden. Wir werden sie überall auf der Erde finden und bestrafen«, drohte Putin. »Wir müssen erbarmungslos sein«, sagt Hollande im Schloss Versailles, »Frankreich ist im Krieg.«

Im Tonfall gleichen diese Aussagen der eingangs bereits ausführlich zitierten Rede des damaligen US-Präsidenten George W. Bush vor dem amerikanischen Kongress am 20. September 2001.

Was wir also hier erleben, ist eine zweite Kriegserklärung - durch ähnliche Schockbilder ausgelöst wie am 11. September 2001 und ebenfalls als Ankündigung eines umfassenden Kriegs im Mittleren Osten ausgesprochen.

Russland rechne mit dem Beistand der Partner bei der Suche und Bestrafung der Terroristen, so Putin weiter. Das russische Außenministerium soll offiziell um die entsprechende Hilfe bitten. »Wir müssen uns auf Menschen stützen, die die moralischen und sittlichen Werte, die unserer Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Politik des Anti-Terrorkampfes zugrunde liegen, teilen«, sagte der russische Präsident. »Wir werden gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinigten Nationen, die das Recht eines jeden Staates auf Selbstverteidigung vorsieht, vorgehen«, teilte Putin mit.

Ein Letztes fällt auf an dieser Aufrüstung für den Krieg: der Zeitpunkt der Pariser Attentate. Genau zum Zeitpunkt der Anschläge stehen die von Russland und vom Iran unterstützten Syrer nach einer erfolgreichen Offensive im Süden von Aleppo wenige Kilometer vor Saraqib, der entscheidenden Kreuzung der Autobahnen von Damaskus und Lattakia nach Aleppo.

Binnen weniger Tage werden die Söldnertruppen der Amerikaner, die man zum Sturm auf Damaskus und Lattakia, wo die russische Militärbasis liegt, nördlich von Hama und 50 Kilometer vor Lattakia zusammengezogen hatte, eingekesselt. Es sind einige Hundertschaften türkischer und amerikanischer Militärberater und von den USA finanzierter Söldner. Die Amerikaner müssten also dringend militärisch tätig werden, wenn die Söldner und Berater nicht von den Syrern und den Russen aufgerieben werden sollen.

US-Präsident Barack Obama wollte sich aber nicht weiter in Syrien verstricken und hatte bereits angedeutet, das US-Engagement dort zu beenden. Die Pariser Anschläge haben seinen Plan jäh durchkreuzt. Schon sagt Militäranalyst Jerry Hendrix von der Denkfabrik *Centerfor a New American Century* im *Time Magazine:* »Der Pariser Anschlag könnte ein Katalysatorereignis sein, welches die internationale Gemeinschaft wachrüttelt, um zu handeln.« William Kristol schließt sich im *Weekly Standard* der Kritik an Obamas Syrien-Strategie gegen den IS an und fordert ebenfalls ein hartes Durchgreifen - also den Einsatz von Bodentruppen. Kori Schake vom *Hoover Institution* schreibt in *Politico:* »Obamas Strategie der Eindämmung des IS ist falsch.« Sie fordert die Vernichtung des IS, nicht bloß dessen Eindämmung. Diese wiederum ist nur mit Bodentruppen zu schaffen.

Diese Entwicklung ist vor allem deswegen interessant, weil der IS ursprünglich von den USA und ihren Verbündeten im Mittleren Osten gegründet und finanziert wurde. Sogar das konservative *Hamburger Abendblatt* kommt in seiner Ausgabe vom 10./11. Januar 2015 zu dem Schluss, dass die Taliban, der IS und alle von der »freien« Welt gesuchten Top-Terroristen von den USA und der NATO selbst erschaffen wurden. Ziel dieser Aktion sei es, so der iranische Ayatollah Ali Chamenei, mithilfe des IS die islamischen Gruppen im

Irak aufeinander zu hetzen und damit die Kontrolle über das ölreiche Land wiederzuerlangen. Laut *Süddeutscher Zeitung* vom 23. Juni 2014 sagte Chamenei: »Die USA wollen einen Irak unter ihrer Vorherrschaft, regiert von ihren Strohmännern.«

Die Webseite *www.Infowars.com* berichtet, dass hochrangige Schlüsselfiguren des IS im Jahr 2012 in einem von der CIA sowie dem türkischen Geheimdienst geleiteten Ausbildungscamp in der jordanischen Stadt Safawi trainiert wurden. Die Webseite beruft sich auf jordanische Regierungsvertreter. Die meisten Kämpfer des IS wurden später für ihren Einsatz in Syrien mit Waffen und Munition aus dem destabilisierten Libyen versorgt, unter logistischer Hilfe der USA.

In diesem Zusammenhang wird auch der tschetschenische Präsident Ramsan Kadyrow zitiert, der der Ansicht ist, der Führer der Terroristen, Abu Bakr al-Baghdadi, stehe in engem Kontakt zur CIA. Kadyrow stützt sich dabei auf Aussagen festgenommener tschetschenischer Islamisten aus Syrien.

Aber auch ein ehemaliger Al-Qaida-Kommandeur namens Nabil Na'eem beschuldigt in einem Interview mit der panarabischen Fernsehstation *al-Maydeen* die USA sowie Saudi-Arabien und Katar der Finanzierung und logistischen Unterstützung der Terrororganisation. Nicht nur der IS, sondern auch hochrangige Al-Qaida-Mitglieder stünden im Kontakt mit westlichen Geheimdiensten. Anders wäre der rasche Vormarsch der Islamisten im Irak nicht zu erklären, so Na'eem weiter. Bestimmte Politiker innerhalb der irakischen Regierung hätten eine Vereinbarung mit den USA getroffen, um den IS bei der Eroberung Mossuls zu unterstützen.

In einem Interview mit dem Fernsehsender *Fox News* hat US-Senator John McCain gesagt: »Jeder im Nationalen Sicherheitsrat empfahl (dem Präsidenten), den IS zu bewaffnen ...«

Der ehemalige Beamte des US-Außenministeriums, Andrew Doran, schrieb in einem Blogbeitrag für die BBC gar von eindeutigen Beweisen für die Unterstützung des IS durch die USA. Zahlreiche hochrangige Mitglieder sollen über amerikanische Pässe verfügen. So auch der Militärstratege der Dschihadisten, der Georgier Tarkhan Batrashvili (Umar al Shishani). Dieser soll wie viele andere Islamisten aus dem Kaukasus durch die Hilfe einer georgischen NGO namens »Jvari« zunächst in die

Türkei und später nach Syrien gelangt sein. Bei Recherchen kam ans Tageslicht, dass diese NGO seit ihrem Bestehen von den USA finanziert wurde. Die Kämpfer wurden schließlich verdeckt durch die NGO unter Leitung des georgischen Geheimdienstes und der US-Botschaft in Tiflis in die Türkei bei der Stadt Türkgözü geschleust.

Abu Omar al Shishani ist eines der bekanntesten Gesichter des Islamischen Staats. Er kommandiert die Truppen der Terrormiliz in Syrien und im Irak, und auch Russland hat er den Krieg erklärt. Seine Kampfausbildung haben die USA finanziert - in einem Antiterrorprogramm in Georgien, wie *Focus Online* im September 2015 berichtet.[33]

Im Frühjahr 2013 tauchten in Syrien erstmals Aufnahmen eines Dschihadisten mit einem auffälligen roten Bart auf. Abu Omar al Shishani - »Omar, der Tschetschene« ist sein Kampfname. Weltweite Bekanntheit erlangte er mit einer Videobotschaft im Oktober 2014: In dem Clip erklärt al Shishani, er wolle den Dschihad nach Russland tragen.

Sein Groll gegen die Russen hängt mit seiner kaukasischen Herkunft zusammen: Abu Omar al Shishani wurde 1986 im Norden Georgiens geboren, als Sohn eines christlichen Georgiers und einer muslimischen Tschetschenin. Sein Geburtsname ist Tarkhan Batirashvili. Mit 20 Jahren schloss er sich 2006 der georgischen Armee an. Er galt dort schnell als einer der Besten - ein Offizier, der seine Männer im Kaukasuskrieg 2008 engagiert und loyal führte. »Er war von Anfang an ein perfekter Soldat«, sagte einer seiner ehemaligen Kameraden dem amerikanischen Onlinemagazin *MyClatchyDC.* Auch ein ehemaliger Funktionär des georgischen Militärs wird zitiert. »Wir haben ihn gut ausgebildet - mit viel Unterstützung aus Amerika«, sagt er.

Sie erinnern sich: Seit den frühen 2000er-Jahren schickte Washington Geld und Personal an das georgische Militär. Mehrere Hundert Millionen US-Dollar sind in den Ausbau der georgischen Armee geflossen, außerdem wurden mehr als 100 US-Militärausbilder ständig in Georgien stationiert. Georgische Truppen wurden für Einsätze im Irak vorbereitet. Auch Tarkhan Batirashvili, heute bekannt als Abu Omar al Shishani, sei dafür im Gespräch gewesen, berichtet *McClatchyDC.* Er sei nur deshalb nicht im Irak eingesetzt worden, weil man ihn in Georgien noch dringender brauchte, heißt es weiter.

Doch im Jahr 2010 brach Tarkhan Batirashvilis Erfolgsgeschichte abrupt ab: Wegen einer Tuberkuloseerkrankung wurde er aus der Armee entlassen. Nach seiner Genesung konnte er beim Militär nicht mehr Fuß fassen. Auch eine Bewerbung bei der Polizei sei gescheitert, berichtet *Spiegel Online.* Batirashvilis Mutter starb im selben Jahr an Krebs. Sein Vater beschrieb ihn später als desillusioniert. »Mein Sohn verlor jede Zuversicht«, sagte er *Spiegel Online.*

Schließlich wurde der junge Mann von der georgischen Polizei wegen illegalen Waffenbesitzes zu einer Haftstrafe verurteilt.

Im Gefängnis radikalisierte sich Batirashvili zunehmend. Als er im Frühjahr 2012 aus der Haft entlassen wurde, reiste er aus Georgien aus. Dann tauchte der ehemalige Antiterrorsoldat 2013 plötzlich wieder auf: Unter seinem neuen Kampfnamen »Abu Omar al Shishani«, an der Spitze einer Rebellengruppe in Syrien. Kurz daraufkam es zum ersten Kontakt mit IS-Chef Abu Bakr al-Baghdadi.

Wie die österreichische Nachrichtenseite *Der Standard* schreibt, schwor Shishani Ende 2013 einen Treueeid auf al-Baghdadi und spaltete sich mit einem Teil seiner Kämpfer von der Rebellenarmee ab. Er wurde Militärkommandeur des IS in Syrien. Sein auffälliges Erscheinungsbild mit dem langen roten Bart verleiht ihm einen großen Wiedererkennungswert. Als »roter Tschetschene« wurde er international zu einem wichtigen Gesicht des IS. Immer wieder kursierten zwar Gerüchte, Tarkhan Batirashvili alias Abu Omar al Shishani sei bei Militäroperationen ums Leben gekommen, stattdessen setzte er aber seinen Aufstieg in der sunnitischen Terrormiliz fort.

Nach dem Tod von Militärchef Abu Abdulrahman al Bilawi Anfang Juni 2014 in Mossul wurde Abu Omar al Shishani im Juli 2014 erstmals in einem Video als »Militärkommandeur« des IS vorgestellt. Ihm unterstehen demnach die gesamten Truppen des Islamischen Staats in Syrien und im Irak.

Holger Strohm, der 1971 mit seiner *Bibel der Anti-Atomkraft-Bewegung,* Titel: »Friedlich in die Katastrophe«, berühmt wurde, zitiert in der Zeitschrift *raum&zeit vom* Mai/Juni 2015 Schweizer Quellen, die behaupten: »Nach Aussagen ehemaliger CIA-Mitarbeiter ist der IS ein Produkt der US-Geheimdienste - eine von Saudi-Arabien

und vom amerikanischen Militär ausgebildete Armee ... Neben US-Senator John McCain gestand auch der US-Luftwaffengeneral Thomas Mclnernay, dass die USA den IS aufgebaut haben.«

Die »Türkei, Saudi-Arabien und die Emirate« seien so entschlossen gewesen, Assad zu stürzen und einen »sunnitisch-schiitischen Stellvertreterkrieg zu starten«, dass sie Tausende Tonnen Waffen und dreistellige Millionenbeträge in die Aufständischen investiert hätten, sagte US-Vizepräsident Joe Biden im Herbst 2014 gegenüber der BBC. »Nur dass die Leute, die sie ausgerüstet haben, Al-Nusra und Al-Qaida waren und die extremistischen Typen von Gotteskriegern, die aus allen Teilen der Welt kommen«, so der US-Vizepräsident.

Womit wir wieder beim bereits genannten Bericht des US-Militärgeheimdienstes DIA vom August 2012 sind. Demnach wusste die US-Administration schon 2012, dass Al-Qaida innerhalb des Aufstands in Syrien die führende Rolle ausübt und von »westlichen Ländern, den Golfstaaten und der Türkei« dabei unterstützt wird, in Ostsyrien ein »salafistisches Fürstentum« zu etablieren. Denn das sei »genau das«, was die Fördermächte der Terrorgruppe wollten, um »das syrische Regime« vom Iran und dem Irak »zu isolieren«. Die Entstehung eines sich über Syrien und den Irak erstreckenden Islamischen Staats als Folge der Politik der US-Verbündeten wurde einschließlich solcher Details wie der Einnahme Mossuls und Ramadis durch die Terroristen zutreffend vom US-Geheimdienst prognostiziert.

Buchautor und Nahostexperte Jürgen Todenhöfer nannte das DIA-Papier ein »terroristisches Watergate«. Obwohl sie frühzeitig wussten, »wer wirklich in Syrien kämpft«, erzählten US-Präsident Obama und der Westen »das übliche Märchen« von Freiheit und Demokratie, während sie »gezielt terroristische Organisationen« unterstützten. »Deshalb planen die USA zurzeit auch nicht, den Islamischen Staat völlig auszuschalten. Selbst wenn sie wüssten wie. Sie brauchen den IS noch. Iran würde ihnen sonst zu stark. So kämpfen sie mit angezogener Handbremse«, schreibt Todenhöfer auf seiner Webseite.[34]

Am 8. Juli 2015 hat sogar Präsident Obama es selber zugegeben: Wir bilden den IS aus, sagte er während einer Pressekonferenz. Die genaue Aussage lautet: »Deswegen, mit den zusätzlichen Schritten, die ich vergangenen Monat befohlen habe, beschleunigen wir die

Ausbildung der IS-Kräfte, einschließlich der Freiwilligen aus den sunnitischen Stämmen in der Anbar-Provinz.« Diese Aussage machte er, ohne sich sofort zu korrigieren.

Bereits vorher hat General Wesley Clark, der ehemalige Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, in einem CNN-Interview im Februar 2015[35] gesagt: »Der IS begann, indem unsere Freunde und Alliierten ihn finanzierten ..., um die Hisbollah zu zerstören ... Er ist eine Art Frankenstein.« Clark meint mit »Freunde und Alliierte« der USA im Mittleren Osten: Israel, Saudi-Arabien, Katar und die Emirate. Das Hintergrundbild, das CNN beim Interview benutzte, »War with ISIS«, kann man auch als »Krieg zusammen mit ISIS« verstehen. Sonst müsste es dort heißen »War on ISIS« oder »War against ISIS«, auf Deutsch »Krieg gegen ISIS«.

Es scheint also klar, dass die Terrororganisation IS nur eine Neuauflage der Al-Qaida ist - ein nützliches Werkzeug zur Destabilisierung des jeweiligen Ziellandes und um dort militärisch eingreifen zu können.

Und noch eins scheint klar: Der IS hätte ohne massive finanzielle und militärische Unterstützung nicht gleichzeitig im Irak und Syrien immer mehr Territorium erobern, die beiden Länder fast zur Hälfte kontrollieren und sich sogar nach Libyen, Afghanistan und Russland ausbreiten können. Der IS hätte auch nicht Land erobern können, wenn er nicht von den Luftschlägen der Alliierten verschont worden wäre - die ja angeblich seit 2014 stattfinden. In den Mainstreammedien wird seitdem mit Verwunderung registriert, dass die Luftschläge den IS nicht stoppen. Aber keiner fragt: Liegt es daran, dass die US-Angriffe erfolglos sind, weil die USA die Terrorarmee, die sie bewaffnen und ausbilden ließen, gar nicht bekämpfen *wollen ?*

Ein ganzes Jahr nach Beginn der erfolglosen amerikanischen IS-Bombardierungen stieg die russische Luftwaffe - von Syriens Präsident Assad zu Hilfe gerufen - am 30. September 2015 in den Kampf gegen den IS ein. Da wunderte sich die Weltöffentlichkeit umso mehr, denn binnen weniger Wochen fügten die russischen Luftschläge den Extremisten erhebliche Verluste zu, drängten den IS immer weiter zurück und zwangen ihn in die Defensive.

Aber sehen wir uns die Fakten an, die die US-Propagandalüge vom (bisherigen) Krieg gegen den IS widerlegen: Am 21. Mai 2015 schreibt die *New York Times*, die USA würden IS-Kämpfer nicht bombardieren, »wenn sie sich im Kampf mit Regierungstruppen befinden«. Die für die Erstürmung der syrischen Stadt Palmyra notwendige Konzentration Tausender Kämpfer war dem US-Militär sicherlich nicht verborgen geblieben, doch »jedwede Luftangriffe gegen IS-Kämpfer in und um Palmyra« hätten Assad genutzt, erklärte die *New York Times* ihren Lesern Washingtons Prioritäten.

»IS erklärte öffentlich, in welchen Gebieten sie zu operieren gedenke, und übernahm ohne großen Widerstand die Kontrolle über weite Gebiete, wobei der Gruppe hier die Kampfkraft der früheren Kämpfer der Al-Nusra-Front zugutekam, die sich IS angeschlossen hatten«, berichtet die auf den Mittleren Osten spezialisierte amerikanische Webseite *Al Monitor*. »Einigen Schätzungen zufolge sind etwa 65 Prozent der Kämpfer der Al-Nusra-Front sehr rasch zur IS übergelaufen.«

Einen weiteren Hinweis gibt der Bericht der vom US-Nachrichtenmagazin *Newsweek* betriebenen Webseite *The Daily Beast* am 9. September 2015. Mehr als 50 Spione haben beim Pentagon Beschwerde eingereicht, meldet die Webseite. Ihre Berichte zum Kampf gegen den IS in Syrien würden verfälscht, werfen sie dem Geheimdienst vor.[36]

Die Spione beschuldigen den US-Geheimdienst, auch die Regierung um Barack Obama mit ihren getürkten Berichten getäuscht zu haben. »Das Geschwür saß auf hochrangiger Ebene in der Geheimdienstführung«, wird ein Offizieller in dem Bericht zitiert, den die Spione ans Pentagon gerichtet haben. Sogar der Nationale-Geheimdienst-Direktor James Clapper soll laut einem Bericht der britischen Zeitung *Daily Telegraph* an der Manipulation der Berichte mitgewirkt haben.

Das Verhalten ihrer Vorgesetzten beschrieben die Spione in ihrer Beschwerde sogar als »stalinistisch«. Auf sie werde Druck ausgeübt, die Berichte möglichst so klingen zu lassen, als seien die Militäreinsätze gegen die Dschihadisten durchweg erfolgreich. Zu negative Berichte hätten sie zurückbekommen. Von einigen erfuhren die Spione auch im Nachhinein, dass sie gar nicht weitergegeben wurden.

Die Manipulationen reichen offenbar schon lange zurück. Nach Aussage eines früheren Analysten des Verteidigungsministeriums, den der

Telegraph zitiert, habe man die Führung des Geheimdienstes bereits frühzeitig gewarnt, dass die irakische Armee zu schwach sei, um den IS alleine zu bekämpfen. Hochrangige Geheimdienstvertreter hätten später aber so getan, als hätte es diese Warnungen und die frühzeitige Aufforderung, sich in den Konflikt einzuschalten, nie gegeben.

Offizielle hätten immer wieder betont, dass das Erstarken der IS-Terroristen die USA »überrascht« hätten. »Das ist eine riesige Lüge«, sagte der Analyst dem *Telegraph.* Wie könnte es auch eine Überraschung für die US-Geheimdienste gewesen sein, wo sie doch selbst den IS geschaffen hatten?

Einen weiteren Hinweis gab der russische Außenminister Sergej Lawrow Mitte September 2015, als er erklärte, die syrische Armee könne eine entscheidende Kraft im Kampf gegen den Islamischen Staat bilden, das Vorgehen des Westens in der Syrien-Frage sei dagegen »kontraproduktiv und absurd«. Zudem verwies er auf interne Quellen in der US-geführten Anti-IS-Koalition, die davon berichten würden, dass US-Offiziere regelmäßig Luftangriffe auf IS-Stellungen verhindern.

»Manchmal sollen die USA Luftschläge gegen bestätigte Stellungen des IS nicht autorisieren, berichteten interne Quellen der US-geführten Anti-IS-Koalition gegenüber Moskau.« Das werfe Fragen auf, sagte Lawrow.

»Einige unserer Kollegen in der Koalition sagen uns, dass sie Informationen erhalten, wo sich der Islamische Staat genau aufhält und auf welchen Positionen, aber der Kommandeur der Koalition [ein US-Offizier, Anm. d. Verf.] genehmigt keine Schläge. Ich könnte vermuten, dass es abgesehen von der behaupteten Bekämpfung des Islamischen Staats auch ein anderes Ziel der Koalition gibt.«

Aber die Verstrickung des Westens in den IS geht noch weiter. Nicht nur, dass die IS-Kämpfer von den USA und ihren Verbündeten ausgebildet, bewaffnet und finanziert sind und vor Bombenangriffen geschont werden, sie werden auch militärisch unterstützt. Am 2. August 2015 titelt die britische Zeitung *Sunday Express:* »SAS verkleiden sich als ISIS-Kämpfer im Undercoverkrieg gegen Dschihadisten. Mehr als 120 Mitglieder des Eliteregiments halten sich gegenwärtig in dem kriegsgeschüttelten Land auf«, verdeckt »in Schwarz gekleidet und

ISIS-Fahnen wehend«; im Rahmen der sogenannten Operation »Shader« attackieren sie syrische Ziele unter dem Vorwand des Kampfes gegen den IS.

Möglicherweise operieren verdeckt auch US-amerikanische Sondereinsatzkräfte und CIA-Elemente in derselben Weise, schreibt die Zeitung weiter. Zwei Wochen vor dieser Enthüllung war bekannt geworden, dass Premierminister David Cameron 2014 den Einsatz britischer Kampfflugzeuge an der Seite von US-Flugzeugen bei der Bombardierung Syriens genehmigte, obwohl das Parlament genau dies im August 2013 abgelehnt hatte.

Die derzeitige verdeckte Bodenoperation steht zumindest teilweise unter US-Kommando - sogenannte »Smash«-(»Zerschmetter«-)Einheiten sind mit Kleinlastern unterwegs, von denen sie Drohnen starten können, die das Terrain nach Angriffszielen abtasten.

Mehr als 250 britische (und vermutlich US-amerikanische) Spezialisten seien zur Unterstützung der Kommunikation beteiligt, berichtet der *Sunday Express* weiter. Englands Verteidigungsminister Michael Fallon sagt: »Unsere Aktionen und Überwachungsmöglichkeiten verschaffen anderen Ländern den Freiraum, in Syrien anzugreifen.«

Britische SAS-Kämpfer halten sich auch in Saudi-Arabien auf, wo sie gemeinsam mit US-Kämpfern Terroristen für den Kampf gegen Assad ausbilden - ebenso wie in der Türkei, in Jordanien, Katar und vielleicht Israel. Amerikanische und britische Beteuerungen, man bilde »gemäßigte« Rebellen aus, wirken wie ein Deckmantel für eine direkte Zusammenarbeit mit IS-Terroristen - ausgebildet, bewaffnet, für den Kampf gegen Assad über die Grenze nach Syrien geschleust, und jetzt mit angloamerikanischer und kanadischer Luftunterstützung und verdeckten Bodenkommandos.

Der *Express* zitiert den britischen Ex-Armeegeneral David Richards mit den Worten, im Rahmen von britischen Operationen in Syrien »werden Panzer rollen«. Ein weiterer Artikel wirft die Frage auf, ob US-Luftangriffe IS-Terroristen verteidigten, die als US-Fußsoldaten gegen Assad fungierten.

Der bereits zitierte kanadische Professor Michel Chossudovsky nennt in einem Beitrag für *Kopp Online* am 20. Mai 2015 noch einen weiteren Beleg für die Unterstützung des IS durch die USA: »Wenn die

USA und ihre Verbündeten beabsichtigt hätten, die Brigaden des IS auszuschalten, hätten sie dies durch >Flächen<-Bombardierungen der Konvois von Toyota-Kleintransportern erledigen können, als diese im Juni 2014 die Wüstenregion von Syrien bis in den Irak durchquerte.«

Und wenn die USA nicht mit dem IS in Verbindung steht, warum ist dann gleich nach der Stationierung russischer Flugzeuge, Hubschrauber, Waffen und Soldaten am syrischen Flughafen Latakia Folgendes passiert? Russische Marineeinheiten stießen nahe Latakia am 20. September 2015 mit IS-Einheiten zusammen, berichten russische Medien. Während der Kampfhandlungen wurden mehrere Militante von den Marinesoldaten getötet und andere gefangen genommen. Wie die russische Zeitung *Segodnya* berichtet, hatte der IS einen Angriff auf eine durch das russische Militär betriebene Luftwaffenbasis gestartet.

Interessanterweise berichtet die Zeitung auch, dass die IS-Kämpfer »im Besitz eines detaillierten Plans der Luftwaffenbasis und klarer Satellitenbilder mit markierten militärischen Schlüsselinstallationen« waren, obwohl Russland die Basis erst seit ein paar Wochen betreibt. Damit stellt sich die Frage: Wer hat den IS mit dieser Art Informationen versorgt?

Der von den USA und seinen Verbündeten aufgebaute IS ist aber nicht nur eine Terrororganisation - er ist auch ein neuer Ölmulti im Mittleren Osten. »Das Terrornetzwerk Islamischer Staat (IS) finanziert sich durch illegale Ölverkäufe und nimmt so rund drei Millionen Dollar am Tag ein«, melden am 14. August 2015 die *Deutschen Wirtschafts Nachrichten.* »Sowohl das NATO-Mitglied Türkei als auch die US-Geheimdienste dulden den Ölschmuggel stillschweigend. Auch britische Konzerne mit engen Verbindungen ins Parlament sind in die Geschäfte der Islamisten verstrickt«, heißt es in dem Beitrag weiter.

Die Regierung der Autonomen Region Kurdistan (ARK) im Norden des Irak und der türkische Militärgeheimdienst hätten den verdeckten IS-Ölschmuggel unterstützt und die Terrorgruppe darüber hinaus mit Waffen und Ausrüstung versorgt. Auch britische Ölkonzerne seien in den illegalen Ölschmuggel des IS involviert, schreibt der Internetdienst weiter.

Die Terrorgruppe kontrolliert derzeit etwa 60 Prozent der syrischen Ölproduktion und sieben größere Ölfelder im Irak. Über ein Netzwerk aus Mittelsmännern in der kurdischen Regierung und in der Türkei konnte der IS seine Produktion auf 45 000 Barrel (ein Barrel sind etwa 159 Liter) Öl pro Tag ausweiten, und er generiert damit rund drei Millionen Dollar am Tag. Sowohl die türkische als auch die kurdische Regierung streiten offiziell jede Verbindung zum Ölschmuggel des IS ab. Beide Regierungen haben Maßnahmen ergriffen, um den Ölschmuggel zu stoppen, und wurden dabei von der US-Regierung und der britischen Regierung unterstützt. Einige kurdische Mittelsmänner, die am Schwarzmarkthandel des erbeuteten Öls beteiligt waren, wurden verhaftet, doch die Korruption auf höchster Regierungsebene bleibt unangetastet, wie der Investigativjournalist Nafeez Ahmed auf *MiddleEastEye* berichtet.

Ahmed bezieht sich auf Aussagen türkischer, kurdischer und irakischer Beamter. Eine anonyme Quelle in der regierenden Partei des Irak, der islamischen Dawa-Partei, bestätigte ihm gegenüber, dass »bedeutende Geheimdienstinformationen belegen, dass Mitglieder der kurdischen Regionalregierung stillschweigend Ölverkäufe des IS auf dem Schwarzmarkt geduldet haben«. Während der Irak-Invasion des IS im letzten Jahr hätten »Mitglieder der kurdischen Regionalregierung und Peschmerga-Milizen den verdeckten IS-Ölschmuggel direkt durch die Autonome Region Kurdistan ermöglicht«. Auch der *MiddleEastMonitor* berichtet davon, dass die Peschmerga den Ölschmuggel der Terroristen zunächst gestoppt, die Durchfahrt der Öltanker jedoch wenig später wieder erlaubt hätten.

Der Regierung im Irak sind unabhängige Ölverkäufe der kurdischen Regierung ein Dorn im Auge. Deshalb führte die Information, dass die Kurden in den Ölschmuggel des IS involviert sind, zu politischen Spannungen. Der damalige irakische Energieminister Hussein al-Shahrestani wollte die Kontrolle über die Ölverkäufe der ARK zurückgewinnen und dem Schmuggel ein Ende setzen, doch er wurde auf Drängen amerikanischer und britischer Diplomaten entlassen. Sein Nachfolger Adel Abdul-Mehdi verfolgt einen deutlich versöhnlicheren Kurs in Bezug auf die kurdische Ölfrage und entspricht damit den Interessen britischer und amerikanischer Investoren in der Region. »Das bedeutete,

dass Bagdad auch deutlich laxer mit Beweisen des IS-Ölschmuggels umging«» zitiert Nafeez Ahmed den irakischen Offiziellen.

Die Türkei, langjähriges NATO-Mitglied und Verbündeter der USA im angeblichen Kampf gegen den IS in Syrien, duldet den Ölschwarzmarkt des IS. »Die Türken haben ein erbittertes Verhältnis zu den Amerikanern«, so der irakische Offizielle weiter. »Die US-Geheimdienste beobachten diese Schmuggeloperationen bis ins kleinste Detail. [...] Die Amerikaner wissen, was vorgeht. Aber Erdogan und Obama haben kein gutes Verhältnis zueinander. Erdogan macht im Grunde, was er will, und die USA müssen sich damit abfinden.« Die Anschuldigungen wurden auch von türkischen Abgeordneten bestätigt, darunter ein hoher Beamter mit Verbindungen zum Büro des türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu. Er bestätigte gegenüber dem *MiddleEastEye*, dass die Unterstützung der Türkei für islamistische Rebellen im Kampf gegen Assad von entscheidender Bedeutung für den rasanten Aufstieg des IS war.

»Die Türkei spielt ein doppeltes Spiel mit ihrer Syrien-Strategie«, so der türkische Offizielle. »Das Ausmaß der IS-Schmuggeloperationen über die türkisch-syrische Grenze ist enorm, und vieles davon geschieht mit der Zustimmung von Erdogan und Davutoglu, die in den Islamisten eine Möglichkeit sehen, den türkischen Einfluss in der Region auszudehnen.«

Zum doppelten Spiel der Türkei gehört die Ende August 2015 gestartete Großoffensive gegen den IS in Syrien. Der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu spricht von einer »umfangreichen Schlacht«, die jetzt unmittelbar bevorstehe. Gemeinsam mit den USA will Ankara »umfassende Luftangriffe« starten, später dann auch mit »Bodentruppen in Syrien einmarschieren«, um eine »Sicherheitszone« zu schaffen.

Der türkische EU-Minister Volkan Bozkir erklärt im Berliner *Tagesspiegel* den strategischen Plan so: »Wir wollen eine Sicherheitszone in Syrien einrichten, wohin Flüchtlinge zurückgehen können. Dort bauen wir dann Häuser, Schulen, all das. Das ist auf dem Weg.« Und wer bislang glaubte, es gehe der Türkei um einen Sicherheitsstreifen entlang der Grenze, dem erklärt Bozkir: »Wir wollen keine Pufferzone an der Grenze einrichten. Wir werden eine Sicherheitszone

mitten in Syrien einrichten.« Die offene Syrien-Invasion soll vor allem unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung eine militärische Großattacke gegen die PKK im Grenzgebiet starten und das Entstehen eines kurdischen Großstaats verhindern.

Zurück zum Ölgeschäft. Abgewickelt wird der Ölhandel aus dem IS-Gebiet von Erdogans Sohn Bilal. Ihm gehören - wie William Engdahl am 23. August 2015 auf *Kopp Online* berichtet - mehrere Schifffahrtsunternehmen. Diese betreiben in Beirut und Ceyhan spezielle Kaianlagen, in denen das vom IS geschmuggelte Rohöl auf Tanker in Richtung Japan geladen wird.

BMZ Limited, das Unternehmen Bilals, das die Ölgeschäfte für den IS durchführt, ist laut Gürsel Tekin, stellvertretender Vorsitzender der türkischen Republikanischen Volkspartei, ein Familienunternehmen. »Enge Verwandte von Präsident Erdogan halten Anteile an BMZ, und sie haben öffentliche Mittel zweckentfremdet und von türkischen Banken unerlaubte Kredite aufgenommen.«

Bereits 2014 sagte der türkische Abgeordnete Ali Ediboglu gegenüber *Al-Monitor,* dass bereits Öl im Wert von mehr als 800 Millionen Dollar in die Türkei geschmuggelt wurde, um es dort weiterzuverkaufen. Die Luftangriffe der Türkei auf Stellungen des IS bezeichnete der Informant als »zu geringfügig und zu spät«. Sie würden nicht auf die gesamte Infrastruktur des IS abzielen, sondern nur einige ausgewählte Ziele ins Visier nehmen.

Eine Analyse britischer Wissenschaftler, darunter der ehemalige Chefstratege von *Royal Dutch Shell* und Professor der *Greenwich Universität,* Alec Coutroubis, hat die Schmuggelrouten des IS unter die Lupe genommen. Die Wissenschaftler kommen zu dem Schluss, dass die Öltransporte im Südosten der Türkei »in Adana enden, wo der große Tankerhafen Ceyhan beheimatet ist«. Die Wissenschaftler verglichen Ausschläge in den Frachtraten von Ceyhan mit der Aktivität des IS. Immer wenn die Islamisten »in Regionen mit hohen Ölvorkommen kämpfen, erreichen die Exporte von Ceyhan einen Höchststand«, schreiben die Autoren. Dies deute auf eine »illegale Lieferkette« hin, die das Öl der Terroristen von Ceyhan in die globalen Märkte verschiffe. Zudem kritisierten die Forscher, dass US-Luftschläge bis-

her nicht auf die Öltransporter oder die besetzten Ölfelder abzielen würden,.weshalb der Schmuggel ungehindert weitergehen würde.

Das kurdische Unternehmen *The Nokan Group* steht im Verdacht, Ölverkäufe für den IS in die Türkei abzuwickeln. Das Firmenkonglomerat befindet sich unter der Kontrolle der irakischen Partei Patriotische Union Kurdistans (PUK). In einem Brief an das Management beklagte der ehemalige US-Botschafter Mark D. Wallace, dass das Unternehmen Öl aus der vom IS kontrollierten Baiji-Raffinerie nördlich von Tikrit durch die kurdische Region transportiere. Er forderte die Manager des Unternehmens auf, Stellung zu den Vorwürfen zu beziehen, doch weder das Unternehmen noch die US-Behörden reagierten auf den Appell.

Neben dem Öl hat der IS noch weitere, höchst profitable Einnahmequellen: vor allem Schutz- und Lösegelder sowie Transitgebühren. Mit diesem Geld bietet der IS den mehr als zehn Millionen Menschen, die auf dem von ihm kontrollierten Territorium im Irak und in Syrien leben, Dienstleistungen an, wie es herkömmliche Staaten tun: Er produziert Strom, bezahlt Sozialhilfen und betreibt Gerichte, die natürlich Recht nach der Scharia sprechen. Dazu hat der Führer des Islamischen Staats ein Kabinett mit acht »Ministern« berufen; für jede Provinz ernannte er einen Gouverneur - meist sind es erfahrene Leute aus dem Regime von Saddam Hussein -, und ein Militärrat aus 13 Kommandeuren steht ihm zur Seite. Sie befehligen eine Armee mit 30 000 bis 50 000 Kriegern unter Waffen, und das sind schwere Waffen.

Daher wird dieser Islamische Staat so rasch von der Landkarte nicht verschwinden. Zu den wenigen Gewissheiten des Kriegs gegen den IS zählt, dass er ohne weitere Bodentruppen nicht gewonnen werden kann. Nur Bodentruppen können Städte wie Mossul, den Sitz des falschen Kalifen, zurückerobern, nur Bodentruppen können befreite Landstriche auf Dauer halten. Die Bereitschaft ist aber gering, Bodentruppen zu stellen.

Im Norden der Front kämpfen syrische und irakische Kurden gegen den IS; sie sind erfolgreich, werden aber seit August 2015 von der angeblich ebenfalls gegen den IS kämpfenden Türkei bombardiert. Von Süden her greifen im Irak schiitische Milizen den IS an; sie wollen

aber vor allem ihre schiitischen Provinzen verteidigen. Woher sollen dann die erforderlichen Bodentruppen kommen? Nicht aus Amerika. Der Krieg im Irak von 2003 bis 2011 mit 4500 gefallenen amerikanischen Soldaten schreckt die Planer im Pentagon ab. Auch Europa wird Waffen und Ausbilder schicken, aber keine Soldaten.

Es bleiben die nahöstlichen Nachbarstaaten, die aufgerufen sind. Von ihnen hat sich noch keiner freiwillig gemeldet. Ägypten unterhält weiter die größte Armee in der Region; sie hat 1991 bei der Befreiung Kuwaits einen wichtigen Beitrag geleistet. Die ägyptische Armee könnte heute der syrischen zu Hilfe eilen. Aber Ägypten wird von Saudi-Arabien gebremst. Die Saudis haben mit Milliardensummen ihre Landesverteidigung verstärkt; sie wünschen sich, dass der IS die verhassten Regime in Bagdad und Damaskus zumindest destabilisiert, um so Irans Einfluss in der Region zu brechen.

Je instabiler die Region bleibt, desto größer sind die Überlebenschancen des IS - und damit die Profite der Waffenindustrie. Am 18. Oktober 2014 berichtet die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ): »Der Feldzug gegen den Islamischen Staat beschert Amerikas Rüstungsschmieden volle Auftragsbücher und satte Gewinne. Die Zeiten sinkender Rüstungsbudgets sind vorbei.«

Die FAZ schreibt in Berufung auf die Nachrichtenagentur AFP: Die Luftangriffe der Vereinigten Staaten gegen den IS im Irak und in Syrien erweisen sich als Goldgrube für die Rüstungsindustrie. Der Einsatz »Operation Inherent Resolve« (etwa: »Operation innere Entschlossenheit«) beschert amerikanischen Rüstungsfirmen steigende Aktienkurse und potenzielle Milliardeneinnahmen.

Gefragt seien Bomben, Raketen und Ersatzteile für Kampfflugzeuge. Auch die Entwicklung neuer Rüstungsprojekte dürfte einen Schub erhalten. »Aus der Sicht der Verteidigungsindustrie ist es der perfekte Krieg«, zitiert die FAZ Branchenkenner Richard Aboulafia von der Marktforschungsfirma *Teal Group.*

Allein von Juli bis September 2014 habe der Aktienkurs des Rüstungs- und Technologieriesen *Lockheed Martin* um rund zehn Prozent zugelegt. Der Konzern stellt unter anderem die Hellfire-Raketen her, die von amerikanischen Drohnen abgefeuert werden.

Auch der Börsenwert der Rüstungsunternehmen *Northrop Grumman* und *Raytheon* stieg seit Beginn des Militäreinsatzes. *Raytheon* sicherte sich Ende September 2014 einen 251 Millionen Dollar (196 Millionen Euro) schweren Pentagon-Auftrag, der Marine weitere Tomahawk-Lenkraketen zu liefern. Am 23. September 2014, dem ersten Tag der angeblichen Luftangriffe auf Stellungen des IS in Syrien, feuerten Kriegsschiffe 47 Tomahawks ab. Kostenpunkt: 1,4 Millionen Dollar pro Rakete.

Die Rüstungsfirmen hoffen nicht nur auf Geschäfte mit der amerikanischen Armee, sondern auch mit anderen Ländern der internationalen Koalition gegen die Dschihadisten. An den Luftangriffen in Syrien beteiligen sich Bahrain, Jordanien, Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate. Im Irak bombardiert unter anderem die französische Luftwaffe mit. Außerdem schielen Sicherheitsunternehmen auf Beraterverträge beim Neuaufbau und der Ausbildung der irakischen Regierungstruppen.

Noch 2013 stellte sich die Rüstungsindustrie in den Vereinigten Staaten auf magere Zeiten ein. Präsident Barack Obama hatte die Truppen aus dem Irak abgezogen, der Einsatz in Afghanistan neigte sich ebenfalls dem Ende zu. Angesichts des Schuldenbergs sollten die Verteidigungsausgaben in den kommenden Jahren zurückgefahren werden. Wegen des Haushaltsstreits zwischen Demokraten und Republikanern ließen automatische Kürzungen das Pentagon-Budget bereits schrumpfen. Die Rüstungsindustrie verkündete erste Entlassungen.

Der Vormarsch der Dschihadisten im Irak und in Syrien, aber auch der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland haben in Washington zu einer Neubewertung der Sicherheitslage geführt. »Der politische Konsens scheint sich in Richtung höhere Verteidigungsausgaben zu bewegen, als Antwort auf das gefährliche Umfeld da draußen«, sagt Aboulafia.

2015 betrug - wie weiter oben bereits ausgeführt - das amerikanische Verteidigungsbudget rund 612 Milliarden Dollar. Die Vereinigten Staaten sind damit weiter auf Platz eins in der Rangliste der nationalen Verteidigungsbudgets - und gaben alleine mehr Geld für Verteidigung aus als alle acht nachfolgenden Staaten zusammen. Das

Pentagon hat nun gute Argumente, sein Stück am Haushaltskuchen in den kommenden Jahren wieder zu vergrößern. Widerstand aus dem Kongress dürfte nur wenig kommen. »Es ist unglaublich schwer, nein zu sagen, wenn man im Krieg ist«, sagt Loren Thompson von der Politikberatung *Lexington Institute.*

Irans unsichere Zukunft

Trotz des gefeierten Abkommens zwischen dem Iran und den Vertretern der fünf UN-Vetomächte China, Frankreich, Großbritannien, Russland und USA sowie Deutschland, das eine Einsicht ins Atomprogramm Irans erlaubt, ist die Kriegsgefahr noch nicht vom Tisch. Denn wie in Syrien will auch im Iran der Kreml eine Vorherrschaft der USA verhindern.

Russland und der Iran haben eine vorläufige Vereinbarung über den Bau von zwei weiteren Atomkraftwerken im Iran getroffen, wie die Agentur *Irna* unter Berufung auf den Sprecher der iranischen Atomenergiebehörde, Behrouz Kamalvandi, am 13. März 2014 meldet.

Laut Kamalvandi ist bei den Verhandlungen mit der russischen Atomholding *Rosatom* in Teheran ein Protokollentwurf zur weiteren Entwicklung und zum Ausbau der Kooperation zwischen Moskau und Teheran im Atomenergiebereich vereinbart worden. Das Dokument beruhe auf dem vorhergien Abkommen aus dem Jahr 1992. Das bisher einzige iranische Atomkraftwerk Buschehr war mit russischer Hilfe fertiggestellt worden und im September 2013 ans Netz gegangen.

Seit der Ukraine-Krise Anfang 2014 engagiert sich Russland mit noch deutlicheren Zeichen im Iran. »Angesichts der politischen Situation in der Welt wollen Russland und der Iran ihre militärische und militärtechnische Zusammenarbeit auf ein neues Niveau bringen. Darauf einigten sich die Verteidigungsminister beider Staaten, Sergej Schoigu und Hossein Dehqan, bei ihrem Treffen in Moskau.« Diese Meldung von *RIA Novosti* ließ die Welt aufhorchen. »Es handelt sich um ein grundsätzlich neues Niveau«, sagte Dehqan nach den Gesprächen. Die beiden Minister verurteilten die Politik der Vereinigten Staaten.

Ob konkrete Projekte vereinbart wurden, blieb unbekannt. Die Nachrichtenagentur zitiert im Anschluss an diese Meldung den Militärexperten Igor Korotschenko. Nach ihm könnte der Iran zu einem großen militärischen Partner Russlands werden. Iran hat den Beobachterstatus im bereits erwähnten Shanghaier Verteidigungsbündnis (SOZ), dem auch Russland und China angehören, und wird wohl demnächst beitreten.

Eine andere Entwicklung sieht der geopolitische Autor Thierry Meyssan vom bereits zitierten *Voltaire-Netzwerk*. In einem Bericht vom 17. August 2015 schreibt er: »Der Waffenstillstand zwischen den USA und dem Iran definiert die Konflikte im Nahen Osten und verschiebt den Krieg bis zum Schwarzen Meer.« Bald werde man in Jemen und Syrien Frieden eintreten sehen, und der Krieg werde in die Türkei und auf die Krim verlagert. Die Türkei habe mit der Ukraine eine »islamische internationale Brigade« aufgebaut, also eine terroristische Organisation, die die Krim destabilisieren soll. Meyssan: »Der US-iranische Frieden lässt Washington jegliche Flexibilität, um sich auf Moskau zu konzentrieren.«

Der Krieg um das Nadelöhr

Seit 26. März 2015 tobt in der Region ein weiterer Konflikt: der Krieg in und um Jemen. Das Land hat enorme strategische Bedeutung, denn es kontrolliert die Meerenge von Bab al Mandab, jenes Nadelöhr, durch das die internationalen Tanker und Containerschiffe navigieren müssen, wenn sie aus dem Indischen Ozean ins Rote Meer und weiter über den Suezkanal ins Mittelmeer gelangen wollen. Jemen liegt am Südrand der arabischen Halbinsel und hat zwei Nachbarn: Oman und Saudi-Arabien. Beide Anrainer im Norden sind Verbündete der USA in der Region, und die Saudis betrachten Jemen als ihren Hinterhof.

Der Volksgruppe der Huthis, die im Norden Jemens beheimatet ist und in den vergangenen Jahren mit Vehemenz gegen die Regierung von Abed Rabbo Mansur Hadi vorging, gelang es im Herbst 2014,

Hadi zu stürzen und die Macht in der Hauptstadt Sanaa zu übernehmen. Hadi wurde in den Jahren zuvor von Saudi-Arabien unterstützt. Die Huthis demütigten die hochgerüstete Saudi-Armee in mehreren kleinen Kriegen, nach denen saudische Medien begannen, Iran zu beschuldigen, die Huthis mit Waffen und Geld zu versorgen. In Jemen agiert aber auch ein Ableger von Al-Qaida, er soll mehrere Ortschaften kontrollieren und gilt als besonders radikal und gewaltbereit. Die USA fliegen seit Jahren Drohnenangriffe auf deren Angehörige.

Der eigentliche Krieg begann am 26. März 2015. Neben den Saudis haben sich formell auch noch andere arabische Staaten zu dieser »Operation Entscheidender Sturm« bekannt. Bisher haben die Saudis noch keine Bodentruppen entsandt, sie greifen die Stellungen der Huthis nur mit Artillerie und Kampffliegern an. Das Ziel ist es, den Vormarsch der Huthis auf die Küstenstadt Aden zu stoppen und die »rechtmäßige Regierung« wieder einzusetzen. In Aden hatte sich der ehemalige Präsident Jemens aufgehalten, außerdem liegt ganz in der Nähe eine US-Drohnenbasis, die die Vereinigten Staaten inzwischen geräumt und die Huthis übernommen haben.

Der Konflikt zwischen Saudi-Arabien und den Huthis ist jahrzehntealt. In den 1990er-Jahren begannen die Huthis damit, ihre religiöse Identität zu stärken und gewannen schnell Zulauf für ihre »gläubige Jugend«. Sie gerieten damit in Konflikt mit den salafistischen Predigern, die Saudi-Arabien in das Land geschickt hatte, und als sie die separatistische sozialistische Partei unterstützten, zogen sie auch den Zorn des damals regierenden Präsidenten Ali Abdullah Saleh auf sich. Gemeinsam kämpften Saudi-Arabien und dieser Präsident mehrmals gegen die Huthis, verloren aber. Diese Feldzüge gingen als Sadaa-Kriege in die Geschichtsbücher ein. Während des Arabischen Frühlings trat Präsident Saleh zurück. Ihm folgte der uns schon bekannte Hadi, den die Huthis beschuldigten, sie nicht ausreichend an der Regierung zu beteiligen. Zudem wollten sie, dass Benzinsubventionen wieder eingeführt werden, die Hadi zuvor abgeschafft hatte. Beide Bedingungen erfüllte Hadi nicht. Die Huthis nahmen nach kurzem Kampf mit loyalen Regierungstruppen die Hauptstadt Sanaa ein und stürzten die Regierung. Dann griffen die Saudis an.

Seitdem leiden die 24 Millionen Bürger des strategisch so wichtigen Landes unter dem Terror gnadenloser saudi-arabischer Bombenattacken und Artillerieangriffe. Angeblich mischt auch Israel ganz vorne mit. Ende April 2015 meldete die Nachrichtenagentur *Fars,* seit der Konflikt begonnen habe, könne man Israels U-Boote und Kriegsflugzeuge in der Nähe der saudi-arabischen Küste beobachten. Als Quelle beruft man sich auf diplomatische Kreise.

Die anonymen ausländischen Diplomaten sagen zudem, Riad habe schon vor Jahrzehnten heimlich Israels U-Booten und Kampfjets Zugang zu saudi-arabischen Gewässern gewährt. Dort patrouillieren sie seit Beginn des Konflikts. Noch einmal *Fars:* »Viele Regionalvertreter … haben zuvor eine Kollaboration zwischen den USA, Israel und Saudi-Arabien enthüllt, was das aggressive Vorgehen gegen den Jemen anbelangt.«

Der iranische Verteidigungsminister Hossein Dehgan ist sich sicher, die Aggression gegen den Jemen werde in erster Linie von Washington und Israel gefördert. Wenige Tage nach Beginn des saudi-arabischen Terrorbombardements hätten sich israelische Kampfjets an Angriffen auf jemenitische Ziele beteiligt, so *Fars.*

Hassan Said, Parteisekretär der jemenitischen Hak-Partei, erklärte: »Die Zionisten führen gemeinsam mit den Arabern eine Operation durch.« Alles sei von Washington abgestimmt und koordiniert, auch die Versorgung mit Waffen, nachrichtendienstlichen Erkenntnissen und Angaben zu den Angriffszielen. Außerdem gebe es Dokumente, denen zufolge Washington auf der zu Jemen gehörenden Insel Birim einen Stützpunkt plant. Birim liegt vor der Südwestküste Jemens im Roten Meer nahe dem Eingang zur Meeresstraße Bab al Mandab.

Angeblich hatte Riad Israel gebeten, für den Kampf gegen die Huthi mit modernen Waffen ausgerüstet zu werden.

Etwa eine Million Jemeniten hat inzwischen ihr Zuhause verloren, zwei Millionen sind innerhalb des Landes auf der Flucht. Und es wird noch schlimmer. *Fars* zitiert Quellen aus Djibouti: »Von 100 Schiffen mit Hilfsgütern für das jemenitische Volk kommen nur zehn bei der armen arabischen Nation an. Die Fracht der anderen wird an afrikanische und arabische Händler verkauft. Die Beamten fälschen Dokumente und

behaupten, die Hilfslieferungen seien auf dem Weg nach Jemen, wo die Schiffe in den Häfen von Aden und Al-Hudaida entladen würden. Tatsächlich jedoch landen die Hilfsgüter in Häfen in Afrika und Arabien.«

Wie *Fars* berichtet, hätten Hilfskomitees zufolge 173 Schiffe mit Hilfslieferungen jemenitische Häfen erreicht. Quellen in Aden berichten dagegen gerade einmal von vier Schiffen, die dort eingelaufen seien, drei davon mit Lebensmitteln an Bord.

In einem früheren Bericht ging es darum, dass Riad die verbotenen, aber von den USA gelieferten Streubomben einsetzt. Anfang Mai 2015 berichtete *Human Rights Watch* (HRW) unter Berufung auf seriöse Quellen über den Einsatz dieser Bomben. Am 31. Mai meldete HRW erneut, dass im Gouvernement Sa'da im Norden des Landes Zivilisten zu Schaden kamen, als Streubomben verwendet wurden. HRW-Mitarbeiter Ole Solvang erklärte: »Diese Waffen können nicht zwischen militärischen und zivilen Zielen unterscheiden. Ihre nicht explodierten Submunitionen bedrohen noch lange nach Ende der Kämpfe Zivilisten und insbesondere Kinder.«

HRW belegte 2009, dass Saudi-Arabien Streubomben amerikanischer Herstellung einsetzte. Diese Munition lässt sich mit Raketen, per Mörser und Artillerie verschießen oder als Bombe aus einem Flugzeug abwerfen.

Streumunition ist aus gutem Grund verboten: Es sind Terrorwaffen. Sie töten und verwunden Zivilisten. Nicht explodierte Munition sieht aus wie ein Spielzeug. Kinder spielen damit und werden getötet oder verlieren Extremitäten. Bevor dieser Konflikt ein Ende findet, wird vielleicht eine ganze Generation jemenitischer Kinder getötet oder verstümmelt.

Der Ring des Feuers: US-Stützpunkte rings ums Öl

Seit Jahren dehnt sich die NATO auf die gesamte Erdölregion des Nahen und Mittleren Ostens aus. Und diese Expansion ist schon sehr weit gediehen: Zu den sechs Staaten des Golf-Kooperationsrats *(Gulf Cooperation Council,* GCC) - das sind Kuwait, Bahrain, Saudi-Arabien, Katar, Vereinigte Arabische Emirate und Oman - unterhält die NATO

enge Beziehungen. Seit 2004 haben die Staaten des GCC zusammen mit der NATO und sieben weiteren Staaten am Mittelmeer - nämlich Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Mauretanien, Marokko und Tunesien - in der *Istanbul Cooperation Initiative* (ICI) militärische Partnerschaft vereinbart.

Die Hauptziele der ICI lauten: Mitarbeit bei der Kontrolle des Mittelmeeres, des Roten Meeres und des Golfs von Aden bis ins Arabische Meer und in den Persischen Golf; Bereitstellung von Truppen und Nachschub; Verpflichtung zu gegenseitiger Verteidigung nach Artikel 5 des NATO-Vertrags, das heißt, ein Angriff auf einen dieser Staaten könnte den NATO-Bündnisfall auslösen.

Die Golfregion sieht die NATO »als eine Erweiterung des europäisch-atlantischen Sicherheitsraums«, wie der damalige Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen 2009 gegenüber einem Korrespondenten von *Al Arabiya* erklärte.

Aber nicht nur im Süden Irans hat die NATO eine beachtliche Bündnisstruktur aufgebaut. Im Irak, der im Westen an Iran grenzt, schloss der stellvertretende Generalsekretär der NATO, Claudio Bisogniero, im Juli 2009 einen Vertrag mit dem irakischen Verteidigungsminister über die Ausbildung der Streitkräfte des Landes ab. Die Vereinbarung werde die gesetzliche Grundlage dafür schaffen, dass die NATO ihre Mission fortsetzen kann, hieß es auf der NATO-Webseite.

Nördlich vom Irak entwickelt sich Aserbaidschan - wie wir bereits gesehen haben - zum NATO-Vorposten im südlichen Kaukasus und im Kaspischen Becken. Vafa Guluzade, ein ehemaliger Berater des Präsidenten Aserbaidschans, sagte auf einer NATO-Tagung 2010: »Das Territorium und die Menschen Aserbaidschans sind ideal für eine militärische Zusammenarbeit mit der NATO. Das Land hat eine sehr vorteilhafte geostrategische Lage ... und seine Flughäfen eignen sich als NATO-Basen.« Schon heute werden Angehörige der afghanischen Armee an den Militärakademien Aserbaidschans ausgebildet.

Afghanistan, im Osten Irans gelegen, ist auch nach dem Abzug der alliierten Truppen mit etwa 400 Basen bestückt, deren wichtigste jederzeit wieder aktiviert werden können. Zudem ist das Land zusammen mit Pakistan und der NATO in der sogenannten trilateralen Militärkommission verbunden.

Südlich des Iran, aber auf der anderen Seite des Persischen Golfs, haben die USA in den letzten Jahren massiv ihre Stützpunkte in Katar, Kuwait, Oman, Bahrain und den Vereinigten Emiraten ausgebaut. Außerdem bleibt das umfangreiche Stützpunktsystem in Saudi-Arabien, das unter Kontrolle der USA angelegt wurde und völlig auf deren Bedürfnisse zugeschnitten ist, auch nach Abzug der US-Truppen im Jahr 2001 verfügbar.

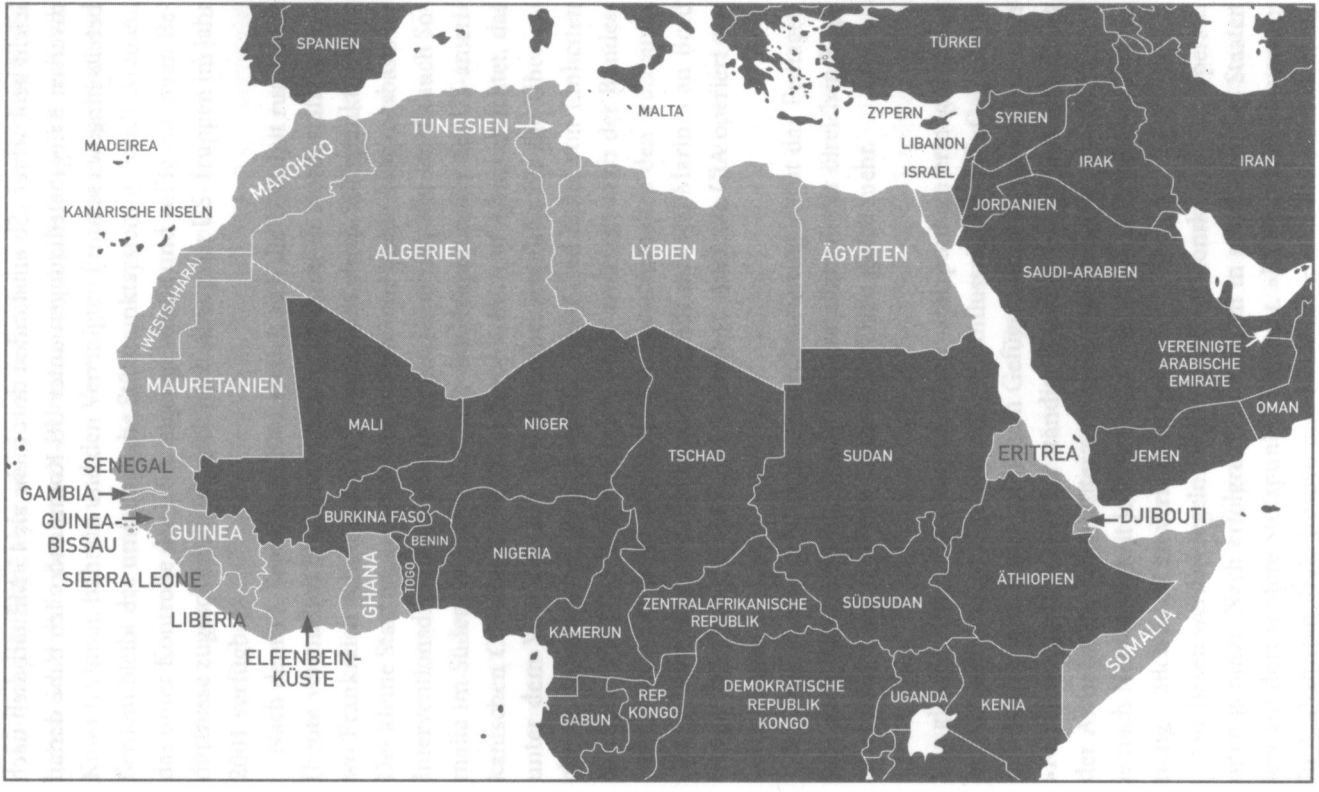
Nach dem 11. September 2001 setzten sich die USA mit rund 2000 (heute vermutlich 5000) Soldaten in Djibouti in Nordostafrika fest, wo Frankreich schon seit der Kolonialzeit einen Stützpunkt besitzt. Der kleine Staat ist, geografisch gesehen, eine ideale Ausgangsbasis für Interventionsdrohungen sowohl gegen Jemen im Norden als auch Somalia im Süden. In Djibouti wurde das Hauptquartier der US-amerikanischen *Combined Joint Task Force - Horn of Africa* errichtet, das unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung für die Überwachung der gesamten Region zuständig ist und dabei von Einheiten mehrerer NATO-Mitgliedsländer, unter anderem auch der Bundeswehr, unterstützt wird. Die *Special Forces* unterhalten den Stützpunkt Camp Lemonier, und ein Landungsschiff mit 600 Marines an Bord wurde dauerhaft vor der Küste stationiert. Auch die CIA operiert von Djibouti aus.

Im Zuge der eingeleiteten Umstrukturierung strebt das Pentagon jetzt auch Stützpunkte in Westafrika, vor allem in der ölreichen Region rund um den Golf von Guinea, an. Dazu gleich mehr.

Das globale Netz an Militärbasen und -Stützpunkten ermöglicht den Vereinigten Staaten eine gigantische Einflussnahme auf »Gegner« in politischem und wirtschaftlichem Gefüge. Das ständige Suchen eines »Feindes« gewährleistet die ständige Expansion und Instandhaltung der Armeestützpunkte. Interventionen und Geheimoperationen sind je nach Notwendigkeit jederzeit und überall durchführbar und - falls nötig - auch leicht zu verheimlichen.

Die Basen werden regelmäßig für Interventionskriege und Operationen genutzt. Nach erfolgreichen Kriegen in naheliegenden Staaten werden dort weitere Stützpunkte errichtet. »Kriegsbeute« sozusagen. In Afghanistan, Irak, Kosovo und Katar kann man diese Entwicklung

leicht beobachten. So entstanden dort mehr als 15 Militärbasen nach diversen Kriegsbeteiligungen unter US-Kommando. Ich habe darauf bereits hingewiesen.


SPANIEN
TÜRKEI
MALTA
TUNESIEN
ZYPERN
SYRIEN
LIBANON
ISRAEL
IRAK
IRAN
MADEIREA
MAROKKO
KANARISCHE INSELN
JORDANIEN
ALGERIEN
LYBIEN
ÄGYPTEN
SAUDI-ARABIEN
(WESTSAHARA)
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE
MAURETANIEN
OMAN
MALI
NIGER
TSCHAD
SUDAN
ERITREA
JEMEN
SENEGAL
GAMBIA
GUINEA-BISSAU
GUINEA
BURKINA FASO
BENIN
DJIBOUTI
NIGERIA
SIERRA LEONE
GHANA
TOGO
ÄTHIOPIEN
ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK
SÜDSUDAN
LIBERIA
KAMERUN
SOMALIA
ELFENBEIN-KÜSTE
REP. KONGO
DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO
UGANDA
KENIA
GABUN

Afrika: Das chinesisch-amerikanische Tauziehen

Chinas rasant wachsender Einfluss in Afrika gehört zu den aktuell bedeutendsten Entwicklungen auf dem Kontinent. Auf der Suche nach Rohstoffen erschließt sich Peking den Erdteil mit beispielloser Geschwindigkeit. Nun sind es nicht mehr nur die USA und Europa, die nach den Bodenschätzen unseres südlichen Nachbarkontinents greifen. Im Fokus: das Schwarze Gold. Beginnt mit dem Auftritt Chinas auf der afrikanischen Bühne ein »great game« um Afrikas Öl? Bahnt sich gar aus der Konkurrenz eine Auseinandersetzung zwischen den Machtblöcken an?

400 Milliarden Dollar für Afrika

China will nach Angaben der Wochenzeitung *Die Zeit* seine ohnehin führende Handelsposition in Afrika in den kommenden Jahren drastisch ausbauen. Regierungschef Li Keqiang kündigte im Mai 2014 bei einem Besuch in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba an, das Handelsvolumen in Höhe von derzeit 200 Milliarden Dollar (rund 144 Milliarden Euro) bis 2020 auf 400 Milliarden Dollar zu verdoppeln.

Inmitten der »trüben Weltwirtschaft« infolge der Finanzkrise sei der Kontinent ein Lichtblick und eine der am schnellsten wachsenden Regionen der Welt, sagte Li bei einer Rede am Sitz der Afrikanischen Union. Sein Land werde bei der »Industrialisierung« des Kontinents eine aktive Rolle spielen, sagte Li und kündigte vor allem Unterstützung bei Infrastrukturprojekten an.

Ein konkretes Projekt ist der Aufbau eines Hochgeschwindigkeitsnetzes im Bahnverkehr. Dafür sollen bestehende Kreditlinien von 20 Milliarden Dollar um weitere zehn Milliarden erweitert werden. Chinesischen Agenturmeldungen zufolge entwarf Li in Äthiopien die Vision eines Netzes, das »alle Hauptstädte verbindet«. China verfüge

über die entsprechende Technik. Die Volksrepublik werde gemeinsam mit Afrika daran arbeiten, dass der Traum wahr werde, sagte Li.

Zusätzlich soll ein Entwicklungsfonds für Afrika um zwei Milliarden Dollar aufgestockt werden. Weitere 100 Millionen Dollar will China für den Artenschutz in den Ländern zwischen Marokko und Madagaskar ausgeben. Für den Süd-Sudan stellte Li acht Millionen Dollar an Entwicklungshilfe in Aussicht. In dem Bürgerkriegsland sind chinesische Firmen an Ölgeschäften beteiligt.

Lis äthiopischer Kollege Hailemariam Desalegn, der derzeit den Vorsitz der Afrikanischen Union innehat, sprach von einem »robusten« politischen Austausch zwischen China und Afrika. Er lobte zudem die stetig wachsenden Investitionen Chinas im Produktionssektor.

Li besuchte anschließend die ölreichen Staaten Nigeria und Angola sowie Kenia. Bei Besuchen führender chinesischer Funktionäre in Afrika wurden bereits früher milliardenschwere Verträge über Rohstofflieferungen für die Volksrepublik geschlossen. Kritiker werfen China vor, weniger an Entwicklungshilfe und stärker am Rohstoffreichtum des Kontinents interessiert zu sein.

Der chinesische Plan, nicht nur Europa und Asien - Stichwort »Die Neue Seidenstraße« -, sondern auch die afrikanischen Länder mit Hochgeschwindigkeitsbahnstrecken zu verbinden, hat eine interessante Vorgeschichte: In China ist in kaum fünf Jahren das längste Superschnellbahnnetz auf dem Planeten entstanden. Nirgendwo werden zudem auf so langen Strecken höhere Durchschnittsgeschwindigkeiten erreicht.

Die Entwicklungen stammen weitgehend von europäischen und japanischen Anbietern. Ausländische Konsortien haben die ersten Verbindungen in Gemeinschaftsunternehmen gebaut, die Technik dann aber an die Chinesen abgetreten. So hat Siemens die erste Strecke zwischen Peking und Tianjin 2008 noch mit eigenen ICEs ausgerüstet - jetzt liefern die Deutschen nur noch Komponenten zu den praktisch baugleichen chinesischen Zügen.

Aufgrund dieses freiwilligen oder erzwungenen Technologietransfers haben die ausländischen Konzerne nicht nur den großen Markt in der Volksrepublik verloren, sondern auch die Aufträge in Drittländern. Dergleichen scheint sich jetzt in Afrika abzuzeichnen, wobei die

Asiaten abermals ihrer bewährten Expansionsstrategie in Schwellen- und Entwicklungsländern folgen: Als größte Devisenbesitzer der Welt bieten sie parallel zu den Bauleistungen zugleich die Kredite an, um diese zu bezahlen.

Im Eisenbahnbau gibt es eine lange Tradition der chinesisch-afrikanischen Kooperation. Bereits in den 1970er-Jahren finanzierte und baute China die Tanzara-Strecke, die über fast 1900 Kilometer hinweg Tansania und Sambia verbindet. Weitere Vorzeigeprojekte, auf welche die chinesische Presse heute hinweist, sind die beiden Terminals am Maputo-Flughafen in Mozambique, das Mali-Hospital, der Merowe-Nil-Staudamm im Sudan mit dem größten Wasserkraftwerk Afrikas sowie das Konferenzzentrum der Afrikanischen Union in Addis Abeba.

Schon heute ist die Volksrepublik für viele Länder Afrikas der wichtigste Wirtschaftspartner. Der frühere chinesische Staatspräsident Hu Jintao hat 20 Länder dort bereist, auch der Premier und der Außenminister sind regelmäßig auf dem Kontinent unterwegs. Sino-afrikanische Treffen auf Ministerebene sind üblich und werden von den Afrikanern gern besucht, weil sie die Rückreise regelmäßig mit neuen Aufträgen in der Tasche antreten können. Allein 2014 haben chinesische Unternehmen 56,5 Milliarden Dollar in Afrika investiert.

Hunderte von Verträgen haben die chinesische Regierung und chinesische Privatunternehmen mit Afrikanern abgeschlossen. China hat milliardenschwere Kredite gegeben und Zigtausende Arbeiter nach Afrika geschickt; fast eine Million Chinesen lebt jetzt dort. Sie haben Hunderte Krankenhäuser und Tausende Straßenkilometer gebaut, Regierungsgebäude, Bahnlinien, Fußballstadien. Ohne diese Hilfe läge Afrika weit hinter seinem heutigen Stand zurück. Die Wirtschaftsgroßmacht China braucht Afrika als Absatzmarkt - vor allem aber braucht sie Afrika, um den eigenen Rohstoffbedarf zu decken. Die Chinesen sind gierig auf alles: auf Gold und Holz, Kupfer und Kohle, Öl und Coltan.

Zu einer Reihe von Staaten reichen Pekings Beziehungen lange zurück. Kamerun etwa gilt seit 1971 als Verbündeter, nicht zuletzt weil die Regierung in Jaunde schon früh Pekings harten Kurs gegen Taiwan unterstützte. Im Gegenzug errichteten die Chinesen das

Lagdo-Wasserkraftwerk, bauten Krankenhäuser und Straßen, sie schickten Ärzte und bildeten kamerunische Kadetten in China zu Offizieren aus.

Überaus engagiert sind die Chinesen auch in Angola. Als sich die westlichen Geber nach dem Ende des Bürgerkriegs 2002 erst einmal zurückhielten und Kredite mit harten Auflagen verknüpfen wollten, sprang Peking bereitwillig ein. Die chinesische *Exim-Bank* vergab einen Kredit über vier Milliarden Dollar, ein weiterer soll kurz danach aufgelegt worden sein. Mindestens eines der Darlehen ist an die Auflage gekoppelt, bei Großaufträgen chinesische Firmen zu verpflichten.

Die Chinesen bauten den Angolanern in Luanda, Benguela, Lubango und Cabinda vier neue Fußballstadien, in denen im Januar 2010 der Afrika-Cup ausgetragen wurde. Sie erneuern die berühmte Benguela-Bahnlinie. Und sie wollen in der Hauptstadt Luanda einen neuen internationalen Flughafen errichten.

Die chinesischen Partner sind in Afrika auch deshalb willkommen, weil sie keine Fragen und Bedingungen stellen. Sie verzichten auf all die Forderungen, die der Westen gern zur Voraussetzung für Hilfe macht: gute Regierungsführung, Wahrung der Menschenrechte oder entschiedenen Einsatz gegen Korruption.

Die Chinesen gehen anders vor. Krieg in Darfur? Repression in Simbabwe? Korruption in Nigeria? Kein Problem. Anstatt etwa Simbabwes Diktator Robert Mugabe für seine totalitäre Politik und die Ausplünderung des eigenen Landes zu kritisieren, verliehen sie ihm 2005 eine Ehrenprofessur und erklärten ihn zu »Chinas Freund Nummer eins«. Und 2008 schickten sie Mugabe die »An Yue Jiang«, ein Schiff voller Waffen und Munition.

Ein anderes Beispiel: Kenia erhielt wegen der latenten Spannungen mit Somalia Militärgerät aus China. Der kenianische Geheimdienst NSIS wurde nicht nur mit Computer- und Kommunikationstechnik ausgestattet, die Amtshilfe nahm zuletzt solche Ausmaße an, dass die US-Botschaft in Nairobi in einer geheimen Depesche sorgenvoll nach Washington meldete: »Im September 2008 richtete der chinesische Telekommunikationsausrüster ZTE die Computerinfrastruktur im NSIS-Hauptquartier ein. Das Projekt beinhaltete ein Sicherheitsnetzwerk für die kenianischen Regierungscomputer.« Seither müssen die

Amerikaner davon ausgehen, dass chinesische Geheimdienstler an den meisten Regierungsinterna teilhaben.

Selbst zu einem zerrissenen Land wie Somalia hält Peking engen Kontakt. China war einer der ersten Unterstützer der Übergangsregierung in Mogadischu, als diese im Oktober 2004 ihre Geschäfte aufnahm. Gut ein Jahr später unterzeichnete China mehrere Wirtschaftsabkommen. »Wir gehen davon aus, dass China regelmäßig Extrazahlungen an Präsident Jussuf vornahm«, heißt es in einem Bericht der US-Botschaft in Kenia. »Unsere Kontakte sagten uns, dass das Geld immer in bar floss und das meiste im Kabinett verteilt wurde.« Der somalische Botschafter in Kenia räumte ein, dass »China sich nicht mit der politischen, höchstens mit der wirtschaftlichen Lage befasse und dass es sich schon mal im Hinblick auf die Handelsvorteile im Nachkriegs-Somalia positioniere«. Lesen Sie gleich, warum ich die Kommunikation der US-Botschaften so genau kennen und zitieren kann.

Washingtons Gegenstrategie

Die amerikanischen Botschaften in Afrika beobachten genau, was die andere Weltmacht tut. Aus nahezu sämtlichen Ländern des Kontinents schicken sie präzise Aufstellungen nach Washington. In den Depeschen geht es nicht nur um steil ansteigende Handelskurven. Es geht auch um die wachsenden Ressentiments, die Afrikaner gegen Chinesen entwickeln. Und natürlich geht es bei alldem um die Macht auf dem Kontinent, um Sicherheitsinteressen und Einflusssphären. Und oft um Milliarden.

Kein Wunder also, dass die Veröffentlichung von Depeschen US-amerikanischer Botschaften durch *WikiLeaks* ab dem 28. November 2010 der Super-GAU war für das US-Außenministerium und deswegen auch »Cablegate« genannt wurde - analog zu »Watergate«. Der Begriff »cable« ist die Kurzform von »diplomatic cables«, zu Deutsch Drahtberichte, und bezeichnet diplomatische Berichte, Dossiers und Depeschen, die früher per »Kabel«, also per Telegrafie, übermittelt wurden.

Bei den von *WikiLeaks* veröffentlichten Dokumenten handelt es sich um eine Sammlung von 251287 internen Berichten und Lagebeurteilungen der US-Botschaften in aller Welt an das US-Außenministerium, die aus der Zeit von Dezember 1966 bis Februar 2010 stammen. Enthalten sind 15 652 als geheim und 101 748 als vertraulich eingestufte Berichte. Parallel berichteten die Zeitungen *The Guardian, Le Monde, El Pais, Der Spiegel* sowie *Spiegel Online,* denen *WikiLeaks* vorab die Auswertung ermöglichte.

Dazu ein Beispiel, das das Thema dieses Kapitels berührt: Als die kongolesische Regierung mit Peking Ende 2007 ein umfangreiches Abkommen über 9,2 Milliarden Dollar vereinbart, staunten die Beobachter des *State Department.* Die Demokratische Republik Kongo sicherte Peking darin Schürfrechte zu, die China insgesamt zehn Millionen Tonnen Kupfer und 620000 Tonnen Kobalt garantieren. »Das sino-kongolesische Abkommen sorgte sofort für große Sorgen unter den multi- und bilateralen Gebern, die Folgen für die langfristige Schuldenentwicklung befürchteten«, hieß es später in einer Depesche der US-Diplomaten. Der Kongo steht bei Weltbank und westlichen Gebern mit Milliarden Dollar in der Kreide. Da hätte ein neuer Vertrag mit China Zins- und Tilgungsbemühungen erschwert. Weiter schrieb der US-Botschafter William Garvelink: »Im Jahr 2008 und in der ersten Hälfte 2009 legten weder China noch die kongolesische Regierung irgendeine Neigung an den Tag, das Abkommen zu überarbeiten, um die Schuldenrückzahlung sicherzustellen.«

Schreiben aus Kinshasa gewähren seltene Einblicke in die internationale Finanz- und Entwicklungspolitik. Im Mai 2009 kam Dominique Strauss-Kahn, Direktor des Internationalen Währungsfonds, nach Kinshasa. »Während der Besuch nach außen die Folgen der internationalen Finanzkrise debattieren sollte, sollte er in Wahrheit die kongolesische Regierung ermuntern, politische Schritte zu unternehmen, das Abkommen neu zu verhandeln.« Der westliche Druck zeigte schließlich Wirkung, Präsident Joseph Kabila lenkte ein. Das Abkommen wurde um ein Drittel abgespeckt.

Neben diplomatischem Druck gibt es auch noch handfestere Druckmittel: Amerikanische Sicherheitsexperten meldeten laut einem

Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 21. Februar 2007, dass das Terrornetzwerk Al-Qaida den Maghreb und die Sahelzone zu einem neuen Aktionszentrum gewählt hat. Die Al-Qaida ist - das weiß jeder, der im Netz recherchiert - in engem Kontakt zu den westlichen Geheimdiensten. Unter Maghreb - arabisch: der Westen - versteht man vor allem die drei nordafrikanischen Staaten Tunesien, Algerien und Marokko sowie Libyen und Mauretanien, die aufgrund ihrer Geografie und Geschichte viele Gemeinsamkeiten haben. Die südlich dieser Länder liegende Sahelzone ist eine lang gestreckte halbtrockene Übergangszone von der eigentlichen Wüste der Sahara, die sich nördlich von der Sahel befindet, bis zur Trocken- beziehungsweise Feuchtsavanne im Süden. Die Sahelzone umfasst von West nach Ost die Staaten Senegal (Nordteil), Mauretanien (Südteil), Mali, Burkina Faso (Nordteil), Niger (Südteil), Nigeria (Nordteil), Tschad, Sudan, Äthiopien (Nordteil) und Eritrea.

Das kaum kontrollierte Dreiländereck, in dem Algerien, Mauretanien und Mali aufeinandertreffen, soll das Rückzugsgebiet des nordafrikanischen Zweigs von Al Qaida sein. Aus dem Reservoir Tausender radikalisierter Jugendlicher aus dem Maghreb und der verarmten Sahelzone kämen Rekruten für einen Heiligen Krieg zusammen, berichten die Geheimdienste.

Flugs stellten daraufhin die USA den Maghreb-Staaten neue Waffen, Kommunikationssysteme sowie Transport- und Aufklärungsgeräte im Wert von 80 Millionen Dollar zur Verfügung und intensivierten die Zusammenarbeit der jeweiligen Geheimdienstler mit ihren amerikanischen Kollegen. Am 7. Februar 2007 kamen die Generalstabschefs jener Länder in Dakar zusammen, um sich von US-General William Ward über den operativen Umfang der Al-Qaida-Aktivitäten und mögliche Eindämmungsmaßnahmen aufklären zu lassen. Zum Abschluss verkündete ein Sprecher der marokkanischen Regierung: »Unsere Region ist schwerwiegenden terroristischen Bedrohungen und gewalttätigen Terrorakten ausgesetzt.«

Die plötzlich aufgetauchten Terrorgruppen und die amerikanischen Militärberater, die den »bedrohten« Regierungen daraufhin zu Hilfe eilen, machen sich also in einer Gegend breit, die nach den Plänen des Pentagon zu einem der für die USA wichtigsten Einflussge-

biete des 21. Jahrhunderts wird: In der Sahelzone liegen die neuen Öl-Eldorados.

Deswegen gibt es auch seit 2008 in Stuttgart das »AfriCom«, das direkt dem Pentagon unterstehende Oberkommando der US-Streitkräfte für Afrika. Ich werde gleich noch einmal ausführlich darauf zurückkommen. Sein offizielles Ziel: »Den Menschen in Afrika Frieden und Sicherheit bringen« (George W. Bush). Seine wirkliche Aufgabe: »Die Öl- und Gasfelder im Maghreb und der Sahel-Zone sichern« (Werner Ruf, emeritierter Professor für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel).

Derzeit beziehen die USA etwa 20 Prozent ihrer Erdöl- und Erdgasimporte aus Afrika, in den nächsten Jahren sollen sie auf 25 Prozent wachsen. Doch wie soll man diese Importe langfristig sichern? Maghreb-Kenner Werner Ruf schreibt in einem Beitrag für die Zeitung *Neues Deutschland* am 21. April 2007[37]: »Für den Krieg gegen den Terrorismus braucht man (auch) Terroristen. Schon 2004 behauptete eine Studie der U.S. Air Force, dass sich in der Sahara ein gefährlicher Terroristenherd entwickele, ja, dass dort mit höchster Wahrscheinlichkeit in Verbindung mit Al-Qaida die Anschläge vom 11. März 2004 in Madrid geplant und vorbereitet worden seien.«

Nach Ruf sind die angeblichen Terroristen Agenten des algerischen Sicherheitsdienstes und die behaupteten Verbindungen zu Al-Qaida reine Konstrukte der algerischen Dienste. Sie dienen als Begründung für den Ausbau der US-Militärpräsenz im saharischen und im Sahel-Raum. Ruf: »Alleiniger Produzent und Zulieferer der Informationen über die Gruppe ist der algerische Geheimdienst DRS. Über die Verbreitung dieser Informationen unter den Diensten entsteht jenes einheitliche Bild, das heute in den Medien nahezu wortgleich verbreitet wird. Und da die Informationen strategische Ziele verfolgen, werden sie weder auf Glaubwürdigkeit noch auf die Zuverlässigkeit der Quellen überprüft.«

Die Informationen dienen zur Begründung und zum Ausbau der 2006 ins Leben gerufenen *Trans Saharan Counter-Terrorism Initiative* (TSCTI). Ihr gehören mittlerweile zehn Staaten an. Stützpunkte für die TSCTI sind geplant beziehungsweise im Aufbau in Senegal, Mali, Mauretanien, Niger, Tschad, Ghana, Marokko, Tunesien und Algerien.

Der US-Kongress hatte der Trans-Sahara-Initiative zur Terrorbekämpfung für die Jahre 2007 bis 2013 rund 500 Millionen Dollar zugebilligt. Für dieses Geld wurden Waffen geliefert und afrikanische Soldaten von U.S. Special Forces ausgebildet.

Weitere US-Militärbasen (erinnern Sie sich an die »Lily Pads«?) sind im Aufbau in Burkina Faso, Nigeria, der Zentralafrikanischen Republik, der Demokratischen Republik Kongo, dem Süd-Sudan, Uganda, Äthiopien, Kenia und Somalia. In den meisten dieser Länder sind »die von den USA unterstützen Terrorbrigaden Al-Qaidas mit verdeckter Unterstützung westlicher Geheimdienste aktiv«, bestätigt der bereits mehrfach zitierte Professor Michel Chossudovsky am 20. Mai 2015 auf *Kopp Online.*

Laut Werner Ruf geht es bei dieser Aufrüstung um die sich verschärfende Rivalität zwischen den USA und Europa und um die Verhinderung der Stärkung des chinesischen Einflusses. »Die Al-Qaida im Maghreb dient den Interessen der US-amerikanischen Geopolitik. Und um diese Funktion zu erfüllen, muss sie glaubwürdig sein. Deshalb muss mit weiteren Anschlägen gerechnet werden. Gleichzeitig zwingt der >Kampf gegen den Terrorismus< die Europäer trotz gegenläufiger eigener ökonomischer Interessen unter die Führung der USA. Die brutalen Methoden des Antiterrorkriegs einschließlich der Unterwerfung Afrikas unter die Kontrolle des US-Militärs tragen jedoch dazu bei, jenen Feind erst zu produzieren, den zu bekämpfen man vorgibt - und der dann leicht zur wirklichen Bedrohung Europas wird.«

Aber auch Deutschland ist beim Wettkampf um Afrikas Ressourcen dabei. »Globale Sicherheit im 21. Jahrhundert wird untrennbar auch mit Energiesicherheit verbunden sein«, sagte der damalige und heutige Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) in einer programmatischen Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 5. Februar 2006. Er fuhr fort: »Und die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss sich dieser strategischen Herausforderung stellen. Wir sind ein rohstoffarmes Land.« Ins Visier dieser strategischen Herausforderung geraten sind vor allem der Sudan und die gesamte Region Zentralafrika.

In seiner »Außenpolitischen Strategie zu Zentralafrika« verweist das Auswärtige Amt (AA) neben anderen knappen Rohstoffen auf die Ölvorkommen in Gabun, Kamerun, der Republik Kongo, Äquatorialguinea und Tschad, sowie auf die Demokratische Republik Kongo (früher Zaire). Allein in dieser Republik finden sich nach Angaben des AA die Rohstoffe Gold, Diamanten, Kupfer, Kobalt, Tantal, Zink, Zinn, Kadmium, Germanium und Wolfram.

Erklärt diese Tatsache den UN- und Bundeswehreinsatz zur Sicherung der kongolesischen Wahlen im Jahr 2006? Derzeit hat die Bundeswehr Militärbeobachter und Ausbilder im Sudan und im Süd-Sudan, in Somalia, im Kongo, in Mali und im Senegal stationiert.

Das Schwarze Gold weckt jedoch die meisten Begehrlichkeiten. Wie das Beispiel Sudan zeigt. Die islamische Republik, siebenmal so groß wie Deutschland und größter Flächenstaat des Kontinents, verfügt nach amerikanischen Schätzungen über ein Erdölvorkommen von rund drei Milliarden Barrel. Das Öl befindet sich im Süden des Landes und wird von Unternehmen aus China, Indien, Pakistan und Malaysia gefördert. Wichtigster Investor ist hierbei die Volksrepublik China, die knapp ein Zehntel seiner Ölimporte aus dem Sudan bezieht. Über eine Pipeline gelangt das Öl in den Norden des Landes, nämlich nach Port Sudan am Roten Meer, und wird von dort per Schiff nach Asien transportiert.

Seit 2011 ist der ölreiche Süden als Republik Süd-Sudan ein eigener Staat. Englisch ist die Amtssprache. Fast 80 Prozent der über acht Millionen Einwohner sind Christen. Derzeit wird eine Pipeline gebaut, die das Süd-Sudanische Öl über Äthiopien nach Djibouti befördern soll. Um diese kleine ostafrikanische Republik wird derzeit am heftigsten gerungen.

China baut Militärbasen in Afrika

Ismail Omar Guelleh, der Präsident von Djibouti, hat zugegeben, dass man mit China über die Einrichtung eines dauernden Flottenstützpunktes im Lande verhandle. Es wäre der erste der Chinesen in Afrika. Die Chinesen wollten damit das legitime Ziel verfolgen, einen

Stützpunkt zur Piratenbekämpfung in den gefährlichen Wassern vor Ostafrika, vor allem vor Somalia, zu besitzen, so Guelleh.

Im Februar 2014 hatten beide Staaten einen Vertrag über die Nutzung militärischer Einrichtungen des kleinen Landes geschlossen. Djibouti liegt zwischen Äthiopien, Eritrea und Somalia, ist etwa 23 000 Quadratkilometer groß (ungefähr wie Mecklenburg-Vorpommern) und hat etwa 800 000 Einwohner. Das heiße, wüstenhafte, ressourcenarme Djibouti liegt im Entwicklungsindex der UNO zuletzt nur auf Rang 170 von 187 erfassten Staaten. Im Gegenzug für den früheren Vertrag hatte China unter anderem zugesagt, das kleine Militär des Landes zu modernisieren, vor allem mit Schiffen und Flugzeugen.

Tatsächlich ist Djibouti, das 1977 von Frankreich unabhängig wurde, schon jetzt ein Heerlager fremder Mächte: Rund 2000 französische Soldaten sind permanent im Land, dazu seit 2001 US-Truppen vor allem der *Navy* und Marines. Die angeblich wachsende Präsenz der Heiligen Krieger in den Regionen südlich der Sahara ist die Begründung dafür, dass der US-Stützpunkt Camp Lemonnier in Djibouti massiv erweitert wurde: Mit 1,2 Milliarden US-Dollar wurde in den letzten Jahren das einst eher schläfrige Lager für wenige Hundert Marines in einen hochmodernen Stützpunkt für 4000 bis 5000 US-Soldaten umgewandelt. Auch Drohneneinsätze werden von hier aus geflogen - von Stuttgart aus kommandiert, wie wir gleich sehen werden. In Djibouti sind aber auch deutsche Truppen (200 bis 300) stationiert, im Rahmen der EU-geführten »Operation Atalanta« gegen Piraten; auch Soldaten und Seeleute anderer EU-Staaten schauen folglich hier vorbei.

Seit einigen Jahren ist auch Japan hier militärisch präsent: Man hat der japanischen Marineluftwaffe eine Fläche am internationalen Flughafen verpachtet, von wo aus Seeaufklärungsflugzeuge operieren, ebenfalls im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Piraterie. Präsident Guelleh wies denn auch auf das Beispiel Japan hin, um die Bedeutung einer stärkeren chinesischen Präsenz zu relativieren. Djiboutis Hafen wird von Kriegsschiffen vieler Länder, durchaus auch jener Japans und Chinas, regulär zu Versorgungszwecken angelaufen. Chinas künftige Präsenz am Horn von Afrika wird freilich weit deutlicher sein und eine richtige eigene Basis umfassen.

Das Pentagon zahlte jährlich bisher 63 Millionen Dollar für die Nutzung der Basen, aber China hat ein viel besseres Angebot gemacht, nämlich Investitionen in Höhe von drei Milliarden Dollar für eine neue Eisenbahnlinie von Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba nach Djibouti plus 400 Millionen für den Ausbau des Hafens von Obock. Die Gefahr besteht jetzt, dass Washington einen Regimewechsel unter dem Vorwand der Demokratisierung inszeniert und, wie schon oft praktiziert, einen US-hörigen Staatschef installiert.

Was die USA aber noch mehr beunruhigt: China baut im Zusammenhang mit seinem Aufstieg zur Weltmacht mit globalen Interessen und Rohstoffquellen von Südamerika bis Afrika gleichzeitig zu seiner Hochseeflotte auch den Zugang zu überseeischen Basen aus. Solche hat Chinas Marine und zivile Handelsflotte bisher unter anderem in Burma, Sri Lanka und Pakistan.

Im Jahr 2013 wurde ein Artikel in chinesischen Medien publiziert, in dem von einem künftigen Netz von Basen entlang dreier »Lebensadern« binnen der kommenden zehn Jahre die Rede ist. Die Linien führen durch den nördlichen Indischen Ozean bis Pakistan, den westlichen Indischen Ozean bis Djibouti, den Oman, Kenia und Mosambik sowie den südlichen Indischen Ozean bis Madagaskar.

Im Zentral-, Süd- und Westpazifik sind die Absichten wohl noch etwas zurückhaltend (zu stark ist hier die Dominanz der USA), obwohl Lateinamerika enorme Bedeutung für Chinas Rohstoffnachschub hat, etwa aus Peru, Chile, Argentinien und Brasilien. In Nicaragua ist ein chinesischer Stützpunkt binnen der nächsten paar Jahre noch am wahrscheinlichsten, immerhin wird dort ein chinesisches Konsortium einen neuen Kanal durch Mittelamerika in Konkurrenz zum Panamakanal bauen.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Spratly-Inseln erwähnt werden, im Südchinesischen Meer gelegen. Diese Inseln - im Wesentlichen unbewohnte Riffe und Felsen - werden in Teilen gleich von mehreren Anliegerstaaten beansprucht. Hier baut China militärische Stützpunkte und sieht sich im Disput mit Vietnam, Malaysia und den mit den USA verbündeten Philippinen. Zu den weiteren Konfliktlinien im Chinesischen Meer komme ich gleich.

In chinesischen Fachkreisen ist von künftigen Basen bis Mitte der 2020er-Jahre unter anderem noch in folgenden Küstenstädten die Rede: Lagos (Nigeria), Dar es Salaam (Tansania), Walvis Bay (Namibia), Luanda (Angola), Mombasa (Kenia), auf den Seychellen und sogar in Port Moresby (Papua-Neuguinea, im Vorhof Australiens).

Zurück zu Afrika. »Wenn die Vereinigten Staaten in Afrika nicht die Führung übernehmen, werden wir in einer sehr wichtigen Region der Welt zurückfallen«, warnt der stellvertretende Nationale Sicherheitsberater der USA, Ben Rhodes. Dem Kontinent habe man bislang nicht wirklich Zeit und Aufmerksamkeit widmen können, räumt er ein. Es läge aber nicht im Interesse der USA, sich genau zu der Zeit zurückzuziehen, wenn andere Nationen dort Fuß fassten und ihre eigenen Investitionen erhöhten. Ausdrücklich nannte Rhodes China, das »in das Spiel einsteigt« und in Afrika ein wirtschaftlicher Konkurrent sei.

Höchste Zeit, dass Präsident Obama und eine ganze Reihe CEOs amerikanischer Unternehmen dem Kontinent im Juli 2015 einen Besuch abstatteten. Aus dem Privatsektor gebe es großes Interesse an neuen Handels- und Investitionsmöglichkeiten in afrikanischen Ländern, sagt Rhodes.

Politisch und militärisch haben die USA auf dem Kontinent gegenüber China immer noch den größeren Einfluss. Dabei geht es vor allem um Sicherheitsinteressen, auch ein Thema auf Obamas Reise: Allein mit den Armeen von 35 Staaten unterhalten die USA Kooperationen in der Terrorbekämpfung, und Tausende amerikanische Militärberater sind in Afrika aktiv. Diplomatisch waren die USA Geburtshelfer für den neuen Staat Süd-Sudan und daran beteiligt, Guinea und die Elfenbeinküste aus schweren Unruhen wieder auf einen demokratischen Weg zu bringen. Auf diesem Feld haben die Amerikaner von den Chinesen vorerst nichts zu befürchten, auch weil sie ihr Engagement zuletzt weiter ausgebaut haben und heute Nutzungsrechte für vorhandene Stützpunkte in der gesamten Subsahara-Region haben - wie ich oben gezeigt habe.

Der US-Drohnenkrieg in Afrika beginnt in Stuttgart

In den Kelley Barracks im Stuttgarter Stadtteil Möhringen befindet sich das US-Einsatzführungskommando für den afrikanischen Kontinent *(Africom).* Von Stuttgart aus werden also alle militärischen und strategischen Operationen in Afrika geführt. Die 1500 Mann starke Kommandozentrale ist Teil der langfristigen Afrika-Strategie, die auf Rohstoffsicherung und den sogenannten Kampf gegen den Terror zielt - wie ich gerade gezeigt habe.

Africom-Stuttgart ist aber auch der Ort, an dem über Tod und Leben von Tausenden von Afrikanern entschieden wird. Es begann am 4. September 2009, als der damalige Oberkommandierende des *Africom,* US-General William Ward, die erste Drohnenhinrichtung von deutschem Boden aus empfahl. Einen Tag später eliminierte eine Lenkrakete Ali Saleh Nabhan in Somalia, angeblich ein Drahtzieher der Bombenanschläge auf US-Botschaften in Afrika 1998.

»Die amerikanische Regierung hat der Bundesregierung wiederholt, zuletzt am 23. September 2014, versichert, dass bewaffnete Einsätze unbemannter Luftfahrzeuge in Afrika nicht von Deutschland aus befehligt oder gesteuert werden«, versichert das Auswärtige Amt in Berlin. Das ist nicht einmal gelogen vom Außenministerium. Denn Africom empfiehlt nur eine Todesliste, schlägt also verdächtige Terrorverdächtige zum Abschuss vor. Präsident Obama wählt aus dieser Liste einmal die Woche, am sogenannten Terrordienstag, die Hinrichtungsziele aus. Das *Africom* führt dann mithilfe des *Air Operations Center* in Ramstein den Befehl aus und gibt die Abschussbefehle an die US-Drohnenbasis in Afrika weiter.

Africom ist auch Ausdruck der gewachsenen Bedeutung Afrikas für die USA: Zum einen wurde in Afrika in den letzten Jahren eine Reihe neuer Erdölvorkommen entdeckt. Zum anderen ist China, wie oben gezeigt, in eine ernsthafte Konkurrenz um den Zugriff auf Erdölvorkommen weltweit getreten. Und zum Dritten sollen - wie ebenfalls bereits ausgeführt - die angeblichen islamistischen Terroristen in der Sahelzone bekämpft werden.

Westafrika ist ein weiterer strategischer Schwerpunkt der USA. Die ölreichen Länder sind wichtig für die Versorgung der USA. Kein Wunder also, dass als künftiges Hauptquartier für ein zu schaffendes neues Regionalkommando schon im Mai 2002 die Errichtung eines riesigen US-Stützpunkts im westafrikanischen Inselstaat Säo Tomé und Principe vorgeschlagen wurde. Er soll auch Heimathafen eines neu zu schaffenden eigenen Flottenverbands werden, der den Golf von Guinea und damit die Erdölausfuhr aus Nigeria kontrollieren würde. Der Vorschlag kam damals vom israelisch-amerikanischen *Institute for Advanced Strategie & Political Studies,* einer Einrichtung der Neokonservativen. Ähnlich wie in den Gewässern um Nordostafrika und die arabische Halbinsel sowie im südlichen Mittelmeer könnten amerikanische Kriegsschiffe einschließlich mindestens eines Flugzeugträgers - vielleicht wiederum unterstützt von anderen NATO-Partnern - hier dauerhaft vor den westafrikanischen Küsten stationiert werden.

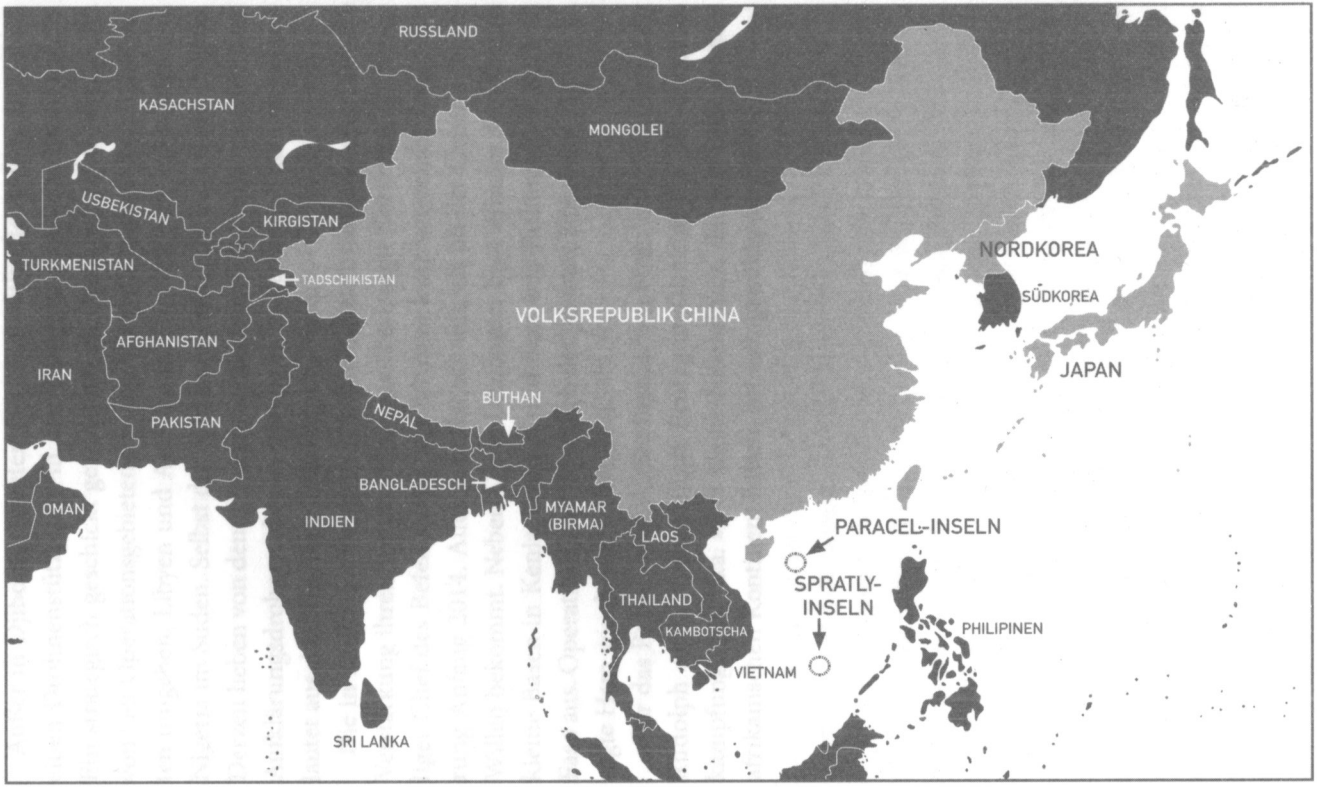
Was das Gebiet um den Golf von Guinea, von Liberia bis Angola, so interessant macht, ist vor allem sein Reichtum an Erdöl, der überwiegend erst in den letzten zehn Jahren entdeckt wurde. Nirgendwo auf der Welt werden derzeit so schnell so viele neue Vorkommen gefunden wie hier. Fast 20 Prozent des von den USA eingeführten Erdöls kommt aus dem Raum rund um den Golf von Guinea.

Zurück zum US-Drohnenkrieg in Afrika, der mit Washingtons »Krieg gegen den Terror« gerechtfertigt wird. Neben der Kommandozentrale in Stuttgart rüsten die US-Streitkräfte in Afrika selbst auch auf: Bereits seit sechs Jahren setzen die US-Streitkräfte vom bereits beschriebenen Djibouti aus Aufklärungsdrohnen im Kampf gegen die in Somalia operierenden Gotteskrieger ein. Nach Recherchen des US-Magazins *Wire* legten die unbemannten Flugkörper dort innerhalb von fünf Jahren 25 000 Flugstunden zurück. Nachdem im Jahr 2011 auch raketenbestückte Drohnen, die sogenannten Reapers (Sensenmänner), nach Djibouti verlegt wurden, schlugen sie nach Angaben des Londoner Büros für investigativen Journalismus in Somalia mindestens neunmal zu. Dabei sollen insgesamt 170 Menschen getötet worden sein, unter ihnen auch 50 Zivilisten.

Außer in Djibouti richteten die US-Streitkräfte Anfang 2014 auch einen Drohnenstützpunkt in der Wüstenstadt Agadaz im Niger ein. Ein strategisch geschickt gewählter Ort. Denn der Niger wird gleich von vier Operationsgebieten der angeblichen islamistischen Extremisten umgeben, Libyen und Algerien im Norden, Mali im Westen und Nigeria im Süden. Selbst der östlich angrenzende Tschad gilt als labil. Derzeit heben von dem US-amerikanischen Stützpunkt noch lediglich Aufklärungsdrohnen ab. Das könnte sich allerdings bald ändern, verlautet aus dem US-Verteidigungsministerium.

Die in Afrika stationierten US-Streitkräfte bräuchten eine 15-fache Verstärkung ihrer Aufklärungskapazitäten, sagte Carter Ham, ehemaliger Chef des Befehlsstabs von *Africom*, kurz vor seiner Pensionierung Anfang 2014. Alles sieht danach aus, als ob der General seinen Willen bekommt. Neben Camp Lemonnier baut *Africom* derzeit auch kleine Basen in Kenia, Uganda und dem westafrikanischen Burkina Faso aus. Operationen sei eigentlich der gesamte Kontinent abgedeckt, sagte Ham vor dem US-Kongress.

»Für das Pentagon ist Afrika inzwischen Front und Zentrum«, sagt Rudolph Atallah, ehemaliger Pentagon-Direktor für die Terrorbekämpfung in Afrika. »Der kleine Fußabdruck, den wir einst auf dem afrikanischen Kontinent hatten, hat sich gewaltig ausgedehnt.«


RUSSLAND
KASACHSTAN
MONGOLEI
USBEKISTAN
KIRGISTAN
TURKMENISTAN
TADSCHIKISTAN
NORDKOREA
SÜDKOREA
VOLKSREPUBLIK CHINA
AFGHANISTAN
IRAN
JAPAN
BUTHAN
NEPAL
PAKISTAN
BANGLADESCH
OMAN
INDIEN
MYAMAR
(BIRMA)
LAOS
PARACEL-INSELN
SPRATLY-
INSELN
THAILAND
KAMBOTSCHA
PHILIPINEN
VIETNAM
SRI LANKA

Asien: Gefechte im Chinesischen Meer

Das Feld der Konfrontation der USA mit China ist global. Es ist von dem hervorragenden geopolitischen Autor William Engdahl in seinem Werk *China in Gefahr. Wie die angloamerikanische Elite die neue eurasische Großmacht ausschalten will* ausführlich behandelt worden. Der Kampf um die Vorherrschaft über Asien und seine Meere bettet sich nach Engdahl in die globale Auseinandersetzung zwischen der Hegemonialmacht USA und seinen eurasischen Konkurrenten Russland und China ein.

»Die US-Militärpräsenz rund um das Chinesische Meer und die Straße von Malakka erhöht sich stetig«, schreibt Engdahl. Die Meerenge in Südostasien mit dem Namen »Straße von Malakka« ist mit täglich etwa 2000 durchfahrenden Schiffen eine der am stärksten befahrenen Wasserstraßen der Welt. Sie zwängt sich zwischen Indonesien und Malaysia hindurch auf ihrem Weg vom Indischen Ozean ins Südchinesische Meer. An ihrem nördlichen Ende, im Indischen Ozean, flankieren zwei bekannte Städte die Einfahrt der Meeresstraße: die Ferienmetropole Phuket in Thailand und das im Tsunami verwüstete Banda Aceh in Indonesien. Am südlichen Ende der Meerenge liegt der Stadtstaat Singapur. Etwa 800 Kilometer Distanz liegen zwischen beiden Enden. Der natürliche Kanal ist zwischen 50 und 300 Kilometer breit. Am südlichen Ende befinden sich zwischen Singapur und der Ostküste von Sumatra zahlreiche Durchfahrten mit teils erheblich geringerer Breite und an der seichtesten Stelle einer Tiefe von etwa 25 Metern.

Die US-Luftwaffe baut ihre Präsenz rund um dieses Nadelöhr aus - in Singapur, in Myanmar und auf den Philippinen. 60 Prozent der US-Kriegsschiffe sollen bis 2020 in die Region verlegt werden. Nach Engdahl ist das Ziel dieser Aufrüstung, »Chinas Zugang zu Energie- und Rohstoffquellen im Falle eines größeren Konflikts oder einer politischen Krise abriegeln zu können«.

Deswegen müssen wir auch das Säbelrasseln von Japan und China um die chinesisch Diaoyu und japanisch Senkaku genannte Inselgruppe im Ostchinesischen Meer oder das zwischen China und Vietnam um die Paracel-Inseln und Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer in ihrem geopolitischen Zusammenhang sehen. Es geht in allen Fällen um die Vorherrschaft über die Küsten Chinas. Peking beginnt den alten Platzhalter Washington herauszufordern. Lässt der sich das gefallen und: wie lange?

Der bereits in meinen ersten Büchern ausführlich besprochene US-Geopolitiker Professor Samuel Huntington schrieb bereits vor 20 Jahren: »Alle Großmächte - Großbritannien und Frankreich, Deutschland und Japan, die USA und die Sowjetunion - haben gleichzeitig mit oder unmittelbar nach ihrer rapiden Industrialisierung und ihrem wirtschaftlichen Aufschwung Expansion nach außen, Selbstbewusstsein und Imperialismus demonstriert. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, der Erwerb wirtschaftlicher und militärischer Macht werde in China keine vergleichbaren Folgen haben.«

Die nordkoreanische Karte

Diktator Kim Jong-Un kann in Nordkorea nach Belieben schalten und walten. Er spielt gerne mit dem Feuer, und niemand will und kann ihm die Streichhölzer abnehmen. Mal droht er mit einem Atomschlag gegen die USA, mal mit einem Angriff auf Südkorea. Er lehnt es ab, jemals über sein Atomprogramm zu verhandeln, und plant immer weitere Raketentests - stets mit Flugkörpern mit noch größerer Reichweite als beim letzten Mal.

Das schon vor einigen Jahren eingestellte Format der Sechsländergespräche über das nordkoreanische Atomprogramm ist wohl endgültig gescheitert. Verbal hatte zuletzt nur noch China daran festgehalten und bei vielen Gelegenheiten die Wiederaufnahme der Gespräche gefordert.

Nordkorea ist zwar ein kleines, heruntergewirtschaftetes Land. Aber es liegt in einer Region, die von Waffen starrt, wo alle Anrainerstaaten dem jeweils anderen mit größtem Misstrauen begegnen:

Peking will um keinen Preis Turbulenzen an einer Grenze, wo auf beiden Seiten ethnische Koreaner leben. Außerdem bürgt die Existenz Nordkoreas dafür, dass amerikanische Truppen nicht an die Grenze der Volksrepublik vorrücken können. Washington hat durch den unberechenbaren Diktator die Möglichkeit, alle in Reichweite von Nordkoreas Raketen liegenden Staaten mit Raketen und anderen Abwehrwaffen auszustatten.

Aber in dem kleinen, verarmten Land tickt neben seinem irren Führer eine andere Zeitbombe: Im Falle innerer Unruhen oder gar eines plötzlichen Zusammenbruchs in Nordkorea könnte sich China zum Eingreifen im Nachbarland veranlasst fühlen. Das wiederum würden Südkorea, die Vereinigten Staaten und Japan als Aggression auffassen. Die Gefahr eines großen Kriegs ist also näher, als es den Anschein hat.

Das zeigen vor allem die Propagandaschlachten, die seit Jahren stattfinden und die im Sommer 2015 in der Behauptung des *Wall Street Journal* gipfelten, dass Nordkorea über mehr Atomsprengköpfe verfüge als vermutet.

China hat nach Angaben der Zeitung vor einer wachsenden Zahl nordkoreanischer Atomwaffen gewarnt. Pjöngjang könnte nach Einschätzung chinesischer Experten bereits über 20 Sprengsätze verfügen, berichtete das Blatt unter Berufung auf US-Experten. Diese hatten im Juli 2015 mit chinesischen Vertretern hinter verschlossenen Türen beraten. Nordkorea verfüge zudem über die Fähigkeit, genügend atomwaffenfähiges Uran anzureichern, um das Arsenal voraussichtlich bis 2016 zu verdoppeln.

Nordkorea könne im Land offenbar mehr Uran anreichern als bisher angenommen, zitierte das Blatt den Wissenschaftler Siegfried Hecker von der *Stanford University.* Hecker hatte an dem Gespräch teilgenommen. Ein nordkoreanisches Nuklearsenal würde nach seiner Einschätzung Verhandlungen mit dem Westen erheblich erschweren.

Im Februar 2015 hatte das *U.S. Korea Institute* (USKI) der renommierten *Johns Hopkins School of Advanced International Studies* in Washington vor schnellen Fortschritten Nordkoreas bei der nuklearen Aufrüstung gewarnt. Im schlimmsten Fall, hieß es, könnte sich Pjöngjangs Atomarsenal binnen fünf Jahren auf 100 Bomben nahezu verzehnfachen.

Nordkorea habe in den vergangenen fünf Jahren große Fortschritte bei der Entwicklung von Waffen gemacht, schreiben die USKI-Experten. Die Programme »werden in den nächsten fünf Jahren wahrscheinlich bedeutend ausgeweitet und stellen eine ernsthafte Herausforderung für die USA, Nordostasien und die internationale Gemeinschaft dar«. Das USKI präsentiert drei Szenarien für die weitere Entwicklung des nordkoreanischen Atomprogramms:

- Minimales Wachstum: Die Zahl der nordkoreanischen Atomwaffen wächst von derzeit zehn bis 16 Uran- und Plutoniumbomben auf insgesamt 20 bis zum Jahr 2020. Jede hat eine Sprengkraft von rund zehn Kilotonnen TNT, also etwas weniger als die Hiroshima-Bombe.
- Mittleres Wachstum: Das Arsenal steigt in den nächsten fünf Jahren auf 50 Waffen. Zugleich gelingt es Nordkorea, die Sprengköpfe so weit zu miniaturisieren, dass sie auf Kurz- und Mittelstreckenraketen einer neuen Generation passen.
- Schnelles Wachstum: Der Bestand würde auf 100 Waffen mit einer Sprengkraft von jeweils 20 bis 50 Kilotonnen TNT anwachsen. Dank technologischer Fortschritte könnte Nordkorea auch kleinformatige taktische Atomwaffen einführen.

Schon das mittlere Szenario birgt das Potenzial, die gesamte Region zu destabilisieren: Sollte Nordkorea in den Besitz nuklearer Kurz- und Mittelstreckenraketen kommen, wäre nicht nur Südkorea unmittelbar bedroht. Experten haben wiederholt davor gewarnt, dass sich dann auch andere Staaten wie etwa Japan Atomwaffen zulegen könnten. Nach Nordkoreas Atomtest von 2013 etwa sprach Japans Premierminister Shinzo Abe von einer »schweren Bedrohung«, die nicht toleriert werden könne.

Fraglich ist, mit welcher Wahrscheinlichkeit die unterschiedlichen Szenarien eintreten. So haben US-Militärs und -Geheimdienste in den vergangenen Jahren in teils schrillen Tönen vor der nordkoreanischen Bedrohung gewarnt. Das USKI stellt sich nun auf die Seite der Mahner. In dem neuen Bericht ist die Rede davon, dass Nordkorea schon jetzt Plutonium-Atombomben besitzen könnte, die klein genug wären, um auf Raketen montiert zu werden.

Diese Systeme seien bereits in der Lage, große Teile Nordostasiens zu erreichen. In Zukunft könne Pjöngjang auch eine begrenzte Zahl von »Taepodong-2«-Langstreckenraketen einsetzen. Die militärische Version der »Unha-3«-Rakete, mit der Nordkorea Ende 2012 einen Satelliten ins All gebracht hat, könne auch das Festland der USA erreichen.

Andere Experten wiederum halten Pjöngjangs Drohungen und Waffeninszenierungen für Bluff. Mitunter könne Nordkorea nicht einmal überzeugende Attrappen bauen. Zudem müssten Raketen - und nuklear bewaffnete ganz besonders - in zahlreichen Tests erst noch ihre Zuverlässigkeit beweisen. Die »Taepodong-2« aber hat bisher wahrscheinlich noch keinen einzigen Versuch erfolgreich absolviert. Das Gleiche gilt für andere nordkoreanische Systeme wie etwa die »Musudan«-Mittelstreckenrakete.

Doch die Warnung des *U.S. Korea Institute* (USKI) wird in Washington dankbar angenommen. »Wir sind zutiefst besorgt darüber, dass Nordkorea seine nuklearen Fähigkeiten ausbaut«, sagte Sung Kim, Nordkorea-Sonderbeauftragter der US-Regierung, bei einem Seminar in Washington. Er wollte den USKI-Bericht zwar nicht direkt kommentieren. »Aber wir wissen, dass die Arbeit an Nordkoreas Atomprogramm weitergeht.« Die US-Rüstungsindustrie werden diese Prognosen sicherlich freuen.

Der Kampf um das Ost- und das Südchinesische Meer

China hat in den letzten Jahren ein umfangreiches Aufrüstungsprogramm zur Stärkung der Kriegsmarine und die Luftwaffe aufgestellt. Claus Kleber nennt in seinem Buch *Spielball Erde* Chinas Doktrin »die aktive Verteidigung auf See«. Das erste Ziel sei, das Süd- und das Ostchinesische Meer samt Taiwan »effektiv zu kontrollieren«.

Der Streit mit Japan im Ostchinesischen Meer ist nicht der einzige Territorialdisput. Auch die Spratly-Inseln, eine Inselgruppe im Südchinesischen Meer, werden neben China von Brunei, Malaysia, den Philippinen, Taiwan und Vietnam beansprucht. Dort werden große Öl- und Erdgasvorkommen vermutet.

Am 10. Mai 2014 entflammte zwischen China und Vietnam der Konflikt um die schon lange umstrittenen Paracel-Inseln neu auf. Chinesische Kampfflugzeuge verletzten den von Vietnam beanspruchten Luftraum in der Nähe der chinesischen Ölbohrinsel Haiyang Shiyou 981. Vietnam wirft China vor, die Plattform dort illegal zu betreiben. Zwischen Booten der chinesischen Marine und der vietnamesischen Küstenwache kam es zum Gefecht - allerdings vorerst nur mit Wasserkanonen. Diese Paracel-Inselgruppe, die nordwestlich der Spratlys im Südchinesischen Meer liegt, beherbergt ebenfalls Öl- und Erdgasvorkommen und liegt an den internationalen Schiffsrouten im Südchinesischen Meer, die China unbedingt kontrollieren will.

Vietnams Ministerpräsident Nguyen Tan Dung warnte auf dem Weltwirtschaftsforum in Manila am 24. und 25. Mai 2014 davor, dass die Auseinandersetzungen die wirtschaftliche Erholung der Welt gefährden könnten. »Derzeit werden Dreiviertel des weltweiten Güterverkehrs über die Meere abgewickelt. Davon gehen zwei Drittel durch das Südchinesische Meer«, sagte er. »Jedes Risiko eines Konflikts wird diesen riesigen Warenfluss unterbrechen und wird unvorhersehbare Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft und die Weltwirtschaft haben«, warnte der Ministerpräsident.

Geostrategisch viel brisanter ist der Vorwurf der philippinischen Regierung vom 15. Mai 2014, China treibe auf dem Johnson-South-Riff Baumaßnahmen voran und errichte dort möglicherweise einen Flugplatz oder einen Stützpunkt. Das Riff gehört zu den Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer und wird territorial von beiden Ländern beansprucht. Brisanter ist dieser Vorfall deswegen, weil die Philippinen im Gegensatz zu Vietnam unter dem militärischen Schutz der USA stehen.

Das philippinische Außenministerium veröffentlichte vier Luftaufnahmen des Riffs, die aus dem Zeitraum zwischen März 2012 und März 2014 stammen. Diese Bilder zeigen mutmaßlich die schrittweise erfolgte chinesische Anlandung von Maschinen und Material sowie Bauarbeiten auf dem Johnson-South-Riff, das die Philippinen als »Mabini-Riff« bezeichnen. »Diese Maßnahmen werden als Destabilisierung und Verletzung der Erklärung zum Verhalten der Anrainerstaaten des Südchinesischen Meeres und des Völkerrechts betrachtet«,

heißt es in einer philippinischen Erklärung, die die lokale Internet-Nachrichtenseite *GMA Online* veröffentlichte.

Die philippinische Regierung geht davon aus, dass China auf diesem Riff einen Flugplatz errichten will, um seine Einsatzfähigkeit im Südchinesischen Meer zu vergrößern. Die Errichtung von Gebäuden und anderen Einrichtungen auf dem Riff könnte auch dazu dienen, die von China beanspruchte Hoheit über die umgebenden Gewässer und Inseln zu festigen.

Aus philippinischer Sicht gehört das Johnson-South-Riff zur Inselgruppe Kalayaan, während es von China als Teil seiner Provinz Hainan betrachtet wird. Aber auch andere Länder wie Vietnam und Taiwan erheben Anspruch auf das Riff.

Der Sprecher des philippinischen Außenministeriums, Charles Jose, erklärte am 15. Mai 2014, seine Regierung befürchte, dass China das Johnson-South-Riff als Insel im Sinne des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ, international: UNCLOS) definieren wolle, um seine beanspruchten Souveränitätsrechte auch auf die umgebenden Gewässer ausdehnen zu können.

Nach der Definition des SRÜ gehört zu einer Insel eine sogenannte Ausschließliche Wirtschaftszone (englisch: »exclusive economic Zone«; EEZ) von etwa 370 Kilometern, die sogenannte 200-Meilen-Zone. Daher hätte das Land, das die Souveränität über eine Insel besitzt, auch Anspruch auf die entsprechende EEZ. Im Gegensatz zu Inseln stehen Riffen, größeren Felsen und anderen Strukturen keine EEZ zu.

Aber das Johnson-South-Riff ist nur ein Beispiel. Peking soll mehrere Inseln, Korallenriffe und Sandbänke künstlich mit Sand und Schutt ausgeweitet und etwa Landebahnen für Flugzeuge oder Schiffsanlegestellen errichtet haben, kritisiert das US-Verteidigungsministerium. Allein 2014 soll China nach Angaben des Pentagon an fünf Riffen insgesamt 200 Hektar Land für sich beansprucht haben. Beispiel hierfür sei das Fiery-Cross-Riff. Satellitenbilder zeigen nach US-Angaben, dass Peking dort aktuell eine 3000 Meter lange Landebahn für Militärjets baut.

Perlenkette und Seidenstraße

Als Beweis für den schnellen Aufbau einer schlagkräftigen chinesischen Armee gelten die ständig steigenden Rüstungsausgaben - dazu gleich mehr -, die Indienststellung des ersten chinesischen Flugzeugträgers 2011 und der Aufbau eines Netzwerks potenzieller Stützpunkte, die nach Kleber »als vorgeschobene Posten für Konflikte im Pazifik dienen und Taiwan, Südkorea und möglicherweise sogar den Nahen Osten von amerikanischen Verstärkungen abschneiden können«. Bislang hat sich China im Rahmen seiner »Perlenkettenstrategie« - der Begriff stammt allerdings, wie Engdahl nachweist, aus dem Pentagon und ist keine chinesische Strategie - Stützpunkte entlang der Tankerrouten im Indischen Ozean gesichert. Hierzu hat es Verträge zur Nutzung der Seehäfen für seine Marine mit Myanmar, Bangladesch und Pakistan abgeschlossen.

Der frühere chinesische Staatschef Deng Xiaoping beschrieb bereits im August 1994 Chinas geostrategische Ziele. »Erstens, Hegemoniestreben und Machtpolitik entgegenwirken und den Weltfrieden sichern. Zweitens, eine neue internationale politische und ökonomische Ordnung [Yuan neben dem Dollar als Weltwährung, Anm. d. Verf.] aufbauen.«

Wer nach Ansicht der Chinesen nach Macht und Hegemonie strebt, macht Song Yimin, Analytiker in der Forschungsabteilung des chinesischen Außenministeriums, in einem Aufsatz für die Zeitschrift *International Studies* klar: »Das strategische Ziel der USA besteht darrin, ihre Hegemonie auf die ganze Welt auszudehnen, und sie können nicht hinnehmen, dass in Europa oder Asien eine Großmacht entsteht, die einmal ihre Führungsposition bedroht.« Zbigniew Brzeziriski bestätigt Yimins Einschätzung. In seinem Buch *Die einzige Weltmacht* schreibt er: »Amerika ist… die gegenwärtig bestimmende Weltmacht, deren bloße Gegenwart in der Region, gestützt auf seine dominierende Position in Japan, Chinas Einfluss eindämmt.«

Aber China weitet ebenfalls seine Einflusssphären aus. Anfang April 2014 besuchte Chinas Präsident Xi Jinping Duisburg. Xi schlug den Bau einer neuen »Neuen Seidenstraße« (»Belt and Road«-Initiative) zwischen China und Europa vor. Ziel sei die wirtschaftliche

Zusammenarbeit in einer Region, in der 4,4 Milliarden Menschen - das sind 63 Prozent der Weltbevölkerung - leben. »Wir möchten auf der existierenden Basis aufbauen und den Ländern helfen, ihre Entwicklungsstrategien zu ergänzen und auszubauen«, sagt Xi am 28. März 2015 vor 16 internationalen Staats- und Regierungschefs bei der Eröffnung des »Boao-Forums für Asien«.

Die Infrastruktur für diese Seidenstraße des 21. Jahrhunderts ist bereits in ihren Grundzügen erkennbar: Die Eisenbahnverbindung über die Strecke Chongqing-Xinjiang-Duisburg durch die Mitte des eurasischen Kontinents dauert nur 16 Tage, über die Strecke Chengdu-Lödz (Polen) zwölf Tage - statt 40 bis 50 Tage auf See -, und sie kann nicht von Kriegsschiffen und Stützpunkten blockiert werden.

Was Xi in Duisburg nicht sagte, ist, dass China eine Reihe solcher gigantischer Infrastrukturprojekte, allen voran Eisenbahnlinien, plant - wie wir bereits auch im Kapitel über China in Afrika gesehen haben. Mit der Türkei ist eine Eisenbahnverbindung vereinbart, die von Kars an der östlichen Grenze der Türkei zu Armenien über das Landesinnere bis Istanbul verlaufen soll, wo sie an den Marmara-Tunnel anschließt, der gegenwärtig unter dem Bosporus gebaut wird, und von dort weiter nach Edirne nahe der Grenze zu den EU-Staaten Griechenland und Bulgarien geht.

Die türkische Neubaustrecke ist Teil einer weiteren, im Süden des Kontinents geplanten eurasischen Landbrücke. Sie beginnt an der Küste von Guandong, im wichtigsten Hafen Shenzen, und verläuft dann über Myanmar, Bangladesh, Indien, Pakistan, den Iran und die Türkei bis nach Europa.

Schon im Jahr 2011 hatte China eine nördlicher verlaufende eurasische Landbrücke fertiggestellt, die vom Hafen Lianyungang am Ostchinesischen Meer über Kasachstan und von dort über Russland und Osteuropa bis zum niederländischen Hafen in Rotterdam verläuft. Die Strecke hat eine Länge von 10 900 Kilometern. Im Mai desselben Jahres wurde die tägliche Bahnfrachtverbindung zwischen dem belgischen Hafen Antwerpen und Chongqing, dem Industriezentrum im Südwesten Chinas, eröffnet. Der Seetransport zwischen beiden Häfen dauert 36 Tage, auf den Schienen ist die Fracht nur 20 bis 25 Tage unterwegs.

Die erste eurasische Landbrücke besteht übrigens schon seit 1916, als die Transsibirische Eisenbahn fertiggestellt wurde. Auf ihr braucht der »Peking-Hamburg-Container-Express« 15 Tage. Per Schiff geht es nicht schneller als 30 Tage.

Womit wir wieder bei den aktuellen Konflikten im Ost- und Südchinesischen Meer wären. Der russische Politologe Fjodor Lukjanow kündigte bereits im Januar 2013 in der Zeitung *Moskowskije Nowosti* an, dass nach seiner Meinung Washington die Zeit für neue Aktivitäten in der Region gekommen sieht. Die US-Marine, die als die schlagkräftigste weltweit gelte, beäuge misstrauisch jeden Versuch, ihre Handlungsfreiheit auf hoher See einzuschränken.

Die alten Rivalen

Die seit Anfang 2014 geltende Luftraumüberwachungszone, die Peking über das Ostchinesische Meer verhängt hat, ist ein solcher Versuch. Chinas Streitkräfte seien in der Lage, die Zone »wirksam« zu kontrollieren, teilte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums mit. In dem neuen Überwachungsgürtel in einem mit Japan umstrittenen Seegebiet verlangt China, dass sich ausländische Flugzeuge anmelden, identifizieren und den Anweisungen seiner Luftwaffe folgen.

»Wir betrachten es als einseitiges Bemühen, den Status quo im Ostchinesischen Meer zu verändern«, sagte US-Vizepräsident Joe Biden nach einem Treffen mit Japans Ministerpräsident Shinzo Abe Anfang 2014. Die USA würden die Militärzone nicht anerkennen. »Unsere Militärflugzeuge werden weiter normal fliegen, ohne aufdie ADIZ (Identifikationszone zur Luftverteidigung) Rücksicht zu nehmen.«

Biden warnte vor Unfällen in der Zone, die sich mit ähnlichen Überwachungsgürteln Japans und Südkoreas überlappt. Japan betreibt schon lange seine eigene Identifikationszone. Zuletzt wurde sie im Mai 2010 noch deutlich ausgeweitet. Sie reicht an einer Stelle nur 130 Kilometer an Chinas Küste heran. Ein großer Teil überdeckt sogar Chinas Wirtschaftszone (EEZ). Chinas neue Zone reicht ähnlich an

einer Stelle bis 130 Kilometer an Japans Küste - aus chinesischer Sicht eine »proportionale Reaktion«.

Unter Hinweis auf diese schon seit 1969 betriebene japanische Luftraumverteidigungszone kritisierte der Verteidigungssprecher in Peking den Widerstand Japans. Es habe kein Recht, »unverantwortliche Äußerungen« über Chinas Vorgehen zu machen, das rechtmäßig sei. Japan habe den Territorialstreit im Ostchinesischen Meer verschärft, indem es einen Teil der Inseln nationalisiert habe.

»Die neue Zone ist die symbolische Rache für den Kauf mehrerer Inseln durch Japans Regierung im vergangenen Jahr«, bestätigt Professor Kerry Brown vom China-Zentrum der Universität Sydney der dpa. Die Regierung in Tokio hatte damals argumentiert, keine andere Wahl gehabt zu haben, weil Nationalisten die Inseln kaufen wollten. »Für China war das aber eine Provokation, die immer noch wehtut.«

Japan spiele die Bedrohung durch China auch deswegen hoch, argumentiert das chinesische Verteidigungsministerium, um seine pazifistische Verfassung zu ändern und aufzurüsten. Die USA forderte der Sprecher des Ministeriums auf, mit ihrer Unterstützung für Tokio nicht »falsche Signale« zu senden.

Es ist ein gewagtes Spiel. Mit der Schaffung einer eigenen chinesischen Luftverteidigungszone (AIDZ) verändert China die Einsatzregeln für seine Streitkräfte und gleichzeitig den heiklen Status quo im Ostchinesischen Meer. Damit wächst die Gefahr einer Konfrontation zwischen der chinesischen und der japanischen Luftwaffe über dem umstrittenen Meeresgebiet. Ein solcher Zwischenfall könnte der Zündfunke für einen militärischen Konflikt in Ostasien werden, in den zwangsläufig auch die USA als Sicherheitspartner Tokios hineingezogen werden könnten.

Nicht zufällig erfolgte der Schritt wenige Wochen, bevor Abes rechtskonservative Regierung neue Richtlinien für das Nationale Verteidigungsprogramm beschloss. Ein Kernpunkt ist die Verteidigung abgelegener Inseln. Laut Medienberichten soll die Zahl von Tankflugzeugen, die in der Luft betanken können, auf acht verdoppelt werden. So könnten Kampfjets länger in der Luft bleiben. Die Flotte soll um kleinere und schnellere Zerstörer ergänzt werden.

Schon heute lässt Japan täglich Überwachungsflugzeuge der Marine um die japanisch verwalteten Inseln patrouillieren. Wenn ein chinesisches Flugzeug gesichtet wird, steigen F-15-Jäger auf und fordern den Eindringling auf, das Gebiet zu verlassen. Tokio ist nun besorgt, dass chinesische Flugzeuge solche Warnungen ignorieren oder sogar versuchen könnten, Japans Flugzeuge abzudrängen. Vorerst will Japan weitermachen wie bisher. »Wir müssen sehen, was die andere Seite macht«, wurde ein hoher Beamter in Tokio zitiert.

US-Präsident Barack Obama und die Außenministerin seiner ersten Amtszeit, Hillary Clinton, haben immer wieder betont, wie wichtig der Asien-Pazifik-Raum sei, nicht zuletzt militärisch. Gleichzeitig bauen Amerikaner die diplomatischen Kontakte mit den Nachbarländern Chinas aus. Auffallend ist die schnelle Annäherung (unter anderem militärpolitisch) zwischen Washington und Vietnam, die vor 40 Jahren noch erbitterte Feinde waren. Auch mit Myanmar (das frühere Burma), das vor Kurzem noch zu den Schurkenstaaten gehörte, haben sich die Amerikaner wieder befreundet. Um die Gunst des strategisch wichtigen Landes buhlen die USA, China und Indien.

»Die USA schlagen einen Kurs ein, der uns nicht gefällt. Sie stellen sich auf die Seite von Japan und den Philippinen. China ist deswegen extrem unglücklich«, sagte Anfang April 2014 Ruan Zongze, ehemaliger Diplomat beim China-Institut für Auslandsstudien, einer Pekinger Denkfabrik mit guten Verbindungen zum Außenministerium. Aus Sicht Pekings schlägt sich Washington bei den Territorialstreitigkeiten immer stärker auf die Seite Japans und anderer Länder. Offiziell haben die USA erklärt, man sei neutral, würde aber im Notfall seinen Verbündeten zur Seite stehen.

Amerikanische Vertreter hatten zuletzt einen harten Ton angeschlagen, was die umstrittenen Inselgruppen im Ost- und Südchinesischen Meer anbelangt. Der chinesische Verteidigungsminister Chang Wanquan forderte seinen amerikanischen Amtskollegen Hagel auf, Washington solle Japan zurückpfeifen. Außerdem kritisierte er die Philippinen. General Fan sagte Hagel unverblümt, das »chinesische Volk ist unzufrieden«, weil die USA Japan und die Länder Süd-

ostasiens unterstützen, heißt es in einer Mitteilung auf der Webseite des chinesischen Verteidigungsministeriums.

In einem Kommentar dazu schrieb die einflussreiche Zeitung *Global Times,* ein englischsprachiger Ableger des KP-Organs *Renmin Ribao,* man habe derart starke Worte »in der Vergangenheit nicht häufig erlebt«. Diese Äußerungen könnten weitreichende Folgen haben.

In der ASEAN, dem Verband südostasiatischer Nationen, lässt sich ein interessanter Trend beobachten: Mit der wachsenden Rivalität zwischen Peking und Washington könnte sich die einflussreiche Organisation nach dem geopolitischen Prinzip spalten. Küstenländer wie Vietnam, Singapur, Malaysia und die Philippinen sind an den USA als Schutzherr interessiert. Kontinentalländer wie Kambodscha, Laos, Thailand und Myanmar zieht es vor allem zu China.

Die Beziehungen zwischen Tokio und Washington sind für die gesamte strategische Situation zwischen der herrschenden Supermacht USA und dem aufstrebendem Konkurrenten China von entscheidender Bedeutung. Seit den Handelskriegen zwischen beiden Ländern in den 1980er-Jahren war die Stimmung zwischen beiden Ländern »zunehmend gereizt«, wie der bereits zitierte Geopolitikprofessor Samuel Huntington schrieb. Eine gemeinsame außenpolitische Bedrohung wie jetzt der chinesische Luftraumüberwachungsgürtel im Ostchinesischen Meer lässt die beiden ungleichen Verbündeten wieder zusammenrücken. Für Japan geht es um die seit Langem geplante Wiederaufrüstung, für die USA darum, eine Führungsrolle oder Hegemonie Chinas in Asien zu verhindern.

Während des Wirtschaftstreffens in Davos - so meldeten die Nachrichtenagenturen am 23. Januar 2014 - zog Japans Regierungschef Shinzo Abe die Parallele zwischen Japan und China und Europa vor dem Ersten Weltkrieg. Die aktuellen Spannungen seines Landes mit China seien mit der Situation zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien kurz vor dem Ersten Weltkrieg vergleichbar.

Auch damals hätten gute Handelsbeziehungen zwischen den Ländern den Ausbruch des Kriegs nicht verhindert. China und Japan, die weltweit zweit- beziehungsweise drittgrößten Volkswirtschaften, sind wirtschaftlich eng verbunden. Der bilaterale Handel im Jahr

2012 hatte japanischen Angaben zufolge ein Volumen von annähernd 334 Milliarden Dollar. Abe ergänzte, dass die steigenden Militärausgaben Chinas eine bedeutende Quelle der Instabilität in der Region seien.

Auf der ersten Pressekonferenz nach seinem deutlichen Wahlsieg im Dezember 2012 kündigt Abe an, das in Artikel 9 der Nachkriegsverfassung festgeschriebene Pazifismusgebot aus der Verfassung zu streichen. Die dahingehende Änderung der Verfassung sei von Anbeginn ein Ziel seiner Liberaldemokratischen Partei (LDP) gewesen, sagt Abe, dessen Koalition bei der vorgezogenen Parlamentswahl 326 der 475 Sitze gewonnen hatte. Damit werden Befürchtungen bestärkt, dass er das Land auf einen nationalistischen Kurs bringen will.

Er werde sich zudem dafür einsetzen, »bei Schulkindern den Patriotismus« zu stärken und »eine sympathischere Darstellung« von Japans Missetaten im Krieg zu lehren. Japans Regierung solle ihre nationalistische Agenda künftig auch im Ausland massiver verbreiten, war im Wahlprogramm der LDP gefordert worden.

Bereits in den zwei Jahren vor dem Wahlsieg sind unter dem Schutz Abes Nationalisten auf Schlüsselpositionen in den Medien, im Bildungssystem und in der Politik gelangt, die die Verantwortung Japans für Kriegsgräuel leugnen. Dazu gehören das Massaker in der damaligen chinesischen Hauptstadt Nanking oder die Zwangsprostitution für bis zu 200 000 - zumeist koreanische - Frauen.

Erleichtert wird Abes nationalistischer Kurs dadurch, dass es außer den Kommunisten kaum noch eine ernsthafte Oppositionskraft gibt, die ihm hart widerspricht. Die beiden größten Oppositionsparteien, die Demokratische Partei (DPJ) und die etwas wirtschaftsliberalere Fortschrittspartei, haben in ihren Reihen zu viele Abgeordnete, die die nationalistischen Thesen der Regierung grundsätzlich teilen.

Eine Änderung der japanischen Verfassung aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hat Abe schon in seiner kurzen ersten Amtszeit 2006 bis 2007 versucht. Auch damals hatte er angestrebt, das Pazifismusgebot und die Idee individueller Grundrechte aus der Verfassung zu streichen, war damit aber auf Widerstand gestoßen. Die Pläne belasteten zudem das Verhältnis zu China, das schon 1931 zu Teilen von Japan besetzt worden war. Während der Besatzung, die erst mit dem

Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 endete, wurden Millionen Chinesen getötet. Zur Änderung der Verfassung ist eine Zweidrittelmehrheit im Parlament notwendig sowie eine absolute Mehrheit bei einer Volksabstimmung.

Auch ohne Verfassungsänderung weitet der japanische Regierungschef seit 2013 die Rolle des Militärs aus. Am 16. Juli 2015 billigt das Unterhaus des Parlaments trotz Protesten der Opposition und von Pazifisten Gesetzesänderungen, die Japan erlauben, bei einer militärischen Provokation sowie beim Schutz von befreundeten Ländern erstmals nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg Waffen einzusetzen. Darüber hinaus soll das Waffeneinsatzverbot bei UN-Operationen aufgehoben werden.

Doch die Initiative der japanischen Regierung wird in der Gesellschaft heftig diskutiert. Mehr als die Hälfte der Japaner ist nicht der Meinung, dass die Anwendung von militärischer Gewalt im Ausland den nationalen Sicherheitsinteressen entspricht. Die Opposition moniert, dass die Gesetzesänderungen der pazifistischen Verfassung widersprechen.

Premier Abe lässt sich davon nicht beirren, auch wenn seine Umfragewerte nach Angaben der Zeitung *Asahi* im Juli 2015 auf 39 Prozent gefallen sind. Er warnt vor der wachsenden Präsenz Chinas in Asien.

Der kommende Krieg USA-China

Nach Meinung des französischen Wirtschaftsexperten Jean-Francois Susbielle muss es in absehbarer Zeit zu einer gewaltsamen Konfrontation der Supermächte USA und China kommen. Ein amerikanisch-chinesischer Wirtschaftskrieg sei bereits im Gange, nun komme die militärisch-strategische Aufrüstung hinzu. Während Washington das Reich der Mitte durch einen Ring von Militärbasen einkreise, so Susbielle in seinem Buch *China-USA. Der programmierte Krieg,* gehe Peking strategische Allianzen ein wie etwa die SOZ (oder SCO), über die ich bereits geschrieben habe, oder Vereinbarungen mit Staaten in Afrika und Südamerika.

Der deutsche Fernostexperte Friedbert Pflüger sieht den Grund für einen Zusammenstoß dieser beiden Supermächte im Wettlauf nach den verbliebenen Rohstoffen. »Da die Amerikaner schon überall auf der Welt sind, wo es Vorkommen an Öl, Gas, Kohle oder Uran gibt, führt die chinesische Energiesicherungspolitik fast unweigerlich zu wachsendem Wettbewerb, wenn nicht zum Konflikt mit den Vereinigten Staaten - in Zentralasien oder im Kaukasus zusätzlich auch mit Russland«, schreibt Pflüger in der Zeitschrift *Internationale Politik* (Mai/Juni 2010). Pflüger glaubt, eine »Ära eines globalen Energie- und Rohstoffimperialismus« habe begonnen. Erste Schauplätze dieses Ringens werden der Mittlere Osten und Zentralasien sein.

Auch William Engdahl beschreibt in seinem oben bereits genannten Buch *China in Gefahr,* wie die USA schon seit Jahren Vorbereitungen treffen, um China im Falle eines größeren Konflikts vom Zugang zu lebenswichtigen Rohstoffen, insbesondere vom Persischen Golf und aus Afrika, abzuschneiden. Immerhin geht die Hälfte der weltweiten Containertransporte durch den Indischen Ozean, und der wird von den USA, nicht von China kontrolliert.

Avery Goldstein nannte in der September-/Oktoberausgabe 2013 von *Foreign Affairs* sogar einen Zeitpunkt für den möglichen Krieg: in den nächsten zehn Jahren, »solange China im Vergleich zu den USA relativ schwach bleibt«. Derzeit habe die USA einen riesigen qualitativen Vorsprung bei den konventionellen Streitkräften und dies steigere die Versuchung. Washington habe gerade in letzter Zeit mehrfach betont, dass es Japan und die Philippinen gegenüber China verteidigen werde. »Fast sicher«, schreibt Goldstein, werde die Konfrontation auf See beginnen und auch die Luftwaffe mit einbeziehen. Angriffsziele wären die chinesische Marine und ihre Einrichtungen, Radaranlagen und Raketenbasen.

Immerhin sagte Mitte Dezember 2013 ein Team von Verteidigungsexperten in einer Anhörung dem House *Armed Services Committee* im US-Repräsentantenhaus, dass sich die USA auf einen Krieg gegen China vorbereiten sollten. China strebe ehrgeizig den Großmachtstatus an, zudem könnten die Spannungen in Asien nicht mehr geleugnet werden. Das Pentagon müsse die Seeflotten aufrüsten sowie einige zusätzliche U-Boote zur Verfügung stellen.

»Chinas Führung strebt ehrgeizig den Status einer Großmacht an«, sagte Seth Cropsey vom Hudson Institute in Washington DC. »Die USA nehmen diese Möglichkeit nicht so ernst, wie sie es sollten.« Um dieser Bedrohung zu begegnen, bräuchten die USA einen genauen Kriegsplan und müssten neue Militäranlagen entwickeln, so Cropsey weiter.

Jim Thomas, Vizepräsident des *Center for Strategie and Budgetary Assessments,* wies darauf hin, dass Chinas Militär immer selbstbewusster und eigenständiger werde. »Vor zehn Jahren war China militärisch auf russische Unterstützung angewiesen, hat nun aber immer mehr auf einheimische Produkte umgestellt. Sie werden rasch moderne U-Boote und Lenkwaffenzerstörer aufbauen und ihre Flottenluftverteidigung ausbauen«, so Thomas weiter.

Randy Forbes, Vorsitzender des Unterausschusses für »Seapower and Projection Forces«, sagte, dass die Modernisierung die Chinesen ermutigen werde, ihre Interessen durch Unterdrückung der Nachbarstaaten und das Zurückschieben der Vereinigten Staaten in die Asien-Pazifik-Region durchzusetzen. »Die schnelle Zunahme der Spannungen in Asien kann heute nicht mehr geleugnet werden.«

Chinas ehemaliger Botschafter bei den Vereinten Nationen, Sha Zukang, sagte am 9. Dezember 2013 gegenüber der taiwanesischen *China Times,* dass der territoriale Konflikt zwischen China und Japan auch die USA und Südkorea involvieren und somit zum Dritten Weltkrieg führen könne, »der größer wäre als der Zweite Weltkrieg«.

Das US-amerikanische Wirtschaftsforschungsinstitut IHS warnt, dass Chinas Rüstungsausgaben 2015 voraussichtlich größer sein werden als die Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands zusammen (159,6 gegenüber 149 Milliarden Dollar - *Reuters* hatte dagegen, wie ich weiter oben ausgeführt habe, von 126 Milliarden Chinas gegenüber 141 Milliarden von Deutschland, Großbritannien und Frankreich gesprochen). Trotz des langsameren Wirtschaftswachstums erhöht Peking also weiter seine Militärausgaben. Das bedeutet, dass China das hohe Tempo bei der Modernisierung seiner Volksbefreiungsarmee fortsetzen will. In den vergangenen 20 Jahren stiegen die Militärausgaben durchschnittlich um 13 Prozent jährlich. Die höchste

Steigerungsrate von 20,4 Prozent wurde im Jahr 2006 erreicht. Ein geringer Rückgang war nur 2010 zu erkennen gewesen.

Laut Philip Saunders von der *National Defense University* (Washington) ist es möglich, dass die von Peking angegebenen Zahlen die Gesamtausgaben des Militärs nicht widerspiegeln. Saunders zufolge ist Chinas Rüstungsetat etwa um die Hälfte höher als die offiziellen Angaben und liegt heute bei etwa 240 Milliarden Dollar.

Peking zufolge wird der Anstieg der Rüstungsausgaben nicht zur Militarisierung der chinesischen Außenpolitik führen. »Wir werden die Möglichkeiten der Streitkräfte erhöhen, einen breiten Kreis von Aufgaben zu lösen, von denen die wichtigste ist, lokale Konflikte zu gewinnen, bei denen soziale Netzwerke im Internet eine große Rolle spielen«, sagte der frühere Ministerpräsident Wen Jiabao (2003 bis 2013).

Wie so oft in diesen spannungsgeladenen Zeiten ist diese Aussage natürlich auch Friedenspropaganda. Die militärische Realität ist weitaus härter. Am 16. September 2014 melden die Nachrichtenagenturen afp und dpa: »Militär in China fordert Kriegsvorbereitungen wegen Ukrainekrise«, und zitieren Professor Han Xudong von der Nationalen Verteidigungsuniversität der Volksbefreiungsarmee, der in einem Kommentar für das Parteiorgan *Volkszeitung* schreibt: »Der Ausbruch eines Weltkriegs ist nicht unmöglich.« Die Spannung zwischen den USA und Russland wegen der Ukrainekrise könne in einen bewaffneten Konflikt zwischen den Großmächten ausarten, der sich auf den Rest der Welt ausbreiten könne.

Kurz zuvor hatte Generalmajor Peng Guangqian gedankliche Vorbereitungen für einen Krieg mit Japan gefordert. Chinas Militär sei in der Lage, »mit nur einer Hälfte oder einem Drittel seiner Schlagkraft« Japans Armee zu besiegen, argumentierte Peng in einem im September 2014 vom Verteidigungsministerium veröffentlichten Kommentar.

Nach dem Zwischenfall mit einem US-Jet im Südchinesischen Meer Ende Mai 2015 geht der Schlagabtausch zwischen den USA und China in die nächsthöhere Eskalationsstufe. Das US-Überwachungsflugzeug war in die Nähe der künstlichen Inseln gekommen, die China im Südchinesischen Meer aufschüttet. Achtmal wurde es von

Pekings Marine gewarnt. Doch der Pilot des Fliegers vom Typ P-8 Poseidon weigerte sich abzudrehen und verwies darauf, dass er sich in internationalem Luftraum befinde.

Der Vorfall ging glimpflich aus - doch er wirkt nach. Die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums formulierte eine kaum verhohlene Drohung an die Amerikaner: »China drängt die USA, dreimal nachzudenken, bevor sie Maßnahmen ergreifen; verantwortungsvoll zu handeln und alle provokativen Äußerungen und Handlungen einzustellen«, zitiert CNN am 28. Mai 2015 die Sprecherin Hua Chunying.

US-Verteidigungsminister Ashton Carter hatte zuvor angekündigt, dass das US-Militär seine Operationen in der Nähe der umstrittenen Inseln nicht zurückfahren werde. »Die Vereinigten Staaten werden fliegen, mit Schiffen fahren und operieren, wo immer es das internationale Recht erlaubt, so wie wir es überall auf der Welt tun«, sagte er.

Chunying warf daraufhin laut CNN die Frage auf, ob es im Interesse der USA sei, Chaos im asiatischen Pazifikraum anzurichten, der der Hauptmotor der Weltwirtschaft sei. Sie forderte die US-Regierung auf, »mehr zu tun, was dem Frieden und der Stabilität in der Region nutzt, anstatt das Gegenteil zu tun«.

Mitte Mai 2015 hatte US-Außenminister John Kerry Chinas Auftreten im Südchinesischen Meer während eines Besuchs in Peking offen kritisiert. »Wir verfolgen mit Sorge, mit welcher Geschwindigkeit China im Südchinesischen Meer Land gewinnt.« Sein chinesischer Amtskollege Wang Yi konterte prompt: »Die Entschlossenheit von China zur Verteidigung unserer Souveränität und territorialen Integrität ist so hart wie ein Fels.«

Brisant ist vor diesem Hintergrund das neue Weißbuch zur Militärstrategie, das China 2015 veröffentlicht hat. Darin wirft Peking »einigen« Nachbarstaaten provozierendes Handeln vor und kündigt »aktive Verteidigung« an. Der Marine und der Luftwaffe soll künftig größeres Gewicht zukommen. Die Luftstreitkräfte sollen sich nun »sowohl auf Verteidigung als auch auf Angriff« konzentrieren. Die Kriegsmarine soll ihren Aktionsradius ausdehnen und nicht mehr nur die Küsten verteidigen, sondern sich vermehrt im »Hochseeschutz« engagieren.

Die aktuellen Ereignisse könnten »zu einem der tödlichsten Konflikte unserer Zeit, vielleicht sogar der Geschichte« eskalieren, befürchtet

Malaysias Verteidigungsminister Hishammuddin Hussein am 1. Juni 2015 laut FAZ. Die Auseinandersetzung sei nicht weniger brisant als die Ukrainekrise, schätzt der europäische Grünen-Chef Reinhard Bütikofer. Hintergrund dieser Warnungen war das Erreichen der nächsten Eskalationsstufe: China rüstet atomar auf. Das zumindest verkündet das US-Verteidigungsministerium. China habe seine Atomwaffen modernisiert und viele seiner Langstreckenraketen mit Mehrfachsprengköpfen ausgestattet, meldet das Pentagon. Es handle sich um etwa 50 bis 60 Interkontinentalraketen, die das Reich der Mitte nach US-Angaben aufgerüstet habe. Die Raketen seien nun wesentlich leistungsfähiger und daher gefährlicher.

»In einer Raketenspitze befinden sich nicht mehr nur ein, sondern drei Sprengköpfe. Diese können unabhängig voneinander auf jeweils unterschiedliche Ziele gesteuert werden«, erklärt Michael Paul, Experte für Sicherheitspolitik am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit, gegenüber *Focus Online.* Das Gebiet, das zerstört werden kann, vergrößere sich dadurch deutlich. »Ein einzelner Sprengkopf hätte eine weit höhere Wirkung als die Hiroshima-Atombombe«, weiß der Experte.

Als Signal wird diese Aufrüstung gewertet, weil China schon viel früher über multiple Sprengköpfe verfügen hätte können. Schon seit mehr als 30 Jahren wäre Peking in der Lage, solche Raketen herzustellen, schreibt *Focus Online* unter Berufung auf einen CIA-Bericht.

»Die USA haben immer deutlich gemacht, dass sie zu ihren Bündnispartnern stehen«, erklärt Experte Paul. »Wenn etwa die Philippinen und China ernsthaft aneinandergeraten, würden sich die USA auf die Seite der Philippinen stellen.«

Paul weiter: »Die atomare Aufrüstung soll zeigen, dass die Amerikaner vorsichtig sein sollen und besser die Finger davon lassen sollen, im Südchinesischen Meer zu intervenieren.« Der psychologische Druck auf die USA zeigt offenbar Wirkung in Washington. Im US-Verteidigungsministerium sei bereits die Rede davon, den Ausbau der eigenen Raketenabwehr zu beschleunigen, wie die *New York Times* am 17. Mai 2015 berichtet.

»Ein militärischer Konflikt zwischen China und den USA ist nicht mehr unmöglich«, resümiert Sicherheitspolitikexperte Paul. Das

Worst-Case-Szenario sei mit Sicherheit ein Atomkonflikt. »Dann hätten wir den Dritten Weltkrieg.«

In einer Rede am *Center for a New American Security* machte US-Vizeaußenminister Antony J. Blinken kurz darauf deutlich, wie ernst die USA den Konflikt im Südchinesischen Meer nehmen - indem er Chinas Handeln mit dem russischen Vorgehen in der Ost-Ukraine verglich: »Sowohl in der Ost-Ukraine als auch im Südchinesischen Meer erleben wir Versuche, einseitig und mit Zwang den Status quo zu verändern«, sagte Blinken in Washington. Es handle sich um Überschreitungen, »denen sich die USA und ihre Partner vereint entgegenstellen«.

Er bezeichnete Chinas Landgewinnungsprojekte als Herausforderung für die amerikanische Sicherheitspolitik, weil sie »den Frieden und die Stabilität« in der Region bedrohten. Blinken betonte, dass sich die USA bezüglich der widerstreitenden Ansprüche nicht positionieren würden - jedoch einforderten, dass diese Differenzen auf eine Art und Weise gelöst würden, die mit rechtsstaatlichen Prinzipien im Einklang stehen.

Im Zuge dessen räumte der Vertreter von John Kerry zwar ein, dass auch Vietnam, Malaysia und die Philippinen Landgewinnungsprojekte vorantrieben. Zugleich stelle jedoch das Ausmaß, in dem China dies tue, alles andere in den Schatten. Blinken ging auch auf die bisherigen Gespräche zwischen den beiden Ländern ein. »Die Chinesen sagten, dass ihre Ansprüche klar und unstrittig sind, sie seien nicht einmal Ansprüche, sondern Fakten. Und wir haben gesagt: Großartig, wenn ihr das beweisen könnt, stehen wir zu 100 Prozent hinter euch. Aber ihr könnt nicht erwarten, dass sich andere Länder einem diplomatischen Prozess verschreiben, der ins Nichts führt, während ihr im Meer Fakten schafft.«

Man werde sehen, wo das hinführe, sagte der Vizeaußenminister - und machte im selben Atemzug deutlich, dass die USA gar nicht daran dächten, China in der Region mit Samthandschuhen anzufassen. »Unterdessen werden wir weiterhin alles tun, was wir können und dem internationalen Recht nach dürfen - dazu gehört auch, unsere Flugzeuge im internationalen Luftraum fliegen zu lassen und unsere Schiffe in internationalen Gewässern fahren zu lassen.«

Wie oft die USA auch betonen, dass es allein um die Stabilität in der Region gehe, schwingt doch stets die Rivalität zwischen der alten und der aufstrebenden Großmacht mit. So rechnete Blinken Peking vor, dass das chinesische Verhalten einige Länder regelrecht in die Arme der USA getrieben habe: »Mehr Länder denn je in Südostasien schauen in Richtung der USA«, sagte er, die Beziehungen seien viel stärker geworden. »Und das liegt weniger daran, was wir getan haben, sondern vielmehr daran, was China getan hat.«

Die USA sind bezüglich der Gebietsstreitigkeiten im Südchinesischen Meer »bereit für militärische Aktionen«, sagte der neue Admiral der US-Pazifikflotte Scott H. Swift gegenüber Reportern. Er sei bereit »zu handeln, sobald der Präsident den Befehl erteilt«, sagte Swift vor Reportern in Manila und fügte hinzu: »Wir sind auf alle Eventualitäten vorbereitet, die der Präsident für notwendig erachten könnte.«

Der Frage, wie viele Ressourcen das US-Militär im Südchinesischen Meer bereitstellt, wich Swift aus. »Wenn wir die gesamte *United States Navy* hier in der Region stationieren würden, würden die Leute vermutlich immer noch fragen, ob wir mehr bringen können«, erklärte Swift.

Dass die USA die regionalen Staaten gegen China unterstützen, nannte die *Asia Times* »klassische Containmentpolitik« (Eindämmungspolitik; also alles unterstützen, was dem Feind schadet), welche die USA seinerzeit gegen Deutschland und ab 1947 gegen die Sowjetunion anwendeten, was in beiden Fällen zum Zusammenbruch der Konkurrenzmächte geführt hat.

Seit August 2015 fragen sich viele Beobachter der aktuellen Entwicklung, ob der amerikanisch-chinesische Krieg nicht schon begonnen hat: Nach der verheerenden Explosion am 12. August im Hafen von Tianjin, bei der offiziell 114 Menschen getötet und 700 verletzt wurden (wohl eher 1400 Tote), hat am 22. August eine weitere Großexplosion in einem Lagerhaus für Chemikalien der Firma *Runxing Chemical* stattgefunden. Diesmal wieder in der chinesischen östlichen Provinz von Shandong in der Nähe der Stadt Zibo. Bereits am 16. Juli fand in derselben Provinz, aber in der Stadt Rizhao, eine massive Explosion in einer petrochemischen Fabrik statt. Drei Großexplosionen innerhalb

weniger Wochen in China - wie schrieb Ian Fleming in seinem *James Bond?* »Einmal kann passieren. Das zweite Mal ist Zufall. Beim dritten Mal handelt es sich um eine Feindaktion!«

Die Webseite *NaturalNews* behauptet, kurz nach der Explosion von Tianjin von Regierungsgegnern aus der Volksrepublik informiert worden zu sein, nach deren Aussage es sich bei der Explosion um eine »kinetische Vergeltung« der USA für die jüngste Abwertung des Yuan gehandelt habe. Der Angriff auf Tianjin sei ein »Warnschuss« der USA, da diese befürchteten, China stehe kurz davor, eine eigene goldgedeckte Währung auszugeben und alle von ihm gehaltenen amerikanischen Staatsanleihen auf den Markt zu werfen.

Diese Maßnahmen würden zum Zusammenbruch des Dollars führen und die amerikanische Wirtschaft zusammenbrechen lassen - die USA befänden sich dann wirtschaftlich gesehen im freien Fall. Der Einsatz der vom Pentagon entwickelten Waffen, der sogenannten »Rods from God« (»Stäbe von Gott«, Wolframstäbe, die, aus dem Weltraum abgefeuert, einen Wiedereintritt in die Erdatmosphäre überstehen würden), sei, so hieß es, als »Schuss vor den Bug«, also als Warnung an die Adresse Chinas, gerichtet. Die offizielle Darstellung bezeichnete den Angriff als »versehentliche Explosion gefährlicher Chemikalien«.

Auf amerikanischen Internetseiten wurde daraufhin darüber spekuliert, dass es sich bei der Explosion in Tianjin um einen Test einer amerikanischen Weltraumwaffe handle. Auf der Internetseite *The Unhived Mind* heißt es dazu: »Der [als Folge der Explosion entstandene] See [Krater] in China ist auf eine Explosion mit einer Sprengkraft von fünf Kilotonnen [TNT-Äquivalent], möglicherweise ein Nuklearsprengkopf oder vielleicht auch ein aus dem Weltraum von einem Raumfahrzeug abgefeuerter >Rod from God<, zurückzuführen ... Nach erneutem Betrachten der Bilder sowjetischer Nukleartests scheint es so, als sei der neue See in China durch eine knapp unterhalb der Oberfläche ausgelöste Explosion einer mindestens fünf Kilotonnen schweren Nuklearbombe erzeugt worden ... Hier handelt es sich *auf keinen Fall* um einen Unfall, und die Bruchmuster um den Krater herum verweisen auf eine unterirdische Explosion. Wenn es sich um eine unterirdische Explosion handelte, wurde sie aller Wahrschein-

lichkeit nach durch eine kleine Nuklearwaffe ausgelöst. Denn wenn einmal eine Nuklearbombe große Mengen an Erde aufwirft, bleibt der blendende Blitz aus. Eine knapp unter der Erdoberfläche ausgelöste Explosion würde auch erklären, warum die Kamerasensoren keine seltsamen Artefakte erfassten. Und wenn es sich nicht um einen Nuklearsprengkopf handelte, müsste es etwas sehr Großes gewesen sein, aber keine Aerosolbombe, da diese keine Krater hinterlassen.«

Chinesische Webseiten vermuten, dass der 89-jährige Ex-Staatschef Jiang Zemin Drahtzieher der Explosion war. Die Verflechtungen Jiangs mit der US-Finanzelite sind ein offenes Geheimnis. *Morgan Stanley, Goldman Sachs* und Co. sollen zumindest als Planer beim Börsencrash im Sommer 2015 mitgespielt haben, bei dem umgerechnet 3,5 Billionen Euro an Aktienwerten verbrannten. Diese Webseiten bezeichnen auch den Shanghaier Börsencrash als inszeniertes Ereignis, welches die Xi-Regierung in Bedrängnis bringen sollte.

Vermutlich werden wir nie erfahren, wer letztendlich hinter der Explosion vom 12. August 2015 stand, interessant ist aber, dass die sogenannte »Binhai New Area«, in der sich die Chemiefabrik befand, Chinas Zukunftsstandort Nummer eins werden sollte. Bis Ende des Jahres 2010 hatten sich dort 285 Unternehmen der *Fortune Global 500* angesiedelt, darunter *Rockefeiler, Tishman Speyer, Motorola* und Flugzeugbauer *Airbus,* der dort den A320 baut.

Mit dem Yujiapu Financial District sollte das asiatische Gegenstück zur Wall Street entstehen. Mehrere Wolkenkratzer für 200 Milliarden Yuan befanden sich gerade im Bau. Aber sie machen nur einen Teil des Gesamtbudgets aus: Insgesamt 1,5 Billionen Yuan kosteten die laufenden Infrastrukturprojekte, Investments vorhergehender Jahre gar nicht mit einberechnet. Seit dem 12. August ist das gesamte Gebiet verseuchte Todeszone.

Der Binhai-Distrikt erwirtschaftete rund 55 Prozent der Leistung der zirka eine Stunde von Peking entfernten Zehnmillionenmetropole Tianjin. Die Stadt am Bohai-Meer war Teil eines größeren Entwicklungsplans für die gesamte Region: Peking, Tianjin und die Provinz Hebei sollten gemeinsam als Ballungsraum gefördert werden und eine Wirtschaftszone vom Bohai-Meer bis ins nördliche Hinterland bilden. 100 Millionen Einwohner sollten davon profitieren.

Schon jetzt sind die Schäden für Wirtschaftstreibende in Binhai enorm: Da 40 Prozent aller importierten Autos China über den Hafen von Tianjin erreichen, verbrannten bei der Explosion Tausende Neuwagen, unter anderem von Volkswagen und *Renault.* VW verlagerte seine Neuwageneinfuhr nach dem Unglück nach Shanghai und Guangzhou, wie die chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* berichtete.

Ebenfalls im August 2015 schrieb die *Global Times,* eine staatliche chinesische Zeitung, die der regierenden Kommunistischen Partei gehört: »Krieg ist unvermeidlich«, wenn Washington nicht seine Forderungen zurücknehme, dass Peking den Bau von künstlichen Inseln im Südchinesischen Meer beendet. »Wenn der Standpunkt der Vereinigten Staaten derjenige ist, dass China seine Aktivitäten zu stoppen habe, dann ist ein amerikanisch-chinesischer Krieg im Südchinesischen Meer unvermeidlich«, schreibt die Zeitung. »Die Intensität des Konflikts wird höher sein als das, was die Menschen in der Regel als >Reibung< verstehen.«

Was Sie auf dem Schirm haben sollten

Aus dem bisher Beschriebenen geht eindeutig hervor, dass der Kampf zwischen USA/NATO einerseits und Russland/China andererseits um Eurasien begonnen hat. Mit Terror, Migration und Chaos werden die »geostrategischen Dreh- und Angelpunkte« (Brzeziriski) Osteuropa/ Ukraine und Schwarzes Meer/Kaukasus in Europa sowie der gesamte Nahe und Mittlere Osten destabilisiert, Mitteleuropa mit der Finanz- und der Migrationswaffe geschwächt und in Fernost die Anrainerstaaten des Ost- und Südchinesischen Meeres aufgerüstet. In diesen Konfliktzonen kann es jederzeit zu Terroranschlägen kommen, um noch mehr Chaos zu erzeugen (und noch mehr Überwachung). Es kann aber auch mithilfe eines Anschlags oder einer Provokation ein militärisches Eingreifen gerechtfertigt werden.

Mein Rat an Sie, liebe Leser, lautet daher, diese Konfliktregionen in den nächsten Wochen und Monaten genau zu beobachten. Informieren Sie sich dazu auf den Webseiten, die ich Ihnen am Ende des Buchs empfehle. Damit Sie leichter suchen und finden können, möchte ich Ihnen jetzt die Brennpunkte noch einmal nennen - mit den Entwicklungen, die in den nächsten Monaten zu erwarten sind.

Konfliktregion Osteuropa

Die Situation in der Ukraine ist brandgefährlich. Das Land grenzt an die NATO-Staaten Polen, Slowakei, Ungarn und Rumänien und hat - wie ich gezeigt habe - große geostrategische Bedeutung im Kampf um die Vorherrschaft in Eurasien. Achten Sie hier auf ukrainische

Truppenaufmärsche im Osten des Landes und um die Krim, ebenso auf Provokationen in und um Transnistrien/Moldawien. Ein Konflikt dort könnte rasch auf die benachbarten Länder übergreifen und damit auch die NATO, also auch Deutschland, in den Krieg ziehen - mehr zu Deutschland finden Sie gleich. Beobachten Sie das Engagement der NATO in der Ukraine oder in Moldawien - Truppenbewegungen, Verlegung von Material, gemeinsame Manöver.

Ebenso sollten Sie sich über Destabilisierungsmaßnahmen und militärische NATO-Aktivitäten im Baltikum, in Polen, in der Slowakei, in Ungarn und in Rumänien informieren. Diese Staaten wären bei einem ukrainisch-russischen Krieg Frontstaaten. Ruft eines dieser Länder die NATO um Hilfe an, dann tritt Artikel 5 der NATO-Charta in Kraft: Bündnisfall. Nach übereinstimmender Meinung führender Geostrategen ist vor allem das zur NATO gehörende Baltikum ein Hotspot und mit ihm die von NATO-Staaten eingeschlossene russische Exklave Kaliningrad, das frühere Königsberg.

Schauen Sie auch auf den Balkan: Wie verändert sich das Gefüge der Staaten des ehemaligen Jugoslawien durch die Flüchtlingsströme? Wohin wenden sich Mazedonien und Serbien - nach Russland oder zur EU? Kommt es in diesen Ländern zu Protesten, Demonstrationen, Unruhen oder Anschlägen?

Aber auch in **Deutschland** sollten wir wachsam sein. Die Bundesrepublik ist die NATO-Nachschubbasis für Osteuropa - achten Sie hier besonders auf die Flughäfen Ramstein und Leipzig. Was geschieht auf diesen Basen? Werden weitere US-Truppen, Kampfflugzeuge, Panzer und schweres Gerät hierher verlegt oder von dort wieder weitertransportiert? Und wenn ja, in welcher Zahl?

Deutschland ist auch die wichtigste NATO-Kommandostelle in Mitteleuropa - denken Sie an Stuttgart und Ramstein. Aber nicht nur das: Atomwaffen lagern hier einsatzbereit. Informieren Sie sich: Was geschieht auf den Militärflughäfen in Spangdahlem und in Büchel?

Diese Stützpunkte sind im Übrigen alle in den Zielkoordinaten der russischen Raketen erfasst. Zitat eines russischen Generals. Ich erwähne dieses Zitat hier nicht, weil ich glaube, dass Russland Deutschland angreifen will. An diese Propagandalüge kann nur glauben, wer

sich nicht informiert. Nein, ich erwähne diese Tatsache nur, weil es immer noch Kopf-in-den-Sand-Stecker gibt, die ernsthaft glauben, Deutschland wäre von einem Krieg im Osten Europas nicht wirklich betroffen.

Militärisch gesehen hätte Russland - würde es in einen Krieg mit der NATO verwickelt werden - keine andere Möglichkeit, als zuerst den Nachschub der NATO zu stoppen. Und das heißt, die deutschen Nachschubbasen zu zerstören. Das heißt ganz klar, dass jede kriegerische Auseinandersetzung zwischen NATO und Russland, die den Rahmen eines Guerillakriegs überschreitet, automatisch die deutschen Militärzentren - von denen ich einige in diesem Buch genannt habe - und ihre Umgebung in allerhöchste Gefahr bringen. In diesem Fall wäre Putin auch noch der Böse, der uns angegriffen hat, und damit der »eindeutig Schuldige« am Weltkrieg.

Da so viele Analysten vor einem (wieder) möglichen Atomkrieg warnen, sollten Sie sich vor allen Dingen über die Stationierung von atomar bestückten Mittelstreckenraketen informieren: Wo werden sie aufgestellt? Großbritannien erwägt zum Beispiel derzeit, wieder US-Raketen auf seinem Boden zu installieren.

Konfliktregion Südkaukasus

»Der Südkaukasus wird der strategische Kreuzungsweg des 21. Jahrhunderts sein«, heißt es in der zitierten Studie des kanadischen *Centre for Research on Globalization.* Im Südkaukasus, dieser politisch instabilen Region, treffen die Rohstoffinteressen der beiden Machtblöcke frontal aufeinander. Der Südkaukasus umfasst die Länder Georgien, ein NATO-Aspirant, Russlands Verbündeten Armenien und das von beiden umworbene Aserbaidschan.

Achten Sie darauf, wie sich der militärische Bund zwischen der Türkei und Aserbaidschan weiterentwickelt, und achten Sie auch auf Provokationen der beiden Länder gegenüber Armenien. Alle drei sind besonders deswegen gefährdet, weil sie den geostrategisch enorm wichtigen Korridor zwischen der ölreichen Kaspischen-See-Region und dem Schwarzen Meer, also der Ressource und dem Transportweg, bilden.

Für mich ist diese Region ein von den Medien vernachlässigter Hotspot. Geben Sie immer mal wieder Aserbaidschan in ihre Suchmaschine ein. Das Land teilt mit Iran eine etwa 600 Kilometer lange Grenze und ist - mit Blick auf den Öl- und Gasreichtum - für Washington ein strategisch bedeutsamer Brückenkopf. Vom aserbaidschanischen Baku am Kaspischen Meer verläuft - wie ich erwähnt habe - eine Pipeline über georgisches Gebiet bis ins türkische Ceyhan und von dort in die westliche Welt.

Georgien, das schon einmal (2008) einen Krieg mit Russland provoziert hat, ist immer für eine Eskalation gut. Außerdem steht das Land kurz vor dem Beitritt in die NATO. Beobachten Sie unbedingt die Entwicklung dieses Brennpunkts. Lesen Sie bei auftretenden Ereignissen noch einmal das Kapitel über den Südkaukasus und vergleichen Sie, wie sich dort in diesem Moment die Machtverhältnisse möglicherweise verschieben. Behalten Sie diesen »eurasischen Balkan« (Brzeziriski) unbedingt auf dem Schirm.

Konfliktregion Mittlerer Osten

Beobachten Sie hier vor allem die nächsten Feldzüge des IS in Syrien, im Irak, in Libyen und anderswo - sie zeigen an, wohin sich der Konflikt verlagert. Beobachten Sie aber auch die wachsende Verstrickung des NATO-Partners Türkei in den syrischen Bürgerkrieg und das wachsende militärische Engagement Moskaus in Syrien. Überprüfen Sie: Wie versucht Washington die Zerschlagung des IS durch russisch-alliierte Luftschläge zu verhindern? Wie können russische Erfolge desavouiert oder für Propagandazwecke umgedeutet werden?

Ebenso sollten Sie die nächsten Schachzüge Saudi-Arabiens nicht aus den Augen lassen: Wohin führt der Krieg in Jemen die Saudis? Wie wollen sie ihren Erzfeind Iran provozieren oder vielleicht sogar in einen Krieg verwickeln? Was unternehmen Russland und China in einem solchen Fall?

Ich erinnere an die Aussagen des bekannten Börsenexperten Marc Faber, die ich bereits zitiert habe. »Der Dritte Weltkrieg wird in den nächsten fünf Jahren auftreten. Das bedeutet, dass der Nahe Osten in

die Luft gesprengt wird. Die neuen Regierungen dort werden dem Westen weniger geneigt sein. Der Westen hat auch erkannt, dass er sich China nicht entziehen kann. Der einzige Weg für den Westen, sich China vom Leib zu halten, ist, die Ölleitungen im Nahen Osten zu kontrollieren.«

Achten Sie auf Flottenkonzentrationen im östlichen Mittelmeer. Denn die für Syrien bestimmten russischen Waffen kommen zum Großteil per Schiff, insbesondere was schwere, große und strategisch wichtige Waffensysteme betrifft. Wie verhalten sich die Flottenverbände der NATO gegenüber den russischen Schiffen? Gibt es Provokationen? Gerade im Falle einer bevorstehenden Niederlage des IS und einem zu erwartenden Sieg Assads ist mit Aktionen zu rechnen.

China, Russland und der Iran fungieren als Sicherheitsmächte für Syrien. Alle drei eurasischen Mächte haben gemeinsam mit einigen ihrer Verbündeten Schiffe vor den Küsten des Jemen, vor Djibouti und Somalia im strategisch wichtigen Meereskorridor des Golfs von Aden stationiert. Beobachten Sie also auch, ob diese Verbände verstärkt werden.

Konfliktregion Fernost

Hier sollten Sie das Ost- und/oder das Südchinesische Meer im Visier haben. Militärische Scheingefechte sind hier an der Tagesordnung. Sie erinnern sich: Da steigen Kampfjets auf, und es wird mit Kriegsschiffen - im Moment noch mit Wasser - aufeinander geschossen. Die Inseln, um die der Streit geht, heißen Diaoyu oder Senkaku, Spratlys, Paracel und - in einem Fall war es sogar nur ein Riff - das Johnson-South-Riff. Sie liegen alle in einer Zone großer Erdöl- oder Erdgasvorkommen. Und - was noch wichtiger ist - diese Inseln kontrollieren das Ost- und das Südchinesische Meer, durch die mehr als 70 Prozent des chinesischen Überseehandels auf riesigen Tankern und Containerschiffen fließt. Würde der Fluss dieser riesigen Warenmengen, von Erdöl über Rohstoffe, von Maschinen über Textilien, von Nahrungsmitteln über Pharmazeutika nach China und aus China heraus gestört oder gar gestoppt, dann bräche vermutlich die chinesische Wirtschaft

zusammen. Informieren Sie sich über die Fragen: Wer schaltet sich derzeit in den Inselstreit ein? Was machen die Anrainerstaaten? Setzt Japan seinen nationalistischen Kurs fort?

Beobachten Sie auch, welche Unruheherde sich in Asien bilden. Fragen Sie sich, warum bestimmte Staaten destabilisiert werden sollen. Denken Sie dabei immer an die für den Welthandel entscheidend wichtigen Transportrouten: Was geschieht in deren Umfeld? Verfolgen Sie auch die Entwicklungen in Korea: Wann rasselt Nordkoreas Diktator wieder mit den Waffen? Schließlich sollten Sie die Lage innerhalb der Volksrepublik China im Blick haben: Gibt es Proteste und, wenn ja, wo? Wer steckt hinter den Unruhen?

Information ist schon einmal ein erster Schritt zu mehr Urteilsfähigkeit. Aber ich denke, es ist nicht das Einzige, was Sie und ich in dieser Situation tun können. Darauf möchte ich in einem Schlusskapitel zu sprechen kommen.

Frieden jetzt!

Der Dritte Weltkrieg findet bereits statt. Erste Gefechte sind schon ausgebrochen. Der Nahe und Mittlere Osten sind durch Kriege, Unruhen, Anschläge und Terror destabilisiert. Sollte noch Syriens Präsident Assad stürzen, dann ist dieser Teil der Mission erfüllt: Der Zugriff auf die Ölquellen und die Kontrolle ihrer Transportwege sind in diesem Teil der Welt für die USA gesichert.

Mit den Flüchtlingsströmen - ausgelöst durch ebendiesen Guerillakrieg - kommt das Chaos nun zu uns. Die USA und ihre transatlantischen Helfer in Politik und Medien wollen mit dieser Destabilisierung Europas nicht nur ihren erbittertsten wirtschaftlichen Konkurrenten - die EU - niederringen, sondern auch die schon lange geplante Wirtschaftsunion mit den USA erzwingen - und Europa, vor allem Deutschland, von Russland fernhalten.

Konkurrent Russland wiederum wird währenddessen durch die Kriege in der Ukraine und in Syrien sowie die damit verbundenen Aufrüstungen, durch die Wirtschaftssanktionen des Westens und durch gewollt gedrückte öl- und Goldpreise geschwächt. Der dritte Konkurrent - China - erlebt soeben den Krieg mit der transatlantischen Weltmacht auf dem Schlachtfeld der Börsen und Währungen. Da dürfte sich die Konfrontation - möglicherweise sogar militärisch - in den nächsten Monaten deutlich verschärfen. Die Anzeichen dafür habe ich aufgezeigt.

Was kann Europa, die EU, tun? Nach meiner Ansicht vor allem eins: sich der US-Umklammerung entziehen und eine Kooperation mit der Eurasischen Wirtschaftsunion beginnen. Also, statt von einer untergehenden Hegemonialmacht dominiert zu werden, sich einem aufstrebenden Wirtschaftsraum anzuschließen, der sich von Lissabon

bis Wladiwostock und Peking erstreckt. Dass ausgerechnet die deutsche Wirtschaft, der man bisher Weitsicht unterstellte, diesen überfälligen und überlebensnotwendigen Schritt noch nicht angemahnt hat, liegt vermutlich daran, dass sie im Moment noch die größeren Profite im Westen sieht. Vielleicht ist es ja doch nicht so weit her mit ihrer Weitsicht.

Diese Wendung Europas nach Osten könnte die »einzige Weltmacht« vermutlich auch davon abhalten, ihre anderen Konkurrenten Russland und China zu destabilisieren und zu bekriegen. Denn ein »Herzland« Eurasien, das vom Atlantik im Westen bis zum Pazifik im Osten partnerschaftlich zusammenarbeitet, wäre der bisherigen Weltmacht in allen Belangen überlegen. Außer im Militärischen. Womit wir wieder beim Thema dieses Buchs wären: der eskalierenden Kriegsgefahr durch einen angeschlagenen und angezählten Weltmeister (um einmal die Sprache des Boxsports zu gebrauchen).

Aber was kann der Einzelne, was können Sie und ich bewirken? Kürzlich traf ich mich mit Freunden, und wir diskutierten die aktuelle politische Lage und den Dritten Weltkrieg - natürlich hatte ich ihnen erzählt, dass ich gerade ein Buch darüber schreibe -, als plötzlich einer aus der Runde sagte: »Das klingt alles ganz plausibel, was du da erzählst, Peter, aber was bringt uns das? Mal ehrlich: Können wir irgendwas dran ändern?«

Ja, ich glaube, wir können etwas daran ändern, dass die Welt in den Dritten Weltkrieg hineinrennt.

Wir können Widerstand leisten.

Wir können Widerstand leisten, indem wir uns unabhängig und möglichst ausgewogen informieren. Indem wir uns immer fragen: Cui bono? Wem nützt es? Und damit die Propaganda durchschauen.

Wir können Widerstand leisten, indem wir - als nächsten Schritt - die Volksvertreter, die wir gewählt haben, unter Druck setzen und sie mit den Fakten konfrontieren, die so ganz anders sind als diejenigen, die

die Mainstreammedien verbreiten. Wir können auch über *Facebook* und *Twitter* verbreiten, dass wir mit dem bisherigen Kurs der europäischen Politik nicht einverstanden sind. Politiker orientieren sich sehr wohl an den sozialen Netzwerken, wenn sie die Stimmung im Volk ergründen wollen. Denken wir dabei an Mahatma Gandhi, der sagte: »Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich, und dann gewinnst du.«

Wir können auch von »unseren« Abgeordneten fordern, den Zustrom der Flüchtlinge in Europa gerecht zu verteilen und den ungebremsten Zuzug zu stoppen. Wir können sie ermahnen, sich in einem Konfliktfall - wie in der Ukraine und in Syrien - mit allen Beteiligten an einen Tisch zu setzen. Wir können darauf bestehen, dass sie eine offene Politik betreiben, das heißt: uns umfassend informieren. Was ja bisher, wie wir von den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) wissen, keineswegs der Fall ist.

Wir sollten unseren Abgesandten deutlich machen, dass wir es ernst meinen. Dass wir von ihnen erwarten, uns und unsere Meinung in den Parlamenten zu vertreten - was ja schließlich einzig und allein ihre Aufgabe ist und wofür sie auch sehr gut bezahlt werden. Und wir sollten mit unserer Wut drohen, falls sie nicht unseren Auftrag erfüllen. Was schon Gandhi wusste: »Aus bitterster Erfahrung zog ich diese eine und höchste Lehre: Man muss den Zorn in sich aufstauen, und so wie gestaute Wärme in Energie umgesetzt werden kann, so kann unser gestauter Zorn in eine Kraft umgesetzt werden, die die Welt zu bewegen vermag.«

Wir können schließlich dadurch Widerstand leisten, indem wir uns verweigern. Indem wir unseren Volksvertretern immer und überall klarmachen: »Wir, das Volk, haben zwei Weltkriege mit millionenfachem Leid am eigenen Leib miterlebt. Wir wollen keinen Dritten Weltkrieg. Wir wollen Frieden. Und wenn es zum Krieg kommt, dann leisten wir passiven Widerstand. Wir lassen nicht noch einmal für die Profite einiger Weniger unsere Väter verbluten, unsere Mütter verwitwen und unsere Kinder verwaisen. Wir haben euer Spiel durchschaut. Wir steigen aus.«

Ich bin Optimist. Ich glaube, dass der angloamerikanische Militärisch-industrielle Komplex - der wahre Kriegstreiber, zumindest der vergangenen 100 Jahre - gegen eine vernünftige, auf Verständigung aufgebaute Politik der natürlichen Verbündeten Deutschland-Russland-China keine Chance hat. Es ist Zeit, dass die Hegemonie der gewalttätigsten Weltmacht, die die Menschheit je gesehen hat, zu Ende geht.

Literaturempfehlungen

Atlas der Globalisierung. Hrsg.: Le Monde diplomatique, 2012

Barnett, Thomas P. M.: *The Pentagon's New Map. War and Peace in the Twenty-First Century.* New York (Berkley) 2004

Barnett, Thomas P. M.: *Blueprint for Action. A Future Worth Creating.* New York (Berkley) 2006

Barnett, Thomas P. M.: *Great Powers. America and the World After Bush.* New York (Berkley) 2010

Biermann, Werner, und Klönne, Arno: *Ein Kreuzzug für die Zivilisation? Internationaler Terrorismus, Afghanistan und die Kriege der Zukunft.* Köln (PapyRossa) 2002

Brzezinski, Zbigniew: *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft.* Frankfurt/Main (S. Fischer) 1999

Brzezinski, Zbigniew: *The Choice: Global Domination or Global Leadership.* New York (Basic) 2004

Bülow, Andreas von: *Die deutschen Katastrophen. 1914 bis 1981 und 1933 bis 1945 im Großen Spiel der Mächte.* Rottenburg (Kopp) 2015

Burke, Jason: *Al-Qaida. Wurzeln, Geschichte, Organisation.* Düsseldorf und Zürich (Patmos) 2004

Chiari, Bernhard und Pähl, Magnus (Hrsg.): *Auslandseinsätze der Bundeswehr.* Paderborn (Schöningh) 2010

Chossudovsky, Michel: *Das Szenario des Dritten Weltkriegs.* Rottenburg (Kopp) 2012

Dyer, Gwynne: *Schlachtfeld Erde. Klimakriege im 21. Jahrhundert.* Stuttgart (Klett Cotta) 2010

Engdahl, F. William: *China in Gefahr: Wie die angloamerikanische Elite die neue eurasische Großmacht ausschalten will.* Rottenburg (Kopp) 2014

Friedman, George: *Flashpoints. The Emerging Crisis in Europe.* New York (Doubleday) 2015

Gieg, Philipp: *Great Game um Afrika? Europa, China und die USA auf dem Schwarzen Kontinent.* Baden-Baden (Nomos) 2010

Greenhill, Kelly M.: *Weapons ofMass Migration. Forced Displacement, Coercion and Foreign Policy.* New York (Cornell University Press) 2010

Hamer, Eberhard und Heike (Hrsg.): *Wie kann der Mittelstand die Globalisierung bestehen?* Unna (Aton) 2005

Hardt, Michael und Negri, Antonio: *Empire. Die neue Weltordnung.* Frankfurt/Main (Campus) 2002

Hirn, Wolfgang: *Der nächste Kalte Krieg: China gegen den Westen.* Frankfurt/Main (S. Fischer) 2013

Huntington, Samuel P.: *Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert.* München, Wien (Europa) 1996

Jacques, Martin: *When China Rules The World.* London (Penguin) 2012

Kagan, Robert: *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung.* Berlin (Siedler) 2003

Kagan, Robert: *Die Demokratie und ihre Feinde. Wer gestaltet die neue Weltordnung?* Berlin (Siedler) 2008

Kissinger, Henry: *Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert.* Berlin (Propyläen) 2002

Kleber, Claus und Paskai, Cleo: *Spielball Erde. Machtkämpfe im Klimawandel.* München (C. Bertelsmann) 2012

Konzelmann, Gerhard: *Insch 'Allah. Der Kampf um Glaube und Öl.* München (Herbig) 2002

Kronberger, Hans: *Blut für Öl. Der Kampf um die Ressourcen.* Wien (Uranus) 1998

Lautsch, Siegfried: *Kriegsschauplatz Deutschland. Erfahrungen und Erkenntnisse eines NVA-Offiziers.* Potsdam (Militärgeschichtliches Forschungsamt) 2013

Markus, Uwe: *Schlachtfeld Deutschland. Die Kriegseinsatzplanung der sowjetischen Streitkräfte in der DDR.* Berlin (Militärverlag) 2011

Orzechowski, Peter: *Am Vorabend des Dritten Weltkriegs. Was Hellseher für unsere nahe Zukunft prophezeien und was politische Fakten bestätigen.* Rottenburg (Kopp) 2013

Orzechowski, Peter: *Der Dritte Weltkrieg - Schlachtfeld Europa.* Rottenburg (Kopp) 2014

Rahr, Alexander: *Wladimir Putin - Der >Deutsche< im Kreml.* München (Universitas) 2000

Rinke, Andreas und Schwägerl, Christian: *11 drohende Kriege. Künftige Konflikte um Technologie, Rohstoffe, Territorien und Nahrung.* München (C. Bertelsmann) 2012

Risen, James: *Krieg um jeden Preis. Gier, Machtmissbrauch und das Milliardengeschäft mit dem Kampf gegen den Terror.* Frankfurt (Westend) 2015

Roberts, Paul Craig: *Amerikas Krieg gegen die Welt - und gegen seine eigenen Ideale.* Rottenburg (Kopp) 2015

Rode, Bernhard: *Das Eurasische Schachbrett. Amerikas neuer Kalter Krieg gegen Russland.* Tübingen (Hohenrain) 2012

Roth, Jürgen: *Der stille Putsch. Wie eine geheime Elite aus Wirtschaft und Politik sich Europa und unser Land unter den Nagel reißt.* München (Heyne) 2014

Sauermann, Ekkehard: *Neue Welt-Kriegs-Ordnung. Die Polarisierung nach dem 11. September 2001.* Bremen (Atlantik) 2002

Sandschneider, Eberhard: *Globale Rivalen. Chinas unheimlicher Aufstieg und die Ohnmacht des Westens.* München (Hanser) 2007

Scahill, Jeremy: *Schmutzige Kriege - Amerikas geheime Kommandoaktionen.* München (Kunstmann) 2013

Scholl-Latour, Peter: *Kampf dem Terror - Kampf dem Islam? Chronik eines unbegrenzten Krieges.* Berlin (Propyläen) 2002

Scholl-Latour, Peter: *Russland im Zangengriff. Putins Imperium zwischen NATO, China und Islam.* Berlin (Propyläen) 2006

Sonne, Werner: *Staatsräson? Wie Deutschland für Israels Sicherheit haftet.* Berlin (Ullstein) 2013

Susbielle, Jean-Francois: *China-USA. Der programmierte Krieg.* Berlin (Propyläen) 2007

Talbott, Strobe: *Das Zeitalter des Terrors. Amerika und die Welt nach dem 11. September.* Berlin (Propyläen) 2002

Ulfkotte, Udo: *Vorsicht Bürgerkrieg. Was lange gärt, wird endlich Wut.* Rottenburg (Kopp) 2011

Ulfkotte, Udo: *Unruhen in Europa. Der Vorsorgeplan für Staatsbankrott, Zwangsenteignung und Bürgerkrieg.* Rottenburg (Kopp) 2014

Ulfkotte, Udo: *Die Asyl-Industrie. Wie Politiker, Journalisten und Sozialverbände von der Flüchtlingswelle profitieren.* Rottenburg (Kopp) 2015

Vidal, Gore: *Ewiger Krieg für ewigen Frieden. Wie Amerika den Hass erntet, den es gesät hat.* München (Europäische Verlagsanstalt) 2002

Vine, David: *Base Nation. How US Military Bases Abroad Harm America and the World.* New York (Metropolitan Books) 2015

Wertz, Armin: *Die Welt-Beherrscher. Militärische und geheimdienstliche Operationen der USA.* Frankfurt/Main (Westend) 2015

Zinn, Howard: *Amerika, der Terror und der Krieg.* Freiburg (Herder) 2002

Zumach, Andreas: *Die kommenden Kriege. Ressourcen, Menschenrechte, Machtgewinn - Präventivkrieg als Dauerzustand?* Köln (Kiepenheuer&Witsch) 2005

Links zu externen Internetseiten

www.bpd.de - Informationsportal Krieg und Frieden der Bundeszentrale für politische Bildung

www. NATO.int/docu/review.htm - NATO Review

www. NATO, int - NATO

www. NATO.int/structur/library/library-e.htm - NATO-Dokumente

www. NATO-pa. int - NATO Parliamentary Assembly

www. ndc.NATO.int - NATO Defence College

www.opencrs.com - US Congressional Research Service

www.sipri.org- Stockholm International Peace Research Institute

www.ubka.uni-karlsruhe.de/kvk/iblk - Internationale Beziehungen

Empfehlenswerte Internetadressen

www.alles-schallundrauch.blogspot.com

www.buergerstimme.com

www.contra-magazin.com

www.de.sputniknews.com

www.deutsche-wirtschafts-nachrichten.de

www.drudgereport.com

www.gegenfrage.com

www.geolitico.de

www. german.irib.ir

www.hinter-der-fichte.blogspot.com

www.hintergrund.de

www.info.kopp-verlag.de

www. konjunktion.info

www.krisenfrei.de

www.mmnews.de

www.realcleardefense.com

www.realclearpolitics.com

www.realclearworld.com

www.voltairenet.org

www. z-e-i-t-e-n-w-e-n-d-e.blogspot.com

Quellenverweise

1 Pressekonferenz auf Deutsch unter:
https://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2014/august/documents/papa-francesco_20140818_corea-conferenza-stampa.html

2 Der Standard vom 20. Dezember 2014, auch unter:
http://derstandard.at/2000009619992/Guenter-Grass-Der-dritte-Weltkrieg-hat-begonnen

3 Gesamte Rede auf Englisch:
https://www.youtube.com/watch?v=QeLu_yyz3tc

4 Resolutionstext (auf Englisch):
https://www.govtrack. us/congress/bills/106/hrl 152/text

5 Resolutionstext (auf Englisch):
https:// www.congress.gov/bill/ 113th-congress/house-resolution/758/text

6 Neue Solidarität Nr. 33 vom 12. August 2015; auch unter:
http-J/www.solidaritaet. com/neuesol/2015/33/hzl.htm

7 Zusammenfassung auf Deutsch:
http://blogs.usembassy.gov/amerikadienst/2014/05/30/obamas-west-point-rede/; vollständiger Text auf Englisch: https:/'/www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/05/28/remarks-president-united-states-military-academy-commencement-ceremony

8 Vollständige Rede auf Englisch:
http://www.eisenhower.archives.gov/all_about_ike/speeches/farewell_address.pdf

9 Studie auf Englisch abrufbar unter:
http://scholar.princeton.edu/sites/default/files/mgilens/files/gilens_and_page_2014_-testing_theories_of_american_politics.doc.pdf

10 Vollständiger Text auf Deutsch,
veröffentlicht durch die US-Botschaft unter:
http://usa.usembassy.de/etexts/docs/gal-092001d.htm

11 Resolutionstext (auf Englisch):
https://www.congress.gov/bill/107th-congress/
senate-joint-resolution/23/text

12 Vollständige Rede auf Englisch:
http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/
newslre\easesl2QQ2IQll2Q020129-ll.html

13 *ZDF*- Pressemitteilung:
http://www.zdf.de/ZDF/zdfportal/blob/40196436/2/data.pdf;
Sendung unter:
http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/2496520/
Frontal21-Sendung-vom-22.-September-2015

14 Thomas P. M. Barnett: *The Pentagons New Map.*
Berkley 2002, Seite 29

15 Thomas P. M. Barnett: *Blueprint for Action: A Tuture Worth Creating.* Berkley 2006, Seite 250-251

16 Ebenda, Seite 117

17 Ebenda, Seite 177

18 Ebenda, Seite 270

19 Thomas P. M. Barnett: *The Pentagon's New Map.*
Berkley 2002, Seite 192

20 Ebenda, Seite 211 und Seite 124

21 Ebenda, Seite 376

22 Ebenda, Seite 372

23 Ebenda, Seite 280

24 Ebenda, Seite 307

25 Ebenda, Seite 109

26 Ebenda, Seite 380

27 *https://www.tagesschau.de/ausland/nato-dragoon-ride-101.html*

28 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. März 2011;
auch unter:
http://www.faz.net/aktuell/politik/politische-buecher/migration-erpressung-die-neue-superwaffe-1609116.html

29 *https://blog.malik-management.com/wie-viele-afrikaner-nach-europa/*

30 Gorbatschow weicht vom Redemanuskript ab
(veröffentlicht durch die Hanns-Seidel-StiftungJ:
http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/111210_RM_Gorbatschow.pdf
und spricht explizit vom Dritten Weltkrieg (ab Minute 2:20):
https://www.youtube.com/watch?v=a55abvnSsWw

31 *http://echr.coe.int/Documents/HUDOC_38263_08_Annexes_ENG.pdf*
(auf Englisch)

32 *http://'/www.aljazeera.com/programmes/headtohead/2015/07/blame-isil-150728080342288.html*
(auf Englisch)

33 *http://www.focus.de/politik/ausland/islamischer-staat/perfekter-soldat-von-us-militaers-trainiert-aus-diesem-anti-terror-krieger-wurde-ein-gnadenloser-is-kommandeur_id_4958145.html*

34 *http://juergentodenhoefer.de/*

35 *http://editionxnn.eom/TRANSCRIPTS/1502/lHcnr.09.html*
(auf Englisch)

36 *http:/'/www. thedailybeast. com/articles/'2015/09/09/exclusive-50-spies-say-isis-intelligence-was-cooked.html*
(auf Englisch)

37 *Neues Deutschland* vom 21. April 2007; auch unter:
http:/'/www. algeria-watch. de/de/artikel/2007/kämpf_oel.htm

KOPP VERLAG

Bücher, die Ihnen die Augen öffnen

In unserem kostenlosen Katalog finden Sie Klassiker, Standardwerke, preisgünstige Taschenbücher, Sonderausgaben und aktuelle Neuerscheinungen rund um die Themengebiete, auf die sich der Kopp Verlag spezialisiert hat.

Viele gute Gründe, warum der Kopp Verlag Ihr Buch- und Medienpartner sein sollte:

- ✔ **Versandkostenfreie Lieferung** innerhalb Europas
- ✔ **Kein Mindestbestellwert**
- ✔ **Kein Risiko** - Geld-zurück-Garantie
- ✔ **Keine Verpflichtungen** - kein Club, keine Mitgliedschaft
- ✔ **Regelmäßige Informationen**
  über brisante Neuerscheinungen und seltene Restbestände
- ✔ **Bequem, einfach und risikolos bestellen:**
  Wir sind rund um die Uhr für Sie da – 365 Tage im Jahr!

Ihr kostenloser Katalog liegt schon für Sie bereit.
Einfach anfordern bei:

KOPP VERLAG

Bertha-Benz-Straße 10 • 72108 Rottenburg a.N.
Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de

- Europa wurde als Konkurrent der USA durch Euro- und Bankenrettungen, Strafverfahren gegen DAX-Unternehmen (wie VW und Deutsche Bank) und Exportverbote – wie die von den USA erzwungenen Sanktionen gegen Russland – geschwächt sowie durch Flüchtlingsströme und mit ihnen einsickernde Terroristen ins Chaos gestürzt.
- Wichtige Nachbarstaaten Russlands wie die Ukraine, Georgien und Aserbaidschan wurden an den Westen gebunden und dienen als Aufmarschgebiet direkt an der Grenze zu Russland.
- Chaos an den Ölquellen: Der Nahe und Mittlere Osten steht von Libyen bis in den Irak in Flammen. Staaten zerfallen, und immer mehr Menschen suchen ihr Heil in der Flucht nach Europa. Gesteuerte Terrorgruppen wie der IS bereiten den Boden für den Endkampf um den Besitz der derzeit wichtigsten Ressourcen Öl und Gas.
- Im Westen Afrikas – der neuen boomenden Ölregion der Welt – läuft derweil ein verdeckter Krieg zwischen den USA und ihrem zweiten Weltmachtkonkurrenten China um die Sicherung der Ressourcen.
- Um diese Kampagne zu unterstützen, wird in den Meeren um China eine militärische Auseinandersetzung mit dessen Nachbarn provoziert.

Kulminieren nun diese einzelnen Schlachtfelder aus Finanz-, Wirtschafts-, Computer-, Migrations-, Terror- und Stellvertreterkriegen zu einem direkten Schlagabtausch zwischen den Hauptkriegsparteien USA/NATO und Russland/China?

Die an Tempo zulegenden Kriegsvorbereitungen lassen nur einen Schluss zu: »Krieg wird in Europa nicht immer wahrscheinlicher. Er wird konsequent vorbereitet«, wie der frühere CDU-Verteidigungsexperte Willy Wimmer am 8. Dezember 2014 sagte.

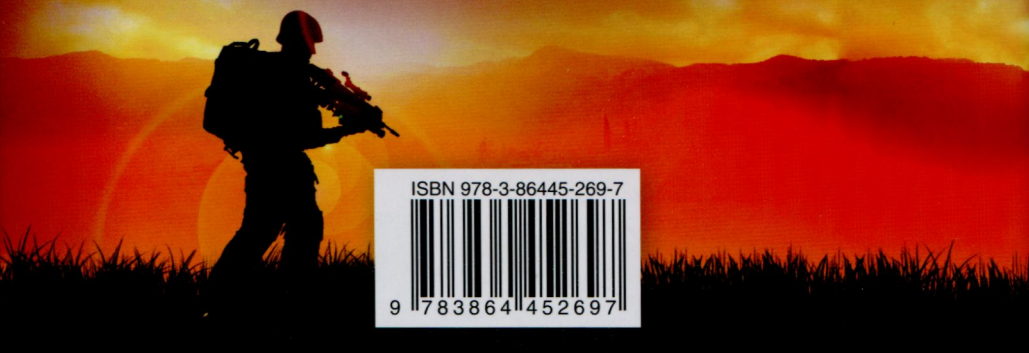
Peter Orzechowski schreibt seit 35 Jahren Fachartikel und Sachbücher zu historischen, politischen und metaphysischen Themen. Nach dem Studium der Germanistik, Geschichte und Politologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München war er zunächst als Redakteur, dann als Ressortleiter und Chef vom Dienst, später dann als Blattmacher und Chefredakteur für die Zeitschriftenverlage Weltbild, Sailer, Burda, Bauer, Ullstein, Gruner & Jahr, Petri und Ehlers tätig. Zwischen diesen Engagements arbeitete er immer wieder als freier Journalist und Sachbuchautor, so zum Beispiel von 1986 bis 1992 in Los Angeles. Seit dieser Zeit beschäftigt er sich intensiv mit Hypnose, Schamanismus und Prophetien. Er lebt heute in München und ist Autor für *Kopp Online* und verschiedene Fachpublikationen. Im Kopp Verlag erschienen von ihm die Bücher *Am Vorabend des Dritten Weltkriegs, Der Dritte Weltkrieg – Schlachtfeld Europa* und *Himmelszeichen.*

Wie uns NATO und USA in den Dritten Weltkrieg führen

Und warum Deutschland eine Schlüsselrolle dabei spielt

Der Dritte Weltkrieg hat begonnen. Er tobt im weltweiten Netz genauso wie an den Börsen, in den Geheimdienstzentralen genauso wie in den militärischen Planungsstellen. Dort, wo er blutig wird, stehen sich keine feindlichen Armeen gegenüber, sondern finstere Banden aus Söldnern und Spezialkommandos. Ihre Waffe ist der Terror. Von den USA gesteuert, löst er Migrantenströme aus und Chaos. In dem Moment, in dem Sie diese Zeilen lesen, breitet sich das inszenierte Chaos vom Nahen und Mittleren Osten über die Balkanroute nach Mitteleuropa aus.

Schon 2014 hatte Papst Franziskus gesagt: »Wir erleben jetzt einen Dritten Weltkrieg – wenn auch verstreut über die Welt. Aber der Krieg ist überall.« Begonnen hat dieser Krieg am 20. September 2001. An jenem Tag erklärte der damalige US-Präsident George W. Bush vor dem amerikanischen Kongress der Welt den Krieg. In den eineinhalb Jahrzehnten seit dieser Erklärung haben die USA den Krieg ständig ausgeweitet und verschärft.



ISBN 978-3-86445-269-7

9 783864 452697